

Soziale Befreiung

Für die revolutionäre Selbstaufhebung des Proletariats!

Nelke

**Drei Kräfte gegen das
Proletariat:
Der Staat, die Nazis
und
der Antifaschismus**



Bild auf Titelseite: Streikenden italienischen ArbeiterInnen im März 1943. In den Jahren 1943-1944 von Turin nach Mailand und Genua zeigten die ArbeiterInnen in Italien, dass es möglich war gegen Faschismus, Krieg und Kapitalismus zu kämpfen

Inhalt

Einleitung	2
1. Der demokratische Staat hält sich ein paar Hausnazis.....	3
2. Die Nazis als rechter Flügel der bürgerlichen Politik.....	13
3. Der Antifaschismus als linker Flügel der bürgerlichen Politik.....	37
4. Nazis und AntifaschistInnen im Dienst der Demokratie.....	49
5. Institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung und proletarischer Klassenkampf in Demokratie und Faschismus.....	50
6. Der Kampf gegen den Kapitalismus.....	105

Einleitung

Diese Broschüre ist sehr polemisch und subjektiv. In ihr kommt die proletarische Subjektivität des Autors zum Ausdruck. Er kennt sowohl das produktive (Lohnarbeit) als auch das unproduktive (Erwerbslosigkeit) Elend des Proletariats aus eigener Erfahrung. Solche Erfahrungen machten ihn sehr böse und polemisch gegen das Kapital und die Politik, welche die kapitalistische Ausbeutung des Proletariats reproduziert. Diese proletarische Subjektivität ihres Autors macht diese Broschüre objektiv zu einem geistigen Ausdruck des Klassenkampfes.

Im Kapitalismus ist jede Politik bürgerlich. Revolutionär kann nur die Aufhebung der Politik durch das Proletariat sein. Durch die Überwindung der Warenproduktion und die Zerschlagung des Staates wird auch die Politik, welche die staatsförmige Organisation der Gesellschaft darstellt, aufgehoben. Das geht nur durch die soziale Revolution. Schon vor der Revolution müssen RevolutionärInnen einen harten und konsequenten Kampf gegen *alle* politischen Strömungen führen. Der Hauptkampf ist selbstverständlich gegen die Demokratie, in welcher aktuell die soziale Diktatur des Kapitals zum Ausdruck kommt, zu führen.

Ausgangspunkt dieser Broschüre ist die Ende 2011 – nicht zum ersten Mal – offenbar gewordene Zusammenarbeit von Teilen des demokratischen Staatsapparates mit NaziterroristInnen. Um diesen Fakt zu verschleiern wurde von den Herrschenden wieder mal auf den Antifaschismus gesetzt. Dieser offizielle Regierungsantifaschismus, welcher die kapitalistische Funktion der Nazis in Vergangenheit und Gegenwart maskiert, kann auch immer wieder auf die objektive Mithilfe der Antifa als kleinbürgerlich-politischer Straßenbewegung zählen. Denn was fordern große Teile der Antifa?! Richtig, dass der demokratische Staat repressiv gegen die Nazis vorgeht. Doch staatliche Repression ist grundsätzlich sozialreaktionär. Der Staat hält sich also nicht nur ein paar Hausnazis, sondern auch ein paar Hausantifas.

Nazis und AntifaschistInnen stellen gegenwärtig nur den rechten und den linken Flügel der demokratischen Politik dar, auch wenn sich beide zuweilen noch so antibürgerlich und antikapitalistisch geben. Dies nachzuweisen, ist die Hauptaufgabe dieser Broschüre. Der konterrevolutionären Rolle von Faschismus und Antifaschismus in Vergangenheit und Gegenwart wird der revolutionäre Kampf gegen Kapital und Politik gegenübergestellt und erläutert.

Nelke, im Februar 2012

Soziale Befreiung ist mit der *Gruppe Sozialer Widerstand* (Nürnberg), der *Bibliothek des Widerstandes* (Lübeck) und *Sociaal revolutionaire beweging* (Holland) Teil eines sozialrevolutionären Netzwerkes und es gibt auch Diskussionszirkel auf Russisch (*tenox.livejournal.com*) und armenisch (*rgfront.livejournal.com*). Kontakt: Soziale Befreiung, Postlagernd, 90409 Nürnberg. Homepage: <http://sbefreiung.blogspot.de>. V.i.S.d.P. E.Röder. Friedrich-Ebertstr. 42, Halberstadt.

1. Der demokratische Staat hält sich ein paar Hausnazis

Ende 2011 offenbarte sich nach und nach die Zusammenarbeit von Teilen des demokratischen Staatsapparates mit den neofaschistischen TerroristInnen vom *Nationalsozialistischen Untergrund* (NSU). Im Mittelpunkt dieser Naziterrororganisation stand das Trio Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe. Doch Bodo Ramelow, Vorsitzender der Thüringer Linksfraktion, ging in einem Interview mit der *jW* vom 24. Dezember (2011) von „etwa 20 mehr oder minder aktiven Personen in der NSU-Zelle“ aus, die wiederum von rund 140 Personen aus dem Nazimilieu deutschlandweit getragen worden sind“. Auffällig lang waren die Zeiträume zwischen der Veröffentlichung der Namen mutmaßlicher Terrorhelfer, die die Bundesanwaltschaft nach der Aufdeckung der „Zwickauer Zelle“ als Verdächtige oder Beschuldigte führte, und polizeilichen Maßnahmen wie Hausdurchsuchungen und Festnahmen. Dazwischen vergingen mitunter Tage und Wochen.“ (Markus Bernhardt, *Offensichtliche Kumpanei*, in der *jungen Welt* vom 30. Dezember 2011.)

Schon bevor das Neonazitrio in den *Nationalsozialistischen Untergrund* ging, war es unter relativ guter demokratischer Kontrolle. Begonnen hatten Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe ihre faschistische Aktivität im *Thüringer Heimatschutz* (THS), welche von deutschen GeheimdienstlerInnen an der langen Leine geführt wurde. Nach Berichten der *Berliner Zeitung* und der *Frankfurter Rundschau* vom 16. Januar 2012 hatten deutsche Inlandsgeheimdienste mindestens fünf V-Leute und Informanten im THS. Während die Neonazis die schöne thüringische Heimat schützten, sorgten die Geheimdienste dafür, dass die Interessen der Demokratie innerhalb der Neonaziszene gewahrt blieben. Im Laufe dieser Broschüre werden wir noch ausführlicher beleuchten, dass die Interessen des demokratischen Staates nach Kontrolle der Einwanderung und der eingewanderten Menschen aus dem nichteuropäischen Ausland mit den Interessen der EmigrantInnen in der Regel nicht deckungsgleich sind – dafür aber manchmal die Interessen von Teilen des Staatsapparates mit denen von NeofaschistInnen. Schon bei der Durchsetzung des THS durch die Inlandsgeheimdienste kann von einer gelegentlichen demokratisch-neofaschistischen Kooperation ausgegangen werden.

Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) hielt sich auf jeden Fall den führenden THS-Funktionär Tino Brandt als V-Mann. Dieser soll für seine Verdienste für die demokratische Verfassung zwischen 1994 und 2001 Honorare von insgesamt 200 000 D-Mark bekommen haben. Brandt riskierte auch ein ziemlich großes Maul und behauptete, er hätte mehr Informationen vom LfV abgeschöpft als geliefert. Nun ja, wir waren nicht dabei und können es nicht beurteilen. Aber es wird schon eine für beide Seiten gedeihliche Zusammenarbeit gegeben haben. Der damalige Chef des thüringischen Verfassungsschutz, Helmut Roewer, war den Nazis gegenüber doch recht aufgeschlossen. 1999 urteilte er öffentlich, dass der Nationalsozialismus „gute und auch schlechte Seiten“ gehabt habe. Naziorganisationen nannte er „unproblematische Gruppen“. In Thüringen konnten DemokratInnen so daherreden, ohne ihren Job zu verlieren. Denn schließlich herrscht in Deutschland Meinungsfreiheit. Seinen Job verlor der oberste Thüringer Schlapphut erst 2000 wegen anderer „Skandale“.

Als am 20. April 2000 ein Anschlag auf die jüdische Synagoge verübt wurde, ermittelte der thüringische Verfassungsschutz erstmal gegen „LinksextremistInnen“, die den Anschlag verübt hätten um einen „rechtsextremen Hintergrund“ vorzutäuschen. Mensch kann hier von einer vereinigten demokratisch-faschistischen Sozialreaktion sprechen.

Außer dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz sollen nach den Informationen von *Frankfurter Rundschau* und *Berliner Zeitung* auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), der *Militärische Abschirmdienst* (MAD) und noch eine dritte Bundesbehörde ihre V-Leute und InformantInnen im Thüringer Heimatschutz gehabt haben.

Das Neonazitrio Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe ging im Februar 1998 in den Untergrund und bildete die Terrororganisation *Nationalsozialistischer Untergrund* (NSU). Das wird mit großer Wahrscheinlichkeit mit Hilfe des Thüringer Heimatschutzes – also mit Wissen der in ihm tätigen Schlapphüte der verschiedenen Geheimdienste – geschehen sein. Zuvor hatten sie einen funktionsfähigen Sprengsatz in einem Koffer mit aufgesprühtem Hakenkreuz vor dem Jenaer Theater deponiert. Das Neonazitrio soll auch schon im Oktober 1996 „einen Puppentorso an einer Autobahnbrücke der A4 aufgehängt haben, der mit einem Judenstern und der Aufschrift „Bombe“ versehen war“. (Markus Bernhardt, *Lügenkonstrukte*, in der *jungen Welt* vom 14. November 2011, S. 3.)

Auch für ihre Taten vor 1998 wurden sie nicht zur Verantwortung gezogen. Glück? Ermittlungspannen? Oder damals schon Deckung durch Teile des Staatsapparates? Ende November 2011 „wurde bekannt, dass die drei Hauptverdächtigen 1998 kurz nach ihrem Untertauchen von Zielfahndern aufgespürt worden waren. Ein Sondereinsatzkommando der Polizei habe die Möglichkeit zum Zugriff gehabt, sei aber im letzten Moment zurückgepiffen wurden, berichtete der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) am Freitag (den 18. November 2011) unter Berufung auf das Thüringer Landeskriminalamt. Demnach soll es nach dem abgebrochenen Zugriff massive Beschwerden von seiten der Einsatzkräfte gegeben haben.“ (Claudia Wangerin, *Schutzschirm für Nazis*, in der *jungen Welt* von 19/20. November 2011, S. 1.) Die Thüringer Neonazis zogen dann nach Sachsen, wo es ihnen auch nicht schlecht ging.

Der NSU ermordete zwischen 2000 und 2007 bundesweit neun Menschen mit griechischen und türkischen Migrationshintergrund und die Heilbronner Polizistin Michele Kiesewetter. Die MigrantInnen wurden alle am hellen Tag bei der Arbeit in kleinen Geschäften erschossen. Auch der 2004 in einer Kölner Einkaufsstraße mit überwiegend arabischen und türkischen Geschäften verübte Nagelbombenanschlag soll der NSU verübt haben. Dabei wurden 22 Menschen verletzt. Kein ernstzunehmender Mensch kann glauben, dass es im demokratischen Bullenstaat Deutschland möglich ist ohne die Deckung von Teilen des Staatsapparates über 13 Jahre in den Untergrund zu gehen um dort auch noch zehn Morde zu begehen. Diese Deckung für den NSU übernahmen mit großer Wahrscheinlichkeit der bundesweite, der sächsische und der Thüringer Verfassungsschutz. Aber auch zumindest Teile des hessischen Verfassungsschutzes haben den NSU gedeckt und sind vielleicht sogar direkt in die rassistische Mordserie verwickelt.

Aber schön der Reihe nach. Nachdem Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe im Februar 1998 in den Untergrund gingen, leiteten das Thüringer Landeskriminalamt (LKA) und das Landesamt für Verfassungsschutz unabhängig voneinander Zielfahndungen ein. Dabei informierte der Thüringer Verfassungsschutz auch seinen V-Mann, den Neofaschisten Tino Brandt, über die Observationsmaßnahmen der Polizei. Es kann also davon ausgegangen werden, dass über diese Quelle auch der NSU über die polizeilichen Maßnahmen gegen ihn gut informiert war. Im Jahr 2000 erhielt Brandt auch nach offiziellen Angaben vom Thüringer Verfassungsschutz 2000 D-Mark, was er an das Neonazitrio weiterleiten sollte. Diese sollten sich von dem Geld gefälschte Pässe besorgen. Nach offiziellen Angaben soll dieser Plan jedoch an der Unzuverlässigkeit weiterer V-Leute gescheitert sein, die dieses Geld lieber für sich behielten. Diese offizielle Darstellung kann aber eine bewusste Fehlinformation sein. Das NSU kann also das Geld durchaus auch erhalten und damit dessen rassistischen Terror finanziert haben.

Nach der *Frankfurter Rundschau* vom 16. Januar 2012 soll ein Ermittlungsbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz offen legen, dass die Vertrauensperson des Militärischen Abschirmdienstes im Thüringer Heimatschutz kurz nach dem Abtauchen von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe deren Aufenthalt an die MAD-Außenstelle in Leipzig gemeldet habe. Am 16. Januar 2012 hieß es dazu aus dem Verteidigungsministerium, man habe damals mögliche Verbindungen zwischen BundeswehrsoldatInnen und der Naziszene aufspüren

wollen. Doch die Erkenntnisse des Militärischen Abschirmdienstes führten nicht zur Ergreifung des Neonazitrios und der staatsbürokratischen Zerschlagung des NSU. Es lag dazu also kein Interesse des demokratischen Staates vor.

Seit 2001 wohnten die drei Neonazis in einer gemeinsamen Wohnung in der Polenzstraße in Zwickau (Sachsen). 2003 war ihr Attentatsversuch auf das Jenaer Theater verjährt. Unmittelbar danach meldete sich das Neonazitrio über einen Rechtsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Gera. „Was genau daraufhin im Behördenapparat geschah, ist unklar. Jedoch dürfte als ausgeschlossen gelten, dass die Staatsanwaltschaft Gera die Verfassungsschutz- und Landeskriminalämter in Thüringen und auch Sachsen nicht über die Meldung und den Aufenthaltsort der drei bekannten rechten Straftäter in Kenntnis gesetzt hat.“ (Markus Bernhardt, *Lügenkonstrukte*, a. a. O..)

Auch dass der NSU direkt mit dem Verfassungsschutz zusammengearbeitet hat, ist durchaus möglich. So berichtete die *Leipziger Volkszeitung* am 29. November 2011 unter Berufung auf Hinweise aus dem Thüringer Landeskriminalamt, dass Zschäpe im Dienst des Thüringer Verfassungsschutzes gestanden habe. Als Gegenleistungen für von ihr weitergegebene Informationen ist sie von den Schlapphüten vor Strafverfolgung geschützt worden. Selbst der Anwalt der Naziaktivistin sagte in einem Interview, das *Spiegel online* am 27. Dezember 2011 veröffentlichte, dass er die Frage, ob Frau Zschäpe an der langen Leine des Verfassungsschutzes geführt wurde, „nicht beantworten“ werde. Nun, manchmal pflegt keine Antwort auch eine Antwort zu sein.

Auch innerhalb der Neonaziszene waren der NSU und deren Zusammenarbeit mit Teilen des demokratischen Staatsapparates wohl bekannt. Ein Neonazi-Aussteiger berichtete der *Bild-Zeitung* über Beate Zschäpe: „Ich erinnere mich, dass Zschäpe mit einem Kameraden in einem VW zu einem NPD-Treffen anreiste. Viele in der Szene kannten sie (...) Sie trat nie aggressiv auf, aber ihre Ansichten waren aggressiv. Sie war bekannt als Gründungsmitglied der NSU.“ (Zitiert nach Arnold Schölzel, *Neue Tarnung*, in der *jungen Welt* vom 17. November 2011, S. 1.) Weiterhin sagte der Naziaussteiger der *Bild-Zeitung*, dass er von elf Mitgliedern des NSU wisse und dass mensch in der Szene auch über Kontakte zwischen Zschäpe und dem Verfassungsschutz informiert gewesen sei.

Der hessische Verfassungsschutz war über Andres Temme wahrscheinlich noch unmittelbarer in die Morde des NSU verwickelt. Temme war Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes und wurde in seinem Dorf wegen seiner neofaschistischen Gesinnung „Klein-Adolf“ genannt. Er sollte mehrere V-Leute in der deutschen Neonaziszene und bei der türkischen faschistischen Organisation „Graue Wölfe“ geführt haben. Dieser – die demokratische Verfassung des Landes schützende – „Klein-Adolf“ war nur wenige Minuten, nachdem das NSU den Migrant Halit Yozgat ermordete, in dessen Internetcafé, welches auch der Tatort war. „Klein-Adolf“ meldete sich nicht bei den Bullen als Tatzeuge. Angeblich deshalb nicht, weil er im Internetcafé sexuellen Interessen gefolgt sei, von denen seine Lebensgefährtin nichts mitbekommen sollte. Zwei Wochen nach dem rassistischen Mord an Halit Yozgat wurde „Klein-Adolf“ vorübergehend festgenommen und vom Dienst suspendiert. Danach hörte die rassistische Mordserie des NSU auf – der Mord an der deutschen Polizistin fiel aus dem Rahmen heraus. Deshalb gerieten damals auch erst mal Sinti und Roma in Verdacht. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma erklärte dazu, nachdem die neofaschistische Täterschaft wahrscheinlich wurde:

„Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma begrüßt die offenbar bevorstehende Aufklärung des brutalen Mordes und Mordversuchs an einer Polizistin und ihrem Kollegen im Jahre 2007 in Heilbronn. „Wir sind froh, dass jetzt die Wahrheit ermittelt wird – nach der damaligen öffentlichen Brandmarkung von Sinti und Roma im Zuge der Fahndung nach der so genannten „Phantomfrau“, die als Täterin des Mordes zwei Jahre lang gesucht wurde“,

erklärte der Vorsitzende des Zentralrats, Romani Rose, am Mittwoch (den 9. November 2011) in Heidelberg. Veranlasst durch Sprecher von Staatsanwaltschaft und Polizei sei unmittelbar nach der Tat eine massive Stigmatisierung der Sinti und Roma betrieben worden, so Rose. Sinti und Roma – unter ihnen auch viele ältere Leute – seien grundlos massiven Polizeikontrollen unterworfen worden.

Das Klischee von der angeblich „umherziehenden Minderheit“ und die althergebrachte Stereotype über „Zigeuner“ veranlassten damals die Behörden, die Minderheit pauschal und landesweit (...) unter Verdacht zu stellen. Dabei beriefen sie sich auf eine am Tatort aufgefundene DNA-Spur der so genannten Phantomfrau, (...). Die Spur war in verschiedenen Teilen Deutschlands, Österreichs und Frankreichs aufgetaucht. Die Behörden sprachen (...) von „Ermittlungen im Zigeuner-Milieu“ und der angeblich „heißesten Spur bei verdächtigen „Sinti-Clans“ und Mitgliedern von „mobilen sozialen Gruppen wie Sinti und Roma, die doch schwer zu fassen sind“ – wie es hieß. Von Seiten des zuständigen Justizministeriums wurde die Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft gerechtfertigt. (...)

Die DNA-Spur stellte sich im Jahr 2009 als falsch und als Ermittlungspanne heraus. Das Vorgehen der Behörden in einem solchen spektakulären Fall sei besonders verantwortungslos gewesen, weil bereits früh konkrete Zweifel an der Echtheit der DNA-Spuren bestanden.“ (Zitiert nach der *jungen Welt* vom 11. November 2011, S. 3.)

Auch hier stellen sich einige Fragen. Wussten Teile des Staatsapparates, dass der Mord an der Heilbronner Polizistin offenbar auf das Konto des NSU ging und nahmen sie die rassistische Stigmatisierung der Sinti und Roma bewusst in Kauf? Allerdings bezweifelten auch Teile des Staatsapparates, dass der Mord an der Polizistin vom NSU begangen wurde. In einer Pressekonferenz am 9. November 2011 stellten Jürgen Georgie, Leiter der Polizeidirektion Südwestsachsen, und der dortige Oberstaatsanwalt dar, dass die Täterschaft des Neonazitrios für den Mord an der Polizeibeamtin Michelle Kiesewetter nicht sicher sei. Dagegen erklärte der Stuttgarter Generalstaatsanwalt Klaus Pflieger, dass die bei dem Mord der Polizisten verwendete Tatwaffe in vom Neonazitrio bewohntem Zwickauer Haus gefunden worden sei.

Auch in späteren Medienberichten wurde meistens davon ausgegangen, dass der NSU auch Kiesewetter ermordet hatte. So soll nach einem Zeitungsartikel von Markus Bernhardt der Chef des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg „Ziercke(,) in einer nichtöffentlichen Sitzung des Bundestagsinnenausschusses Andeutungen gemacht haben, dass es doch Schnittpunkte zwischen der aus Thüringen stammenden Polizistin Michele Kiesewetter, die am 25. April 2007 in Heilbronn erschossen worden war, und ihren vermeintlichen Mördern aus dem „NSU“-Kern gegeben haben. So habe der Stiefvater von K. ein Lokal besessen, in dem eine Veranstaltung von Neonazis geplant gewesen sei, über die sich Uwe Mundlos mit dem Gastwirt unterhalten habe. Zudem soll in dem Lokal jemand mit dem Namen Zschäpe gearbeitet haben. Dabei handele es sich womöglich um einen Verwandten der derzeit inhaftierten rechten Terroristin, hieß es.“ (Markus Bernhardt, *Zweifel an Selbstmord*, in der *jungen Welt* vom 22. November 2011, S. 1.)

Auch brauchten sich die drei NSU-AktivistInnen wahrscheinlich gar nicht zu sehr in den „Untergrund“ zu begeben, weil Teile des Staatsapparates ganz offensichtlich kein Interesse hatten, diese aus dem Verkehr zu ziehen. „Bereits im Januar 2007 stießen sächsische Polizisten auf das Zwickauer Versteck der Thüringer Neonazizelle, berichtete Spiegel online am Wochenende (28./29. Januar 2012). In der Wohnung über dem Versteck des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) in Zwickau soll es damals zu einem „mutwillig verursachten“ Wasserschaden gekommen sein. Als die Polizei eine Etage tiefer klingelte, öffnete eine Frau, die ihren Namen mit „Susann E.“ angab. Die Beamten habe sie nicht eingelassen. Um den 10. Januar 2007 herum bestellten die Fahnder sie in die Polizeidirektion in Zwickau zur Vernehmung. Die Zeugin sei tatsächlich gekommen und habe sich knapp 20

Minuten lang befragen lassen. Dabei habe sie sich in Widersprüche verwickelt, doch seien die Beamten nicht misstrauisch geworden. Die Ermittler gehen Spiegel online zufolge davon aus, dass es sich um Beate Zschäpe (...) handelte.“ (*Polizei war angeblich nah dran am „NSU“*, in der *jungen Welt* vom 30. Januar 2012, S. 1.)

Die These, dass das „untergetauchte“ Neonazitrio auch weiterhin polizeilich geschützt seiner Versammlungsfreiheit nachgehen konnte, wird auch durch folgenden Artikel in der *jungen Welt* vom 28. November 2011 genährt:

„Für den 3. Oktober 2008 hatten Neonazis in Geithain bei Leipzig eine Demonstration angemeldet. Die Kleinstadt ist wie viele Orte zwischen Görlitz und Zwickau ein staatlich geförderter Exerzierplatz für das sächsische Modell des Zusammenschlusses von regierenden Konservativen und Neofaschisten im Abwehrkampf gegen „Linksextremismus“. Das Motto des braunen Umzugs lautete: „Revolution ist machbar! Nationaler Sozialismus jetzt!“ Die Linkspartei rief zu einer Gegenaktion auf. Am Feiertag zur Erinnerung an den DDR-Anschluss marschierten dann etwa 200 Neonazis auf, aus einem Lautsprecher grölte: „Revolution, dann schmieden wir deutsche Schwerter neu“. Das berichtet nun *Bild am Sonntag (BamS)* und veröffentlicht ein bei dem Aufzug gemachtes Bild eines Leipziger Fotografen, der für eine Regionalzeitung in Geithain war. Auf dem Bild soll Beate Zschäpe, (...) zu sehen sein. *BamS* zitiert einen Ermittler, der sie „von Angesicht kennt“, mit den Worten: „Das ist sie.“ Große Sorge, von der massiv präsenten Polizei festgenommen zu werden, scheint die angeblich Abgetauchte nicht gehabt zu haben.

Der Clou der Geschichte: Zwei Tage später wurde laut *BamS* bei dem Fotografen eingebrochen. Die Diebe entwendeten zielgerichtet die Datenträger mit den Fotos der Neonazidemonstration. Er hatte allerdings vier Aufnahmen bereits versendet. Seine Anzeige bei der Polizei verlief im Sande; wer an den Fotos interessiert war, blieb ungeklärt. (Anmerkung von Nelke: Waren die Diebe dieser Fotodatei etwa Schlapphüte des Verfassungsschutzes?!)

BamS erinnert daran, dass bei Aufmärschen wie dem in Geithain Polizei und Verfassungsschutz umfassend filmen. Mit der richtigen Haltung zu Sachsen, dessen Ministerpräsident nach drei Wochen sich erstmals zum Neonaziterror äußerte und vor einem „einseitigen“ Bild Sachsens warnte, lässt sich aber spielend „nicht erkennen, was man sieht“ (der SPD-Politiker Thomas Oppermann).“ (asc, *Beweismittel des Tages: Zschäpe-Foto*, in der *jungen Welt* vom 28. November 2011, S. 8.)

Am 4. November 2011 überfielen Mundlos und Böhnhardt eine Bank in Eisenach (Thüringen). Noch am selben Tag wurden sie in dieser Stadt tot aus einem ausgebrannten Wohnmobil geborgen. Nach offiziellen Angaben soll Zschäpe nach dem angeblichen Selbstmord von Mundlos und Böhnhardt das gemeinsame Haus in Zwickau angezündet haben. Am 8. November 2011 stellte sich Zschäpe unter Begleitung eines Rechtsanwaltes den Behörden in Jena. Bei der polizeilichen Durchsuchung des Bauschuttes des ehemaligen Zwickauer Hauses des Neonazitrios wurde die Tatwaffe der so genannten „Döner“-Morde und auch eine DVD gefunden, auf der sich Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe zu der rassistischen Mordserie und dem Anschlag in Köln bekannten. Nun kam die Geschichte ins Rollen, bei dem die Kooperation von Teilen des Staatsapparates mit Neonazis immer offensichtlicher wurde. Da wir uns für eine chronologische Darstellung entschieden haben, wurde von uns schon weiter oben ausführlicher geschildert, was zum großen Teil erst nach dem 4. November 2011 an das Licht kam.

Im Schutt des Zwickauer Hauses sollen nach einem Bericht der *Bild*-Zeitung vom 14. November 2011 die Bullen auch Ausweispapiere gefunden haben, die eine Verbindung zum Verfassungsschutz nahe legen. Zunächst wurde von offizieller Seite gelogen. So erklärte ein Sprecher des Thüringer Verfassungsschutzes am 8. November 2011, dass die Behörde „seit

deren Abtauchen im Jahr 1998 keine Kenntnis“ über den Aufenthalt des Neonazitrios gehabt habe. „Ebenfalls liegen dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz keine Anhaltspunkte dafür vor, dass sie bei der Flucht von staatlichen Stellen Unterstützung erhielten. Gleiches gilt für eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit der Betroffenen und Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz“, so der offizielle Lügenbaron des Thüringer Verfassungsschutzes weiter. (Zitiert nach Markus Bernhardt, *Dienste in Erklärungsnot*, in der *jungen Welt* vom 10. November 2011, S. 1.)

Diese offiziellen Lügen können als widerlegt gelten. Doch vieles ist immer noch unklar. Das wird auch in dem schon weiter oben zitierten Zeitungsartikel *Schutzschirm für Nazis* von Claudia Wangerin deutlich: „Am Selbstmord von Böhnhardt und Mundlos gibt es inzwischen erhebliche Zweifel. „Solche Tätertypen bringen sich in der Regel nicht selbst um“, sagte Hamburgs ehemaliger Innensenator und Expolizeipräsident Udo Nagel in *Bild* (Freitagsausgabe, 18. November 2011) nachdem er für eine Sondersendung des TV-Senders RTL 2 („Ungeklärte Morde Spezial“) zahlreiche Ermittler und Zeugen befragt hatte. Augenzeugen hätten von einem lauten Streit zwischen mindestens zwei Personen in dem Wohnmobil gesprochen, so der ehemalige Polizeichef.“ (Claudia Wangerin, *Schutzschirm für Nazis*, in der *jungen Welt* von 19/20. November 2011, S. 1.)

Ein paar Tage später schrieb Markus Bernhardt: „Der handfeste Skandal um die Verstrickung der Verfassungsschutzämter in das neofaschistische Terrornetzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) um Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos weitet sich aus. So mehren sich mittlerweile Stimmen, die den angeblichen Suizid der beiden rechten Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt am 4. November in Eisenach in Frage stellen. Bisher war von den Behörden behauptet worden, die beiden Neonazis hätten sich in einem zuvor in Brand gesetzten Wohnmobil selbst erschossen. Im Gegensatz zu zwei Polizeibeamten, die sich dem Wohnmobil genähert und zwei Schüsse gehört haben wollen, behaupten Anwohner, weder zuvor noch während des Brandes Schüsse gehört zu haben. Sie gehen vielmehr davon aus, dass Mundlos und Böhnhardt schon tot waren, als das Wohnmobil in Brand gesetzt wurde.“ (Markus Bernhardt, *Zweifel an Selbstmord*, in der *jungen Welt* vom 22. November 2011, S. 1.)

Was ist daraus zu schließen? Wir halten es für möglich, dass einigen Damen und Herren des Verfassungsschutzes die konstruktive Zusammenarbeit mit dem NSU aus den Händen glitt und sich deshalb dazu entschlossen, die beiden Neonazis Mundlos und Böhnhardt zu liquidieren. Für solche extralegalen Methoden hält sich schließlich der Staat seine Geheimdienste. Und die regierenden demokratischen PolitikerInnen im Bund und Ländern gaben sich auch große Mühe, die Geschichte weiter unter den Teppich zu kehren.

Der eingerichtete parlamentarische Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtages wird wahrscheinlich auch mehr zur Verschleierung als zur Aufklärung der Verfassungsschutz-NSU-Zusammenarbeit beitragen, wenn sie Ostern 2012 ihren Abschlussbericht vorlegt. Auch alle Parteien des Bundestages einigten sich Ende Januar 2012 auf einen gemeinsamen Antrag auf einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. In diesem gemeinsamen Antrag kommt mal wieder sehr schön der antifaschistische Konsens aller DemokratInnen zum Ausdruck

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse sind eine der Techniken mit denen die Demokratie ihren totalitären Herrschaftscharakter verbirgt, aber bei genauerer Analyse eben auch offenbart. Denn wer sitzt ausschließlich in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen? BerufspolitikerInnen. Diese soziale Schicht überwacht in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen also sich selbst und den Beamtenapparat. Lassen wir uns nicht davon täuschen, dass neben den RegierungspolitikerInnen auch jene der Opposition die Geschichte der NSU-Verfassungsschutz-Zusammenarbeit untersuchen sollen. Es gehört zu den Herrschaftstechniken der Demokratie dass ein Teil der sozialen Schicht der

BerufspolitikerInnen regiert, während der andere Teil konstruktive Opposition spielt. Aber sowohl Regierungs- als auch OppositionspolitikerInnen sind gleichermaßen privilegiert, dass sie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Kapitalismus gestalten. Hohe Regierungs- und OppositionspolitikerInnen sind neben KapitalistInnen und ManagerInnen sowie den Spitzen der zivilen und militärischen Staatsapparate selbst Teil der herrschenden kapitalistischen Klasse, der Bourgeoisie. Und die Bourgeoisie dieses Landes hat kein Interesse daran, dass die teilweise doch recht enge Zusammenarbeit zwischen Teilen ihres Staatsapparates und den von diesem ausgehaltenen Nazis zu offensichtlich wird. Die veröffentlichte Meinung – die von privatkapitalistischen und staatlichen Medien gemeinsam und in Arbeitsteilung produziert wird – hat schon den engen Rahmen der parlamentarischen Untersuchung vorgegeben: Untersucht werden sollen „Fehler und Versäumnisse von Bundesbehörden“ und „Kommunikationsprobleme“ zwischen den Geheimdiensten und den verschiedenen Polizeien, die sich die Bourgeoisie auf Bundes- und Landesebene so hält. Die Aufklärungshoheit der einzelnen Bundesländer wird durch den Untersuchungsausschuss des Bundestages ausdrücklich anerkannt. Es waren aber voraussichtlich in erster Linie die Landesämter für Verfassungsschutz, welche konkret und konstruktiv mit Neonazis zusammenarbeiteten. Außerdem sind die Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestages bei geheimen Unterlagen zur Verschwiegenheit gegenüber der Öffentlichkeit verpflichtet. Diese Zusammenarbeit soll also vertuscht und nicht aufgeklärt werden.

Nur linke kleinbürgerliche PolitikerInnen können darüber überrascht sein. Im Gegensatz zu ihrer rechten und großbürgerlichen Konkurrenz sind linke kleinbürgerliche PolitikerInnen (noch?) nicht vollständig von der Bourgeoisie anerkannt und können deshalb relativ „radikal“ auftreten. Das gilt aktuell für die Thüringer Landtagsfraktion und die Bundestagsfraktion der Linkspartei. Doch auch die Mehrheit dieser kleinbürgerlichen PolitikerInnen strebt danach großbürgerlich zu werden – also nach vollständiger Anerkennung durch die Bourgeoisie. Deshalb wird sie in den parlamentarischen Untersuchungskommissionen ebenfalls nicht allzu radikal auftreten, um die sozial und politisch Herrschenden nicht allzu sehr zu verärgern.

Denn eines steht trotz vieler Unklarheiten jetzt schon fest: All die oben genannten Fakten zeigen klar, dass der demokratische Staat nicht auf dem rechten Auge blind ist. Er sieht genau hin, wenn er faschistische Strukturen mitfinanziert und mitorganisiert. Der Staat hält sich ein paar Hausnazis. In welchem gesellschaftlichen Zusammenhang diese Tatsache steht, wird im Kapitel *Die Nazis als rechter Flügel der bürgerlichen Politik* ausführlicher erläutert. Selbstverständlich versuchen die regierenden demokratischen PolitikerInnen und hohe Beamten die Tatsache der organisierten Hausnazihaltung zu vertuschen und zu verschleiern. Es werden nur einige „Pannen“ und „Kommunikationsprobleme“ als Ursachen genannt. Nein, der Fakt, dass Teile des Staatsapparates konstruktiv mit Nazis zusammengearbeitet haben, darf natürlich nicht zugegeben werden. Deshalb verkündete der Generalbundesanwalt Harald Range am 17. November 2011 zu seiner Amtseinführung auch zwei Dinge. Erstens, dass er keine Zeit zur Einarbeitung in diesen Fall brauche und dass er „keine Anhaltspunkte“ dafür sehe, „dass der Verfassungsschutz mit Mitgliedern der Zwickauer Zelle zusammengearbeitet“ habe. Der Mann weiß halt, was die Karriere fördert und was nicht.

Genau so wenig darf über die kapitalistische Funktion der Nazis nachgedacht und geredet werden. Noch viel weniger dürfen proletarisierte Menschen praktische antikapitalistische Konsequenzen aus dieser konstruktiven Zusammenarbeit von Teilen des demokratischen Staatsapparates mit den Nazis ziehen. Um die ganze Geschichte für große Teile des Proletariats unverständlich zu lassen, wird sie mit einer übel riechenden Moralbrühe übergossen. Diese Moralbrühe ist der regierungsoffizielle Antifaschismus des demokratischen

Staates. Dieser hat selbstverständlich nichts mit den Nazis zu tun, weil die letzteren das unerklärliche Böse darstellen und der erstgenannte doch alle guten Werte der Menschheit verkörpert: Menschenrechte, Humanismus, Zivilgesellschaft und Demokratie. Also all die schönen Dinge, welche alle guten Menschen gegen die Nazis verteidigen müssen. Deshalb hat „Bundeskanzlerin Angela Merkel (...) das Engagement von Bürgern gegen Fremdenfeindlichkeit als Reaktion auf die Neonazi-Mordserie gelobt. Der Widerstand gegen Rassismus, Antisemitismus sei nicht nur Aufgabe der Behörden, sondern auch der ganzen Zivilgesellschaft.“ (Zitiert aus *Freies Wort*, vom 19. Dezember 2011, S. 1.) Nun ja, ein Teil der Behörden hilft halt manchmal den Nazis und auch ein Teil der Zivilgesellschaft jagt lieber AusländerInnen als RassistInnen die demokratischen Staatstugenden zu erläutern.

Aber um solche unschönen Fakten zu verharmlosen und zu verkleistern ist halt der staatsoffizielle Antifaschismus da. Fakt ist auch, dass die regierenden DemokratInnen, die eben manchmal auch mit Nazis paktieren, hin und wieder auch Unterstützung von nicht gerade kleinen Teilen der Antifa als kleinbürgerlich-politischer Straßenbewegung bekommen, die in breiten Bündnissen mit demokratischen Politbonzen zusammen „gegen Nazis“ kämpfen wollen. Wir sind der Meinung, dass der Kampf gegen Nazis dem Klassenkampf gegen Kapital und Staat untergeordnet werden sollte und nicht anders herum. Diese Ansicht betonen wir besonders in den Kapiteln *Institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung und proletarischer Klassenkampf in Demokratie und Faschismus* und *Der Kampf gegen den Kapitalismus*.

Doch große Teile der kleinbürgerlichen AntifaschistInnen passen sich lieber an die herrschende Demokratie an, trotz der Erfahrung, dass der Staatsapparat manchmal auch gegen die antifaschistische Straßenbewegung repressiv vorgeht. Hin und wieder wird die Antifa aber auch von den regierenden DemokratInnen mit viel Erfolg instrumentalisiert. Das geschah auch in der jüngsten Zeit, wo das Paktieren von Teilen des Staatsapparates mit NaziterroristInnen bekannt wurde. So sagte der oberste Boss des Hamburger Verfassungsschutzes bei einer öffentlichen Veranstaltung in Hamburg-Altona ganz spontan, dass er die Antifa prima finde (siehe *junge Welt* vom 15. Dezember 2011, S. 4). Über die guten Gründe, die der Beamte hat, die Antifa toll zu finden, schreiben wir in den Kapiteln *Der Antifaschismus als linker Flügel der bürgerlichen Politik* und *Nazis und AntifaschistInnen im Dienst der Demokratie*.

In diesen Kapiteln verdeutlichen wir auch, dass die Selbsttäuschungen des Antifaschismus zum antifaschistischen Betrug am Proletariat führen. Die AntifaschistInnen selbst ziehen es vor, sich als arme Opfer von Umarmungsoffensiven des demokratischen Staates zu sehen: „Seit Bestehen der Bundesrepublik gehörten ein aggressiver Antikommunismus und die gegen linke politische Bewegungen gerichtete Repression zur westdeutschen Staatsdoktrin. Im Jahr 2000 wurden allerdings Nazigegner beim vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgerufenen „Aufstand der Anständigen“ Opfer der Umarmungsstrategie selbsternannter Demokraten, derzeit aber werden sie wieder einmal per „Extremismustheorie“ mit Neofaschisten gleichgesetzt: Rot gleich Braun.“ (Markus Bernhardt, *Die Wegbereiter*, in der *jungen Welt* vom 2. Januar 2012, S. 3.)

Zunächst fällt natürlich wieder der positive Demokratiebezug auf. Die herrschenden DemokratInnen halten sich eigentlich nur für solche, denn die wirklichen DemokratInnen sind ja die AntifaschistInnen. Bei großen Teilen der Antifa ist die Demokratie keine Diktatur des Kapitals, sondern ein großes und schönes Ideal. Dieser Selbstbetrug großer Teile der antifaschistischen Straßenbewegung macht deren staatliche Instrumentalisierung zu einer relativ einfachen Geschichte. Es ist wahr, im Jahr 2000 war die Umarmungsoffensive des demokratischen Staates bei der Antifa wesentlich intensiver ausgeprägt als heutzutage. Zum Thema, wie sich große Teile der Antifa damals vom demokratischen Staat instrumentalisieren ließen, empfehlen wir die Broschüre: Red Devil, *Auschwitz als Alibi. Kritik des bürgerlichen*

Antifaschismus (für 2,50 Euro zu bestellen bei: *Revolution Times, Postlagernd, 23501 Lübeck*). Ja, die armen Antifas haben auch heute keine Schläge, sondern Streicheleinheiten vom Staat verdient! Fühlen sich doch viele von ihnen den gleichen oder ähnlichen demokratischen Werten verpflichtet wie Bundeskanzlerin Merkel.

Der Staat machte auch im Januar 2012 einen kleinen Schritt auf die Antifa zu, indem er die praktische Auswirkung der Totalitarismus-Ideologie, nach der Rot mehr oder weniger gleich Braun sein soll, ein klein wenig einschränkte. Bisher gab es getreu dieser Ideologie beim VS eine „Abteilung für Links- und Rechtsextremismus“, was aber nun von den demokratischen Politbonzen überdacht wird. Auch der bisherige Verantwortliche für den „Rechtsextremismus“, Artur Hertwig muss wahrscheinlich diesen Posten räumen. „Nach Informationen des *Spiegel* entzog das Bundesamt für Verfassungsschutz inzwischen dem Leiter der bisherigen „Abteilung für Links- und Rechtsextremismus“, Artur Hertwig, die Zuständigkeit für letzteren. Das wieder selbständige Ressort Rechtsextremismus solle nun Dinchen Franziska Büddelfeld leiten, die Erfahrung im Bereich „islamistischer Terrorzellen habe (...). Anderen Medien sagte ein BfV (Bundesamt für Verfassungsschutz)-Sprecher, man äußere sich generell nicht über Personalfragen, bestätigte aber die geplante Trennung der Abteilung – was die Frage aufwirft, ob Hertwig nun exklusiv für Linksextremismus zuständig ist.“ (Claudia Wangerin, *Tummelplatz der V-Leute*, in der *jungen Welt* vom 17. Januar 2012.)

Doch auch diese kleinen bürokratischen Kosmetiken werden an dem Fakt nichts ändern, dass der demokratische Staat grundsätzlich antikommunistisch, aber sein Antifaschismus oft nur – dafür aber äußerst wirksame – Propaganda ist, die ihn nicht davon abhalten auch hin und wieder mal mit NeofaschistInnen zu flirten. Dass er auch manchmal der Antifa den Hof macht, zeigt ganz deutlich dass an dieser nichts revolutionär ist. Doch die politische kleinbürgerliche Linke kann der Staat sowieso je nach taktischem Kalkül mal schlagen und mal streicheln – zum wirklichen Kampf gegen die Demokratie ist diese objektiv nicht fähig und meistens subjektiv auch nicht willig. So bekämpft die wehrhafte Demokratie lauter Linke, die eigentlich grundsätzlich nichts gegen diese Staatsform auszusetzen haben. Repression gegen brave LinksdemokratInnen, welche die politischen Rahmenbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft willig mitgestalten, ist auch alles andere eine Seltenheit. So kam kurz nachdem die Zusammenarbeit von verschiedenen Landesämtern für Verfassungsschutz mit dem NSU an das Licht der Öffentlichkeit gelangte, auch an den Tag, dass der Verfassungsschutz die Bundestagsfraktion der kreuzbraven Linkspartei überwachte. Dass kann mensch durchaus als eine Übertreibung der kapitalistischen Diktatur bezeichnen. Dass SozialrevolutionärInnen bei Bedarf vom Staat bespitzelt, eingesperrt und wenn nötig auch liquidiert werden müssen, dass ist eine Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Aber die Überwachung dieser braven Sozis, die ihre Kapitalismustauglichkeit schon mehrfach unter Beweis gestellt haben, ist eine Übertreibung der staatlichen Repression. Und die regierenden DemokratInnen wollen auch nach der Geschichte mit der NSU nicht damit aufhören. So sagte der Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, welches am 23. Januar 2012 abgedruckt wurde: „Sie brauchen keine Angst zu haben. Wir werden auch den Kampf gegen den Linksextremismus verstärken.“

Trotz dieser Erfahrung mit staatlicher Repression, macht dies die LinksdemokratInnen nicht irre in ihrer Staatsgläubigkeit. Gerade solche Geschichten wie die offensichtliche Nazi-Verfassungsschutz-Zusammenarbeit macht sie zu rasenden VerteidigerInnen des demokratischen Staatstyps. Nicht nur die PolitikerInnen der Linkspartei stellen sich als die besten DemokratInnen und die Repression ihrer rechten Konkurrenz gegen sie als „undemokratisch“ dar. So veranstalteten die StraßenpolitikerInnen der „organisierten Autonomie“ (Nürnberg) im Januar 2012 einen Politrummel, bei der der Verfassungsschutz als

Fremdkörper in der Demokratie verleumdet wurde. Oh nein, das haben die Schlapphüte vom Verfassungsschutz wirklich nicht verdient. Denn sie verteidigen die reale Demokratie als eine kapitalistische Staatsform, während die völlig sozialdemokratisierten Nürnberger Autonomen nichts als ihre Illusionen gegen die Wirklichkeit verteidigen. Die „organisierte Autonomie“ ist ein Fremdkörper in der sozialrevolutionären Bewegung!

Neben der teilweisen Instrumentalisierung der kleinbürgerlichen antifaschistischen Straßenbewegung suchen die herrschenden DemokratInnen den Naziterror des NSU dahingehend für sich zu nutzen, um ihre Repressivorgane noch effektiver zu gestalten und zu zentralisieren. Am Mittwoch, den 18. Januar 2012, zehn Wochen nach dem Auffliegen des sozialreaktionären Bündnisses von Teilen des Staatsapparates mit den NaziterroristInnen vom NSU, nahm die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Errichtung einer zentralen Datei für rechte GewalttäterInnen an. Hier sollen die Informationen des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz sowie des Bundeskriminalamtes und der Landeskriminalämter automatisiert erfasst werden. Auch der Bundesnachrichtendienst (BND) und der Militärische Abschirmdienst (MAD) können ihre Daten – allerdings nicht automatisch – in die gemeinsame Datei einspeisen. Nach offiziellen Verlautbarungen sollen aber nur Neonazis mit „Gewaltbezug“ gespeichert werden. Dieser muss sich durch einschlägige Vorstrafen und/oder durch Aufrufe zur Gewalt äußern.

Diese wachsende Zentralisierung des Staates richtet sich nur vordergründig gegen Nazis. Die Mordserie des NSU ergab sich auch nicht aus einer imaginären „Ineffektivität“ des Staatsapparates, sondern weil Teile von ihm direkt und indirekt mit NeofaschistInnen zusammenarbeiteten und auch noch zusammenarbeiten. Sowohl diese Zusammenarbeit als auch die forcierte Zentralisierung des Repressivapparates richten sich potenziell gegen das klassenkämpferische Proletariat. Dieser zentralisierte Zugriff auf die Daten von militanten Neonazis kann vom demokratischen Staatsapparat je nach seinen taktischen Bedürfnissen benutzt werden. Hält er es für den richtigen Zeitpunkt auch mal den Nazis zu zeigen, wer der Herr im Haus ist, für die staatsbürokratische Repression. Doch ist die demokratische Sozialreaktion der Meinung, dass wieder mal FaschistInnen in das gemeinsame kapitalistische Boot zu holen sind – so wie bei der NSU – dann lassen sich die gespeicherten Daten wunderbar zur Kontaktaufnahme nutzen. Jedenfalls bedeutet das Speichern von Nazidaten keine Entwarnung für migrantische und /oder sozialrevolutionäre ProletarierInnen.

Der demokratische Staat ist zurzeit ein weit gefährlicherer – weil wirksamerer – Feind des klassenkämpferischen Proletariats als die Nazis. SozialrevolutionärInnen orientieren auf seine Zerschlagung bei der Überwindung des Kapitalismus. Die soziale Revolution ist eine Möglichkeit, die sich aus der Zuspitzung des Klassenkampfes ergeben kann. Eine Möglichkeit, die schon jetzt gut vorbereitet sein will, wenn sie irgendwann mal Realität werden soll. Trotz des revoluzzerhaften Gehabes von Teilen der Antifa ist diese als politische Straßenbewegung, welche in den Betrieben so gut wie nicht verankert ist, objektiv nicht dazu in der Lage, die soziale Revolution vorzubereiten. Selbstverständlich wird die Antifa auch nicht den subjektiven Anforderungen an eine revolutionäre Kraft gerecht. Behauptungen aus den Tiefen der Antifa, dass der Verfassungsschutz „undemokratisch“ sei und deshalb von den demokratischen Politbonzen aufgelöst werden müsse, belegen dies deutlich. Denn der Verfassungsschutz ist Teil des Schildes und Schwertes des bürgerlichen Staates gegen das Proletariat. Nur die soziale Revolution kann die deutschen Geheimdienste und die Naziorganisationen zerschlagen. Demokratieverherrlichendes Gelaber und reformistische Forderungen an den Staat – also das Alltagsgeschäft der Antifa – hemmen die Radikalisierung des Klassenkampfes und wirken deshalb grundsätzlich antirevolutionär. Während sich der Kapitalismus mittels Staatsapparaten und Nazihorden immer besser gegen das Proletariat bewaffnet, nimmt die Antifa an der ideologischen Einlullung und Entwaffnung des

Proletariats teil. Drei Kräfte gegen das Proletariat: Der Staat, die Nazis und der Antifaschismus.

2. Die Nazis als rechter Flügel der bürgerlichen Politik

Die organisierte Hausnazihaltung durch den demokratischen Staat ist für SozialrevolutionärInnen weder ein Skandal noch wirklich überraschend. Nazis sind schließlich der rechte Flügel der bürgerlichen Politik, und die Demokratie lebt von dem gestaltenden Pluralismus aller bürgerlichen Kräfte – auch der Nazis. Auch da, wo die FaschistInnen und Nazis die Regierungsgeschäfte von der Bourgeoisie übertragen bekamen, blieben sie der rechte Flügel der bürgerlichen Politik – selbst wenn sie dem politischen Pluralismus der Demokratie ein Ende bereiteten. In diesem Kapitel wollen wir in einem kurzen historischen Abriss die Bedeutung von FaschistInnen/ NationalsozialistInnen für das Kapitalverhältnis und die bürgerliche Politik herausarbeiten. Bei der Darstellungen der historischen Rolle des Faschismus beschränken wir uns aus Platzgründen auf seine deutsche Variante, den Nationalsozialismus. Mit unserer Darstellung der Bedeutung der Nazis für die kapitalistische Warenproduktion und die bürgerliche Politik wollen wir auch das Wesen der letztgenannten genauer bestimmen.

.....

Kapitalistischer Reichtum ist verdoppelt in Waren und Geld. Eine Ware besitzt Gebrauchseigenschaften. Zum Beispiel besitzt ein Stuhl die Gebrauchseigenschaft, dass mensch sich auf ihn setzen kann. Diese Eigenschaft ist sein Gebrauchswert. Doch die kleinbürgerlichen und kapitalistischen ProduzentInnen stellen Stühle nicht in erster Linie her – beziehungsweise lassen sie herstellen –, um selbst darauf zu sitzen, sondern um sie zu verkaufen, also Geld gegen die Stühle einzutauschen. Doch das Geld macht sie nicht satt und wärmt sie nicht. Die kleinbürgerlichen und kapitalistischen Stuhlproduzenten tauschen also als KonsumentInnen das Geld gegen Lebensmittel und Klamotten, um satt und warm zu werden. Ein Großteil des eingetauschten Geldes dient aber nicht dem privaten Konsum der KleinbürgerInnen und KapitalistInnen, sondern ist dazu da, um die Stuhlproduktion aufrecht zu erhalten und zu erweitern.

Das Geld ist also das eigentliche Ziel der Stuhlproduktion. Dieses Geld tauschen die StuhlproduzentInnen gegen ihre Stühle ein. Das Geld ist also ein Tauschmittel. Ist der Tausch Geld gegen Stuhl ein willkürlicher oder gibt es da gewisse Gesetze? Es gibt wirklich gewisse Regeln auf den chaotischen Märkten. Um im Chaos des Marktes die Regel zu bestimmen hilft uns die Werttheorie. Da der Stuhl in der Warenproduktion nicht nur zum Sitzen da ist, hat er nicht nur einen Gebrauchswert, sondern auch einen Tauschwert. Dieser Tauschwert wird im Preis ausgedrückt, also wie viel Geld ein bestimmter Stuhl kostet. Nach der Werttheorie wird der Tauschwert einer Ware durch seine durchschnittliche gesellschaftlich notwendige Herstellungszeit bestimmt. Doch Tauschwert und Preis stimmen nicht überein. Da der Preis auf den Markt auch durch Angebot und Nachfrage, also durch die Konkurrenz zwischen KäuferInnen und VerkäuferInnen bestimmt wird. Der Preis schwankt also um den Tauschwert herum. Doch steigt die Arbeitsproduktivität dann sinkt der Wert einer Ware und damit auch sein Preis.

Gegen die Werttheorie kamen von bürgerlichen IdeologInnen die verschiedensten Einwände. Z.B. behaupten sie, dass die Preisbildung ausschließlich durch Angebot und Nachfrage wird bestimmt. Wir wollen diesen Einwand durch eine einfache Tatsache entkräften. Heutzutage kostet jeder stoffliche Reichtum Geld. Doch was kostete stofflicher Reichtum vor der Warenproduktion und was wird er möglicherweise auch nach der Warenproduktion wieder kosten? Zeit und Kraft! Und so ist es ja auch in der kapitalistischen Warenproduktion, nur wird dieser Fakt halt in Geld ausgedrückt.

Verdeutlichen wir noch einmal kurz die Unterschiede zwischen urwüchsiger Bedürfnisproduktion auf der einen Seite, kleinbürgerlicher und kapitalistischer Warenproduktion auf der anderen. In der urwüchsigen wie auch in der möglicherweise nachkapitalistischen Bedürfnisproduktion werden Dinge unmittelbar und direkt für den individuellen und kollektiven Bedarf produziert, also Stühle dafür hergestellt um darauf zu sitzen, nicht um sie in Geld umzutauschen. In der kleinbürgerlichen Warenproduktion war und ist das Geld schon das Ziel. Der Unterschied zwischen kleinbürgerlicher und kapitalistischer Warenproduktion besteht darin, dass in ersterer der Privateigentümer der Produktionsmittel mit diesen auch selbst noch Waren produziert. In der kleinbürgerlichen Warenproduktion wurden und werden vom Handwerksmeister nur embryonal andere Arbeitskräfte ausgebeutet (Familienmitglieder, Lehrlinge, Gesellen und TagelöhnerInnen), während in der kapitalistischen Warenproduktion der Privateigentümer an den Produktionsmitteln in der Regel nicht mehr selbst mit ihnen Waren produziert, sondern massenhaft LohnarbeiterInnen ausbeutet, die für ihn das Warenkapital produzieren. Die auf dem Markt erfolgende Umwandlung des Warenkapitals in Geldkapital wird mit der Entwicklung des Kapitalismus auch immer stärker von Lohnabhängigen vollzogen und kaum noch von den KapitalistInnen selbst. Auch wird das realisierte Geldkapital und der in ihm enthaltene Profit von den KapitalistInnen nicht in erster Linie dazu verwendet um ihre Konsumwünsche zu befriedigen, sondern um die Produktion zu erweitern und das Kapital zu vermehren.

Erst mit der Entwicklung des Industriekapitalismus wird die Ware-Geld-Beziehung zum vorherrschenden und auch verinnerlichten grundlegenden sozialen Verhältnis. Naturalwirtschaft und Bedarfsproduktion war noch bis in das kapitalistische Zeitalter hinein auf dem Lande weit verbreitet und koexistierten mit der kleinbürgerlichen Warenproduktion der Städte. In der Landwirtschaft herrschte jedoch der Feudalismus bzw. in der Antike die Sklavenhaltergesellschaft. Im Feudalismus leisteten die abhängigen BäuerInnen vorwiegend Naturalabgaben. Es gab zwar schon das Handelskapital, aber die Ware-Geldbeziehung war noch nicht das vorherrschende Verhältnis. Das wurde es erst mit der kapitalistischen Warenproduktion.

Die Niederkonkurrierung des warenproduzierenden KleinbürgerInnentums ist eine wesentliche Erscheinung der kapitalistischen Warenproduktion. Kapitalistische Warenproduktion unterscheidet sich von der kleinbürgerlichen Warenproduktion dadurch, dass erstere auch die Arbeitskraft der Menschen massenhaft zu einer Ware macht. Das Kapital ist in erster Linie ein soziales Verhältnis zwischen den BesitzerInnen beziehungsweise hohen VerwalterInnen der Produktionsmittel und jenen Menschen, die ihre Arbeitskraft den KapitalistInnen vermieten müssen, weil sie selbst nicht über Produktionsmittel verfügen. Indem die ArbeiterInnen ihre Arbeitskraft an die KapitalistInnen vermieten, verkaufen erstere den letzteren das Recht über diese Arbeitskraft über einen bestimmten Zeitraum zu verfügen. Der Tauschwert dieses zeitlich beschränkten Verfügungsrechtes über die Arbeitskraft entspricht dem Tauschwert der Lebensmittel, welche die LohnarbeiterInnen brauchen, um sich und damit auch ihre Arbeitskraft reproduzieren zu können. Der Preis (Lohn) kann über und unter diesem Tauschwert liegen.

In der Realität wird über den Preis des kapitalistischen Verfügungsrechtes über die Arbeitskraft mitunter hart gekämpft. Das Kapital strebt danach, den Lohn möglichst niedrig zu halten und gefährdet damit auch die Reproduktion der ArbeiterInnenklasse. Nur der Klassenkampf der letzteren kann Löhne durchsetzen, welche den Tauschwerten der Arbeitskräfte entsprechen oder darüber liegen. Durch diesen Klassenkampf entwickeln sich Gewerkschaften, deren Bürokratie mit den KapitalistInnen und ManagerInnen die Löhne der ArbeiterInnen in Form von Tarifverträgen aushandelt. Dadurch werden die Gewerkschaftsbükratien zu Co-Managerinnen der kapitalistischen Ausbeutung. Obwohl sie eine wichtige Funktion bei der Niederhaltung der ArbeiterInnenklasse erfüllen, werden die Gewerkschaften jedoch von Teilen der Bourgeoisie nicht gern gesehen. Zum Beispiel meinte die deutsche Bourgeoisie der Weimarer Republik, dass sie ganz gut auf die Gewerkschaftsbürokratie verzichten könne. Die Nazis zerschlugen dann auch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), ohne dass dieser Gegenwehr leistete, ja, sich gar bei den Nazis einzuschleimen versuchte (siehe dazu ausführlicher das Kapitel *Institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung und proletarischer Klassenkampf in Demokratie und Faschismus*).

Durch den Kauf des zeitlich befristeten Verfügungsrechtes über die proletarischen Arbeitskräfte können die KapitalistInnen dessen Gebrauchswert genießen. Der besteht darin, dass die Arbeitskräfte im Produktionsprozess Werte produzieren, die eindeutig höher sind als die Löhne. Unter dem Kommando des Kapitals produziert die ArbeiterInnenklasse im grundsätzlich autoritären Arbeitsprozess Warenkapital. Die ArbeiterInnen produzieren also etwas, was nicht ihnen gehört. Das Warenkapital was sie produzieren, wird von den KapitalistInnen oder deren kommerzielle LohnarbeiterInnen wieder in Geldkapital umgewandelt. Aus einem Teil dieses Geldkapitals werden auch die Löhne der ArbeiterInnen beglichen. Auch womit das Industrieproletariat produziert, die Produktionsmittel, gehört nicht ihm, sondern den KapitalistInnen. Die Produktionsmittel sind produktives Kapital. Auch über ihre eigene Arbeitskraft können die ProletarierInnen nach deren Vermietung im Produktionsprozess nicht mehr verfügen. Wie und was sie produzieren, bestimmen die KapitalistInnen. Die ArbeiterInnen sind im Produktionsprozess selbst menschliches produktives Kapital. Im Produktionsprozess herrscht die unmittelbare soziale Diktatur des Kapitals über das Proletariat.

Diese kapitalistische Diktatur über das Proletariat ist natürlich kein Selbstzweck. Ihr Sinn besteht in der jeweils optimalsten Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse, um möglichst Maximalprofite erzielen zu können. Die KapitalistInnen erhalten in Form des Warenkapitals eine höhere Wertsumme zurück, als sie vor der Produktion investiert hatten. Diese Investitionen bestehen aus sachlichen Produktionsmitteln, den Löhnen und unproduktiven Kosten der Produktion (zum Beispiel der Erhalt eines Werkschutzes, welcher repressiv gegen das Proletariat vorgehen kann). Die LohnarbeiterInnen übertragen im kapitalistischen Arbeitsprozess den Wert der Produktionsmittel auf das Produkt. Die Arbeitsgegenstände (Rohstoffe, Hilfsstoffe) verlieren ihre bisherige Gestalt und werden zu neuen Produkten verarbeitet. Deren ehemaligen Tauschwerte gehen in den Wert des neuen Produktes ganz ein. Die Arbeitsmittel, zum Beispiel die Maschinen, übertragen nur einen Teil ihres Wertes auf die Produkte. Eine Maschine, mit deren Hilfe mensch beispielsweise durchschnittlich zehn Jahre produzieren kann, überträgt ihren Tauschwert auf das zehnjährige Produkt. Doch in der Zeit, in welcher die ArbeiterInnen mit Hilfe der Arbeitsmittel die Arbeitsgegenstände in neue Produkte umformen, entsteht auch neuer Tauschwert. Dieser Tauschwert teilt sich in einen Wert, welcher ihren Löhnen entspricht, und einem Mehrwert, den die KapitalistInnen sich aneignen. Das Verhältnis zwischen den Löhnen und dem Mehrwert ist die Mehrwertrate. Die KapitalistInnen müssen danach streben, diese Mehrwertrate zu erhöhen.

Neben den Druck auf die Reallöhne, erhöhen die KapitalistInnen die Mehrwertrate durch Arbeitszeitverlängerungen und/oder durch die Intensivierung der Arbeitszeit, der so genannten Arbeitsverdichtung, bei der die ArbeiterInnen in kürzerer Zeit mehr Tauschwert, also auch mehr Mehrwert produzieren. Doch die ArbeiterInnen führen auch einen Klassenkampf um die Arbeitsbedingungen, wobei der Kampf für Arbeitszeitverkürzungen und gegen Arbeitszeitverlängerungen leichter zu führen ist, als der Kampf gegen Arbeitsverdichtungen. Eine Minderheit von ArbeiterInnen kämpfte und kämpft jedoch nicht nur für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, sondern gegen den Kapitalismus als solchen und für eine klassenlose Gesellschaft. Aber auch diese sozialrevolutionären ArbeiterInnen leben wie ihre KollegInnen inmitten der bürgerlichen Gesellschaft und werden von dieser geformt.

Unter anderem auch vom Geldfetischismus. Geld ist das eigentliche Ziel der kapitalistischen Warenproduktion. Mit ihm kann mensch alles eintauschen, was es im Kapitalismus an stofflichem Reichtum so gibt. Es ist edel, wenn mensch es besitzt und ein Fluch, wenn mensch es nicht besitzt. Das Geld ein totes Ding ist, und nur durch Tauschbeziehungen der Menschen scheinbar zum Leben erweckt wird, wird im falschen Bewusstsein der MarktteilnehmerInnen oft nicht erkannt. Durch die Verhältnisse selbst wird ein Geldfetischismus erzeugt, das Anbeten oder Verfluchen des Geldes, als wäre es selbst etwas Lebendiges. Der Geldfetischismus kommt in Sprüchen wie „Geld regiert die Welt“ oder „Geld muss arbeiten“ zum Ausdruck. Aber arbeiten und regieren können nur lebendige Menschen und nicht das tote Geld. Der Geldfetischismus ist auch ein Ausdruck dafür, dass die Menschen nicht die Warenproduktion beherrschen, sondern dass die Warenproduktion die Menschen beherrscht.

Und die bürgerliche Moral ist auch sehr um das Geld zentriert. Aus der Sicht eines bürgerlichen Moralisten sind fast alle anderen Menschen geldgierig. Zu den Wenigen, die es nicht sind, zählt der Moralist natürlich sich selbst. Er lebt nach großen Tugenden, ist ein großer Patriot...

Im bürgerlichen Moralismus ist das Geld/Bankkapital oft so ziemlich das Fluchwürdigste. Diese Bande von SchmarotzerInnen stellt selbst keine Waren her, arbeitet nicht und verleiht nur Geld, um dafür den Zins einzustecken! Dass alle anderen bürgerlichen Individuen auch nur für Geld arbeiten beziehungsweise arbeiten lassen, klammert der bürgerliche Moralismus nur zu gerne aus. Die moralischen Attacken auf das Finanzkapital sind eine Form des negativen Geldfetischismus.

Dieser negative Geldfetischismus verwandelte sich in der Geschichte nicht gerade selten in Judenhass. Die Juden wurden als ein vorindustriekapitalistisches Handelsvolk, also als ein soziales Subjekt, welches die Ware-Geld-Beziehung schon sehr früh auch in ihrer Religion verinnerlichte, zu einer Zeit, als das Geld noch nicht vorherrschend das unmittelbare Ziel der Produktion war, schnell zum Hassobjekt des negativen Geldfetischismus. Bis in das Mittelalter hinein hatten die Juden tatsächlich eine beherrschende Rolle im Waren- und Geldhandel. Selbstverständlich war der Judenhass schon damals sozialreaktionär und er wurde vom herrschenden Feudaladel und der sich entwickelnden christlichen Bourgeoisie geschürt, um die soziale Wut auf die Juden und Jüdinnen abzulenken.

Mit der Entwicklung einer christlichen Handels- und später auch Industriebourgeoisie, welche den Juden schrittweise das Monopol auf den Waren- und den Geldhandel entriss, wurde der Judenhass als negativer Geldfetischismus vollends sichtbar zur Sozialdemagogie. Die von der Bourgeoisie geprägten nicht- und antikatholischen Formen des Christentums (hier besonders Calvinismus und Puritanismus) stellen ebenfalls eine religiöse Verinnerlichung der Ware-Geld-Beziehung dar, ähnlich wie die viel ältere jüdische Religion. Mit der Durchsetzung des Kapitalismus verloren die Juden ihren sozialen Charakter als vorindustriekapitalistisches

Handelsvolk. Das Judentum wurde in die drei Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft gespalten: Bourgeoisie, KleinbürgerInnentum und Proletariat. In einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft ist das Geldkapital nicht mehr vorwiegend „jüdisch“. Mit der Durchsetzung der kapitalistischen Warenproduktion und dem Geld als Maß aller Dinge wird die rassistische Hetze gegen „Geldjuden“ zur gehässigen moralisierenden Projektion, bei der besonders nichtjüdische KleinbürgerInnen ihre eigene – gesellschaftlich notwendig hervorgerufene – „Geldgier“ ausblenden und auf Fremde – „die Juden“ – lenken können.

Auch der fanatische und massenmörderische Juden Hass der Nazis wurde unter anderem vom negativen Geldfetischismus genährt. Obwohl im damaligen Kapitalismus das Finanzkapital schon lange nicht mehr ausschließlich jüdisch war, wurde es von den Nazis in ihrer sozialen Demagogie so dargestellt und rassistisch begründet. Für die Nazis waren die Juden eine geldgierige Rasse. Hier ein Zitat von Hitler, der das ziemlich gut veranschaulicht. So schrieb er am 16. September 1919: „Der Antisemitismus als politische Bewegung darf nicht und kann nicht bestimmt werden durch Momente des Gefühls, sondern durch die Erkenntnisse von Tatsachen. Tatsachen aber sind: Zunächst ist das Judentum unbedingt Rasse und nicht Religionsgemeinschaft. Und der Jude selbst bezeichnet sich nie als jüdischen Deutschen, jüdischen Polen oder etwa jüdischen Amerikaner, sondern stets als deutschen, polnischen oder amerikanischen Juden. Noch nie hat der Jude von fremden Völkern, in deren Mitte er lebt, viel mehr angenommen als die Sprache. Und damit ergibt sich die Tatsache, dass zwischen uns eine nichtdeutsche, fremde Rasse lebt, nicht gewillt und auch nicht imstande, ihre Rasseneigenarten zu opfern, ihr eigenes Fühlen, Denken und Streben zu verleugnen, und die dennoch politisch die gleichen Rechte besitzt wie wir selber. Bewegt sich schon das Gefühl des Juden im rein Materiellen, so noch mehr sein Denken und Streben. Der Tanz ums Goldene Kalb wird zum erbarmungslosen Kampf um alle jene Güter, die nach unserem inneren Gefühl nicht die höchsten und einzig erstrebenswerten auf dieser Erde sein sollen.

Sein Mittel zum Kampf ist jene öffentliche Meinung, die nie ausgedrückt wird durch die Presse, wohl aber immer durch sie geführt und gefälscht wird. Seine Macht ist die Macht des Geldes, dass sich in Form des Zinses in seinen Händen mühe- und endlos vermehrt, und den Völkern jenes gefährlichste Joch aufzwingt, dass sie seines anfänglichen goldenen Schimmers wegen so schwer in seinen späteren traurigen Folgen zu erkennen vermögen. Alles was Menschen zu Höherem streben lässt, sei es Religion, Sozialismus, Demokratie, es ist ihm alles nur Mittel zum Zweck, Geld- und Herrschgier zu befriedigen. Sein Wirken wird in seinen Folgen zur Rassentuberkulose der Völker.“ Hier sehen wir deutlich, wie der Kleinbürger Hitler den negativen Geldfetischismus mit der „wissenschaftlichen Rassenlehre“ verknüpfte.

Der Juden Hass entstand also in erster Linie aus dem negativen Geldfetischismus der Warenproduktion, während der heutige arabische Juden Hass kaum noch was mit seiner ursprünglichen Quelle zu tun hat, auch wenn er teilweise an diese Quelle ideologisch anknüpft. Der letztere ist im Wesentlichen ein typischer Chauvinismus des nationalistischen Konkurrenzkampfes. Der negative Geldfetischismus im heutigen Kapitalismus schlägt in der Regel kaum noch in Judenfeindlichkeit um – anders als noch zur Zeit der nationalsozialistischen Massenbewegung. Die sozialen Wurzeln des damaligen Juden Hasses war ganz klar die Projektion des negativen Geldfetischismus auf „die Juden“ durch das nichtjüdische KleinbürgerInnentum und Teilen des Proletariats

Als VermieterInnen ihrer Arbeitskräfte und KäuferInnen von Lebensmitteln sind ArbeiterInnen kleinbürgerliche Marktsubjekte und unterliegen als solche auch mehr oder weniger den Ideologien der Warenproduktion, unter anderem auch dem negativen Geldfetischismus und dem Juden Hass. So waren in Hitlers Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) zwar unterdurchschnittlich wenige, aber eben auch ArbeiterInnen im Interesse des Kapitals desorganisiert. Doch die soziale Hauptbasis der Nazis waren

HandwerkerInnen, KleinhändlerInnen, Freiberufler und lohnabhängige KleinbürgerInnen (Beamte und Angestellte). Dieses faschistische KleinbürgerInnentum und Teile des Proletariats führten mittels des Judenhasses ihren ökonomischen Überlebenskampf in erster Linie gegen die jüdische Konkurrenz. Auch ArbeiterInnen führen auf den Arbeitsmärkten einen Konkurrenzkampf gegeneinander. Diejenigen Lohnabhängigen, welche sich der faschistischen Bewegung in Deutschland anschlossen, projizierten also nicht nur ihren negativen Geldfetischismus auf die jüdische Bevölkerung, sondern führten auch einen völkischen Konkurrenzkampf gegen ihre jüdische Konkurrenz. Judenhass als Ideologie des kleinbürgerlichen Konkurrenzkampfes. Als Marktsubjekte sind auch die ArbeiterInnen kleinbürgerlich und damit auch mehr oder weniger empfänglich für die verschiedensten chauvinistischen Ideologien, welche geistige Ausdrücke des Konkurrenzkampfes sind.

Judenhass innerhalb der ArbeiterInnenklasse war damals nicht auf Deutschland beschränkt. In Deutschland war es sogar so, dass die jüdische Bevölkerung vor dem Aufkommen des Faschismus als relativ integriert galt. Die jüdische Bevölkerung spaltete sich in Deutschland wie in ganz Westeuropa in Bourgeoisie, KleinbürgerInnentum und Proletariat und integrierte sich so in den sich entwickelnden Kapitalismus. In Osteuropa war der Kapitalismus zu schwach entwickelt um die jüdische Bevölkerung in ihm zu integrieren. Der erbitterte Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze wurde in Osteuropa auch mittels des Judenhasses geführt. Auch Gewerkschaften, welche grundsätzlich die kleinbürgerliche Marktsubjektivität von LohnarbeiterInnen reproduzieren und verstärken, organisierten diesen Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze auf Kosten des jüdischen Proletariats. So setzten zum Beispiel polnische Berufsgewerkschaften bis zum Sturz des Zarismus durch, dass Juden nicht in der polnischen Industrie beschäftigt werden durften. So blieb den jüdischen ProletarierInnen Osteuropas oft nur die kümmerliche Existenz in der jüdisch-kleinbürgerlichen Warenproduktion, welche zunehmend der kapitalistischen Konkurrenz erlag, die Erwerbslosigkeit oder die Migration nach Westeuropa, Nordamerika – oder nach Palästina.

Die Existenz eines kaum integrierbaren jüdischen KleinbürgerInnentum und Proletariats in Osteuropa und deren massenhafte Migration nach Westeuropa stellte für das Weltkapital ein Problem dar. Nicht unerhebliche Teile der westeuropäischen einheimischen Bevölkerung – einschließlich eines Teiles der assimilierten Jüdinnen und Juden – reagierten mit wütendem Chauvinismus auf die osteuropäisch-jüdische Emigrationsbewegung. Die Nazis boten sich mit ihrem fanatischen Judenhass dem Weltkapital als eine sozialreaktionäre Lösung „der Judenfrage“ an.

Die Nichtintegration von Jüdinnen und Juden in osteuropäische Nationen nährten beim jüdischen Proletariat und linken Intellektuellen zwei geistige Verarbeitungsformen: den proletarischen Internationalismus/Antinationalismus als progressive Lösung und den jüdischen Nationalismus/Zionismus als reaktionärer Lösung der Nichtintegration. Es war kein Zufall, dass gerade bei den osteuropäischen jüdischen Intellektuellen Rosa Luxemburg und Leo Trotzki der proletarische Internationalismus besonders stark ausgeprägt war.

Die Schwäche des parteimarkistischen proletarischen Internationalismus waren seine Staatsfixiertheit. Nach der marxistischen Ideologie-Produktion sollte das erste Ergebnis der sozialen Revolution ein „ArbeiterInnenstaat“ sein, der dann friedlich absterben und einer klassen- und staatenlosen Gesellschaft weichen würde. In der Praxis waren die „ArbeiterInnenstaaten“ staatskapitalistische Regimes (siehe dazu die beiden Kapitel *Der Antifaschismus als linker Flügel der bürgerlichen Politik* und *Institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung und proletarischer Klassenkampf in Demokratie und Faschismus*). Als der proletarische Internationalismus zur offiziellen Ideologie der „sozialistischen Staaten“ wurde, transformierte er sich in staatskapitalistischen Nationalismus. Dass der jüdische Intellektuelle Trotzki diese sozialreaktionäre Transformation nicht bis zum Ende mit machen

konnte und den Stalinschen Nationalismus inkonsequent bekämpfte, war alles andere als ein Zufall. Dieser Fakt lag auch in seiner besonderen sozialpsychologischen Reaktion auf die Judenfeindlichkeit begründet, in einem besonders stark ausgeprägten „proletarischen Internationalismus“.

Dieser proletarische Internationalismus, welcher natürlich wegen seiner Beschränktheit auch von heutigen SozialrevolutionärInnen kritisiert werden muss, wurde wegen ihrer Nichtintegration in die osteuropäischen Nationen, besonders von osteuropäischen jüdischen ArbeiterInnen und Intellektuellen getragen. Bürgerliche NationalistInnen projizierten ihren Hass auf die „vaterlandslosen Gesellen“ zunehmend auf das ganze Judentum. Auch Hitler gehörte zu ihnen. In seiner ersten „großen“ Rede vom 13. August 1920 teilte Hitler seinen ZuhörerInnen mit, dass er ein Judenfeind sei, weil „die Juden *international* sind, die Gleichheit aller Völker und die internationale Solidarität predigen, (und) es ihr Ziel ist, die Rassen zu entnationalisieren“ (siehe: E. Jäckel, *Hitler als Ideologe*, Calmann Levy 1973).

Die sozialreaktionäre Reaktion der Jüdinnen und Juden auf ihre Nichtintegration in Osteuropa und den wachsenden Juden Hass in Westeuropa stellte der Zionismus dar. Seine sozialreaktionäre Lösung „der Judenfrage“: Die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina, welche das osteuropäische jüdische Proletariat und KleinbürgerInnentum integrieren könnte. Der Zionismus mochte in Worten gegen die rassistische Judenfeindschaft auftreten, aber in der Praxis wurde der erste durch den letzteren gestärkt. Der Juden Hass diente den ZionistInnen als Beweis dafür, dass die Assimilation der jüdischen Bevölkerung in die bestehenden Staaten unmöglich wäre und deshalb ein besonderer jüdischer Staat gebraucht würde. So waren der proletarische Internationalismus und die bürgerliche Assimilation der jüdischen Bevölkerung in den westeuropäischen Nationalstaaten die beiden Hauptfeinde des Zionismus. Das sprachen die führenden ZionistInnen auch offen aus. So formulierte der ehemalige Präsident des Jüdischen Weltkongresses und der Zionistischen Weltorganisation, Nahum Goldmann: „Die Gefahr der Assimilation der jüdischen Gemeinschaft unter den Völkern, in deren Mitte sie leben, ist sehr viel ernster als die äußere Bedrohung durch den Antisemitismus.“ (*Le Monde*, 13.1.1966, zitiert nach Nathan Weinstock, *Le sionisme contre israel*, Paris 1966, S. 38.) So kämpften demokratische/faschistische JudenfeindInnen und ZionistInnen in Arbeitsteilung gegen die Assimilation der jüdischen Bevölkerung innerhalb bürgerlicher Nationalstaaten und den proletarischen Internationalismus. Weiter unten werden wir die direkte Kooperation zwischen Zionismus und dem faschistischen deutschen Staat vor dem industriellen Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden beschreiben.

Die Nazis boten sich also neben dem Zionismus dem Weltkapital als eine sozialreaktionäre Lösung „der Judenfrage“ an, welche wesentlich eine Frage von unintegrierbaren osteuropäischen jüdischen KleinbürgerInnen und ProletarierInnen war. Die NSDAP wurde nicht nur vom deutschen Kapital finanziert und hofiert. Außerdem trachteten die Nazis danach, von der internationalen Bourgeoisie als Avantgarde des Antikommunismus wahrgenommen zu werden. Diesen Antikommunismus koppelte der deutsche Faschismus mit seiner judenfeindlichen Hetze, indem er gegen den „jüdischen Bolschewismus“ zu Felde zog. Der faschistische Antikommunismus richtete sich sowohl gegen den sowjetischen Staatskapitalismus und seine Agentur in Deutschland, die KPD, als auch gegen das klassenkämpferische Proletariat.

Die NSDAP versprach während ihrer „Kampfzeit“ in der Weimarer Republik den Klassenkampf in einem „Dritten Reich“ durch eine „Volksgemeinschaft“ aller Deutschen zu überwinden. Diese soziale Demagogie war geschickt auf das KleinbürgerInnentum ausgerichtet. Das klassische KleinbürgerInnentum (HandwerkerInnen und KleinhändlerInnen) steht zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Es besitzt Privateigentum an Produktionsmitteln

und beutet schon embryonal proletarische Lohnarbeit aus, erliegt aber zunehmend der Konkurrenz mit der Großbourgeoisie. Auch verschuldete es sich immer stärker bei den Banken. Das KleinbürgerInnentum verteidigt Privateigentum und kämpft gezwungenermaßen gegen das Großkapital einen aussichtslosen Konkurrenzkampf. Es steht dem Klassenkampf feindlich gegenüber und sehnt sich nach einer nationalen Nestwärme ohne Konkurrenz- und Klassenkämpfe, eben nach einer „Volksgemeinschaft“.

Die Nazis boten mit ihrem rassistischen Judenhass, völkischen „Antikapitalismus“, sowie ihrer sozialreaktionären Kritik am demokratischen Parlamentarismus und Antikommunismus dem klassischen KleinbürgerInnentum genau den richtigen, das heißt wirksamen, ideologischen Nebel für dessen seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 immer aussichtsloser werdenden nackten Existenzkampf. Der latent vorhandene Judenhass steigerte sich fanatisch. Auf „den Juden“ wurden alle kleinbürgerlichen Ängste und Feindschaften projiziert. Die jüdische Konkurrenz, das „jüdische“ Kapital, die Weimarer „Judenrepublik“ und der „jüdische“ Bolschewismus waren die Feinde!

So schufen die Nazis mit ihrer sozialen Demagogie während der Weltwirtschaftskrise eine kleinbürgerliche sozialreaktionäre Massenbewegung im Interesse der Bourgeoisie gegen die parlamentarische Demokratie, die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung und den proletarischen Klassenkampf. Die Nazi-Bewegung war während ihrer „Kampfzeit“ in doppelter Hinsicht kleinbürgerlich. Einmal von ihrer Massenbasis her als auch von ihrer Führungsspitze, welche sich mehrheitlich ebenfalls aus KleinbürgerInnen zusammensetzte. PolitikerInnen bleiben kleinbürgerlich, so lange sie nicht von der Bourgeoisie vollständig als ihre InteressenvertreterInnen anerkannt und dadurch „regierungsfähig“ werden. Doch die grundsätzlich antiparlamentarisch eingestellte NSDAP, welche sich nur taktisch auf den Parlamentarismus stützte, konnte nur „regierungsfähig“ – das heißt: großbürgerlich – werden, wenn die Bourgeoisie politisch mehrheitlich faschistisch und sich dadurch die politische Staatsform der sozialen Diktatur des Kapitals ändern würde.

Die Politik ist als staatsförmige Organisation der Gesellschaft mit der historischen Herausbildung von feindlichen Klassen entstanden. Politik heißt in der bürgerlichen Gesellschaft in erster Linie die staatlichen Rahmenbedingungen für die optimale Vermehrung des Kapitals zu organisieren. PolitikerInnen leben schließlich auch vom Mehrwert. Regierende PolitikerInnen werden aus staatlichen Steuereinnahmen und aus Staatsanleihen beim internationalen Finanzkapital bezahlt.

Doch Steuern und Kredite stellen lediglich transformierte Formen des von der ArbeiterInnenklasse und dem KleinbürgerInnentum produzierten Mehrwertes dar. Steuern, welche die KapitalistInnen an den Staat zahlen, sind ein Teil des Mehrwertes, der zuvor von der ArbeiterInnenklasse für das Privatkapital produziert wurde. Steuern, welche von den ArbeiterInnen bezahlt werden (Lohnsteuern), stellen eine direkte staatliche Aneignung des privatkapitalistisch produzierten Mehrwertes dar. Die ArbeiterInnen haben bei der Erarbeitung der Steuern nicht für das Privatkapital, sondern für den Staat Mehrwert produziert. Formal erscheinen Steuern als Abzüge von Löhnen und Profiten. Eine Mischform stellen die Steuern dar, welche das klassische KleinbürgerInnentum an den Staat zahlt. Sie stellen sowohl eigene Mehrarbeit dar – die KleinbürgerInnen haben bei der Erarbeitung der Steuern nicht für sich selbst gearbeitet, sondern für den Staat – als auch proletarisch produzierter Mehrwert dar, weil KleinbürgerInnen schon embryonal Lohnarbeit ausbeuten.

Auch oppositionelle PolitikerInnen, wie die hohen Nazibonzen während ihrer „Kampfzeit“, leben von Mehrwert. Die NSDAP-Mitgliedsbeiträge ihrer großkapitalistischen, kleinbürgerlichen und wenigen proletarischen Anhänger, von denen die hauptamtlichen Nazi-FunktionärInnen lebten, stellten sozialökonomisch ebenfalls nichts anderes als politisch angeeigneter Mehrwert dar. So wie das ökonomische KleinbürgerInnentum sich schon

embryonal proletarisch produzierten Mehrwert aneignet, so leben auch schon kleinbürgerliche PolitikerInnen vom Mehrwert. Außerdem bekam die NSDAP bereits während ihrer „Kampfzeit“ Großspenden von Teilen der Bourgeoisie. Durch ihre Parlamentsdiäten und Ministergehälter in Thüringen – dort regierte die NSDAP schon vor 1933 mit – wurde auch schon die oppositionelle faschistische Politik teilweise aus Steuergeldern bezahlt.

Die hohen Nazi-Bonzen lebten also bereits in der Weimarer Republik wie alle PolitikerInnen vom Mehrwert. Und das machte sie wie alle anderen PolitikerInnen auch sozialökonomisch zu Werkzeugen der kapitalistischen Produktionsweise. Objektiv waren sie in der Weimarer Republik der rechte Flügel der parlamentarischen Demokratie. Subjektiv wollten die Nazis nach ihrem missglückten Putschversuch vom 9. November 1923 in München auf legalen Weg an die Macht kommen – und dennoch die parlamentarische Demokratie abschaffen. Dieser politische Wille der Nazis traf sich mit den sozialen Bedürfnissen großer Teile der Bourgeoisie nach einer anderen politischen Staatsform.

Der bürgerliche Staat ist der ideelle Gesamtkapitalist und als solcher ein Gewaltapparat nach innen und nach außen. Nach außen muss er erfolgreich bei diplomatischen und militärischen Konkurrenzkämpfen um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und geostrategische Positionen mit anderen Staaten sein, wenn er Hammer und nicht Amboss sein will. Nach innen muss er große Teile des Proletariats sozialökonomisch integrieren – indem er die Lohnarbeit so mit organisiert, dass die Mehrheit der ArbeiterInnen durch sie einigermaßen überleben kann – und ideologisch zu guten StaatsbürgerInnen erziehen. Hauptideologie ist dabei der Nationalismus. Gegen sozialrevolutionäre ArbeiterInnen muss der Staat entweder mit repressiver Toleranz oder mit toleranzloser Repression vorgehen. Auch erfolgreiche Demokratien müssen Kriege und den Klassenkampf von oben gegen das Proletariat führen können.

Doch die Weimarer Republik war keine erfolgreiche Demokratie und die Mehrheit der deutschen Bourgeoisie politisch nicht wirklich demokratisch eingestellt. Die Weimarer Republik war ein Ergebnis von Kriegsniederlage, proletarischen Revolutionsversuchen und erfolgreicher bürgerlicher Konterrevolution. Der Kaiser war nicht mehr gegen das Proletariat zu halten, also verschanzte sich die deutsche Bourgeoisie vorübergehend hinter der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung (SPD und Gewerkschaften) und hinter der Demokratie. Doch die Mehrheit der deutschen Bourgeoisie fühlte sich nicht wirklich wohl in der Weimarer Republik. Die Weimarer Demokratie war deshalb nicht erfolgreich, weil die Mehrheit der deutschen Bourgeoisie sie nicht für fähig hielt, den angestrebten Zweiten Weltkrieg siegreich zu führen. Dieser sozialpsychologische Moment ist sehr wichtig, denn wenn die deutsche Bourgeoisie mehrheitlich hinter der Demokratie als Staatsform gestanden hätte, wäre sie auch erfolgreich gewesen. Materialistisch betrachtet, hätte auch ein demokratisches Deutschland den Zweiten Weltkrieg beginnen können. Die Nazis grenzten bürgerliche Kräfte staatsterroristisch aus, welche eine Demokratie erfolgreich für den Krieg hätte mobilisieren können: SPD, Gewerkschaften, große Teile des deutschen Judentums.

Der Faschismus war eine höchst abenteuerliche und fanatische Übertreibung des Kapitalismus. Doch der deutsche Kapitalismus war ein Spätkommer, er betrat die Bühne als die Welt schon aufgeteilt war. Der Wille, sie durch einen Krieg neu aufzuteilen, war an sich höchst abenteuerlich. So meinte die Mehrheit der deutschen Bourgeoisie auch mit ihrem politischen Werkzeug massiv übertreiben zu müssen.

Auch wenn die Mehrheit der deutschen Bourgeoisie die Weimarer Republik in eine andere Staatsform transformieren wollte, fiel ihre Wahl nicht sofort auf den Faschismus. Sie schwankte zwischen Monarchie, Militärdiktatur und der politischen Monopolherrschaft der NSDAP. Schließlich entschied sie sich für letztere Variante, der Erfolg der Nazis beim Aufbau einer sozialreaktionären kleinbürgerlichen Massenbewegung war einfach zu unwiderstehlich. So wurde die politische pluralistisch-demokratische Mehrparteienherrschaft

völlig legal und rechtsstaatlich in die faschistische Einparteiherrschaft transformiert. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Die meisten hohen demokratischen PolitikerInnen lösten Ende Juni/Anfang Juli ihre Parteien auf, nachdem SPD und KPD zuvor von den Nazis illegalisiert und ihre Mitglieder den schärfsten Staatsterror ausgesetzt wurden. Erstere gehörten nicht mehr zum Regierungspersonal der Bourgeoisie und hatten genug bürgerliche Klassendisziplin um leise abzutreten.

Nur der entschiedene Klassenkampf des Proletariats hätte 1933 die Nazidiktatur verhindern können – durch den vorherigen revolutionären Sturz der Bourgeoisie. Die antifaschistische Geschichtsschreibung sieht das Proletariat nur als leider gescheiterte Kraft zur Verteidigung der Weimarer Republik. Doch warum hätte das Proletariat eine Regierungsform der Bourgeoisie gegen eine Bourgeoisie verteidigen sollen, welche diese demokratische Staatsform selbst nicht mehr wollte und sie in eine faschistische Herrschaft transformierte?! Worum hätten klassenkämpferische ArbeiterInnen die Weimarer Republik verteidigen sollen, die doch bis 1933 eine Waffe der Bourgeoisie gegen sie war?! Die ihr Krisenelend organisierte und den Terror der faschistischen SA gegen sie mehr oder weniger wohlwollend tolerierte. Das Proletariat in Deutschland hatte allerdings verdammt gute Gründe für einen offensiven Klassenkampf gegen Bourgeoisie, Weimarer Republik und Nazis. Das zu diesem Kampf nur verschwindend geringe Minderheiten bereit waren, stellte eine historische Tragödie dar, die bis heute nachwirkt.

Die Demokratie unterscheidet sich vom Faschismus, dass sie den Klassenkampf nicht völlig illegalisiert. Sie legalisiert Gewerkschaften und parlamentarische „ArbeiterInnenparteien“ um die Klassenkampfsubjektivität von innen heraus, durch die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung, abstupfen zu lassen. Sozialdemokratie und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) verließen sich ganz auf die demokratische Legalität, die doch von der Bourgeoisie ganz legal in den faschistischen Terror gegen sie und das Proletariat transformiert wurde. Warum hätten SPD und ADGB zum Generalstreik aufrufen sollen, wo doch Hitler nicht durch einen Putsch an die Regierung gelangte, sondern ganz legal zum Reichskanzler ernannt wurde?! Das Proletariat bezahlte die eigenen demokratischen Illusionen mit der faschistischen Diktatur. Sie erwartete die Initiative zum Kampf von ihrer Führung, die doch nur bremste und jeden Kampf verhinderte. Doch durch die vorherigen Niederlagen in der revolutionären Nachkriegskrise (1918-1923) war das Proletariat auch nicht zu einem eigenständigen Klassenkampf – ohne SPD, ADGB und der moskauhörigen KPD – gegen Weimarer Republik und Nazis in der Lage (siehe dazu ausführlicher das Kapitel *Institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung und proletarischer Klassenkampf in Demokratie und Faschismus*).

Als die deutsche Bourgeoisie 1933 mehrheitlich auf Hitler setzte, wurde der Nationalsozialismus zu einer großbürgerlichen politischen Strömung. Die Oberbonzen der faschistischen Bewegung wurden Teil der herrschenden kapitalistischen Klasse. Der Parteiapparat der NSDAP verschmolz mit dem Staatsapparat durch Personalunion und Arbeitsteilung zu einem einheitlichen faschistischen Gewaltapparat. Der Beamtenapparat brauchte von den Nazis nicht übermäßig gesäubert werden. Die Verschmelzung von Partei- und Staatsapparat führte zu einer „Verbeamtung“ der NSDAP. 20 Prozent aller Beamten wurden Parteimitglieder.

Nachdem die Nazi-Bewegung staatstragend geworden war, musste sie eine erfolgreiche kapitalistische Wirtschaftspolitik betreiben, die gleichzeitig auch Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges war. Mit öffentlichen Mitteln wurde die Konjunktur angekurbelt, die Preise, Löhne sowie der Außen- und Devisenhandel staatsbürokratisch kontrolliert. Als Kompensation für die starken staatsinterventionistischen Tendenzen der faschistischen Politik

wurden Großbourgeois oder ihre Vertreter mit der staatlichen Wirtschaftspolitik betraut, so dass das Großkapital auf die allgemeine Richtung und auch auf Einzelheiten des faschistischen Staatsinterventionismus Einfluss nehmen konnte. Innerhalb ihrer Betriebe wurden die KapitaleignerInnen und Manager zu unumschränkt herrschenden BetriebsführerInnen. Sie brauchten auf keine Gewerkschaften mehr Rücksicht zu nehmen. Streiks waren total illegalisiert. Die deutsche Bourgeoisie konnte vor der Kriegsniederlage mit den Nazis zufrieden sein.

Die Transformation des deutschen Faschismus von einer kleinbürgerlichen in eine großbürgerliche politische Strömung verlief aber nicht reibungslos. Besondere Probleme hatten die obersten Nazibonzen mit ihrem paramilitärischen Arm, der SA. Viele braune Schlägertypen aus den kleinbürgerlichen und proletarischen Unterschichten hatten sich von einer „nationalsozialistischen Revolution“ mehr versprochen. Die soziale Demagogie der Obernazis, welche diese während der Weimarer Republik betrieben haben, entwickelte nun in den kleinbürgerlichen und proletarischen Unterschichten eine Eigendynamik. Besonders innerhalb der SA wurde von einer „zweiten Revolution“ und einem „Vierten Reich“ geträumt, welche auch mit dem Kapitalismus Schluss machen würde.

Die kleinbürgerliche und proletarische Unzufriedenheit innerhalb der SA konnte nach der Machtübergabe an die NSDAP erst mal in von oben gelenkten Terror gegen die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung und klassenkämpferische ProletarierInnen kanalisiert und dadurch abgelenkt werden. Doch die latente Unzufriedenheit innerhalb der SA mit der „nationalsozialistischen Revolution“ ließ sich nicht allein durch die brutale Zerschlagung der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung kanalisieren. Auch deshalb nicht, weil die oberste SA-Führung unter Ernst Röhm für sich selbst und ihre Schlägergarde eine größere Rolle im faschistischen Staatsapparat anstrebte, als die herrschende kapitalistische Klasse – zu der jetzt auch „der Führer“ Adolf Hitler gehörte – ihr zubilligen wollte. Besonders die hohe Reichswehrgeneralität sah die paramilitärische Konkurrenz der SA nur sehr ungern und drängte Hitler zur blutigen Aktion.

Am 30. Juni 1934 ließ Hitler Röhm und andere führende SA-Leute in Berlin und München gefangen nehmen und ermorden. Diese Nacht der langen Messer fielen auch abtrünnige Nazis (Gregor Strasser) und konservative deutschnationale Politiker zum Opfer. Die SA wurde zurechtgestutzt und verlor stark an Einfluss. Die SS, bisher der SA untergeordnet, konnte aus den Schatten treten und zu einer Eliteorganisation des faschistischen Terrors werden. Die Reichswehrgeneralität und die Bourgeoisie waren zufrieden, als sich der Nationalsozialismus von denjenigen „alten Kämpfern“ trennte, welche ein Hindernis für die soziale Herrschaft des Kapitals darstellten. Die blutige Ausschaltung der SA-Führung war für die die Obernazis eine fällige Zahlung ihres Eintrittsgeldes für die erlauchten Klubs der High Society.

Auch andere Gliederungen der Partei, welche aus demagogischen Gründen so taten als würden sie die sozialen Interessen von kleinbürgerlichen und proletarischen Schichten vertreten, mussten im Interesse der Großbourgeoisie zurückgepfiffen werden. Den sozialdemagogisch verhetzten kleinbürgerlichen Massen wurde durch den Parteiapparat der NSDAP nach der Machtübergabe die Möglichkeit genommen über diesen ihre sozialen Interessen gegenüber dem Großkapital auch nur zu bekunden – geschweige denn durchzusetzen. Schließlich war die faschistische Massenbewegung eine kleinbürgerlich-sozialreaktionäre im Interesse der Bourgeoisie und nicht gegen sie. Dieser Fakt blieb aber den meisten KleinbürgerInnen im ideologischen Nebel, welcher die soziale Demagogie produzierte, verborgen. Einige kleinbürgerliche Interessenvertretungen innerhalb der NSDAP, welche die soziale Demagogie des Nationalsozialismus ernst nahmen, wurden aufgelöst oder in die organisatorische Bedeutungslosigkeit getrieben. So wurde die bisherige wirtschaftspolitische Abteilung innerhalb der NSDAP liquidiert und der aktivste

sozialökonomische Interessenvertreter des Mittelstandes, Otto Wagener, verlor alle seine Ämter und Funktionen. Dafür stieg der großbürgerliche Lobbyist Wilhelm Keppler, schon während der „Kampfzeit“ Hitlers wirtschaftspolitischer Berater, nach der Machtübergabe an die Nazis weiter auf. Der Hitler-Stellvertreter Heß verbot am 15. Juli 1933 selbst die Erörterung wirtschaftspolitischer Fragen in den NSDAP-Mitgliederversammlungen. Der „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes“ wurde der *Deutschen Arbeitsfront* (DAF, mehr über diese faschistische Massenorganisation weiter unten) untergeordnet, was dessen faktischer Auflösung gleichkam.

Um mehr Einfluss in den Betrieben zu bekommen, hatte die oberste NSDAP-Führung während ihrer „Kampfzeit“ auch die *Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation* (NSBO) geschaffen. Diese Naziorganisation war jedoch nur ganz schwach im Proletariat verankert und war auch alles andere als eine Klassenkampforganisation, auch wenn NSBO-MitgliederInnen manchmal an Streiks teilnahmen. Das taten sie aber nur um ihre soziale Demagogie bei der ArbeiterInnenklasse nicht völlig ins Leere laufen zu lassen. Doch einige untere NSBO-AktivistInnen glaubten an ihre eigene soziale Demagogie und begannen 1933 wirklich einen verschobenen „Klassenkampf“ gegen das Kapital zu führen. Das unterband selbstverständlich der faschistische Partei/Staatsapparat im Interesse der Bourgeoisie. Der NSBO wurde schon kurz nach der Machtübergabe an Hitler verboten eigene Versammlungen zu organisieren und sie wurde organisatorisch ebenfalls der DAF untergeordnet. Die DAF verkörperte eine Verstärkung und Transformation der sozialreaktionären Tendenzen von demokratischen Gewerkschaften und Betriebsräten, so wie ja die faschistische Volksgemeinschaft insgesamt die sozialreaktionäre Verstärkung und Transformation der demokratischen Sozialpartnerschaft darstellte. Auch demokratische Gewerkschaftsbürokratien handeln lieber friedlich mit der Bourgeoisie Tarifverträge aus, als dass sie zu Streiks aufrufen. Nun, die DAF handelte keine Tarifverträge aus und Streiks durfte sie schon gar nicht organisieren. Sie war absolut der „Betriebsgemeinschaft“ verpflichtet und trug lediglich dazu bei, besonders rohe und antiquierte Methoden der kapitalistischen Ausbeutung zu „humanisieren“ und zu modernisieren. Damit trug die DAF zur Modernisierung des Kapitalismus bei. Das trug ihr besonders Sympathien bei der Bourgeoisie in der Chemie-, der Elektrotechnik- und der Feinmechanikbranche ein, was ja alles moderne Wirtschaftszweige waren. Vor allem aber schuf die DAF mit ihrer unterordneten Organisation *Kraft durch Freude* die Grundlage für eine moderne kapitalistische Freizeit- und Tourismusbranche in Deutschland.

Nach der Zerschlagung der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung und der Disziplinierung der kleinbürgerlichen und proletarischen Basis der Nazi-Bewegung, organisierte der faschistische Staat im Interesse der Bourgeoisie die wachsende Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse. Die staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Aufrüstungsprogramme hatten die Arbeitslosigkeit bis 1936 so weit reduziert, dass sie die soziale Krise entschärften. Die Arbeitslosigkeit war aber immer noch groß genug, um sie als Peitsche gegen die Lohnabhängigen benutzen zu können. Die ArbeiterInnen wurden extensiv und intensiv stark ausgebeutet und verelendeten sowohl relativ als auch absolut immer stärker. So lag der Index für Produktionsmittel Ende 1937 33 Prozent höher als 1928, aber der Anstieg der Konsumgüter betrug nur 4,6 Prozent. Indem die Nazis den Konsum der unteren Klassen ihrer angeblichen „Volksgemeinschaft auf ein Minimum beschränkten, schufen sie die Voraussetzung für Aufrüstung und auf dieser hauptsächlich beruhenden kapitalistischen Konjunktur. Die Löhne wurden künstlich auf Krisenniveau gehalten. Das führte zur wachsenden relativen Verelendung der Lohnabhängigen. So sanken der Anteil der Löhne und Gehälter am „Volkseinkommen“ von 61,8 Prozent 1934 auf 57,2 Prozent in den nächsten vier Jahren. Die Summe der kapitalistischen Profite wuchs dagegen im gleichen

Zeitraum um das Zwanzigfache und der Anteil der Profite am „Volkseinkommen“ erhöhte sich von 0,4 auf 4,3 Prozent.

Doch nicht nur die extensive Ausbeutung stieg in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft, durch eine Rationalisierungsoffensive stiegen Arbeitsproduktivität und Arbeitsintensität. Die Rationalisierung der 1930er Jahre setzte die Rationalisierungsoffensive der 1920er Jahre noch gesteigert fort. Sie war durch eine weitgehende Erneuerung des Maschinenparks und der Chemisierung der Produktion gekennzeichnet. Besonders die Hartmetallwerkzeuge waren in den Jahren zwischen 1932 und 1955 die entscheidenden Waffen des Kapitals zur intensiven Ausbeutung des Proletariats. Die Sinterhatmetalle wurden zwar schon Ende der 1920er Jahren entwickelt, aber sie wurden erst in den 1930er Jahren massenhaft in der Produktion angewendet. In der Zeit zwischen 1930 bis 1934 wurden 90 000 und in den Jahren zwischen 1934 und 1936 171 000 alte Werkzeugmaschinen durch neue ersetzt. Es kam auch zwischen 1935 und 1938 zu einer Neuinvestition von 81 000 Werkzeugmaschinen. Durch die Anwendung der Leichtmetalle Aluminium und Magnesium bei der Herstellung der Werkzeugmaschinen wurde deren Leistungsfähigkeit über eine erhöhte Minutendrehzahl erhöht. Die mit der erneuerten Technologie in Verbindung stehende neue Arbeitsorganisation führte abermals zu einer beschleunigten Verdrängung der männlichen Facharbeiter zugunsten von weiblichen und/oder weniger qualifizierten ArbeiterInnen. Dies senkte die Arbeitskosten für das Kapital enorm. Der Anteil der Facharbeiter konnte durch die kapitalistische Rationalisierung bei Siemens und Halske, dem führenden Elektroindustrie-Unternehmen von 40 Prozent 1935 auf 25 Prozent im Jahre 1938 gesenkt werden.

Die Erhöhung der extensiven und intensiven Ausbeutung sowie die verschärfte Durchsetzung des Akkordlohnes ruinierten zunehmend den Gesundheitszustand des Proletariats. Davon kündeten sogar die Jahresberichte 1935/1936 der Gewerbeaufsichtsbeamten: „Wenn auch die Akkordarbeit ein Mittel ist, um den Leistungsfähigeren, Geschickteren und Fleißigeren Gelegenheit zu geben, vorwärts zu kommen, so muss doch berücksichtigt werden, dass die Akkordarbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben geeignet ist, zur Außerachtlassung der Vorsichtsmaßregeln zu verleiten und durch größere Anstrengung den Körper empfindlicher zu machen (...). Das Arbeitstempo ist im allgemeinen hoch, vielfach klagten Arbeiter, dass sie ihrem Empfinden nach durch die starke Kräfteanspannung nervöser und anfälliger für Erkrankungen geworden sind. – In einer Metalldreherei war seit etwa zwei Jahren Überarbeit genehmigt und wurde bis zum August 1936 in 10stündiger Tag- und Nachtarbeit durchgeführt. Der Vertrauensarzt einer Krankenkasse berichtete um die Mitte dieses Jahres, dass er aus keinem anderen Industriezweig so viele Zustände von Erschöpfungen zu sehen bekomme wie aus diesem Werk. Den Beschwerden ist Regierungs- und Gewerbemedizinalrat Dr. Betke nachgegangen und ermittelte an etwa 100 Drehern, die im Akkord Präzisionsarbeit ausführen, das rund 90 v. H. (von Hundert, Prozent) über nervöse Reizbarkeit, Ermüdungs- und Erschöpfungszustände zu klagen hatten und trotz kräftiger Muskulatur und gutem Ernährungszustande durch ihre starke Gesichtsblassheit und ihren angespannten Gesichtsausdruck auffielen. Viele klagten über Schlaflosigkeit trotz stärkster Müdigkeit, Kopfschmerzen und Schwindelanfälle, andere über Weinkrämpfe, Interesselosigkeit und seelische Unbeherrschtheit; auch wurde vielfach über Magenbeschwerden geklagt. Eine Untersuchung der Blutbilder ergab in vielen Fällen leichte Anzeichen von Bleieinwirkung, es waren im Berichtsjahr auch 13 Bleierkrankungen gemeldet und bestätigt worden. Die Statistik zeigte, dass die Zahl der Erkrankungsfälle von 1934 zu 1935 um 45 v. H. (von Hundert, Prozent) gestiegen war und dann von 1935 zu 1936 sogar um 90,7 v. H.“ (Zitiert nach Jürgen Kuczynski, *Die Geschichte der Lage der Arbeit unter dem Kapitalismus*, Band 6, Berlin 1964, S. 206.)

Doch trotz solcher staatsbürokratischer Ermahnungen an die Einzelkapitale, es doch bitte nicht zu sehr zu übertreiben, gehörte die Überausbeutung der ArbeiterInnenklasse wesentlich zum faschistischen Lösungsversuch der kapitalistischen Krise. Doch das Proletariat fügte sich auch im Faschismus nicht einfach seinem „Schicksal“. Den proletarischen Klassenkampf im und gegen das Naziregime beschreiben wir im Kapitel *Institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung und proletarischer Klassenkampf in Demokratie und Faschismus*.

.....

Sein extremer Rassenhass, der schließlich im industriellen Massenmord an Behinderten/„Erbkranken“, Juden und Sinti und Romas mündete, wird von der bürgerlichen Ideologie-Produktion richtig als die irrationalste Seite des deutschen Faschismus dargestellt. Was aber von den bürgerlichen IdeologInnen ausgeblendet wird, ist die Tatsache, dass selbst in dieser massenmörderischen Irrationalität die Rationalität des kapitalistischen Konkurrenzkampfes und des Klassenkampfes von oben zum Ausdruck kam. Durch die Ausgrenzung von hunderten deutschen Jüdinnen und Juden aus Wirtschaft, Politik, staatlicher Verwaltung, Wissenschaft und Kultur, wurden Karriere- und Profitmöglichkeiten von Millionen nichtjüdischen Deutschen erleichtert.

Die „Arisierung“ der deutschen Wirtschaft, also die Enteignung der jüdischen Bourgeoisie, führte zu einer wachsenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Diese Tendenz kompensierte den tendenziellen Fall der Profitrate. Die Profitrate ist das Verhältnis zwischen den Kosten für die Produktionsmittel und den Lohnkosten einerseits und dem Mehrwert auf der anderen Seite. Durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität erhöhen sich tendenziell die Kosten für die Produktionsmittel absolut und im Verhältnis zu den Lohnkosten, da immer mehr Funktionen lebendiger Arbeit zu maschinellen Funktionen werden. Doch der Mehrwert wird von dem lohnarbeitenden Proletariat (variables produktives Kapital) produziert und nicht von Maschinen (konstantes produktives Kapital). So führt die Steigerung der Arbeitsproduktivität tendenziell zum Sinken der Profitrate. Es gibt aber Kompensationsmöglichkeiten gegen den tendenziellen Fall der Profitrate. Die wichtigste ist eine Erhöhung des absoluten Profites, also der Profitmasse. Ein größeres Kapital erzielt eine größere Profitmasse. Die Vergrößerung des Kapitals setzt sich im Konkurrenzkampf blind durch, indem kleinere Kapitale vom Großkapital geschluckt werden. Indem die Nazis durch die Enteignung der jüdischen Bourgeoisie die Konzentration und Zentralisation des Kapitals bewirkten, kompensierten sie auf völkische und rassistische Weise den tendenziellen Fall der Profitrate. Dies taten sie selbstverständlich nicht bewusst. Die kapitalistische Rationalität setzte sich im und durch den Rassenwahn durch.

Aber durch die Erhöhung der Profitmasse, wird der tendenzielle Fall der Profitrate nicht aufgehoben, sondern nur kompensiert. Es gibt aber in der kapitalistischen Ökonomie mehrere Tendenzen, die dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirken. Die wichtigste Gegentendenz ist die Erhöhung der Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse durch das Kapital. Diese Gegentendenz muss sich im Klassenkampf gegen das Proletariat durchsetzen. Indem die Nazis die jüdische Bevölkerung auch durch Zwangsarbeit vernichteten, trugen sie zur Erhöhung der Ausbeutungsrate beziehungsweise zur Senkung der unproduktiven Kosten der Mehrwertproduktion bei und organisierten dadurch eine Gegentendenz zum tendenziellen Fall der Profitrate.

Die deutsche „Volksgemeinschaft“, welche ein Realkonstrukt war, wurde durch die Ausgrenzung, Diskriminierung und schließlich Vernichtung von Jüdinnen und Juden erheblich gestärkt und gefestigt. Ein Konstrukt war die „Volksgemeinschaft“ deshalb, weil sie die reale Klassenspaltung verschleierte. Real war dieses Konstrukt insoweit, dass auch viele

ArbeiterInnen sich im Dritten Reich wie „Deutsche“ benahmen und nicht wie KlassenkämpferInnen.

Im industriellen Mord an den Behinderten/„Erbkranken“, Juden, Sinti und Roma kam auch der Klassenkampf von oben zum Ausdruck. Jüdinnen und Juden mit Geld gelang es meist, noch bevor das industrielle Massaker begann, aus Deutschland bzw. aus den von den Nazis besetzten Staaten zu entkommen. Millionen proletarischen Juden, Sinti und Romas gelang dies nicht. Vergessen wir auch nicht, dass der Kern der so genannten „Judenfrage“ ein überflüssiges und nicht assimilierbares jüdisches KleinbürgerInnen und Proletariat in Osteuropa war. Diese aus kapitalistischer Sicht überzählige jüdische Bevölkerung in Polen wurde durch die Nazis im Zweiten Weltkrieg massenhaft vernichtet. Die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland aus allen Berufen und Stellungen schuf ebenfalls massenhaft unproduktives Elend. Die Nazis „lösten“ schließlich auch „das Problem“ der staatsbürokratisch ins Elend gestürzten Menschen in Deutschland durch Vernichtung. Der „normale“ Kapitalismus vernichtete und vernichtet unproduktives Elend, indem er die Elenden mehr oder weniger ihrem „eigenen Schicksal“ überließ und überlässt. Die verelendeten Menschen verhungern, erfrieren und/oder erkranken tödlich bei dieser passiven kapitalistischen Vernichtung des unproduktiven Elends. Der deutsche Faschismus übertrieb den Kapitalismus und vernichtete das unproduktive Elend – was er zuvor zum großen Teil staatsbürokratisch geschaffen hatte – aktiv durch industriellen Massenmord.

Dieser faschistische Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden stärkte ausgerechnet jene politische Strömung innerhalb der jüdischen Weltbewegung, die am reaktionärsten war und auch kaum gegen den faschistischen Juden Hass wirklich ankämpfte: den Zionismus. Keine politische Kraft instrumentalisiert Auschwitz für reaktionäre Ziele so pervers wie der jüdische Nationalismus und der Staat Israel. Doch zur historischen Wahrheit gehört auch, dass der Zionismus auch mit den deutschen Nazis paktierte. Vor dem industriellen Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden durch die Nazis, verhielt sich der Zionismus auch gegenüber dem deutschen Faschismus so, wie er sich bisher zu allen judenfeindlichen Strömungen verhalten hat: pragmatisch und bereit zur Zusammenarbeit. Nach Meinung der ZionistInnen gab es auch eine gute Basis, um mit den Nazis ins politische Geschäft zu kommen: Juden raus! Und zwar nach Palästina, damit die ZionistInnen endlich ihren jüdischen Staat gründen konnten. Auf diese Weise versuchten sich Faschismus und Zionismus bis 1939 gemeinsam an der Lösung der „Judenfrage“. Das heißt nicht, dass wir behaupten, der Zionismus hätte den industriellen Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden mit organisiert. Aber dass er bis zu seinem Beginn mit den Nazis ökonomische Geschäfte tätigte, ist eine historische Tatsache. Eine weitere historische Tatsache ist, dass die ZionistInnen mit ihrer Selektion derjenigen, die sie in Palästina vor und während des industriellen Massenmordes aufnahmen (vorwiegend vermögende, gesunde, hebräisch sprechende und zionistische Juden und Jüdinnen) den Charakter des antijüdischen Massakers als Klassenkampfes von oben und der Vernichtung des unproduktiven Elends zementierten.

Während andere Teile der jüdischen Weltbewegung versuchten einen ökonomischen Boykott Deutschlands zu organisieren, was aus sozialrevolutionärer Sicht als nichtproletarische Kampfweise kritisiert werden muss, schloss die Zionistische Weltorganisation, WZO, mit den Nazis ökonomische Geschäfte ab. Durch ein Transferabkommen (*Haavara*) zwischen den Nazis und den ZionistInnen konnten auswanderungsbereite deutsche Jüdinnen und Juden zwischen August 1933 und September 1939 ihr Kapital in Deutschland bei einer Transferbank einzahlen. Palästinensisch-zionistische Importeure nutzten dieses Kapital um deutsche Waren zu kaufen und dann in Palästina weiterzuverkaufen. In Palästina erhielten dann die jüdisch-deutschen Einwanderer ihr eingezahltes Geld mit 30-50% Verlust zurück. Die nicht- und antizionistischen Juden und Jüdinnen überall auf der Welt – besonders die proletarischen –

bekämpften diese faschistisch-zionistische Geschäftsbeziehung. Doch diese ließ den Zionismus in Palästina ökonomisch gewaltig erstarken. Etwa Sechzig Prozent des Kapitals, das zwischen 1933 und 1939 in Palästina investiert wurde, stammt von jüdisch-deutschen EinwanderInnen.

Palästina stand damals unter britischer Verwaltung und war Ort eines widersprüchlichen Dreiecksverhältnisses zwischen dem britischen Imperialismus, den ZionistInnen und den palästinensischen NationalistInnen. Interessant ist, dass in den 1930er Jahren sowohl ZionistInnen als auch palästinensische NationalistInnen bei den Nazis anklopften um ein Bündnis mit ihnen zu erreichen. Mit Letzteren kam auch ein lockerer Pakt zustande, eine sehr frühes Bündnis des palästinensischen Nationalismus mit europäischen Judenhassern und Judenvernichtern, der deutlich zeigt, dass der palästinensische Nationalismus sozialreaktionär war und ist, so wie alle Nationalismen. Doch das hindert seine linken und „antiimperialistischen“ Fans nicht daran, ihn weiter zu unterstützen. So wie ja auch die „antideutschen“ Fans des Zionismus weiter ihr schmutziges Geschäft betreiben. Doch die ZionistInnen betreiben und betrieben eben auch eine gute Zusammenarbeit mit deutschen NationalistInnen. Heute sowieso mit den demokratischen deutschen NationalistInnen, aber auch schon damals strebten sie eine gute Zusammenarbeit mit den Nazis an. Feivel Polkes, sozialdemokratischer „Arbeiter“-Zionist und Vertreter ihrer Miliz, der Haganah, traf sich am 26. Februar 1937 in Berlin mit Adolf Eichmann. Polkes bot den deutschen Nazis an, dass die „ArbeiterInnen“-ZionistInnen die deutschen außenpolitischen Interessen im vorderen Orient tatkräftig unterstützen und auch ein wenig für sie spionieren würden, die Nazis sollten dafür ihre Devisenverordnungen für nach Palästina auswandernde deutschen Jüdinnen und Juden lockern. Doch die Nazis gingen auf dieses politische Geschäft nicht ein.

Am weitesten ging die rechtszionistische Sterngruppe, die nach Abraham Stern benannt wurde und sich selbst als „totalitär“ bezeichnete. Sie bot den deutschen Nazis 1941 die militärische Zusammenarbeit im Zweiten Weltkrieg an. Doch die Nazis gingen auf dieses Angebot nicht ein. Im demokratisch-zionistischen Israel wurde das ehemalige Mitglied der Stern-Gruppe Yitzhak Yzernitzky Außenminister und Ministerpräsident, während Stern selbst durch eine Briefmarke geehrt wurde. Und heute wagt es dieses reaktionäre zionistische Pack im demokratischen Gewand eine moralisierende Gesinnungsdiktatur auszuüben und jede wirkliche Kritik am Zionismus und am Staat Israel als „antisemitisch“ zu denunzieren! Der antifaschistische Moralismus hilft der zionistischen Reaktion dabei prächtig – weit über die so genannten „Antideutschen“ hinaus. Neben der Verklärung der Demokratie und des Zweiten Weltkrieges gehört die Verschleierung des sozialreaktionären Charakters des Zionismus zu den widerlichsten und ekelhaftesten Erscheinungen des Antifaschismus. Mensch kann manchmal gar nicht so viel fressen, wie mensch kotzen möchte (siehe dazu ausführlicher das Kapitel *Der Antifaschismus als linker Flügel der bürgerlichen Politik*)!

Der von den Nazis 1939 begonnene Zweite Weltkrieg war ein vom Weltkapital organisiertes Gemetzel am globalen Proletariat. Kapitalistischer Krieg ist am Anfang auch immer eine gute Methode den proletarischen Klassenkampf einzudämmen. Je mehr sich das Kriegselend ausbreitet, steigt aber für das Kapital die Gefahr des Klassenkampfes wieder an, wie die Massenstreiks am Ende des Ersten Weltkrieges belegen. Die herrschenden kapitalistischen Klassen – einschließlich der staatskapitalistischen Partei/Staatsbürokratie in der Sowjetunion – der Welt pressten den männlichen Teil ihrer proletarischen und kleinbürgerlichen Bevölkerungen in Armeen, damit diese sich gegenseitig und die Zivilbevölkerung abschlachteteten. Die Soldaten töteten und wurden getötet. Für das Weltkapital. Die Nazis haben den Zweiten Weltkrieg begonnen, weil der deutsche Imperialismus als Spätkommer besonders aggressiv und expansiv war, aber seine imperialistischen Rivalen – einschließlich der Sowjetunion – führten aus sozialrevolutionärer Sicht keinen „gerechten

Verteidigungskrieg“, was viele AntifaschistInnen behaupteten und behaupten (siehe dazu auch das Kapitel *Der Antifaschismus als linker Flügel der bürgerlichen Politik*), sondern ebenfalls einen imperialistischen Krieg.

Der vom faschistischen Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg war die Voraussetzung für den Nachkriegsaufschwung, der bis 1974 dauerte. Dieses globale Gemetzel offensiv begonnen zu haben, war das Hauptverdienst der Nazis für die globale kapitalistische Ökonomie. Nicht wir sind zynisch, sondern die realkapitalistischen Verhältnisse, welche für ihre Reproduktion „schöpferische Zerstörung“ benötigen. Der imperialistische Krieg ist die Fortsetzung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes mit militärischen Mitteln. Vordergründig ging und geht es im imperialistischen Gerangel zwischen den Staaten um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und militärstrategische Ausgangspositionen für den nächsten Frieden beziehungsweise den nächsten Krieg. Doch blind setzen sich im imperialistischen Krieg ähnlich wie im „friedlichen“ kapitalistischen Konkurrenzkampf hintergründig Bewegungstendenzen durch, die der Überproduktion von Kapital entgegenwirken.

Produktionsmittel werden im imperialistischen Krieg nicht nur entwertet, sondern auch zerstört. Durch die Entwertung der Produktionsmittel sinken die Produktionskosten und erhöht sich die Profitrate. Die Überausbeutung des Proletariats innerhalb kapitalistischer Kriegsökonomien und der folgenden Nachkriegsökonomien lassen die Mehrwert- und die Profitrate ebenfalls steigen. Außerdem wirkt sich das Kriegs- und Nachkriegselend ruinierend auf das Kleinkapital aus, so dass es vom Großkapital immer häufiger geschluckt werden kann. Der imperialistische Krieg ist also auch ein Beschleuniger der wachsenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Die Ausplünderungen der Ökonomien der militärisch besetzten Staaten – sowohl durch das faschistische Deutschland als auch durch seine imperialistischen Rivalen – verstärkten diese Zentralisierungstendenzen des Kapitals durch imperialistischen Krieg zusätzlich enorm. Weiter oben haben wir schon dargestellt, dass besonders größere Kapitalien den tendenziellen Fall der Profitrate durch eine Erhöhung der Profitmasse entgegen wirken können. Der Zweite Weltkrieg wirkte also den tendenziellen Fall der Profitrate entgegen und kompensierte ihn.

Die Profite des Rüstungskapitals während des Zweiten Weltkrieges waren aber gesamtkapitalistisch gesehen lediglich eine Umverteilung des Mehrwertes, da das staatliche Geld, mit denen die Profite des Rüstungskapitals realisiert wurden, selbst nur staatlich – durch Steuern und Kriegsanleihen – angeeigneter Mehrwert darstellte. Das Gesamtkapital lässt über die bürgerlichen Nationalstaaten dem Rüstungskapital einen Teil des Mehrwertes zukommen, weil der imperialistische Krieg notwendig für die kapitalistische Ökonomie ist. Aber in erster Linie wurde die deutsche Kriegswirtschaft durch die extreme Reduzierung des proletarischen und kleinbürgerlichen Konsums innerhalb Deutschlands und die brutale Ausplünderung der besetzten Länder aufrecht gehalten.

Der Zweite Weltkrieg endete mit der Niederlage Deutschlands und den Sieg seiner imperialistischen Rivalen. Die antifaschistischen Verbündeten des Zweiten Weltkrieges, der sowjetische Staatskapitalismus und der privatkapitalistische Imperialismus gerieten nach 1945 hart aneinander und führten einen Kalten Krieg gegeneinander. Deutschland wurde durch den Kalten Krieg in die privatkapitalistische BRD und in die staatskapitalistische DDR gespalten. Die USA wollten eine starke BRD als Frontstaat gegen den Ostblock. Die herrschende kapitalistische Klasse der BRD war die demokratisch gewendete Bourgeoisie des „Dritten Reiches“. Auch die unteren Chargen des bundesdeutschen Staatsapparates waren massenhaft ehemalige Nazis.

Doch auch mit diesen AltfaschistInnen stellte die bundesdeutsche Demokratie ein wesentlich stabileres Herrschaftssystem dar als die Weimarer Republik. Nachdem sie es mit Hitler, den Zweiten Weltkrieg und dem industriellen Massenmord an den Jüdinnen und Juden reichlich

übertrieben hatte, wurde die deutsche Bourgeoisie doch sehr demokratisch-solide. Das heißt: Die bundesdeutsche Demokratie betrieb wesentlich erfolgreicher imperialistische Außenpolitik als das Kaiserreich und der Nationalsozialismus. Fest verankert im westlichen Bündnissystem (NATO, EG/EU) und auch in Konkurrenz mit ihren Bündnispartnern war die BRD nach den USA *die* Siegermacht des Kalten Krieges, der mit der Todeskrise des sowjetisch-osteuropäischen Staatskapitalismus 1989/90 endete. Bei dieser Todeskrise leistete der bundesdeutsche Imperialismus reichlich Sterbehilfe. Natürlich war bei der Wiedereingliederung Ostdeutschlands auch die militärische Macht der NATO im Hintergrund nicht so ganz unwichtig, aber die Hauptwaffe der westdeutschen Bourgeoisie war die D-Mark. Mit dieser kaufte Kohl den ungarischen „ReformkommunistInnen“ die Krenzüffnung nach Österreich ab, über die ganz viele DDR-BürgerInnen in „die Freiheit“ flohen. Damit leistete die BRD einen ganz wichtigen Beitrag zur Destabilisierung der DDR, wenn auch die innere Krise in diesem Staat nicht unterschätzt werden sollte. Ja, die BRD ließ sich auch die Zustimmung Moskaus zur friedlichen Annexion der DDR etwas kosten.

Innerhalb des imperialistischen Bündnisses des demokratischen Westens führt die Bundeswehr auch wieder Kriege und ist Besatzungsmacht (Kosovo und Afghanistan). Mit Frankreich zusammen bestimmt die BRD auch zunehmend in der EU, wo es lang zu gehen hat. Nein, die bundesdeutsche Bourgeoisie braucht keinen neuen braunen Führer und keine faschistischen Abenteuer. Ihr demokratisches Personal ist den kapitalistisch-imperialistischen Aufgaben durchaus gewachsen.

Auch die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung gibt sich reichlich Mühe um der Bourgeoisie zu beweisen, dass ihre faschistische Zerschlagung unnötig ist. Besonders die DGB-Gewerkschaften arbeiten konstruktiv mit der Bourgeoisie zusammen und organisieren mit ihrem Tarifschacher die wachsende relative und sogar absolute Verelendung der ArbeiterInnenklasse in Deutschland mit. Zum Dank dafür will die Mehrheit der herrschenden kapitalistischen Klasse die Gewerkschaftsbürokratien einbinden und nicht ausgrenzen. Nein, eine faschistische Übertreibung im Verhältnis zu den Gewerkschaften droht gegenwärtig nicht.

Was aber nicht heißt, dass sich die deutsche Bourgeoisie nicht ein paar Nazis als Kampfesreserve hält. An der Macht will mensch diese Leute selbstverständlich nicht wieder haben, aber innerhalb einer pluralistischen Demokratie dürfen innerhalb bestimmter Grenzen alle politischen Strömungen ihre besonderen Leistungen für die kapitalistische Politik einbringen. Praktisch-politisch und ideologisch gibt es da durchaus auch ein paar Gemeinsamkeiten zwischen Demokratinnen und Nazis, welche die punktuelle aber dadurch nicht weniger konstruktive Zusammenarbeit erlaubt.

Die Gemeinsamkeit zwischen Nazis und DemokratInnen stellt natürlich der ideologische und praktische Nationalismus und Rassismus dar. Nationalstolz ist auch für die DemokratInnen eine sehr wichtige Tugend. Wenn die Proleten sich als „Deutsche“ fühlen, gibt es auch nicht so viel Ärger mit ihnen. Nationale Nestwärme gegen den kalten Klassenkampf. Ja, es ist schwarz-rot-goldene Partyzeit in Deutschland, wenn Reich und Arm bei Fußballweltmeisterschaften vereint sind und sich nach Blitzsiegen auf den Rasen sehnen.

Für jene Menschen, die nicht zur Nation gehören sollen, für Asylsuchende und „illegale AusländerInnen“ gehen die regierenden DemokratInnen und Nazis in gegenseitiger Arbeitsteilung vor. Wobei die regierenden DemokratInnen durch den sich herausbildenden europäischen Arbeitsmarkt und den festungsartigen Ausbau der Grenzen des Kontinents sowohl deutsch-national als auch europäisch sind. Das funktioniert ganz gut, weil Europa ziemlich fest in deutscher Hand ist. Doch so modern sind viele Nazis halt noch nicht.

Ideologisch unterscheidet sich der demokratische Nationalismus natürlich stark vom faschistischen. In der „fortschrittlichen“ demokratischen Ideologie ist der Staat der Staat aller

seiner BürgerInnen, also nicht nur der reinrassigen Germanen. Über Menschenrassen zu reden, gilt in unserer heutigen Demokratie als politisch nicht korrekt. Menschen aus dem nichteuropäischen Ausland zu schikanieren und zu diskriminieren ist aber weiterhin gängige Staatspraxis. Denn wenn auch nicht mehr offen rassistisch bestimmt wird, wer nach Deutschland gehört und wer nicht – für diejenigen, die möglichst gar nicht erst rein in das Land kommen dürfen, und wenn sie es doch schaffen ganz schnell wieder raus sollen, ist die ideologische Begründung des offiziellen „Ausländer raus!“ eher zweitrangig.

Die europäischen Außengrenzen werden im Interesse Deutschlands durch Frontex gesichert. ExpertInnen schätzen, dass allein im Jahr 2011 bis zu 2000 Flüchtlinge beim Versuch nach Europa zu kommen im Mittelmeer ertranken. Jene, die es doch schaffen, erwartet zum Beispiel in Griechenland ein ultrarepressives Lagersystem, das nur einen Zweck verfolgt, nämlich weitere Flüchtlinge abzuschrecken. Das „Dublin-System“ verpflichtet MigrantInnen in den europäischen Ländern Asyl zu beantragen, die sie zuerst bei ihrer Flucht betreten haben. Diese Länder sind meistens Italien oder Griechenland. Der Euro-Patriotismus schützt also auch Deutschland.

Das unerwünschte migrantische Proletariat wird auch in Deutschland in Abschiebeknäste eingesperrt und abgeschoben, egal ob diese Menschen in „ihrer Heimat“ Elend, Folter und Tod erwarten. So lange sie hier kein Asylrecht besitzen, sind sie vollkommen rechtlos. Teilweise dürfen sie noch nicht mal ohne behördliche Genehmigung den Landkreis verlassen. Sie werden nicht selten in baufällige Lager weit weg von der deutschen Bevölkerung interniert. Wehren sich unsere migrantischen Klassengeschwister in Form von Hungerstreiks, dann bricht sich bei vielen für ihre Diskriminierung verantwortlichen PolitikerInnen und BeamtenInnen durch die dünne offizielle Haut der politischen Korrektheit ganz schnell wieder der alte Rassismus seine Bahn.

Durch diese staatlich organisierte Diskriminierung dieses „ausländischen“ Proletariats sind die regierenden DemokratInnen wesentlich praktisch wirksamer nationalistisch als die Nazis. Gleichzeitig bereitet dieser staatliche Rassismus den Nazis praktisch und ideologisch den Boden vor. Dass einige stolze Deutsche die prinzipielle Rechtlosigkeit von unerwünschten „AusländerInnen“ zur Vogelfreiheit übertreiben und rassistisch-handgreiflich gegen sie vorgehen, sieht der demokratische Staatsapparat in der Regel aber auch nicht so gern. Schließlich muss er sein Gewaltmonopol verteidigen. Unerwünschte AusländerInnen werden in unserem Land abgeschoben, aber nicht erschlagen. Doch hin und wieder kann es auch zu Ausnahmen kommen. Die Zusammenarbeit von Teilen des demokratischen Staatsapparates mit den Nazis war also im Falle der größtenteils rassistischen Morde des NSU „nur“ eine Fortsetzung des Staatsrassismus mit extralegalen Mitteln.

Dem demokratischen und faschistischen Nationalismus muss entschieden entgegengetreten werden. Wir proletarischen RevolutionärInnen sind konsequent antinational. Wir fühlen uns nicht als „Deutsche“, sondern als Teil des Weltproletariats. Dass dieses Weltproletariat derzeit noch nicht als konkretes, solidarisch handelndes Klassenkampfsubjekt existiert, ist auch den demokratischen und faschistischen NationalistInnen zu verdanken. Die Neonazis helfen objektiv den regierenden DemokratInnen dabei, dass Proletariat nationalistisch zu spalten.

Eine weitere Gemeinsamkeit von DemokratInnen und FaschistInnen ist der Antikommunismus. Dass sich dieser Antikommunismus vorwiegend gegen eine Kraft richtet, die aus sozialrevolutionärer Sicht gar nicht kommunistisch war und ist, den staatskapitalistischen Partei-„Kommunismus“, macht ihn nicht weniger gefährlich. Wir wenden uns deshalb entschieden dagegen, dass die revolutionäre Kritik am Partei-„Kommunismus“ durch eine unbedachte Wortwahl in bedenkliche Nähe zum demokratischen Antikommunismus gebracht wird (siehe dazu auch das Kapitel *Institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung und proletarischer Klassenkampf in Demokratie und Faschismus*). Es

darf nicht vergessen werden, dass der Antikommunismus nicht nur die Hauptideologie der Weltbourgeoisie gegen den „sozialistischen“ Staatskapitalismus war, sondern auch die geistige und praktische Hauptwaffe gegen eine mögliche soziale Revolution war und ist.

Im Kampf gegen den Kommunismus (mit und ohne Führungszeichen) setzte und setzt die Weltbourgeoisie nicht nur auf DemokratInnen. Als in Chile Anfang der 1970er Jahre bei Einhaltung der demokratisch-parlamentarischen Spielregeln eine linksbürgerliche Regierung unter Allende einige Produktionsanlagen verstaatlichte, welche davor ausländisches Kapital darstellte, verstand die USA keinen Spaß. Mit Hilfe der CIA putschte 1973 die Armee unter General Pinochet gegen die linksbürgerliche Regierung, welche selbstverständlich bis zum Schluss die parlamentarisch-demokratischen Spielregeln einhielt. Das chilenische Proletariat bezahlte die Illusionen in Allende mit Blut und Elend. Weltgeschichtlich betrachtet war das chilenische Militärregime das erste Subjekt eines herrschenden „Neoliberalismus“, also ein Regime welche auf die wachsende Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse, auf Privatisierungen des öffentlichen Dienstes und weitgehende Deregulierung der Warenproduktion setzte. Damit war das Pinochet-Regime auch ein Vorbild für die Demokratien. Auch in Deutschland applaudierten 1973 viele DemokratInnen, als Pinochet damals mit dem „Kommunismus“ Schluss machte.

Auch in Italien wurde gegen den wachsenden Einfluss der total sozialdemokratisierten „Kommunistischen“ Partei nicht nur auf DemokratInnen gesetzt. Allerdings führten in Italien zwischen 1967 und 1977 große Teile des Proletariats einen radikalen Klassenkampf gegen Kapital und Staat. Zur Eindämmung des proletarischen Klassenkampfes setzten Teile der herrschenden Klasse auch auf die Einbindung der „Kommunistischen“ Partei in die Regierungsgeschäfte. Doch andere Teile der italienischen Bourgeoisie und auch Washington übertrieb und setzte auf extremen Antikommunismus. Die NATO wurde in Italien antikommunistisch aktiv und band in ihre geheime „Strategie der Spannung“ auch NeofaschistInnen ein.

Diese wurde zur materiellen Gewalt, wie Dario Azzellini beschrieb: „am 12. Dezember 1969 explodierte in der Nationalen Landwirtschaftsbank an der Mailänder Piazza Fontana eine Bombe, die 16 Tote und 84 Verletzte forderte. Der Anschlag wurde im Rahmen der so genannten Strategie der Spannung verübt. (...)“

Die „Strategie der Spannung“ wurde 1965 von Teilen der Macht- und Staatseliten mit dem Ziel entwickelt, eine Destabilisierung voranzutreiben, die öffentliche Angst erzeugen und so die Forderung nach einem „starken Staat“ plausibel machen sollte. Das langfristige Ziel war die Errichtung eines autoritären Staates. (Anmerkung von Nelke: Jeder Staat ist autoritär! Azzellini reproduziert hier die typische linksdemokratische Ideologie, wonach nur bestimmte Staatstypen autoritär, aber nicht der Staat als solches autoritär wäre.) Kurzfristig stand die Zerschlagung der linken Bewegung auf dem Plan, indem man dieser Schaden durch Attentate zufügte, ihr Ansehen beschädigte und sie der Repression aussetzte. Zur Ausübung von Terroranschlägen wurde die zellenartig organisierte militärisch-geheimdienstliche Struktur *Gladio* herangezogen, die italienische Version des in vielen europäischen Staaten vom CIA aufgebauten *Stay-Behind*-Netzwerkes, dass im Falle einer UdSSR-Invasion militärisch aktiv werden sollte.

Ideologische Grundlage war ein strikter Antikommunismus, der auch auf den inneren Feind – Gewerkschaften, PCI und linke Bewegungen – bezogen wurde. Er einte eine breite autoritäre Rechte, die für alle Optionen, vom Terror bis zum Militärputsch offen war. Die Fäden im Hintergrund, zog bis zu ihrer Aufdeckung 1981 die Geheimloge *Propaganda 2* (P2), die aus etwa 1.000 Politikern, in- und ausländischen Geheimdienstchefs, hohen Militärs, Polizisten, Carabinieri, Unternehmern (wie Silvio Berlusconi) und Journalisten bestand. Etwa hundert von ihnen wurden wegen Verwicklungen in illegale Geschäfte, Putschpläne, Morde,

Erpressung und Vertuschung verurteilt. Der Geheimdienst Sid (*Servizio informazion difesa*) bot den *Gladio*-Zellen, denen 3775 Personen angehörten, stets umfangreiche Deckung.

Die ersten beiden Bombenanschläge der „Strategie der Spannung“ wurden am 25. April 1969, dem Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, in Mailand verübt – wie Jahre später bekannt wurde, von der faschistischen Gruppe *Ordine Nuovo* (ON), die eng mit Geheimdiensten zusammenarbeitete und über direkte Verbindungen zur griechischen Obristendiktatur verfügte.

Nach dem Anschlag an der Mailänder Piazza Fontana konzentrierten sich die Ermittlungen auf die revolutionäre Linke, es wurde ein Demonstrationsverbot verhängt und eine wahre „Hexenjagd“ begann. Zwei Anarchisten wurden als Täter festgenommen. Während des Verhörs „fiel“ einer von ihnen, Giuseppe Pinelli, unter den Augen von fünf Polizisten aus dem vierten Stock des Polizeireviere und war sofort tot. Die Polizei interpretierte das öffentlich als Schuldeingeständnis. Trotz Hinweisen auf die Beteiligung von ON dauerte es bis 2001, bis drei Faschisten als Täter verurteilt wurden.

Es folgten weitere Anschläge. Darunter auf den *Italicus*-Expresszug (Rom-München), in dem am 4. August 1974 eine Bombe der *Fronte Nazionale Rivoluzionario* (Nachfolgeorganisation von ON) zwölf Menschen tötete. Am 2. August 1980, kurz nachdem das Parlament Ermittlungen gegen die P2 beschlossen hatte, explodierte eine Bombe im Bahnhof von Bologna und tötete 85 Menschen. Als Täter wurden 1995 und 2001 drei Faschisten verurteilt, drei Geheimdienstmitarbeiter und P2-Logenmeister Licio Gelli hingegen nur für das Legen falscher Spuren.“ (Dario Azzellini, *Das lange italienische 1968*, in: Jens Kastner, David Mayer (Hg.), *Weltwende 1968, Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive*, Mandelbaum Verlag, Wien 2008, S. 180-182.)

Mensch kann die „Strategie der Spannung“ durchaus als Übertreibung der kapitalistischen Diktatur bezeichnen, als die vereinigte Reaktion von RechtsdemokratInnen und FaschistInnen –als vereinigte demokratisch-faschistische Reaktion, wobei die FaschistInnen objektiv ganz klar als rechter Flügel der Diktatur der DemokratInnen fungierte. Obwohl auch eine Transformation der kapitalistischen Diktatur in Italien von der Demokratie zum Militärregime mit Segen der führenden Demokratien möglich gewesen wäre (siehe Chile und Griechenland). Die „Strategie der Spannung“ als Überspannung eines Teiles der herrschenden kapitalistischen Klasse Italiens und westlicher Verbündeter. Die Übertreibung wird schon dadurch sichtbar, dass sie sich auch gegen die KP Italiens (PCI) richtete, eine durch und durch sozialreformistische und -reaktionäre Partei, die an der konterrevolutionären Transformation der kapitalistischen Diktatur von der faschistischen zur demokratischen Form – durchaus im Auftrag Moskaus – in den späten 1940er Jahren führend beteiligt war. Außerdem gab es in der Partei schon starke Tendenzen, sich vom Gängelband Moskaus zu lösen, um vollständig zu einer Kraft der pluralistisch-demokratischen Sozialreaktion innerhalb des Privatkapitalismus zu werden. Nun ja, vielleicht gab der rechte Terror ja auch den letzten Anstoß, den die „KommunistInnen“ brauchten, um sich dem linken Flügel der Demokratie in die weit ausgebreiteten Fangarme zu werfen. Der so genannte „historische Kompromiss“, die Regierungsbeteiligung der KPI an einer Regierung der Christdemokratinnen ab den frühen 1970er Jahren war jedenfalls eine viel flexiblere Ausgestaltung der kapitalistischen Diktatur als die „Strategie der Spannungen“. Auf die KPI und ihre Transformations- und Abspaltungsprodukte war stets Verlass, wenn es darum ging die Kapitalvermehrung gegen das Proletariat mit zu organisieren und politisch zu gestalten. So akzeptierte die KPI im Rahmen des historischen Kompromisses auch die NATO. Damit hatte sie sich endgültig von Moskau abgenabelt und wurde zu einem Bestandteil der privatkapitalistischen Reaktion. Die Strategie der LinksdemokratInnen die KPI durch Umarmung völlig einzugemeinden erwies sich als viel erfolgreicher und weniger überspannt als sie durch eine gemeinsame

rechtsdemokratisch-faschistische Aktion zu zerschlagen. Aber wenn das Proletariat aktiv wird, wie im langen italienischen „1968“. knallen halt große Teile der internationalen Bourgeoisie total durch und leiden unter Überspannung.

Die Mobilisierung von FaschistInnen und Militärdiktatoren im antikommunistischen Kampf für Freiheit und Demokratie blieb und bleibt nicht auf Chile und Italien beschränkt. Als die herrschenden DemokratInnen in Westberlin 1968 den Antikommunismus gegen die StudentInnenbewegung und die Außerparlamentarische Opposition mobilisierten (APO), konnten sie nicht nur auf die Gewerkschaft ÖTV zählen, sondern ganz offensichtlich auch auf jene Menschen, die ihren Antikommunismus im „Dritten Reich“ gelernt bekamen. Folgende Schilderung von Jutta Ditfurth zeigt den fließenden Übergang vom demokratischen zum faschistischen Antikommunismus:

„Für den 21. Februar (1968) riefen der Westberliner Senat, die Gewerkschaft ÖTV, die Springer-Zeitungen und allerlei Prominente und „honorige“ Bürger zu einer Kundgebung gegen die APO auf. Der Interessenverband Westberliner Grundstücks- und Geschäftseigentümer e.V. teilte mit: „Raus mit dem kleinen Klüngel der Terror-Anarchie-Studenten aus unserer Stadt“! Bezirksämter schlossen, Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst erhielten für ihre Teilnahme an der Veranstaltung dienstfrei. Die Berliner Verkehrsgesellschaft richtete Sonderlinien ein. Rundfunksender verbreiteten Extrameldungen. Es kamen 50 000 APO-Gegner, einige Medien verdreifachten die Zahl. Sie trugen Plakate, auf denen stand: „Volksfeind Nr. 1 Rudi Dutschke“ – „Politische Feinde ins KZ“ – „Bei Adolf wäre das nicht passiert!“ Kein Polizist riss diese Transparente herunter, kein Sozialdemokrat griff in dieser sozialdemokratisch regierten Stadt mäßigend ein. Zuschauer, die aussahen, wie sich der deutsche Spießier einen „Gammler“ oder einen „roten Studenten“ vorstellte, nahm Reißaus. Ein junger Verwaltungsangestellter, der dienstfrei hatte und zur Demonstration gekommen war, wurde von der aufgebracht Menge verwechselt: „Hier ist der Dutschke! Schlagt ihn tot! Hängt ihn auf!“ Man trat ihn mit Schuhen ins Gesicht und schlug ihn mit eine Flasche. Ein Polizist gab später zu Protokoll: „Er lief mir direkt in die Arme, fiel mir um den Hals und stammelte: „Um Gottes willen, schützen Sie mich, die wollen mich totschiessen!“ Hinter uns kamen an die tausend Leute, die uns beide noch vierzig Meter verfolgten. Dann hatten sie uns eingeholt. Die Leute johlten und riefen „Schlagt den Dutschke tot“. Ich bekam Schläge auf den Rücken. Wir wurden zu Boden geworfen. Die Menge war außer sich. Wir haben uns die letzten Meter bis zum Wagen irgendwie hingeschleppt. Ich konnte gerade noch die Tür aufreißen und den jungen Mann hineinstoßen. Die Leute versuchten noch, den Polizeibus umzustürzen, und riefen: „Dutschke raus! Dutschke raus!“ (Werner Bansen/Karl Rössel, *Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritten-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik*, Kölner Volksblatt Verlag, Köln, S. 208-209.)

Eine junge Engländerin, Gast des *Observer*-Korrespondenten Neal Anderson, stand am Rand und beobachtete „die schweigende Mehrheit“. Vielleicht war ihr Gesichtsausdruck kritisch. Jemand zeigte mit dem Finger auf sie: „Eine Studentenhure!“ Sie wurde zusammengeschlagen und niedergetrampelt. Einem Pfarrer und einem Rechtsanwalt, die ihr helfen wollten, erging es nicht anders. Etwa 40 Menschen wurden an diesem Tag fertig gemacht. Die Kundgebungsredner –darunter sozialdemokratische Politiker, Professoren, Schauspieler – rührten keinen Finger und sagten kein lautes Wort.“ (Jutta Ditfurth, *Ulrike Meinhof*, Ullstein Buchverlage, Berlin 2007, S. 225/226.)

Der demokratische Staat nährt die Nazis nicht nur ideologisch mit seinem Antikommunismus, Nationalismus und Rassismus. Er gewährt ihnen auch demokratische Freiheiten (Pressefreiheit, Versammlungsrecht), die er manchmal allerdings, je nach taktischem Kalkül, repressiv wieder einschränkt. Doch wo der Staat den Nazis demokratische Narrenfreiheiten

gewährt, zum Beispiel wenn er neofaschistische Kundgebungen durch seine Bullen schützen lässt, geht er repressiv gegen AntifaschistInnen vor.

Da der Antifaschismus sich jedoch als Hüter der demokratischen Freiheiten versteht und sie strukturell nicht von sozialrevolutionären Positionen aus kritisieren kann, muss er zu moralisieren anfangen, um zu begründen, warum Nazis keine demokratische Freiheiten gewährt bekommen sollten. „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“ Bitte übernehmen, demokratischer Bullenstaat! Antifaschismus ist keine theoretische Anleitung für den antikapitalistischen Kampf, sondern eine ungenießbare Ideologiebrühe.

Von Klassenpositionen aus betrachtet sieht die Geschichte ganz anders aus. Klassenkampf heißt, etwas zu tun, was der anderen Klasse und deren Gehilfen schadet. Toleranz ist im Klassenkampf völlig unangebracht. Revolutionäre ArbeiterInnen sagen was gesagt werden muss – mit und ohne Gewährung der Meinungsfreiheit. Die Meinungsfreiheit ihrer KlassengegnerInnen achten sie sehr gering. Wenn es notwendig ist, der Sozialreaktion das Maul zu stopfen oder deren Bewegungsfreiheit zu nehmen, dann tun sie es.

Von sozialrevolutionären Positionen aus gegen Nazis zu kämpfen, heißt auch gegen die demokratischen Narrenfreiheiten des Staates zu kämpfen. Auch kämpfen wir grundsätzlich gegen staatliche Repression. Wir fordern also nicht vom Staat etwas gegen Nazis zu tun, sondern stellen uns die langfristige Aufgabe die Nazihorden mit ihrer kapitalistischen Brutstätte im revolutionären Klassenkampf zu zerschlagen.

Nicht gerade selten schützt der Staat also die Nazis durch seine Bullen auch gegen gute linksdemokratische PolitikerInnen. Ein solches Schauspiel war zum Beispiel auch 2011 in Sachsen zu beobachten. Alle Jahre wieder marschieren im Februar die Nazis auf um den antifaschistischen Bombenterror der Alliierten gegen die Zivilbevölkerung während des Zweiten Weltkrieges für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die Antifa als kleinbürgerliche politische Straßenbewegung gefällt sich darin den imperialistischen Terror der antifaschistischen Alliierten im Zweiten Weltkrieg zu rechtfertigen, zu verharmlosen und zu relativieren. So wird auf Deutschlands Straßen von neofaschistischen und antifaschistischen KleinbürgerInnen der Zweite Weltkrieg nachgespielt. Nach der Tragödie folgt die Farce.

In dieser Farce steht die sächsische Landesregierung nicht auf der Seite der Antifa, wie auch folgender typisch antifaschistischer Artikel der *jungen Welt* zum Ausdruck bringt:

„Das Ausmaß der gegen Antifaschisten gerichteten staatlichen Repression ist auch im Jahr 2011 gestiegen. Opfer des Überwachungs- und Kriminalisierungswahns der bundesdeutschen Behörden wurden in diesem Jahr maßgeblich die etwa 20 000 Nazigeegner, die am 19. Februar einen Aufmarsch von Neonazis in Dresden mit friedlichen Sitzblockaden verhinderten. Rund 2000 Rechte wollten wie bereits in den Vorjahren zum Jahrestag der alliierten Bombenangriffe auf die Stadt 1945 aufmarschieren. Die Menschen, die dem Blockadeaufruf des Bündnisses „Dresden stellt sich quer!“ gefolgt waren, sahen sich jedoch mit einem bis dahin unbekanntem Ausmaß an polizeilichen Übergriffen und Überwachungsmaßnahmen konfrontiert. (...)

Mehr als eine Million Datensätze hatte die Dresdner Polizei im Februar mittels einer Funkzellenabfrage gespeichert und dabei auch so genannte IMSI-Catcher eingesetzt, mit deren Hilfe Telefongespräche mitgehört werden können. Noch vor Beginn der antifaschistischen Proteste sollen die Beamten außerdem Listen unter anderem von Politikern und Pfarrern samt deren mutmaßlicher Aufenthaltsorte bei den Protesten an die Staatsanwaltschaft der sächsischen Landeshauptstadt weitergegeben haben.

Während etwa 1000 Neofaschisten im Stadtteil Plauen – unbehelligt von der Polizei – marodierend durch die Straßen ziehen und vermeintliche Nazigeegner angreifen konnten, ging diese vielerorts im Dresdner Stadtgebiet mit brutaler Gewalt gegen friedliche Gegendemonstranten vor. So hetzten Beamte Hunde auf sie, versprühten Pfefferspray und

prügelten mit Schlagstöcken sogar auf betagtere Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) ein. Selbst Überwachungsdrohnen kamen zum Einsatz.

Noch am Abend des 19. Februar stürmte ein schwer bewaffnetes Sondereinsatzkommando (SEK) der Polizei das „Haus der Begegnungen“ in Dresden, in dem sich auch Büros der Linkspartei und eine Rechtsanwaltskanzlei befinden. Wegen des „Verdachts auf die Organisation einer Straftat und Landfriedensbruch“ brachen die SEK-Beamten alle Türen des Hauses gewaltsam, beschlagnahmten Laptops und Handys, legten anwesende Linke-Mitarbeiter in Handschellen und nahmen sie fest. Durch die nahezu filmreife Erstürmung wurde ein Sachschaden von 5600 Euro verursacht. Im Oktober urteilte das Amtsgericht Dresden, die Razzia sei rechtswidrig gewesen.

Ungeachtet dessen setzten Ermittler und Strafverfolger ihre Kriminalisierungsstrategie über das gesamte Jahr fort. So schrieb etwa eine eigens eingerichtete „Sonderkommission 19/2“ der Dresdner Polizei bundesweit Busunternehmen an, die im Februar Demonstranten in die Elbmetropole gefahren hatten. In dem *jW* vorliegenden Schreiben des Landeskriminalamts mit der Überschrift „Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des besonders schweren Falls des Landfriedensbruches/Ermittlungen zu Busunternehmen“ wurde Seitens der Polizei der falsche Eindruck erweckt, es wurde gegen die Reiseveranstalter selbst ermittelt, weshalb sie zu einer Antwort verpflichtet seien. Unter anderem wurde darin detailliert Auskunft über Strecken, Namen und Adressen der eingesetzten Fahrer und derer, die die Busse angemietet haben, verlangt.

Der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) verteidigte das Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaft und fabulierte einen „Grundsatz der freien Gestaltung des Ermittlungsverfahrens“ herbei. Auch andere Politiker von CDU und der im Freistaat mitregierenden FDP stellten sich hinter Maßnahmen wie die Einleitung von Ermittlungen nach Paragraph 129 des Strafgesetzbuches („Bildung einer kriminellen Vereinigung“) gegen Mitglieder des Bündnisses „Dresden stellt sich quer!“ ebenso wie hinter Hausdurchsuchungen unter anderem bei Antifaschisten in Berlin und Baden-Württemberg sowie bei dem Jenaer Jugendpfarrer Lothar König. Ihm wird unterstellt, zur Gewalt gegen Polizeibeamte aufgerufen zu haben. Es folgten – wegen angeblicher „Rädelsführerschaft“ bei der Blockade des Dresdner Neonaziaufmarsches am 13. Februar 2010 – die Aufhebung der Immunität der Linksfraktionschefs Andre Hahn (Sachsen) und Bodo Ramelow (Thüringen). Anträge auf Aufhebung der Immunität liegen zudem gegen die Vorsitzenden der hessischen Linksfraktion, Janine Wissler und Willi von Ooyen, vor. (...)

Der Berliner Staatsrechtler Ulrich Battis kam in einem im Auftrag der sächsischen Landesregierung erarbeiteten Gutachten zu dem Schluss, die nahezu flächendeckende Überwachung von Bürgern und Demonstranten in Dresden sei „angemessen“ gewesen. Derweil werden Dutzenden Mandatsträgern, Journalisten und Rechtsanwälten bis heute konkrete Informationen über Art und Umfang der Bespitzelung ihrer Person verweigert. Das Dresdner Amtsgericht verurteilte erst vor wenigen Tagen einen Teilnehmer der antifaschistischen Blockaden wegen angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu 15 Tagessätzen a' 20 Euro.“ (Markus Bernhardt, *Bürgerkriegsähnliche Zustände*, in der *jungen Welt* vom 27. Dezember 2011, S. 4.)

Wohlgemerkt, der oben beschriebene Staatsterror richtet sich nicht gegen SozialrevolutionärInnen, sondern größtenteils gegen brave linksdemokratische AntifaschistInnen. Die Linkspartei regierte und regiert in einigen ostdeutschen Bundesländern sowie in Berlin schon sehr verantwortlich mit. Der kriminalisierte Bodo Ramelow zählt auch eher zum rechten Flügel der Linkspartei. Und dass ein Jugendpfarrer zum militanten Kampf

gegen Bullen aufruft, ist wohl eher unwahrscheinlich... Ja, der sächsischen Landesregierung liegt die Versammlungsfreiheit für Nazis schon sehr am Herzen.

Fazit: Auch wenn die Bourgeoisie die Nazis nicht mehr an der Macht haben will, gebraucht sie diese trotzdem noch als SchlägerInnen- und MörderInnenbanden, die aus der „nationalen Opposition“ agieren können. Wer ernsthaft und konsequent gegen Nazis kämpfen will, muss gegen Kapital und Staat kämpfen. Der Kampf gegen Nazis wird dadurch zu einem Teil des antikapitalistischen Kampfes. Wer diesen Schritt geht, bewegt sich vom Antifaschismus weg zu sozialrevolutionären Positionen. Der Bruch mit dem Antifaschismus als Politik und Ideologie ist eine absolute Notwendigkeit, weil dieser nur der linke Flügel der bürgerlichen Politik darstellt.

Wo es darum geht, den Nazis unabhängig vom und gegen den Staat handfeste Niederlagen zu bereiten, sind wir dabei. Doch gegen jene breiten antifaschistischen Bündnisse, die in erster Linie Propagandaveranstaltungen für die Demokratie organisieren, führen wir einen konsequenten Klassenkampf. Gegen Nazis und DemokratInnen ist militanter proletarischer Widerstand notwendig! Zentrum des proletarischen Widerstandes ist der kapitalistische Produktionsprozess, welcher durch direkte Aktionen empfindlich gestört werden kann und muss. Aber der Sozialreaktion muss auch auf der Straße entgegen getreten werden.

3. Der Antifaschismus als linker Flügel der bürgerlichen Politik

Der demokratische Staat hegt und pflegt also ein paar Hausnazis. Wie peinlich für die staatstragende Antifa, welche vom Staat fordert, gegen die Nazis vorzugehen. Das macht er zwar auch hin und wieder. Aber wann er was macht, ob er Nazistrukturen fördert oder gerade zerschlägt, das entscheidet er selbst – er lässt sich da doch nicht vom antifaschistischem Moralismus unter Druck setzen. Schließlich hat er das Gewaltmonopol nicht zum Spaß, das wendet er nach strategischen und taktischen Erwägungen an. Mal verbietet er Nazidemonstrationen, mal beschützt er sie durch seine Bullen...

Doch der brave Schmalspur-Antifaschist hat ja gar nichts Grundsätzliches gegen das Gewaltmonopol des demokratischen Staates. Aber, oh Schreck, der Staat richtet sich manchmal auch gegen ihn! Das hat er nun wirklich nicht verdient. Wo er doch so auf das Grundgesetz und die freiheitlich-demokratische Grundordnung schwört. Ja, der brave Schmalspur-Antifaschist ist ein wahrer Musterdemokrat, während der demokratische Staat in den Augen des ersteren nicht selten „undemokratisch“ und auf „dem rechten Auge blind“ ist. Ja, soll doch der Staat „konsequent“ gegen die Nazis vorgehen! Die NPD soll er endlich verbieten und die NaziterroristInnen einsperren!

Dass viele AntifaschistInnen und AntirassistInnen so sehr am demokratischen Staat kleben hat natürlich auch materielle Hintergründe. Der wichtigste ist natürlich der kleinbürgerliche Klassenhintergrund der meisten Antifas und Antirassistinnen. Ein zweiter wichtiger ist das Schielen nach staatlicher Kohle. Denn der Staat finanziert nicht nur die Repression gegen unerwünschte AusländerInnen und ein paar Hausnazis, nein Papa Staat alimentiert auch ein wenig die antirassistische Tätigkeit von ein paar Gutmenschen aus der Mittelschicht. So viel Pluralismus muss sein. Allerdings passt die CDU/FDP-Regierung auch scharf auf, dass das Geld nur brave DemokratInnen bekommen und nicht irgendwelche „LinksextremistInnen“. Antifas und AntirassistInnen, die staatliches Geld abfassen wollen, müssen sich also

schriftlich zur Demokratie bekennen und dürfen nicht irgendwelche „LinksextremistInnen“ als BündnispartnerInnen haben.

Das wird natürlich von guten Antifas und AntirassistInnen scharf kritisiert. Der Staat hemmt damit den Kampf gegen Rassismus und Nazis! Was für ein radikaler Vorwurf. Der demokratische Staat, der größte und praktisch erfolgreichste Rassist im ganzen Land, gefährdet den Kampf gegen Rassismus, wenn er ein paar Gutmenschen aus der Mittelschicht den Geldhahn zudreht! Auf die Idee, dass der Kampf gegen Rassismus nur der hauptsächliche Kampf gegen den demokratischen Staat sein kann, kommen diese Mittelschichts-AntirassistInnen natürlich nicht. Sie beglücken uns mit tiefschürfenden Analysen wie: „Jeder Mensch ist Ausländer. Fast überall.“ Klar, das überzeugt und ist eine gewaltige Waffe im Kampf gegen den Rassismus. Die notwendige Solidarität wird dann hergeleitet mit so stark wirkenden Appellen wie: „Ausländer, lasst uns mit diesen Deutschen nicht allein.“ Mensch möchte halt ein wenig Multikulti um sich herum haben. Nicht nur Thüringer Bratwürste und Bayerische Weißwürste. Aber solche multikulturell bewegten MitbürgerInnen brauchen eigentlich keine Angst um staatliches Geld zu haben. Auch viele jener Antifas, die als „linksextrem“ gelten und eher staatliche Repression zu spüren bekommen als Steuergelder, haben eigentlich eine bessere staatliche Behandlung verdient. Wollen viele doch auch von ihnen die tollen demokratischen Errungenschaften gegen die Nazis verteidigen.

Viele „radikale“ Antifas – manche durchaus subjektiv ehrlich – geben sich „auch“ antikapitalistisch. Ihre Argumentation, mit Hilfe des Antifaschismus „auch“ den Kapitalismus bekämpfen zu wollen, kommt durch den sehr beliebten Demoslogan zum Ausdruck: „Hinter dem Faschismus steht das Kapital! Bekämpfen wir es international“ Diese Losung ist nur halb richtig, beinhaltet aber die ganze Selbsttäuschung der „radikalen“ Variante des Antifaschismus.

Klar, manchmal stand und steht das Kapital auch hinter dem Faschismus, aber nicht selten stand und steht das Kapital auch hinter dem Antifaschismus. Und der Antifaschismus als materiell wirksame Gewalt stand und steht immer auf Seiten des Kapitals! Damit meinen wir natürlich nicht die autonome Antifa, die als politische Straßenbewegung mehr ihre soziale Ohnmacht als Macht demonstriert. Die kann mensch nun wirklich nicht als materielle Gewalt bezeichnen. Kein Wunder, dass viele Nazis keine Angst von der Antifa haben, sondern sich über sie kaputtlachen.

Also kommen wir zum Antifaschismus als materielle Gewalt des Kapitals. Mensch kann historisch zwei Grundvarianten unterscheiden: den privatkapitalistisch-demokratischen Antifaschismus und den staatskapitalistisch-partei-„kommunistischen“ Antifaschismus. Der erste ist offizielle Staatsideologie Deutschlands. Es ist interessant, dass die so genannten „Antideutschen“ die Grundideologie des deutsch-nationalen Antifaschismus aufsogen wie der Schwamm das Schmutzwasser.

Hauptzweck des privatkapitalistisch-demokratischen Antifaschismus ist es, die historische und aktuelle Rolle der Nazis als rechten Flügel der bürgerlichen Politik zu verschleiern und zu maskieren. Dabei bekommt er Schützenhilfe von einem Haufen kleinbürgerlicher AntifaschistInnen, von denen einige sich sogar antikapitalistisch geben.

Eine Ideologie des demokratischen Antifaschismus war und ist die Kollektivschuldthese. Wenn alle Schuld sind, ist irgendwie auch keiner richtig Schuld – außer ein paar Obernazis. Überhaupt ist die Kollektivschuldthese die nachträgliche Bestätigung der faschistischen Ideologie von der „Volksgemeinschaft“. Doch auch die faschistische Gesellschaft war in Klassen gespalten. Hauptsächlich verantwortlich für die faschistische Politik waren die KapitalistInnen, ManagerInnen, die hohen Nazibonzen, BeamtInnen und Militärs. Natürlich haben auch die zahlreichen MitläuferInnen den Naziterror möglich gemacht und profitierten auch von ihm –aber absolut und relativ wenig im Vergleich zur herrschenden kapitalistischen

Klasse. Diese wendete sich nach dem Zweiten Weltkrieg und gab sich ein demokratisches Gesicht. Die Kollektivschuldthese soll also verschleiern helfen, dass die herrschende Klasse des heutigen demokratischen Deutschlands historisch gesehen die ehemalige Bourgeoisie des faschistischen Deutschlands ist. Nachdem die alten braunen Säcke nicht mehr wirtschaftlich aktiv und/oder im Amt und Würden sind und friedlich das Zeitliche gesegnet haben, kommt der offizielle demokratische Antifaschismus auch mit weniger alten Widersprüchen aus. Bei Geheimdienst-, „Pannen“ wie der aktuellsten ergeben sich natürlich neue Widersprüche. Und die Antifa entdeckt wieder tausend neue Gründe – um die alte Politik als linker Flügel des Kapitals zu reproduzieren... Dabei feiert auch die Kollektivschuldthese in großen Teilen der kleinbürgerlichen deutschen Linken seine ekelhaften und antikritischen Orgien. Die so genannten „Antideutschen“ sind nur die Speerspitze des antifaschistisch-konterrevolutionären Moralismus, diesem Krebsgeschwür für jede konsequente Kapitalismuskritik.

Diese Kollektivschuldthese kippt natürlich im deutsch-nationalen Antifaschismus in eine ekelhafte Kollektivopferpose um. Denn wer ist das Hauptopfer des Naziterrors? Natürlich „der/die“ brave Deutsche, der/die dadurch so eine schwere Last zu tragen hat. Ach, hat „der/die“ Deutsche es schwer, sich zu seiner/ihrer Nation zu bekennen! Das offizielle demokratisch-antifaschistische Deutschland suhlt sich geradezu im Nationalmasochismus. Es leidet schwer und fühlt sich wohl beim Leiden – und spätestens beim stolzen Bekenntnis zum demokratischen Deutschland ist das wohlige Leiden zum Höhepunkt gebracht und gleichzeitig aufgehoben. Sich für das nationalsozialistische Deutschland zu schämen um auf das demokratische Deutschland stolz zu sein, das ist das Wesen des offiziellen Regierungsantifaschismus.

Die „Antideutschen“ suhlen sich auch im Nationalmasochismus. Doch ihr moralisches Leiden an Deutschland ist größer als der Deutsch-Nationalen. Es kann nicht mit einem stolzen Bekenntnis zum heutigen Deutschland moralisch seine Auflösung finden. Das „Antideutschtum“ steigert sich zum ideologischen Austritt aus der deutschen Nation – aber nur um sich selbst zum obersten Blockwart des Zionismus in Deutschland aufzuschwingen. Auch hier übertreiben die „Antideutschen“ den deutsch-nationalen Antifaschismus. Natürlich steht „der/die“ gute demokratische Deutsche von heute fest hinter Israel. Der antijüdische Massenmord wird wieder gut gemacht, indem „wir Deutschen“ den Israelis im nationalistischen Konkurrenzkampf gegen AraberInnen und PalästinenserInnen – wenn auch ein wenig „kritisch“ – helfen. Die „Antideutschen“ übertreiben dass dann in der Hinsicht, dass sie sich dem zionistischen Zwangskollektiv total unkritisch verbunden fühlen und dem deutschen Kollektiv ideologisch ganz die Treue aufkündigen. Aber sonst kommen moderne Deutsch-Nationale und „Antideutsche“ in ihrer Israelolidarität bestens miteinander aus.

Diese bedingungslose Israel-Solidarität lassen sich die gründlichen Deutschen/ „Antideutschen“ auch nicht von Juden/Jüdinnen kaputt machen. Dieses reaktionäre Dreckspack wagt es, jüdische Menschen, die sich nicht vom Zionismus vereinnahmen lassen, rassistisch als „Alibijuden“ und „sich selbst hassende Juden“ zu beschimpfen. Wie damals zu Goebels Zeiten wollen also wieder Deutsche bestimmen, wer und was ein Jude ist! Die „Antideutschen“ sind die Sperrspitze des national-moralisierenden Antifaschismus, eigentlich demokratische Überdeutsche. Auschwitz, der Ort des kapitalistisch-industriellen Massenmordes, als Berufungsinstanz einer Politsekte, um den zionistischen und US-amerikanischen Massenmord zu rechtfertigen! Überall Auschwitz sehen, auch da wo keines existiert, aber der deutschen Bourgeoisie – welche historisch gesehen bekanntlich die Bourgeoisie von Auschwitz ist – in Wirklichkeit in den Arsch kriechen. Wahrlich, so sieht (anti-)deutsch-nationaler Antifaschismus aus.

Das ist das schmutzige Geschäft der „Antideutschen“: Mit ein paar Sprüchen gegen Deutschland diesem Staat in Wirklichkeit dienen. Ständig bemüht als fünfte Kolonne des US-

amerikanischen und israelischen Militärs – angeblich um ein „neues Auschwitz“ zu verhindern. Das Bündnis des reaktionärsten Packs, nämlich das Zweckbündnis zwischen der deutschen Bourgeoisie und dem Zionismus bis in das Groteske zu übertreiben. Kann es etwas Widerlicheres geben als diese Mittelschichts-Schnösel, die sich für Auschwitz schämen, aber den zionistischen und US-imperialistischen Terror abfeiern?! Auch hier treffen sich wieder mal Deutsch-Nationale und „Antideutsche“.

Das stumpfsinnige Gerede von der Singularität von Auschwitz soll dabei helfen, dass der Naziterror ja nicht mit der gesamten kapitalistischen Zivilisationsbarbarei in Verbindung gebracht wird. Dabei war Auschwitz als industrieller Massenmord kein Zivilisationsbruch, sondern nur der grausame Höhepunkt der kapitalistischen Zivilisationsbarbarei. Doch der antifaschistische Moralismus ist da sehr biegsam. Während er die Singularität des Naziterrors betont um jede Parallelität mit den Massakern, welche die DemokratInnen organisierten und organisieren, zu leugnen, so wird doch „Nie wieder Auschwitz!“ manchmal zum demokratisch-antifaschistischen Kriegsschrei. So geschehen im Krieg gegen Serbien/Restjugoslawien 1999, wo die deutsche Bourgeoisie, also die demokratisch gewendete Bourgeoisie von Auschwitz, angeblich ein Auschwitz im Kosovo verhinderte.

Nicht wenige kleinbürgerliche AntifaschistInnen gehen der Bourgeoisie auf den ideologischen Leim. Gehirn ausschalten und hoffnungslos betroffen sein, das ist angesagt. Wer Auschwitz materialistisch erklären will, relativiert es, so der völlig daneben liegende Vorwurf. Nein, Auschwitz muss das Unerklärbare bleiben, weil seine Erklärung als kapitalistisch-industrieller Massenmord, in dem sich auch der Konkurrenz- und Klassenkampf widerspiegelte, antikapitalistisches Engagement erfordern würde. Doch wie viele von den linken KleinbürgerInnen wollen wirklich den Kapitalismus bekämpfen?! Die Frage zu stellen, heißt, sie zu beantworten.

Die reaktionäre Instrumentalisierung von Auschwitz ist in Deutschland und Israel in der Offensive. In Israel festigt sich die zionistische „Volksgemeinschaft“ aus Kapital und Arbeit mit dem imperialistischen Kriegsschrei „Juden dürfen nie wieder schwach sein!“ In Deutschland wollen Deutsch-Nationale und „Antideutsche“ jede Kritik am Zionismus im antifaschistischen Moralismus ertränken. Deutsche sollen nicht wieder Juden belehren! Wohlgemerkt nicht jene Juden, die in Israel bestimmen, was läuft. Jene Juden aber, die nicht so ganz mitspielen, wie es die deutschen Fans des Zionismus gerne hätten, dürfen natürlich nieder gemacht werden...

Bei der größtenteils nationalmasochistisch verblödeten deutschen Linken kann die ekelhafte Masche, Auschwitz für den Zionismus und die deutsch-israelische Waffenbrüderschaft zu instrumentalisieren, große Erfolge erzielen. Aber wir lassen uns davon nicht beeindrucken. Wir machen den deutschen Nationalmasochismus nicht mit. Wir kritisieren und bekämpfen Judenhass und Zionismus nicht als „Deutsche“, sondern als Teil des Weltproletariats, in fester Solidarität mit unsern jüdischen Klassengeschwistern. Als SozialrevolutionärInnen bekämpfen wir das zionistische Israel wie jeden anderen Nationalstaat – übrigens auch Nationalismen, welche sich (noch?) keinen eigenen Staat erkämpft haben, wie den palästinensischen. Auch ist uns sehr wohl bewusst, dass die „antiimperialistischen“ FreundInnen des palästinensischen Nationalismus dessen antijüdischen Chauvinismus leugnen, verharmlosen und rechtfertigen. Der „Antizionismus“ der „antiimperialistischen“ Linken ist ekelhaft und sozialreaktionär, der teilweise auch von antijüdischen Klischees lebt, so zum Beispiel wenn er den Einfluss der zionistischen Lobby in den USA maßlos übertreibt. Auch der Philosemitismus der Deutsch-Nationalen lebt ebenfalls teilweise von antijüdischen Vorurteilen, zum Beispiel, dass jüdische Menschen auch im modernen Kapitalismus immer noch ein ganz besonderes Verhältnis zum Geld hätten. Aber die prokapitalistischen PhilosemitInnen erklären diese angeblich „jüdische Eigenschaft“ an Geld und Erfolg

orientiert zu sein, zu einer sehr edlen Geschichte. Doch wer den Kapitalismus kritisiert, ist in Wirklichkeit ein Judenhasser, weil die letzteren ja angeblich so am Geld kleben. Außerdem ist das Judentum eine Religion – linke ReligionskritikerInnen sind also AntisemitInnen. Diese philosemitische Propaganda ist nicht nur ein gewaltiger Schutzschirm für die bürgerliche Gesellschaft, sondern bereitet wirklichen Judenhass den Boden vor.

Der angebliche Kampf gegen „Antisemitismus“ ist die Hauptwaffe des privatkapitalistisch-demokratischen Antifaschismus. „Antisemitismus“ ist zum Todschlachargument der kapitalistischen Sozialreaktion geworden. Dieser Begriff ist von intellektuellen Dummschwätzern und klugen Strategen des Kapitals dermaßen aufgepumpt und zweckentfremdet wurden, dass SozialrevolutionärInnen den „Antisemitismus“-Begriff der kapitalistischen Reaktion überlassen sollten. Sie sollten konkreter von Judenhass und antijüdischen Vorurteilen sprechen, die selbstverständlich konsequent bekämpft werden müssen. Das geht aber nicht im Rahmen des antifaschistischen Moralismus, sondern nur durch den proletarischen Antinationalismus. Von diesem Standpunkt bekämpfen wir auch den (anti-)deutsch-nationalen Antifaschismus.

Auch der partei-„kommunistische“ Antifaschismus war und ist ein Schutzschirm des Kapitals gegen das Proletariat – ungeachtet der Tatsache, dass viele subjektiv ehrliche KommunistInnen im Kampf gegen die Nazis alles gaben: Ihre Gesundheit und ihr Leben. Seine gegen den Kapitalismus gerichtete Theorie ist eine einzige ideologische Lüge! Zum einen, weil der partei-„kommunistische“ Antifaschismus dazu bereit ist, die privatkapitalistische Demokratie zu verteidigen – gegen Nazis und gegen die soziale Revolution! Doch darauf werden wir weiter unten noch ausführlicher zu sprechen kommen. Zum anderen, weil das, was den Partei-„Kommunismus“ vom Privatkapitalismus unterscheidet, eben nicht kommunistisch ist. Die nationalstaatliche „Vergesellschaftung“ der wichtigsten industriellen Produktionsmittel ist eben nicht antikapitalistisch. Verstaatlichte Produktionsmittel waren und sind nur verstaatlichtes Kapital. In den „sozialistischen“ Staaten herrschte in Wirklichkeit der Staatskapitalismus. Der untergegangene „Weltsozialismus“ war immer Bestandteil des Weltkapitals. Die proletarische Lohnarbeit wurde nicht von verschiedenen PrivatkapitalistInnen ausgebeutet, sondern von einem staatskapitalistischen Monopol und einigen übrig gebliebenen KleinbürgerInnen und -kapitalistInnen. Das war der Grund von SozialrevolutionärInnen gegen den Staatskapitalismus zu kämpfen, aber auch der Grund für das westliche Privatkapital, warum er einen erfolgreichen Kalten Krieg gegen den „realen Sozialismus“ führte.

In der staatskapitalistischen DDR war der Antifaschismus Staatsdoktrin. Nicht ehemalige Nazis – so wie in der BRD – organisierten die Ausbeutung des Proletariats, sondern alte AntifaschistInnen. In der DDR stand hinter dem Antifaschismus eindeutig das (verstaatlichte) Kapital! Alte und junge AntifaschistInnen, mögen den Unterschied zwischen dem Regierungspersonal in BRD und DDR ja für sehr bedeutsam halten. Für SozialrevolutionärInnen ist die Gemeinsamkeit, nämlich, dass beide Staaten bürgerlich-kapitalistisch waren und die Ausbeutung des Proletariats organisierten, wesentlich. In Antifa-Kreisen war und ist das Abfeiern –manchmal auch ein wenig „kritisch“ – der antifaschistisch-staatskapitalistischen DDR keine Seltenheit.

Manchmal trugen und tragen der privatkapitalistisch-demokratische und der staatskapitalistisch-partei-„kommunistische“ Antifaschismus ihre politisch-ideologischen Konflikte untereinander aus. Dabei werfen sie der jeweils anderen Seite vor, gar nicht wirklich antifaschistisch zu sein. Ja, sie schoben und schieben sich gegenseitig den braunen Peter als immer noch fruchtbare Brutstätte des Faschismus zu. Dabei haben beide Antifaschismen gegen die jeweils andere Seite Recht. Denn Brutstätte des Faschismus sind

Kapital und Staat. Beides existierte in den Demokratien und in den „sozialistischen“ Staaten – also gab es in Demokratie und „Sozialismus“ auch Nazis.

Doch die Antifaschisten schlugen und schlugen sich nicht nur, sondern vertrugen und vertragen sich auch manchmal – in erster Linie gegen die soziale Revolution und erst in zweiter gegen die Nazis. Heute, wo die meisten ehemaligen „sozialistischen“ Staaten nicht mehr von „Kommunistischen“ Parteien regiert werden oder dort wo sie das noch tun (Kuba, China, Vietnam), ebenfalls die Reprivatisierung des Kapitals betreiben, ist der partei-„kommunistische“ Antifaschismus eigentlich nur noch eine Spielart des demokratisch-privatkapitalistischen Antifaschismus – mit ein wenig staatskapitalistischer Traditionspflege. Im spanischen BürgerInnenkrieg (1936-1939) spielte der Moskauhörige partei-„kommunistische“ Antifaschismus bereits diese Rolle. Als die spanische Bourgeoisie mehrheitlich auf den gegen die Republik putschenden General Franco setzte, war für Stalin die Zeit gekommen den westlichen Demokratien seine konterrevolutionäre Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen. Moskau buhlte damals um die Gunst der Demokratien, um ein antifaschistisches Bündnis mit ihnen einzugehen. Doch Frankreich und Großbritannien verhielten sich im spanischen BürgerInnenkrieg offiziell neutral, was objektiv den Franco-Faschismus begünstigte. Der deutsche Nationalsozialismus und der italienische Faschismus unterstützten natürlich Franco. Nur die UdSSR unterstützte die spanische Republik – gegen Franco und das Proletariat. In Spanien gab die Sowjetunion den imperialistischen Demokratien zu verstehen, dass sie ebenso gründlich mit der sozialen Revolution aufräumen konnte wie die FaschistInnen.

Gegen Franco und die soziale Revolution wurde in Spanien eine antifaschistische Volksfront-Regierung gebildet. Die Volksfront-Regierung bestand aus Liberalen, SozialdemokratInnen, StalinistInnen, der „eigentlich“ antistalinistischen und antikapitalistischen POUM und der „anarcho“-syndikalistischen CNT. Die StalinistInnen bekamen innerhalb der Volksfront einen immer größeren Einfluss. Klar, nachdem große Teile der spanischen und internationalen Bourgeoisie die Republik dem Abschuss freigegeben haben, war die staatskapitalistische UdSSR die einzig ernstzunehmende sozialökonomische Basis der Volksfront-Regierung. Es wird nun zwischen TrotzkiistInnen und LinksdemokratInnen diskutiert, ob Stalin nur taktisch die privatkapitalistische Demokratie verteidigte, aber in Wirklichkeit langfristig ein „sozialistisches“ Regime in Spanien anstrebte. Nun, Fakt ist, dass der sowjetische Imperialismus im spanischen BürgerInnenkrieg das Privateigentum an Produktionsmitteln verteidigte. Selbst wenn er langfristig ein staatskapitalistisches Regime angestrebt haben sollte, ist der erste Fakt damit nicht aufgehoben. Außerdem sind sowohl Privat- als auch Staatskapitalismus grundsätzlich sozialreaktionär.

Die sowjetische Geheimpolizei entfaltete ihren ganzen sozialreaktionären Terror in Spanien – gegen klassenkämpferische ArbeiterInnen und den linken Flügel der Volksfront (POUM und CNT). Gegen das Proletariat gewann die antifaschistische Volksfront. Deshalb unterlag sie auch 1939 gegen Franco. Nur der sozialrevolutionäre Kampf gegen Volksfront und Franco hätte das Proletariat retten können. Genau hier kommt die sozialreaktionäre Rolle des linken Flügels der Volksfront (POUM und CNT) zum tragen. Während der stalinistische Bluthund dem spanischen Proletariat tiefe Wunden biss, verteilten POUM und CNT Beruhigungspillen an das Proletariat und richteten moralisierende Appelle an die antifaschistischen Verbündeten, die offen konterrevolutionären StalinistInnen. Die letzteren bedankten sich bei POUM und CNT mit Terror. Die konsequente Konterrevolution vernichtet eben auch ihre inkonsequenten Bestandteile.

Die heutigen „Anarcho“-DemokratInnen, welche die sozialreaktionäre Rolle der CNT noch immer rechtfertigen oder verharmlosen, waschen den Anarchismus moralisch sauber und geben ihm die Rolle der verfolgten Unschuld. Die bösen MarxistInnen haben im spanischen

BürgerInnenkrieg wieder die armen AnarchistInnen verfolgt. Welch eine schmutzige Lüge! Die Wahrheit: Der reaktionäre Anarcho-„Syndikalismus“ vereinigte sich im spanischen BürgerInnenkrieg mit dem konterrevolutionären Partei-„Kommunismus“ gegen revolutionäre ArbeiterInnen. Doch auch in Spanien kämpften revolutionäre MarxistInnen und AnarchistInnen gegen die antifaschistische und faschistische Konterrevolution.

Die Rolle des partei-„kommunistischen“ Antifaschismus im Zweiten Weltkrieg war die eines Verteidigers, sowohl der privatkapitalistischen Demokratien als auch der staatskapitalistischen Sowjetunion. Bevor diese antifaschistische Allianz der mächtigsten Demokratien (USA, Großbritannien, Frankreich) mit der staatskapitalistischen UdSSR sich ab 1941 mörderisch entfalten und zu einem Bombenerfolg entwickeln konnte, wurden von allen Beteiligten noch emsig ökonomische und politische Geschäfte mit den Nazis abgewickelt. Tja, das Weltkapital pflegte und pflegt halt zu Faschismus und Antifaschismus ein rein taktisches Verhältnis. So wie Großbritannien und Frankreich durch das Münchner Abkommen von 1938 Nazideutschland einen großen Teil der Tschechoslowakei auslieferten, teilten Moskau und Berlin 1939 Polen imperialistisch auf.

Und auch das US-amerikanische Kapital hatte in Hitler investiert. Karlheinz Deschner schrieb über die Unterstützung der US-Bourgeoisie für den deutschen Nationalsozialismus: „Schon im Oktober 1944 hatte US-Senator Claude Pepper, Florida, geäußert, zu jenen, die Hitler zur Macht verhalfen, habe auch John Foster Dulles gehört, „denn es waren Dulles‘ Firma und die Schroeder-Bank, die Hitler das Geld beschafften, das er benötigte, um seine Laufbahn als internationaler Bandit anzutreten“.

Erstaunt es, dass ausgerechnet John Foster Dulles sich derart engagierte, der nachmalige US-Außenminister und Adenauer-Freund? Doch war damals, 1932/33, nicht auch Adenauer selbst dafür eingetreten, dass die Hitlerpartei „unbedingt führend an der Regierung vertreten“ sein müsse? Er war. Und agitierte dafür nicht mit aller Kraft auch Adenauers Glaubens- und Parteigenosse Franz von Papen, der baldige Stellvertreter Hitlers und päpstliche Kammerherr? Er agitierte. Und Papen kannte natürlich auch den Bankier und Parteigenosse Baron Schroeder, der seinerseits wieder nicht nur mit Hitlers Wirtschaftsberater Keppler in ständiger Verbindung stand, sondern zugleich auch mit einem amerikanischen Bankenkonzern, den John Foster Dulles juristisch beriet. Nach US-Presseberichten nahm Dulles auch an jener, so Papen später, „nun geschichtlich gewordenen Unterredung“ im Hause von Schroeder teil, bei der, wie man annehmen darf, Papen Hitler die Unterstützung des Papstes zugesichert hat. Die *New York Times* berichtet im Januar 1933 über den Dulles-Besuch in Köln und erinnert noch einmal am 11. November 1944 daran. Beide Artikel sollen aber aus den amerikanischen Bibliotheken verschwunden sein. Auch der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, William E. Dodd, notierte in seinem Tagebuch, dass die von Dulles vertretenen Banken schon Ende 1933 Deutschland Anleihen im Wert von einer Milliarden Dollar gewährt hatten. (...)

Die Fürsorge des amerikanischen Großkapitals für Hitler dauerte sogar nach Jahren seiner Terrorherrschaft noch fort. (...) So kabelte der amerikanische Botschafter in Berlin, Dodd, am 27. Januar 1937 seiner Regierung: „Informationen, die mir in letzter Zeit zugegangen sind, besagen, dass amerikanische Banken erwägen, Italien und Deutschland neue Kredite und Anleihen zu geben, obgleich die Kriegsindustrie dieser beiden Länder bereits groß genug ist, um den Frieden der Welt zu bedrohen.“ All dies erwies sich als richtig. Amerikanische Banken, darunter besonders Morgan und Dillon, Read, hofften seinerzeit auf einen Krieg Hitlers gegen Russland und waren bereit, ihn dafür zu finanzieren.“ (Karlheinz Deschner, *Der Moloch*, Wilhelm Heyne Verlag 1994, S. 226-228.)

Doch dann kam es anders. Die USA und die UdSSR wurden zu antifaschistischen Alliierten. Diese antifaschistische Seite des Zweiten Weltkrieges (UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich) war nicht weniger eine imperialistische Kriegstreiberin wie die faschistische. So

wie der Faschismus/Nationalismus in den Regimes der Achsenmächte das KleinbürgerInnen und das Proletariat für das kapitalistische Gemetzel mobilisierte, war der Antifaschismus die Kriegsideologie bei den Alliierten. Beim antifaschistischen Krieg setzten die DemokratInnen ähnlich wie die Nazis auf Nationalismus.

Soziale Befreiung und die *Bibliothek des Widerstandes* schrieben in einem gemeinsamen Flugblatt über die nationalistische Ideologien des Zweiten Weltkrieges: „Der 2. Weltkrieg wird uns als ein Kampf zwischen „Demokratie“ und „Diktatur“ beschrieben. Die historischen Fakten beweisen jedoch das eindeutige Gegenteil: Der Nationalismus und Rassismus feierte auf allen Seiten Orgien und war ebenso wie der „Antifaschismus“ und der „Faschismus“ ein Instrument zur Mobilisierung der Massen für das große Gemetzel. In Frankreich, Kanada, der Sowjetunion oder den USA wurden Zehntausende Antifaschisten und Kommunisten inhaftiert und interniert. Ebenso erging es Zehntausenden Deutschen, Italienern und Japanern. In den USA wurden allein Zehntausende Amerikaner japanischer Herkunft umgesiedelt und 120.000 Männer, Frauen und Kinder interniert. Der „Antifaschismus“ der USA und ihr Kreuzzug für „Demokratie“ und „Freiheit sind unglaublich gegenüber der Realität dieses „Kreuzzuges“: So war es bei US-amerikanischen Soldaten geläufige Praxis die Ohren von japanischen Opfern einzusammeln oder Skalps, Knochen und Schädel als Trophäen auszustellen. Ranghohe US-Militärs wie der Admiral Halsey äußerten u.a. öffentlich: „Wir ertränken und verbrennen die bestialischen Affen (gemeint sind japanische Soldaten) überall im Pazifik, und es bereitet ebenso viel Vergnügen, sie zu verbrennen wie sie zu ertränken.“ Und gegenüber Journalisten: „Ich hasse Japaner. Ich erzähle euch, Leute, wenn ich eine schwangere Frau treffe, ich würde ihr in den Bauch treten.“ Allein diese Beispiele sind deutliche Belege für die nationalistische und rassistische Stimmung in der US-Armee und die „Zivilisiertheit“ der amerikanischen Gesellschaft.

Während die USA im Pazifik und in Europa offiziell für die westlichen Werte einstand, war die afroamerikanische Bevölkerung daheim und an der Front weiter rassistischen Diskriminierungen ausgesetzt. So wurde z.B. das Blutplasma für weiße und schwarze Bürger getrennt aufgehoben, in Tennessee hatte sich ein Einberufungsbüro mit der Äußerung „Wir sind ein Land des weißen Mannes!“ gegen den Dienst von Farbigen in der Armee ausgesprochen und auch das Wahlrecht für alle Schwarzen in den USA wurde erst 1965 (!) eingeführt (vergessen sei auch nicht die Rassentrennung).“ (*Es gibt keine richtige Seite in einem imperialistischen Krieg!*, in: Red Devil, *Widerworte. Gegen die kapitalistische Verfasstheit der Gesellschaft (2000-2005)*, Bibliothek des Widerstandes, Lübeck 2006, S. 10.) Betrachten wir die nationalistische Ideologie, die den „vaterländischen Krieg“ der UdSSR begleitete. Voslensky schrieb: „Nicht der Marxismus, sondern der Großmacht-Chauvinismus der Nomenklatura (Bezeichnung für die herrschende sowjetische Partei/Staatsbürokratie, Anmerkung von Nelke) ist das Kernstück der offiziellen sowjetischen Ideologie. Es drückt die Weltanschauung jener zur Macht emporgeklommenen und deklassierten Karrieristen aus, die heute als herrschende Klasse an der Spitze der Großmacht Sowjetunion stehen. Seien wir uns darüber im klaren: Diese Ideologie sichert der Nomenklatura eine gewisse Unterstützung von seiten des Volkes. Die Vitalität des Nomenklatura-Chauvinismus beruht darauf, dass er weniger verlogen ist als die marxistischen und leninistischen Elemente der sowjetischen Ideologie. Die Nomenklaturherren sind doch keine Marxisten! Marx hätte sich mit Grauen von ihnen und dem von ihnen errichteten System abgewandt. Sie sind auch keine Leninisten, die Leninisten wurden bereits vor 40 Jahren (heute: vor 60 Jahren, Anmerkung von Nelke) in den Kellern des NKWD erschossen. Aber sie sind in ihrer Mehrheit wirkliche Russen. Sie herrschen über die Sowjetunion und die anderen von der UdSSR abhängigen Länder des Realsozialismus. Deshalb findet ihr Großmacht-Gehabe und ihr Chauvinismus, der

besonderen Nachdruck auf einen russischen Patriotismus legt, einen gewissen Anklang im russischen Volk.

Man darf diesen Faktor nicht unterschätzen. Gerade er und die Politik Hitlers haben der sowjetischen Nomenklatura den Sieg im Zweiten Weltkrieg gebracht. Die Nomenklaturaklasse, die sich nach dem Vorbild des Adels – der im zaristischen Russland herrschenden Klasse – vom Volk sorgfältig abgesondert hatte, schlug damals mit Hilfe dieser pseudo-patriotischen Ideologie eine Brücke zum Volk. Die Leninisten hatten seinerzeit dieses Manöver des Adels gut verstanden. Deshalb waren sie in den Jahren vor der Revolution bestrebt, eine solche ideologische Brücke zu sprengen, indem sie die Idee des Klassenkampfes und des Internationalismus propagierten. An die Macht gelangt, wandte sich die Nomenklatura selbst dem Großmacht-Chauvinismus zu und verschwieg absolut die Klassenprobleme in der von ihr beherrschten Gesellschaft.

Fassen wir zusammen: Die Ideologie der Nomenklaturaklasse ist nicht der Marxismus und auch nicht der Leninismus. Sie ist eine vom Adel als herrschende Klasse der feudalen Gesellschaft geschaffene Ideologie des Großmacht-Chauvinismus, in welche marxistische Termini und zu den Interessen der Nomenklatura passende Thesen Marxens und Lenins eingebaut sind. (...) Die Kehrseite der chauvinistischen Ideologie ist immer die Aufhetzung des eigenen Volkes gegen andere Völker. Die Nomenklatura spricht dauernd von ihrem Internationalismus. In der Praxis versucht sie, Chauvinismus-Vorurteile und Misstrauen gegenüber jedem Menschen ausländischer Herkunft einzuflößen. Die Losung des Internationalismus hinderte die Nomenklaturaklasse keineswegs daran, im Sowjetvolk die Vorstellung zu kultivieren, jeder Ausländer sei ein verdächtiger Typ, wahrscheinlich ein Feind und Spion.“ (Michael S. Voslensky, *Nomenklatura Die herrschende Klasse der Sowjetunion*, Verlag Fritz Molden 1980, S. 410/411.)

Wolfgang Leonhard beschrieb die nationalistische Propaganda der stalinistischen Bürokratie während des Weltkrieges: „Es war erstaunlich, wie schnell die völlige Umstellung der Propaganda auf das Nationalgefühl, auf den sowjetischen Patriotismus, auf den Begriff des Vaterländischen Krieges vorgenommen wurde, wie schnell die Begriffe „Partei“, „Sozialismus“ und „Kommunismus“ aus dem propagandistischen Sprachgebrauch verschwanden. Diese Veränderung war jedoch nicht – wie häufig angenommen wird – eine nur zeitbedingte Taktik. Es handelte sich um eine logische Weiterführung der ideologischen Veränderungen der letzten Vorkriegsjahre. Während bis etwa 1935 in Artikeln und Liedern, die die Möglichkeit eines Angriffs auf die Sowjetunion und eines zukünftigen Krieges behandelten, noch immer von einem „revolutionären“ Krieg und von „Klassen“ gesprochen wurde, waren diese Begriffe bereits längere Zeit vor dem Krieg in den Hintergrund getreten. Mehr und mehr wurde vom Sowjetpatriotismus gesprochen, ohne dass die früheren Begriffe sofort völlig verschwunden wären. (...) Jetzt, nach Kriegsbeginn, war die Entwicklung einen Schritt weitergegangen. In der gesamten Propaganda wurde fast ausschließlich vom Vaterland, der Heimat, der russischen Erde und dem Patriotismus gesprochen.“ (Wolfgang Leonhardt, *Die Revolution entlässt ihre Kinder*, 1990, Reclam-Verlag Leipzig, S. 129/130.)

Auch wenn Voslensky und Leonhardt die Sowjetunion aus einem demokratischen Antikommunismus heraus kritisierten, traf ihre Analyse des partei-„kommunistischen“ Antifaschismus als nationalistisch-imperialistischer Kriegsideologie doch voll ins Schwarze.

Ilja Ehrenburg brachte den antideutschen russischen Nationalismus zum perversen Höhepunkt: „Erschieße den Deutschen! Schlag den Deutschen nieder! Zerschmettere mit Gewalt den rassistischen Hochmut der germanischen Frauen (Aufruf zur Vergewaltigung, Anmerkung von Nelke). Nehmt sie wie eine legitime Beute! Tötet, tötet, mutige Soldaten der roten Armee.“ Das waren die Methoden des sowjetischen Nationalismus, die „Anti-deutsche“ heute nachträglich so toll finden. Wir wagen zu bezweifeln, ob sie dazu dienten, die Wirkung des

antisowjetischen Nationalismus der Nazi-Propaganda bei der deutschen Bevölkerung abzubauen. Darum ging es auch gar nicht. Es ging um die imperialistische Einverleibung Ostdeutschlands. Außerdem verhetzte der antideutsche Nationalismus die sowjetischen Soldaten und band sie ideologisch noch stärker an die herrschende Klasse der UdSSR.

Voslensky schilderte die Klassenspaltung der kriegführenden Sowjetunion so: „Die Bevölkerung der UdSSR hat in der Tat alle Widrigkeiten des Krieges erfahren: 20 Millionen Tote, 10 Millionen Kriegsgeschädigte; sie will gewiss keinen Krieg. Die Nomenklatura als Klasse hat aber eine ganz andere Kriegserfahrung: ein Übermaß an Privilegien einschließlich des angenehmen Privilegs, andere in den Tod zu schicken, selbst aber Spezialrationen, Beförderungen und Orden zu erhalten und die Rolle der Helden des Großen Vaterländischen Kriegs zu spielen. Und dann -verwüstete Länder, Herrschaft über neue Untertanen, die zuvor unerreichbare Ausländer waren, die Aura der Herrscher einer Weltmacht.“ (Michael S. Voslensky, *Nomenklatura...*, a.a.O., S. 553/554.)

Für williges Kanonenfutter für die mit der UdSSR verbündeten Staaten zu sorgen, war Aufgabe des stalinistischen Partei-„Kommunismus“. Im spanischen BürgerInnenkrieg wurde ArbeiterInnenblut für die Demokratie vergossen – aber nicht für die soziale Revolution. Als Stalin mit Hitler seinen Pakt schloss, vollzogen die Parteien der Kommunistischen Internationale eine Wendung um 180 Grad. In einer trotzkistischen Broschüre können wir lesen: „Kommunisten und Arbeiter auf der ganzen Welt wurden demoralisiert. Es kam zu Massenausritten und politischer Inaktivität. In Frankreich traten 21 von 72 Parlamentsabgeordneten aus der KPF (Kommunistische Partei Frankreichs, Anmerkung von Nelke) aus. Am 2. September hatte die KP noch für die Kriegskredite gestimmt, die Fraktionsmitglieder gingen in die Armee, um „gegen den Faschismus zu kämpfen“. Einige Tage später änderte die Partei die Linie, unterstützte Hitlers „Friedensangebote“ und die Parteiführung desertierte. In Deutschland waren nicht nur Massenausritte, sondern auch ein massiver Rückgang des Widerstandes zu verzeichnen. Im Juni 1940 konstatierte der Bericht der Gestapo, dass von organisierter Widerstandsfähigkeit keine Rede mehr sein kann. Die Stalin ergebene deutsche Parteiführung betrachtete den Pakt als genialen Schachzug Stalins und erhoffte sich einen Rückgang der staatlichen Unterdrückung und die Freilassung ihres Vorsitzenden Ernst Thälmann. Im Gegenteil: Stalin kam einen Wunsch Ribbentrops nach und lieferte 800 Antifaschisten und Kommunisten an die Faschisten aus!“ (*Der Hitler-Stalin-Pakt von 1933 in Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, eine SAV-Broschüre, Köln 1994, S. 39.)

Als das faschistische Deutschland am 22. Juni 1941 die bewaffnete Invasion auf die UdSSR begann, stellte sich die „kommunistische Weltbewegung“ wieder gegen den Faschismus auf die Seite der Demokratie. Red Devil beschrieb diese Kehrtwendung der französischen StalinistInnen: „Die KP war bis 1941 gemäß den Weisungen Stalins für die Unterstützung Hitlerdeutschlands. Danach (d.h. nach dem Angriff Hitlerdeutschlands auf die SU) entschloss sie sich zum „nationalen Widerstand“ gemeinsam mit anderen bürgerlichen Kräften gegen die Besatzungsmacht Deutschland und war in der Exilregierung de Gaulles vertreten. Auf Streiks wurde verzichtet, weil durch sie nur die SU und ihre Verbündeten gefährdet würden.“ (Red Devil, *Auschwitz als Alibi. Kritik des bürgerlichen Antifaschismus* in Bibliothek des Widerstandes, Lübeck 2001, S. 62.)

Natürlich war das antifaschistische Kriegsbündnis zwischen privatkapitalistischen Demokratien und der staatskapitalistischen Sowjetunion nur ein Zweckbündnis. Als die USA im Krieg gegen Japan am 6. und 8. August 1945 Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abwarfen, war das auch eine Drohung gegenüber der UdSSR. So leitete das Ende des Zweiten Weltkrieges bereits den Kalten Krieg ein, wo die USA auch auf demokratisch gewendete deutsche Nazis gegen ihren einstigen antifaschistischen Verbündeten UdSSR setzten. Tja, für

den US-Imperialismus war der Zweite Weltkrieg samt seiner antifaschistischen Ideologie nur eine Episode.

Im Gegensatz dazu führen deutsche Nazis und AntifaschistInnen den Zweiten Weltkrieg auch heute noch fort. Während die Nazis den Terror der Alliierten für ihr politisches Geschäft gebrauchen um die Massaker und Gemetzel ihrer braunen Vorbilder zu leugnen, zu verharmlosen und zu relativieren, verteidigen die meisten AntifaschistInnen den Terror der Alliierten, mal mehr und mal weniger „kritisch“. Die grundsätzliche Parteinahme für die Alliierten ist breiter Grundkonsens des Antifaschismus. Nicht nur „Antideutsche“ verteidigen den imperialistischen Kriegsterror der antifaschistischen Staaten gegen deutsche ZivilistInnen. Der ekelhafte Spruch „Deutsche TäterInnen sind keine Opfer!“ ist auch in anderen Teilen der Autonomen Antifa weit verbreitet. Uns ist selbstverständlich bewusst, dass Deutsch-Nationale aller Schattierungen den alliierten Bombenterror gegen deutsche ZivilistInnen für die Inszenierung ihrer Kollektivopferpose instrumentalisieren. Doch wir thematisieren das antifaschistische Kriegsgemetzel der Alliierten nicht als „Deutsche“, sondern als proletarische RevolutionärInnen. Nazis und AntifaschistInnen zeigen bei der historischen Wiederaufbereitung des Zweiten Weltkrieges für aktuelle Aufmärsche und Kundgebungen auf die Leichenberge der jeweils anderen Seite, um die eigenen zu rechtfertigen. Dieses schmutzige Geschäft der Nazis und AntifaschistInnen soll nur davon ablenken, dass beide Kräfte den Zweiten Weltkrieg als kapitalistisches Gemetzel am Proletariat führten.

Wir stehen in der Tradition von damaligen SozialrevolutionärInnen, welche den kapitalistischen Kriegsterror während des spanischen BürgerInnenkrieges und des Zweiten Weltkrieges sowie Faschismus und Antifaschismus vom proletarischen Klassenstandpunkt ausgehend bekämpften. Das waren im Wesentlichen links/ rätekommunistische Gruppen und radikale Abspaltungen des Trotzismus, wie die *Revolutionären Kommunisten Deutschlands* (siehe zu dieser Gruppe Red Devil Hg.), „*Gegen den Strom*“ (Band 2). *Dokumente der Revolutionären Kommunisten Deutschlands*). Der Trotzismus selbst vermochte es nicht, mit dem Antifaschismus zu brechen. Er blieb ein „kritischer“ Satellit der privatkapitalistischen Demokratien und der staatskapitalistischen Sowjetunion – und das obwohl er Opfer der demokratischen und stalinistischen Repression wurde.

Während des spanischen BürgerInnenkrieges kritisierte der Trotzismus zwar die antifaschistische Volksfront, aber der trotzkistischen Kritik fehlte die sozialrevolutionäre Spitze. Für Trotzki war der Unterschied zwischen der Volksfront und Franco einer zwischen „verfaulender bürgerlicher Demokratie“ und Faschismus. Und auch er und seine Anhänger meinten, dass es die Pflicht des Proletariats sei, selbst die „verfaulende bürgerliche Demokratie“ gegen den Faschismus zu verteidigen. Der Trotzismus wollte die Volksfront politisch bekämpfen, aber militärisch verteidigen. So standen die spanischen TrotzistInnen außerhalb der Volksfront, aber innerhalb der antifaschistischen Wertegemeinschaft. Sie standen nicht offiziell auf der Seite des spanischen antifaschistischen Staates, aber sie schürten innerhalb des Proletariats gefährliche antifaschistische Mythen und Illusionen. Während sich der Klassenkampf zwischen Proletariat und antifaschistischen Staatsapparat im Mai 1937 in Form von Barrikadenkämpfen zuspitzte, forderten die spanischen TrotzistInnen zu Streiks auf –außer in der Kriegsindustrie! So unterstützte auch der Trotzismus den antifaschistischen Krieg in Spanien. Aber nur der konsequente proletarische Klassenkampf gegen den Kapitalismus und all seinen faschistischen/antifaschistischen Hilfskräften hätte Franco verhindern, und die soziale Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung eröffnen können. Den militärischen Krieg der AntifaschistInnen gegen Franco zu unterstützen, aber die Volksfront „politisch“ zu kritisieren, hieß an der antifaschistischen Konterrevolution gegen das Proletariat teilzunehmen.

Im Zweiten Weltkrieg unterstützte der Trotzismus prinzipiell die staatskapitalistische Sowjetunion, welche für die TrotzistInnen ein „bürokratisch deformierter ArbeiterInnenstaat“ darstellte. Damit war der Trotzismus während des Zweiten Weltkrieges von Anfang an ein „kritisches“ Anhängsel des sowjetischen Imperialismus.

In den privatkapitalistischen Demokratien konnten sich die TrotzistInnen von den anderen antifaschistischen Kriegstromele gegen das Proletariat etwas absetzen, aber auch hier schwankten sie zwischen einer konsequenten Antikriegshaltung und einer „kritischen“ Unterstützung der antifaschistischen KriegstreiberInnen. So forderte die trotzkistische Partei SWP in den USA während des Zweiten Weltkrieges die Wähl- und Abwählbarkeit von Offizieren durch die Soldaten und die militärische Ausbildung der ArbeiterInnen durch die Gewerkschaften. Aus sozialrevolutionärer Sicht waren diese trotzkistischen Forderungen lächerlich. Gewerkschaften sind die Co-Managerinnen der kapitalistischen Ausbeutung (siehe dazu das Kapitel, *Institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung und proletarischer Klassenkampf in Demokratie und Faschismus*). Für die Gewerkschaftsapparate irgendetwas zu fordern, ist sozialreaktionär. Für die ProletarierInnen kann nur der Klassenkampf eine Schule der Militanz sein, aber die Gewerkschaftsbonzen sind grundsätzlich FeindInnen der proletarischen Militanz. Sie können höchstens ProletarierInnen in den kapitalistisch-imperialistischen Militarismus integrieren. Den Klassenkampf innerhalb der Armee zu führen, heißt auch nicht für die demokratische Wahl und Abwahl der Offiziere durch die Soldaten einzutreten. Das kann nur Illusionen in die Demokratie als einer politischen Herrschaftsform der kapitalistischen Diktatur über das Proletariat schüren. Klassenkampf in der Armee heißt für die revolutionäre Absetzung von Offizieren durch die Soldaten einzutreten. Aus der revolutionären Losung „Dreht die Gewehre um!“ machten die TrotzistInnen die demokratische Karikatur „Wählt eure Offiziere und wählt sie ab!“ Aber auch aus sozialreaktionärer Sicht waren die trotzkistischen Forderungen unsinnig. Die Gewerkschaften sind im imperialistischen Krieg dazu da, um das Proletariat vom Klassenkampf abzuhalten, aber nicht um Soldaten auszubilden. Auch das Wählen und Abwählen ist im Kapitalismus im Wesentlichen auf die politische Sphäre beschränkt. In der Armee und in der Wirtschaft hat es nach Meinung der ManagerInnen des demokratischen Staates nicht viel zu suchen. So schwankte der kleinbürgerliche Trotzismus mit seiner so genannten „proletarischen Militärpolitik“ zwischen einer Antikriegshaltung und einer „kritischen“ Unterstützung des imperialistischen Krieges.

Auch den sozialreaktionären und französisch-nationalen antifaschistischen Widerstand während des Zweiten Weltkrieges unterstützte der Trotzismus „kritisch“. Doch wegen dieser Unterstützung der antifaschistischen Sozialreaktion kam es zu einer Spaltung innerhalb des französischen Trotzismus. Der Trotzist Manuel Kellner schrieb dazu: „1940 spaltete sich (...) in Frankreich eine Gruppe um „Barta“ (mit bürgerlichem Namen David Korner) mit Namen „Voie Ouvriere“ ab. Sie kritisierte nicht ohne Berechtigung die Tendenz der anderen Trotzisten, sich zu stark den Mehrheitsströmungen im Widerstand gegen die nazi-deutschen Besatzer anzupassen, grenzte sich aber selbst so stark ab, dass die mehr als berechtigten Bedürfnisse des Widerstandes dabei zu kurz kamen.“ (Manuel Kellner, *Trotzkismus. Einführung in seine Grundlagen – Fragen nach seiner Zukunft*, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2004, S. 133.) Ja, noch heute wachen TrotzistInnen darüber, dass die Bedürfnisse nach antifaschistischer Verarschung des Weltproletariats nicht zu kurz kommen!

Fazit: Auch der Trotzismus war und ist eine antifaschistische, und damit sozialreaktionäre Kraft. Er war im spanischen BürgerInnenkrieg und im Zweiten Weltkrieg das „kritische“ Anhängsel des massenmörderischen Antifaschismus, aber keine sozialrevolutionäre Alternative zu ihm.

Nein, wir relativieren nicht die faschistischen Gemetzel und Massaker! Aber wir relativieren genauso wenig die konterrevolutionären Gewalttaten des Antifaschismus. Der Antifaschismus relativiert die Gemetzel und Massaker der Demokratien und/oder der staatskapitalistischen Sowjetunion. Sowohl der Faschismus als auch der Antifaschismus waren und sind Knüppel des Kapitals gegen das Proletariat. Diese Lektion dürfen proletarische RevolutionärInnen nie vergessen! Nein, wir werden die revolutionären ArbeiterInnen in den demokratischen und „sozialistischen“ Gefängnissen nicht vergessen! Nicht jene revolutionären AnarchistInnen und MarxistInnen, die im Namen des Antifaschismus im spanischen BürgerInnenkrieg von der sowjetischen Geheimpolizei gefoltert und ermordet worden sind. Auch nicht die SozialrevolutionärInnen, die in der antifaschistischen DDR unter Ulbricht und Honecker im Knast saßen. Genauso wenig wie wir die Leichenberge der Nazis vergessen, werden wir den organisierten Mord an RevolutionärInnen durch den Antifaschismus vergessen! Wir vertreten keinen antifaschistischen Grundkonsens zusammen mit Sozial- und „Anarcho“-DemokratInnen. Wir bekämpfen den Antifaschismus als linken Flügel der bürgerlichen Politik, so wie wir die Nazis als rechten Flügel der bürgerlichen Politik bekämpfen! Dieselben politischen Kräfte, DemokratInnen und „kommunistische“ Linke, welche immer noch fleißig auf die eine oder andere Weise die antifaschistischen Massaker am Proletariat leugnen oder relativieren, tummeln sich heute auf antifaschistischen Bündnissen, welche meistens nichts anderes sind als große Propagandaveranstaltungen für die Demokratie. SozialrevolutionärInnen haben in diesen Bündnissen nichts zu suchen. Sie kämpfen gegen Nazis, wo dies notwendig und möglich ist, aber *niemals im Rahmen des Antifaschismus!!!* Der Antifaschismus war und ist in erster Linie ein Schutzschirm des Kapitals gegen die soziale Revolution – und erst in zweiter Linie gegen die Nazis gerichtet. Gegen erstere war und ist der Antifaschismus auch viel erfolgreicher als gegen Nazis. Denn es kann kein Kapitalismus geben ohne rechtsextreme SchlägerInnen. Der Antifaschismus will jedoch in seiner Mehrheitsströmung einen Kapitalismus ohne Nazis. Natürlich gibt es auch subjektiv ehrliche AntifaschistInnen, welche ernsthaft den Kapitalismus bekämpfen wollen. Doch der Kapitalismus ist innerhalb der Antifa als politischer Straßenbewegung nicht zu bekämpfen! Mag sich der Antifaschismus auch noch so radikal und „revolutionär“ geben, eine scharfe Waffe ist er nur in der Hand des Kapitals. Im Kopf von subjektiv ehrlichen antikapitalistischen Menschen kann er nur ideologischen Schaden anrichten. Wir leben nicht im Faschismus, sondern unser Hauptfeind ist die Demokratie als heutige und aktuelle Herrschaftsform des Kapitals. Das verschleiert *jede* Spielart des Antifaschismus. Mensch muss kein Antifaschist sein, um Nazis bekämpfen zu können, aber mensch muss Antidemokrat sein, um den Kapitalismus bekämpfen zu können!

4. Nazis und AntifaschistInnen im Dienst der Demokratie

Weiter oben haben wir analysiert, dass die heutigen Nazis objektiv den rechten Flügel der Demokratie bilden, während der Antifaschismus sich meistens auch noch subjektiv in dieser Rolle gefällt. Für die herrschenden großbürgerlich-demokratischen PolitikerInnen schafft dieser Fakt eine ausgezeichnete Lage für ihre taktischen Spielchen um weiterhin die Kontrolle über das Proletariat zu behalten.

Nazis und AntifaschistInnen werfen sich gegenseitig vor, der jeweils verlängerte Arm des Staates zu sein. Da haben sie beide gegeneinander Recht. Sie lügen aber beide, wenn sie

jeweils von sich behaupten, sie wären die eigentlichen unabhängigen Rebellen. Revolutionäre StaatsfeindInnen müssen sowohl den Klassencharakter der demokratischen Narrenfreiheiten (Pressefreiheit, Versammlungsrecht, Meinungsfreiheit...) offen legen und kritisieren als auch grundsätzlich die staatliche Repression bekämpfen. Nazis und AntifaschistInnen fordern aber beide für die jeweils eigene Seite demokratische Narrenfreiheiten, während sie der jeweiligen Gegenseite staatliche Repression an den Hals wünschen. Einige AntifaschistInnen und Nazis mögen manchmal das Gewaltmonopol des Staates in Frage stellen, aber als politische Strömungen tun sie das nicht wirklich als materielle Gewalt. Der Staat spielt mit beiden Katz und Maus. Er gewährt ihnen beiden politische Narrenfreiheiten, schlägt aber manchmal auch gegen beide hart zu, wenn es sein muss. Manchmal lässt der demokratische Staat Nazis aufmarschieren und morden, manchmal aber ruft er auch zum antifaschistischen „Aufstand der Anständigen“ auf.

Die Nazis spalten mit ihrem Nationalismus und Rassismus das multiethnisch zusammengesetzte Proletariat in Deutschland und weltweit. Damit tun sie grundsätzlich auch nichts anderes als regierende DemokratInnen. Nur etwas primitiver. Der Antifaschismus bekämpft zwar Nationalismus und Rassismus, aber eben nicht grundsätzlich die Demokratie als soziale Diktatur des Kapitals. Auch die AntifaschistInnen verkleistern den grundlegenden Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, indem sie eine politische Praxis an den Tag legen, die in erster Linie zwischen Nazis und AntifaschistInnen unterscheidet. Bourgeoisie und Proletariat politisch und ideologisch im „Volk“ friedlich zu vereinen, ist das gemeinsame Geschäft von Nazis und DemokratInnen/AntifaschistInnen. Die faschistische „Volksgemeinschaft“, die parlamentarische „Volksherrschaft“ und die antifaschistische „Volksfront“ – alles politisch-ideologische Mäntelchen, hinter der sich die Klassenherrschaft der Bourgeoisie über und gegen das Proletariat verbirgt und verbirgt.

So reproduziert sich bürgerliche Politik: Die Nazis helfen den DemokratInnen dabei, dass Proletariat im Interesse der kapitalistischen Ausbeutung nationalistisch und rassistisch zu spalten, während die AntifaschistInnen die Demokratie als „zivilisatorische Errungenschaft“ verteidigen...

5. Institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung und proletarischer Klassenkampf in Demokratie und Faschismus

Die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung („ArbeiterInnenparteien“ und Gewerkschaften) ist die Hauptkraft des Antifaschismus. Sie ist in die Demokratie integriert und versucht auch große Teile des Proletariats in diese Staatsform zu integrieren. Der historische Faschismus hat in den Ländern, in den er zur Staatsform wurde, die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung zerschlagen. Doch das Proletariat kämpfte auch im Faschismus und verlässt auch in der Demokratie nicht selten den legalen Rahmen der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung.

Alle Schichten der Klasse der LohnarbeiterInnen werden von Kapital und Staat ausgebeutet. Ohne proletarischen Widerstand würde sich die kapitalistische Tendenz zur Überausbeutung der ArbeiterInnenklasse ungehemmt durchsetzen. Bei ungehemmter Überausbeutung würde das Kapital die ArbeiterInnenklasse sich aber buchstäblich totarbeiten lassen. Das ist keine Übertreibung. Erinnerung sei nur an die Überausbeutung zu Beginn der Industrialisierung. Diese ungehemmte Tendenz des Kapitals zur Erhöhung der Mehrwerttrate gefährdet den Kapitalismus selbst. Zum einen, weil er durch die Überausbeutung der ArbeiterInnenklasse die Hauptquelle seiner Existenz vergiftet, aber auch weil das massenhafte Elend zur

Massenrebellion der Verelendeten treibt. Doch die einzelnen Kapitalien sind durch die wahrhaft mörderische Konkurrenz dazu gezwungen kurzfristig so viel Mehrarbeit wie möglich aus der ArbeiterInnenklasse herauszupumpen, sie können nicht langfristig handeln. Deshalb gehört es zu den Aufgaben des Sozialstaates als ideeller Gesamtkapitalist im Interesse einer optimalen Ausbeutung des Proletariats deren Überausbeutung ein wenig einzuschränken.

Die ArbeiterInnenklasse ist also aus objektiven Gründen zum subjektiven Klassenkampf gezwungen um ihre erweiterte Reproduktion gegen die grenzenlosen Bedürfnisse der Kapitalvermehrung durchzusetzen. Das Proletariat ist also nicht nur ein kleinbürgerliches Marktsubjekt und im Produktionsprozess als variables produktives Kapital ein Ausbeutungsobjekt, nein, es war schon von Anfang an, mal stärker und mal schwächer, ein aktives und militantes Subjekt, dass für seine menschlichen Bedürfnisse gegen die eigene Kapitalisierung/Proletarisierung kämpfte.

Diese urwüchsige proletarische Klassenkampfsubjektivität, der auf einen höheren Reallohn und eine Verringerung der Arbeitszeit/Arbeitsintensität zielt, aber noch nicht auf eine bewusste Aufhebung der kapitalistischen Warenproduktion und damit die eigene Existenz als Marktsubjekt und Ausbeutungsobjekt, entspricht dem reproduktiven Klassenkampf – im Gegensatz zum revolutionären Klassenkampf, obwohl es zwischen ersten und letzteren keine scharfe Grenze gibt. Wie wir weiter unten noch aufzeigen werden, enthält der reproduktive Klassenkampf revolutionäre Tendenzen.

Durch den reproduktiven Klassenkampf bleiben die ArbeiterInnen als Menschen am Leben – am Anfang der kapitalistischen Industrialisierung und in „Niedriglohnländern“ trifft dies im buchstäblichen Sinne als Erhaltung der physischen Lebensbedingungen zu. Dies gilt auch etwas abgeschwächt für die Beschäftigten der immer größer werdenden Niedriglohnsektoren in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern. Auch wenn der Preis (der Lohn) etwas über den Wert der Ware Arbeitskraft liegt und die Arbeitszeit nicht mehr so offensichtlich mörderisch lang ist und der Klassenkampf um eine Reproduktion auf einer erhöhten Stufenleiter geführt wird, erhalten sich die ArbeiterInnen in ihm als Menschen in einem erweiterten Sinne, nämlich, indem sie für ihre menschlichen Bedürfnisse gegen die Charaktermasken des Kapitals kämpfen und dadurch beweisen, dass sie mehr sind als variables produktives Kapital. Schon der reproduktive Klassenkampf um höhere Löhne und geringere Arbeitszeiten zeigt an, dass die Kapitalisierung/Proletarisierung der lohnabhängigen Menschen nicht vollständig erfolgte und auch niemals erfolgreich abgeschlossen sein kann. Dass ist die revolutionäre Tendenz des reproduktiven Klassenkampfes.

Die offensichtlichste Form des reproduktiven Klassenkampfes ist der Streik, bei dem die Lohnabhängigen die Arbeit niederlegen und der Kreislauf der Kapitalvermehrung von ihnen empfindlich gestört wird. Während des Streiks wird das produktive Kapital von ihnen nicht mehr in Warenkapital verwandelt. Das tote konstante produktive Kapital (die Maschinen und die Fabriken) steht still, weil das lebendige variable produktive Kapital sich für kurze Zeit selbst aufgehoben hat. So haben wir im Streik schon keimhaft die potenzielle revolutionäre Selbstaufhebung der ArbeiterInnenklasse. Doch diese revolutionäre Tendenz ist oft dem größten Teil der Streikenden nicht bewusst. Sie unterbrechen die Produktion nur für einen kürzeren oder längeren Zeitraum, um sie für einen höheren Lohn oder kürzere Arbeitszeiten wieder aufzunehmen.

Es gibt außerdem noch Formen des Klassenkampfes im Dienstleistungssektor, wo nicht die Produktion der Dienstleistung stillgelegt wird, sondern diese aufrecht erhalten bleibt, aber diese nicht mehr für Kapital und Staat erfolgt, sondern kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Wie beim Streik entstehen dabei für Kapital und Staat ökonomische Schäden. Gleichzeitig wird für den Moment dieses Klassenkampfes die Ware-Geld-Beziehung aufgehoben.

Für diese Formen des Klassenkampfes zwei Beispiele. Das erste Beispiel ist der Streik bei der U-Bahn in Buenos Aires im März 2006, über den *Wildcat* folgendes berichtete: „Wie ein Streik im öffentlichen Dienst auch geführt werden kann, haben gerade wieder ArbeiterInnen der Subte, der U-Bahn von Buenos Aires vorgeführt. Bahnsteig frei – kassiert wird nicht!

Am 15. März konnten sich die Fahrgäste der Subte wieder über einen zeitweiligen Nulltarif freuen. Um ihrer Forderung nach 35 Prozent Lohnerhöhung Nachdruck zu verleihen, hatten die Subte-ArbeiterInnen in den Hauptverkehrszeiten, von 7 bis 10 und von 17 bis 20 Uhr, an den wichtigsten U-Bahn-Stationen die Drehkreuze geöffnet. Diese sind normalerweise nur mit gültigen Führerschein passierbar, und private Wachdienste achten darauf, dass niemand die Barrieren ohne Ticket überspringt. Diese Wachleute sind wiederum gar nicht mit ihrer Auslagerung und den schlechten Arbeitsbedingungen einverstanden. Dreißig von ihnen haben Anfang März in einer der Endstationen für ihre Übernahme durch *Metrovias*, die Betreibergesellschaft der *Subte*, demonstriert und dabei – nicht zum ersten Mal – ebenfalls die Fahrgäste umsonst fahren lassen.

Die ArbeiterInnen der *Subte* haben in den letzten zwei Jahren – nach Jahren von Krise und Lohnverlusten – erhebliche Lohnerhöhungen und die Arbeitszeitverkürzung auf den 6-Stundentag-Tag durchgesetzt. Dafür haben sie mehrfach gestreikt und das gesamte U-Bahn-Netz lahm gelegt – eine Maßnahme, die in der Metropole Buenos Aires ein enormes Chaos verursacht, und die übliche Diffamierung der Streikenden zur Folge hatte. Sie haben die Hetze mit einer geschickten Öffentlichkeitspolitik entkräftet. Gegen den Vorwurf, dass sie als Hochlohnverdiener nur weitere Privilegien für sich sichern wollten, haben sie einerseits auf Plakaten öffentlich gemacht, wie viele Subventionen das privatisierte Unternehmen *Metrovias* eingestrichen hat, ohne in Sicherheit oder Infrastruktur zu investieren, und welche Riesengehälter sich die Chefetage auszahlt. Andererseits haben sie klargestellt, dass sie nicht bereit sind, weiter den Gürtel enger zu schnallen, sondern dass es ihnen tatsächlich um ein besseres Leben geht – nicht nur für sich, sondern für alle. Das waren keine leeren Worte: Nach ihrem eigenem Erfolg haben sie praktische Solidarität mit ArbeiterInnen anderer Betriebe gezeigt, mit Präsenz an Streikposten und Solidaritätsstreiks, und sie haben ihre präkarisierten KollegInnen in verschiedenen ausgelagerten Firmen dabei unterstützt, sich in ihren Tarifvertrag reinzukämpfen. Als die Prekarisierten im Oktober bei einer Aktion in einer U-Bahn-Station von der Polizei mit Schlagstöcken und Tränengas angegriffen wurden, standen eine Stunde später alle fünf Linien.

Nach der Privatisierung und Übernahme der *Subte* durch *Metrovias* 1994 waren die ArbeiterInnen zunächst machtlos gegen Umstrukturierung und Entlassungen. 1997 gelang es ihnen zum ersten Mal, mit einem Streik auf allen Linien die Entlassung eines Fahrers zu verhindern. „Macht keine Verrücktheiten, morgen setzen wir uns mit der Firma zusammen“, hatte ihnen damals die von der Arbeiterinitiative erschreckte Gewerkschaft UTA gesagt. Seitdem haben sie ihre Unabhängigkeit von der Gewerkschaft und ihre Streikfähigkeit kontinuierlich ausgebaut. Nach der letzten Umsonstfahrt-Aktion hat die UTA eine Lohnerhöhung von 16 Prozent vereinbart. Vielen war das zu wenig, aber nach ausführlicher Diskussion auf Versammlungen in sämtlichen Abteilungen setzte sich die Meinung durch, das Ergebnis zu akzeptieren, denn demnächst stehen Manteltarifverhandlungen an. Der Tarifvertrag und eine Kampagne zur Frühverrentung werden die nächsten Schritte sein, „und danach werden sicher noch weitere *Verrücktheiten* kommen“, sagen die Basisdelegierten.“ (*Buenos Aires: Streik in der U-Bahn – und die Fahrgäste freuen sich*, in: *Wildcat* Nr. 76 vom Frühjahr 2006, S. 66.)

Während des Streikes war eine U-Bahnfahrt keine Ware mehr...

Begeben wir uns aus Argentinien in das Griechenland des Jahres 2010. Der griechische Staat war zu diesem Zeitpunkt stark verschuldet, musste Kredite von EU, IWF und Europäischer

Zentralbank annehmen. Doch wer die Musik bezahlt, bestimmt die Melodie. Die „ausländischen“ Kreditgeber setzten durch den „inländischen Staat“ eine brutale Kürzung der Sozialausgaben durch. So wurden im Herbst 2010 für den Besuch des Krankenhauses drei Euro „Eintritt“ fällig. Doch nicht ohne Widerstand, denn „die Krankenhausärzte führen bereits seit Montag (den 22. November 2010, Nelke) eine Woche lang jede Untersuchung kostenlos durch. Damit den Patienten nicht trotzdem die drei Euro „Eintritt“ abgeknöpft werden, sind in vielen Krankenhäusern auch die Kassen vom medizinischen Personal symbolisch besetzt worden.“ (Heike Schrader, *Diktat gegen Griechenland*, in der *jungen Welt* vom 25. November 2010, S. 6.)

Die revolutionären Tendenzen bleiben im reproduktiven Klassenkampf oft unbewusst und instinktiv, aber sie werden von einer tiefen untergründigen subjektiven Notwendigkeit angeheizt und belebt. Notwendigkeit meint hier ganz buchstäblich eine Not, die es zu wenden gilt. Die subjektive Not der ArbeiterInnenklasse besteht im Charakter der Produktionsmittel und der eigenen funktionierenden Arbeitskraft als produktives Kapital sowie im Warencharakter der Lebensmittel. Diese Not ist sehr materiell und kann auch nur praktisch, durch die aktive Tat des Proletariats gewendet werden. Für immer kann diese materielle Not des Proletariats nur durch dessen eigene bewusste revolutionäre Selbstaufhebung als Marktsubjekt und Ausbeutungsobjekt, was wiederum notwendig die Überwindung der kapitalistischen Warenproduktion und des Staates beinhaltet.

Der menschliche Instinkt ist das Vorbewusste, das unbestimmte Bauchgefühl, was zur Aktion führt, bevor die Konsequenzen dieser Aktion im Kopf bewusst durchdacht sind. Diese Tatsache ist eine klare Bestätigung der materialistischen Geschichtsbetrachtung. Dass Sein bestimmt das Bewusstsein. Oft ist das Sein getrieben von der materiellen Notwendigkeit, was vom menschlichen Bewusstsein nur relativ schwach reflektiert wird. Der menschliche Instinkt der ArbeiterInnen führt sie zur vorübergehenden und tendenziellen Wendung ihrer Not, ohne sich dessen voll bewusst zu sein. Im alltäglichen Klassenkampf überwindet die ArbeiterInnenklasse den Kapitalcharakter der Produktionsmittel – einschließlich der eigenen Arbeitskraft – und den Warencharakter der Produkte.

Indem die ArbeiterInnen individuell und/oder kollektiv mit den Produktionsmitteln nicht nur offiziell Warenkapital produzieren, sondern inoffiziell und illegal nebenbei auch Dinge für sich selbst herstellen, heben sie während dieser Zeit den Kapitalcharakter der Produktionsmittel vorübergehend auf. Durch diese Klassenkampfsubjektivität heben sich die ArbeiterInnen auch vorübergehend als Ausbeutungsobjekte des Kapitals auf. Für die kurze Zeit der Aktion sind sie freie ProduzentInnen. Durch die illegale und unentgeltliche Aneignung von Produkten durch die ArbeiterInnen wird deren Warencharakter aufgehoben.

In diesem alltäglichen und illegalen Klassenkampf wird auch der Charakter der proletarischen Selbstorganisation als dialektischer Widerspruch deutlich. Der Begriff „proletarische Selbstorganisation“ ist die korrekte Widerspiegelung einer widersprüchlichen Einheit der beiden Gegensätze „proletarisch“ und „Selbstorganisation“. Denn das Proletariat organisiert sich ohne Klassenkampf nicht selbst, sondern wird „sachlich“ von den Gesetzen der kapitalistischen Warenproduktion und personell von den Charaktermasken des Kapitals und des Staates organisiert. Wenn sich die ArbeiterInnenklasse für ihre menschlichen Bedürfnisse zu organisieren beginnt, ist dies bereits tendenziell der Übergang in die klassenlose Selbstorganisation durch die revolutionäre Selbstaufhebung. Tendenzen, denen sich die meisten ArbeiterInnen nicht vollständig bewusst sind.

Doch Kapital und Staat sind sich der revolutionären Potenzen sehr bewusst. Denn sie können „nur“ – dies allerdings bisher sehr erfolgreich – den bewussten Umschlag von der proletarischen zur klassenlosen Selbstorganisation verhindern. Dieser Umschlag in die klassenlose Selbstorganisation wäre die progressive Lösung des dialektischen Widerspruches

der proletarischen Selbstorganisation. Diese Lösung kann nur durch die bewusste Tat der proletarischen Mehrheit erfolgen. Doch das Proletariat tastet sich bereits instinktiv an die Lösung des dialektischen Widerspruches der proletarischen Selbstorganisation heran und ihre revolutionären Minderheiten streben mehr oder weniger bewusst eine klassenlose Gesellschaft durch eine soziale Revolution an. Dieser Umschlag von der proletarischen in die klassenlose Selbstorganisation ist also nach wie vor eine Möglichkeit, zumal seine Grundlage, die proletarische Selbstorganisation im Klassenkampf von Kapital und Staat zwar stark abgeschwächt und entschärft, aber niemals vollständig unterbunden werden kann. Die einzige Möglichkeit für die kapitalistische Konterrevolution für immer den dialektischen Widerspruch der proletarischen Selbstorganisation auf reaktionäre Weise zu lösen wäre die Vernichtung der gesamten Menschheit. Solange diese reale Gefahr keine Wirklichkeit geworden ist, würden sich RevolutionärInnen selbst entwaffnen, wenn sie nicht auch von der realen Möglichkeit einer klassenlosen Gesellschaft ausgingen. So schnell werden die Herrschenden mit uns RevolutionärInnen nicht fertig! Allerdings sollten wir auch nie die Macht der kapitalistischen Konterrevolution unterschätzen.

Zuerst war die Reaktion der kapitalistischen Klassen nackte Gewalt gegen alle Ansätze des proletarischen Klassenkampfes, was aber tendenziell nur zu einer noch stärkeren Radikalisierung der ArbeiterInnen führte. Im Laufe eines sozialen und internationalen Lernprozesses ging ein großer Teil der Herrschenden dazu über, den proletarischen Klassenkampf zu verrechtlichen und zu instrumentalisieren, um den reproduktiven Klassenkampf so sehr zu versteinern und zu zementieren, um seinen Umschlag in die soziale Revolution zu verhindern. Hauptgehilfe von Kapital und Staat ist dabei die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung.

Die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung das waren und sind die sozialdemokratischen/ „kommunistischen“ „ArbeiterInnenparteien“ und *alle* Gewerkschaften. Im demokratischen Privatkapitalismus und „sozialistischen“ Staatskapitalismus ist die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung in der Organisation der Ausbeutung des Proletariats integriert. Wir klammern hier die Integration der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung im Staatskapitalismus weitgehend aus und widmen uns ausführlicher ihrer Integration in den privatkapitalistischen Demokratien.

Die Sozialdemokratie als der parlamentarische Arm der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung reproduzierte die bürgerliche Politik von Anfang an. Von ihrer Gründung an war die Sozialdemokratie eine kleinbürgerliche politische Bewegung, sie war ein Produkt der Klassenspaltung, aber kein revolutionäres Subjekt zur Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. Auch die sozialdemokratische Partei wurde von BerufspolitikerInnen geführt. Die sozialdemokratischen LohnarbeiterInnen waren die Geführten bzw. Ausgebremsten. Da die sozialdemokratischen BerufspolitikerInnen nicht selbst arbeiteten, konnten sie nur vom proletarisch produzierten Mehrwert leben, den Mitgliedsbeiträgen, den Parteispenden „sozial eingestellter UnternehmerInnen“ und den Parlamentsdiäten.

Auch sozialdemokratische „ArbeiterInnenvertreterInnen“ in den bürgerlichen Parlamenten waren und sind sozial gesehen PolitikerInnen und keine ProletarierInnen. Politik ist die staatsförmige Organisation der Gesellschaft im Interesse der herrschenden Klasse. In jeder Klassengesellschaft kann es nur die regierende Politik der herrschenden Klasse geben. Im Kapitalismus kann es nur Politik für das Kapitalverhältnis geben, was auch Sozialpolitik für die ArbeiterInnenklasse nicht ausschloss und nicht ausschließt. Denn die parlamentarische Einführung von gesetzlichen Sozialversicherungen war historisch gesehen eine Notwendigkeit, damit sich die ArbeiterInnenklasse reproduzieren kann. Indem die Sozialdemokratie in den bürgerlichen Parlamenten für Sozialreformen eintrat, leistete sie einen wichtigen Beitrag für

die Modernisierung des Kapitalismus. Bevor sie vollständig in die bürgerliche Politik integriert wurde, führte oft ihre großbürgerliche Konkurrenz wichtige Reformen zur Sicherstellung der Reproduktion der ArbeiterInnenklasse durch.

Aber die Sozialdemokratie leistete nicht nur einen wichtigen Beitrag bei der Etablierung einer modernen bürgerlichen Sozialpolitik, auch bei der Modernisierung der Demokratie als geschicktestes Herrschaftssystem der Bourgeoisie spielte sie eine große Rolle. Zur Beginn der demokratischen Entwicklung hatten die ProletarierInnen entweder gar kein oder ein eingeschränktes Wahlrecht. Auch Dank der Sozialdemokratie konnte das Proletariat in die Demokratie integriert und auch in der Politik zum Ausbeutungsobjekt – zum Stimmvieh – werden. Wie in der Ökonomie ist auch in der Politik die Ausbeutungsobjektivität des Proletariats nur möglich durch die subjektive Verinnerlichung dieser Ausbeutungsobjektivität. So wie die kapitalistische Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse ohne die massenhafte Verinnerlichung von Fabrikdisziplin und ProduzentInnenstolz undenkbar wäre, kommt die politische Entmündigung der proletarisierten Menschen nicht ohne den demokratischen Untertanengeist aus. Die Sozialdemokratie reproduzierte und verstärkte im Proletariat Fabrikdisziplin, ProduzentInnenstolz und demokratischen Untertanengeist. Jeden Morgen pünktlich aufstehen, die Pflicht in der Fabrik tun, nebenher noch brav sozialdemokratische Versammlungen besuchen und an den Wahltagen „ArbeiterInnenvertreterInnen“ in die Parlamente wählen. Dazu erzog die Sozialdemokratie auch das deutsche Proletariat im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und in der BRD.

Parlamentarische „ArbeiterInnenvertreterInnen“ beuten objektiv das geringe Niveau des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit aus, um die Interessen des Proletariats im Rahmen des demokratischen Kapitalismus zu „vertreten“ – ungefähr so wie eine Waschmaschinenvertreterin Waschmaschinen verkauft, verkauft ein „ArbeiterInnenvertreter“ die ArbeiterInnenklasse. Nur durch ihre „sozialistische“ Ideologie unterschied sich die Sozialdemokratie anfänglich von anderen bürgerlichen Strömungen. Diese Ideologie war eine Täuschung des Proletariats und zugleich eine Selbsttäuschung der sozialdemokratischen PolitikerInnen. Doch das Sein als PolitikerInnen war selbstverständlich stärker als die ideologische Nebelproduktion. So wurde die Sozialdemokratie auch in ihrer Ideologieproduktion immer bürgerlicher. Vom anfänglichen Marxismus als ursprüngliche Parteiideologie blieb nichts übrig. Die heutige Sozialdemokratie stellt eine Mischung aus „Neoliberalismus“ und Keynesianismus dar.

Bevor sie von der Weltbourgeoisie voll anerkannt wurde, bekam sie nicht selten die Repression bürgerlicher Staaten zu spüren, zum Beispiel im deutschen Kaiserreich das SozialistInnengesetz (1878-1890). Zu dieser Zeit war die Sozialdemokratie eine kleinbürgerliche politische Strömung, welche zwar die Klassenspaltung in ihren eigenen Organisationen reproduzierte und auch das Proletariat zunehmend in die Gesellschaft integrierte, aber trotzdem noch nicht von der Bourgeoisie voll anerkannt wurde. Sie nutzte den Ersten Weltkrieg und den konterrevolutionären Terror gegen das Proletariat in der revolutionären Nachkriegskrise (1918-1923) um sich beim Kapital und der bürgerlichen Politik unentbehrlich zu machen. Obwohl sie sich reichlich anstrenge, wurde ihr von der Mehrheit der deutschen Bourgeoisie 1933 einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht, aber ab 1945/1990 konnte die Sozialdemokratie sich endgültig in die westdeutsche/gesamtdeutsche Politik integrieren.

Bei ihrer erfolgreichen Integration in die großbürgerliche Politik sonderte die Sozialdemokratie all jene sozialen und politischen Kräfte aus sich aus, die ungeeignet waren diesen sozialreaktionären Weg bis zum Ende mitzugehen. Ein nicht geringer Teil dieser ausgesonderten Kräfte bildeten später den Partei-„Kommunismus“.

Auch der Partei-„Kommunismus“ reproduzierte in sich die Klassenspaltung in einen bürgerlich-bürokratischen Parteiapparat und einer proletarischen Basis. Bürgerliche Parteiapparate können nur bürgerliche Politik als staatliche Ermöglichung/Erzwingung der Kapitalvermehrung betreiben.

In einigen noch nicht industrialisierten Ländern Osteuropas und des Trikont (Asien, Afrika, Lateinamerika) gelang es den „kommunistischen“ Parteiapparaten die Staatsmacht zu erobern und die PrivatkapitalistInnen durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel sozial und politisch zu entmachten. Doch verstaatlichte Produktionsmittel stellen nur verstaatlichtes Kapital dar. Der Staatskapitalismus setzte in vielen Ländern Osteuropas und des Trikont eine ursprüngliche Industrialisierung durch. In den meisten Ländern gab es vor der partei-„kommunistischen“ Machteroberung nur eine schwach entwickelte Industrie und infolgedessen auch nur eine schwach entwickelte Bourgeoisie und ArbeiterInnenklasse. Die „kommunistischen“ Parteien, welche zu Charaktermasken des Staatskapitals wurden, nutzten diese soziale Schwäche der beiden Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft für ihre erfolgreiche Machteroberung. Einige osteuropäische Länder wurden durch den antifaschistischen Krieg der Sowjetunion staatskapitalistisch. Historisch und ideologisch stellt der Partei-„Kommunismus“ nur eine radikale Variante der Sozialdemokratie dar.

Doch nachdem die ursprüngliche Industrialisierung durch die staatskapitalistischen Produktionsverhältnisse erreicht wurde, wurde und wird die starre und hierarchische staatsbürokratische Planung der Kapitalvermehrung immer mehr zu einem Hindernis bei der weiteren Intensivierung der Produktion und der Ausbeutung. Die weitere erfolgreiche Kapitalvermehrung verlangt nach einer Entstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel. Innerhalb der regierenden „kommunistischen“ Partei-, Wirtschafts- und Staatsbürokratie als Charaktermaske des verstaatlichten Kapitals entstanden und entstehen Reformflügel, welche die Bedürfnisse der erfolgreichen Kapitalvermehrung nach ihrer Reprivatisierung mehr oder weniger erfolgreich verwirklichen. Die „kommunistischen“ Parteien sozialdemokratisieren sich dabei in dem Maße wie sie das Kapital reprivatisieren.

In hoch entwickelten kapitalistischen Industrieländern, kam eine staatskapitalistische Entwicklung nicht in Frage. Hier konnte der Partei-„Kommunismus“ nur eine außenpolitische Agentur Moskaus und/oder Pekings werden. Indem die staatskapitalistischen Großbürokratien des Ostens sich im Westen ihre Agenturen in Form der „kommunistischen“ Parteien hielten, versuchten sie Einfluss auf die Politik der privatkapitalistischen Demokratien zu nehmen. In diesen hoch entwickelten privatkapitalistischen Demokratien war kein Platz für eine erfolgreiche eigenständige staatskapitalistische Politik. Deshalb sozialdemokratisierten auch die „kommunistischen“ Parteien in dem Maße, wie sie sich von Moskau/Peking freimachten. Sie wurden unabhängig von ausländischen Staatskapitalismen – um sich ganz in den Schoß der demokratischen Bourgeoisie zu begeben. Diesen „eurokommunistischen“ Weg gingen die „K“Pen Italiens und Frankreichs noch vor der Reprivatisierung des sowjetisch-osteuropäischen Staatskapitalismus. Nach der weltweiten – bereits jetzt fast erfolgreich abgeschlossenen – Reprivatisierung des Kapitals ist auch die Resozialdemokratisierung des Partei-„Kommunismus“ zum Abschluss gekommen.

Wie die so genannten „ArbeiterInnenparteien“ sich selbst und große Teile des Proletariats in die parlamentarische Demokratie integrierten und integrieren, nisteten und nisten sich Gewerkschaften in die kapitalistische Warenproduktion und den bürgerlichen Staat ein. Durch die Legalisierung und Integration von Gewerkschaften in das Kapitalverhältnis zähmte und zähmt die herrschende kapitalistische Klasse den proletarischen Klassenkampf. Gewerkschaften stärken die kleinbürgerlichen Tendenzen der proletarisierten Menschen als Marktsubjekte und Ausbeutungsobjekte von Kapital und Staat und untergraben ihre Klassenkampfsubjektivität.

Auch Gewerkschaften sind ein Ort der Klassenspaltung zwischen der lohnabhängigen Basis und ihrer bürgerlichen Bürokratie. Die Gewerkschaftsbürokratie strebt danach von Kapital und Staat als Verhandlungspartner anerkannt zu werden. Im Laufe eines langen geschichtlichen Prozesses wird sie es auch immer stärker – bis sie zu einer integrierten Co-Managerin der kapitalistischen Ausbeutung und staatsbürokratischen Verwaltung (im öffentlichen Dienst) wird.

Die wichtigsten Mittel dabei sind die so genannte „Mitbestimmung“ und die Tarifautonomie. „Mitbestimmung“ heißt natürlich nicht, dass die ArbeiterInnen kollektiv direkt in den kapitalistischen Unternehmen etwas mit zu entscheiden hätten. Die „Mitbestimmung“ erfolgt indirekt über die Gewerkschaftsbürokratie, deren Mitglieder in den Aufsichtsräten der kapitalistischen Unternehmen sitzen. Doch die Gewerkschaftsbürokratie ist von seiner sozialen Zusammensetzung her nicht proletarisch, sondern bürgerlich. Die ArbeiterInnenklasse hat also keine Mitbestimmung im kapitalistischen Einzelunternehmen und auch nicht in der Gesamtwirtschaft.

Das heißt aber nicht, dass es in der kapitalistischen Wirtschaft keine Demokratie gebe, wie es ein Großteil der kleinbürgerlichen Linken behauptet. Nein, es gibt Betriebs-/Personalräte, welche die Organe der kapitalistischen Wirtschaftsdemokratie bilden. Diese Betriebs-/Personalräte sind durch staatliche Gesetze dem Betriebsfrieden und der Sozialpartnerschaft verpflichtet. Sie dürfen auch in Deutschland nicht zu Streiks aufrufen. Das macht sie zu ausgezeichneten Organen der Wirtschaftsdemokratie, zur kapitalistischen Diktatur über und gegen das Proletariat. Die Funktion von LohnarbeiterInnen in der Wirtschaftsdemokratie ist die gleiche wie in der politischen: Die von WählerInnen und Gewählten. Die proletarischen WählerInnen des Betriebsrates können durch die Wahl von „ArbeitnehmervertreterInnen“ (meistens GewerkschaftsfunktionärInnen) also nicht viel zu ihren Gunsten verändern. Einige Betriebsräte versuchen wirklich innerhalb dieses sehr engen Rahmens etwas für ihre KollegInnen herauszuholen, sie reiben sich aber nicht selten dabei nervlich voll auf. Wieder andere lassen sich vom Kapital direkt kaufen...

Aber das gewerkschaftliche Co-Management kommt im Tarifsysteem am stärksten zum Tragen. Der Staat gewährt durch seine Gesetze Kapitalverbänden und Gewerkschaften die „Autonomie“, durch Verträge wichtige Arbeitsbedingungen (Lohnhöhe, Arbeitszeit, Urlaub...) in Betrieben und Branchen festzulegen. Dadurch wird die Gewerkschaftsbürokratie zur Co-Managerin der Ware Arbeitskraft/des variablen Kapitals. Mittels des Tarifsystems bekommt die Gewerkschaftsbürokratie eine kapitalistische Funktion. Durch das Tarifvertragssystem soll im Interesse des ideellen Gesamtkapitals eine Überausbeutung der ArbeiterInnenklasse verhindert werden. Doch die Gewerkschaftsbürokratie muss selbst nicht von den Löhnen leben, die sie aushandelt. Deshalb kommt es in der Praxis teilweise auch mit Gewerkschaftssegens zu Löhnen, die nicht oder kaum zur Reproduktion der ArbeiterInnen reichen. Diese ArbeiterInnen können dann beim Staat zusätzliche Leistungen beantragen.

Können sich GewerkschaftsbürokratInnen und direkte KapitalvertreterInnen mal nicht am Verhandlungstisch einigen, kann die Gewerkschaft nach einer Urabstimmung einen Streik ausrufen. Das ganze demokratische Streikrecht in Deutschland ist auf Tarifaueinandersetzungen beschränkt. Die bundesdeutsche Demokratie gibt durch ihr Streikrecht den bürgerlichen Gewerkschaftsbürokratien das Monopol über die Hauptwaffe des proletarischen Klassenkampfes. Damit ist die Entscheidung, ob und wann ArbeiterInnen streiken, der Klasse selbst entzogen. Es wird zur wichtigen kapitalistischen Funktion der Gewerkschaftsbürokratie den proletarischen Klassenkampf im Wesentlichen zu verhindern und ihn zu „Tarifaueinandersetzungen“ zu verniedlichen. Während eines Tarifstreikes passen die GewerkschaftsbürokratInnen gut auf, dass die streikenden ArbeiterInnen auch ja die bürgerlichen Gesetze einhalten. Während des Streiks bekommen die streikenden

ArbeiterInnen in Deutschland von den Gewerkschaften Streikgeld ausgezahlt, inwiefern sie Gewerkschaftsmitglieder sind. Das gewerkschaftliche Streikgeld ist also auch ein Mittel um das Streikmonopol der Gewerkschaftsbürokratien zu reproduzieren und zu zementieren.

Während des Streikes stützen sich die Gewerkschaftsbonzen auf die ArbeiterInnen um auf die direkten KapitalvertreterInnen Druck auszuüben, um doch noch zu einem Tarifabschluss zu kommen. Das Verhältnis der bürgerlichen Gewerkschaftsbürokratien zur proletarischen Gewerkschaftsbasis ist rein instrumentell, allerdings benutzen auch die ArbeiterInnen den legalen Gewerkschaftsrahmen um überhaupt in Deutschland streiken zu dürfen. Während des Streikes steht die Gewerkschaftsbürokratie auch unter einem starken Druck ihrer proletarischen Basis. Nicht selten kommt es bei länger andauernden Tarifstreiks auch zur Doppelherrschaft zwischen der informellen proletarischen Selbstorganisation und den bürgerlich-bürokratischen Gewerkschaftsapparaten.

Doch auch die längste Tarifauseinandersetzung endet irgendwann – meistens mit dem Abschluss eines Tarifvertrages (TV). Durch eine Urabstimmung der proletarischen Basis wird der Streik in der Regel beendet. Während bei der Urabstimmung über die Führung eines Tarifstreikes die Mehrheit der proletarischen Basis für den Streik stimmen muss, reicht bei der Beendigung der kollektiven Arbeitsniederlegung eine Minderheit von 25 Prozent der proletarischen Basis aus. Für die gesamte Geltungszeit eines Tarifvertrages herrscht Friedenspflicht, also Streikverbot. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaftsbürokratien über die Einhaltung dieser Friedenspflicht zu wachen.

Durch das Tarifsysteem und das Gewerkschaftsmonopol über Streiks wird in einer ordentlichen Demokratie also der Klassenkampf klein gehalten und gezügelt. Die Klassenkampfsubjektivität der LohnarbeiterInnen wird durch das demokratische Streikrecht und die Gewerkschaftsbürokratien stark reduziert zum vorübergehenden Dampfablassen. Diese demokratisch weichgespülte und gewerkschaftlich ausgebremste Klassenkampfsubjektivität des Proletariats vermag natürlich nicht Kapital und Staat aufzuheben. Die innerhalb des Tarifsystems eingespernte Klassenkampfsubjektivität reproduziert die proletarische Marktsubjektivität als Arbeitskraftvermieterin und Konsumentin auf den Lebensmittel- und Freizeitmärkten und auch die Ausbeutungsobjektivität im kapitalistischen Produktionsprozess beziehungsweise im staatlich organisierten öffentlichen Dienst.

Doch auch in Deutschland wurde das Gewerkschaftsmonopol über kollektive Arbeitsniederlegungen durch Wilde Streiks, welche ohne und teilweise gegen die Gewerkschaftsbürokratie vom Proletariat organisiert wurden, gebrochen. Dies geschah massenhaft in den Septemberstreiks 1969 und während der wilden Streikwelle 1973. Ein aktuelleres Beispiel stellt Opel Bochum dar, wo im Oktober 2004 für sechs Tage das Streikmonopol der Gewerkschaftsbürokratie gebrochen wurde. Auch wenn dieser selbstorganisierte proletarische Klassenkampf noch subjektiv und objektiv im reproduktiven Rahmen blieb, war und ist die Brechung des gewerkschaftlichen Streikmonopols doch durchaus eine potenziell revolutionäre Tendenz. Nehmen wilde Streiks zu und werden immer mehr Betriebe von ihr erfasst, reicht die informelle proletarische Selbstorganisation zur Führung der kollektiven Arbeitsniederlegung nicht mehr aus. Das Proletariat ist dann durch die Dynamik des Klassenkampfes gezwungen offene sichtbare gewerkschaftsunabhängige Organe seiner Selbstorganisation zu schaffen. In der Vergangenheit waren das Unabhängige Streikkomitees, Vollversammlungen und ArbeiterInnenräte.

Aber noch haben in Deutschland die DGB-Gewerkschaften ein ziemlich festes Monopol auf die Rolle des „Tarifpartners“ der Bourgeoisie. Doch sie bekommen langsam aber sicher Konkurrenz von anderen Gewerkschaften, darunter auch von der „anarcho“-syndikalistischen FAU. Red Devil schrieb über den versuchten Tarifschacher der FAU beim Kino Babylon:

„Im Juni 2009 begann der Tarifkonflikt der anarcho-syndikalistischen Freien ArbeiterInnen-Union (FAU) mit dem alternativen Kino Babylon in Berlin-Mitte; damals legte die FAU der Leitung des Kinos einen Entwurf für einen Haustarifvertrag vor (im November 2008 war der Betriebsrat im Babylon von der Belegschaft gegründet worden, bis Januar 2009 kam es zur Gründung einer FAU-Betriebsgruppe). Seitdem gab es eine Menge Aktionen (u.a. Demo, Boykottaufruf), Offene Briefe an ver.di, Presseerklärungen, etc. der FAU, um im Kino einen Tarifvertrag (TV) durchzusetzen, der die miserablen Arbeitsbedingungen und Löhne der dortigen KollegInnen verbessern sollte (überdies wäre dies der erste von der FAU in der BRD abgeschlossene TV gewesen).

Die Leitung des Kinos zeigte sich nicht sehr kompromiss- und verhandlungsbereit in Bezug auf die Gesprächsangebote der FAU, was die FAU das Verhalten der Leitung als „kompromisslose und arbeitnehmerfeindliche Haltung“ geißeln ließ (jW, 14.07.2009). „Arbeitnehmerfeindlich“ – ja was erwartet denn die FAU von einem „Arbeitgeber“ – überhaupt ist die Formulierung schon sehr offiziös und TV-tauglich.

In der FAU-Presseerklärung vom 13.07.2009 hieß es: „Besonders bedauernswert findet die FAU Berlin, dass ein gutes, ambitioniertes Kinoprogramm unter dem Starrsinn der Geschäftsleitung zu leiden hat. Gehofft wird, dass die Lücke zwischen Anspruch und Realität im Babylon Mitte bald geschlossen werden kann. ‚Ein linkes engagiertes Kino erfordert einen arbeitnehmerfreundlichen Rahmen‘, so Lars Röhm.“ Wenn das keine Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft zeigt, bei all der Sorge um das Ansehen und die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität des Babylon!

Die Aufschrift der bei einer Aktion getragenen T-Shirts „Schluss mit Babylöhnen und prekären Bedingungen“ (jW, 31.07.2009) zeigt nur, wie sehr die FAU die KollegInnen hinter Licht führt: Was sollen „Babylöhne“ sein und wer glaubt, dass mittels eines wie „guten“ TV auch immer geringe Löhne und prekäre Bedingungen aufhören werden, wo doch die Lohnarbeit und unsere Existenz als LohnarbeiterIn als solche durch und durch prekär sind! Tarifverträge schreiben doch gerade das Elend fest, sind kein Mittel zur Aufhebung der Lohnarbeit, sondern eben Mittel zur Regelung der Lohnarbeit und zur Befriedung und Spaltung der Belegschaften!

Gerade was die Regelung der Lohnarbeit und Befriedung der KollegInnen angeht, ist dies im Falle des Babylon zutreffend: Laut junge Welt vom 10.08.2009 gab es bisher keinen TV und es existierten für die KollegInnen meist nur mündliche, befristete Verträge, es gab kein Mitspracherecht bei der Erstellung von Dienstplänen oder es erfolgten Kündigungen vor Ablauf der Probezeit. Stundenlöhne lagen zwischen 5 und 8 Euro, Feiertags- oder Nachtzuschläge gab es nicht.

„Anarchisten, die eine Welt ohne Staat und Bosse wollen“, seien für sie keine Gesprächspartner, erklärte die Leitung des Babylon Anfang September 2009 gegenüber junge Welt. „Der FAU-Entwurf lehnt sich an den ver.di-Bundestarifvertrag an, das geforderte Entgeltniveau“ liege „etwas höher“, so heißt es in der jungen Welt vom 03.09.2009. Den Boss vom Babylon kann sicherlich keiner dazu zwingen, mit der FAU oder irgendjemand anders, der Staat und Chefs ablehnt, einen Vertrag zu schließen und zu verhandeln. Sich darüber zu empören, ist albern, heißt den Kern der bürgerlichen Freiheit nicht zu verstehen. Wie aber können Menschen, die nach eigenem Bekunden Staat und Kapital ablehnen, mit eben diesen Tarifverträge schließen und verhandeln wollen? Heißt dies (also einen Tarifvertrag auszuhandeln und abzuschließen) nicht das Elend anzuerkennen und zu akzeptieren, heißt das nicht Frieden zu schließen mit den Verhältnissen (und sei es nur zeitweise, bis zur nächsten Tarifrunde)? Heißt es nicht Verantwortung für die Regelung der Ausbeutung zu übernehmen, heißt es nicht auch als Betriebsrat (BR) den Betriebsfrieden zu wahren und zu fördern und dem Wohle des Betriebes zu dienen (laut Betriebsverfassungsgesetz ist das Zweck und

Handlungsspielraum des BR)? Heißt es nicht die Belegschaft für den TV zu mobilisieren und sie für die Einhaltung desselben disziplinieren? Heißt es nicht faule Kompromisse schließen und als Erfolge zu verkaufen? Heißt es nicht auch bürgerliches Recht, den Staat als seinen Vollstrecker zu akzeptieren (schließlich haben sich beide Seiten an einen TV zu halten, die „Friedenspflicht“, etc. einzuhalten)? Heißt es nicht auch zu akzeptieren, was es nicht nur zu kritisieren, sondern abzuschaffen gilt (Lohnarbeit, Lohnsystem) und entwapfnet es nicht den wirklichen Widerstand, den es auf den gesetzlichen Rahmen beschränkt und im alltäglichen BR- und Gewerkschafts-/Betriebsgruppen-Kleinkram erstickt und dort seine Kräfte bindet?

Als es dann immer noch nicht klappen wollte mit den Verhandlungen, wollte die staatsfeindliche FAU das Land Berlin einspannen: „Lars Röhm, Sekretär der FAU Berlin, dazu: ‚Wir haben den Eindruck, dass die Geschäftsleitung äußerst irrational handelt. Aus falschem Stolz heraus scheint sie eher gewillt, das Kino in den Abgrund zu führen, als Zugeständnisse an die Belegschaft mit ihren legitimen Forderungen zu machen. Jetzt sind auch die für das halbkommunale Kino Verantwortlichen in der Landespolitik gefragt, die Geschäftsleitung zur Raison zu bringen, wenn die Lage nicht noch weiter eskalieren soll.‘“ Doch all das Appellieren an die Landesregierung nutzte nichts. Dort wie von Seiten des Babylon wurde eher auf ver.di gesetzt.

In einem ihrer „Offenen Briefe der FAU Berlin an ver.di“ vom 06.11.2009 wirft die FAU ver.di eine „tatenlose Diplomatie der Lippenbekenntnisse“ vor. Ver.di wird als fast mitgliederlose „Minderheitengewerkschaft“ unter der Belegschaft im Babylon bezeichnet. Ver.di habe ohne Beteiligung der Babylon-KollegInnen und ohne die Situation und Probleme im Babylon wirklich zu kennen, Verhandlungen mit der Kino-Leitung geführt und sei auf die von der FAU vorgebrachten Vorschläge für eine „Zusammenarbeit“, einen „gemeinsamen Ausschuss“ und eine „Tarifgemeinschaft“, bestehend aus beiden Gewerkschaften, nicht eingegangen (dies war von einer Betriebsversammlung im Babylon beschlossen worden, dem setzte die FAU nichts, auch keine öffentliche Kritik entgegen). Von Seiten der FAU äußert sich der Frust, als Gewerkschaft nicht ernst genommen zu werden. Vielleicht fehlt es noch ein wenig an Diplomatie, Professionalität und Verhandlungsgeschick! Der verzweifelte Versuch nach über 30 Jahren endlich tarif- und betriebsratfähig zu werden (wie anarchosyndikalistische Vorgänger in den 1920er und 1930er Jahren in Deutschland) lässt die FAU so manche Kröte schlucken.

Am 11.12.2009 verbot dann das Landgericht Berlin der FAU, sich als „Basisgewerkschaft“ zu bezeichnen. Dies wurde von der FAU als „Skandal“ gebrandmarkt. Die Leitung des Babylon schloss Mitte Dezember 2009 dann einen Tarifvertrag mit dem Konkurrenzverein ver.di ab, der einen Anstieg der Vergütungen ab Januar auf 7,74 bis 9,03 Euro vorsieht, aber „teilweise deutlich unter dem Flächentarifvertrag“ liegen soll (jW, 22.12.2009).

Was wundert sich die FAU, dass ein „Arbeitgeber“ wie das Kino Babylon auch mit gerichtlichen Mitteln gegen sie vorgeht (auch das ist Teil der von ihr so sehr geschätzten Demokratie!)? Die Empörung geht angesichts des gerichtlich ausgesprochenen Verbots, dass sich die FAU nicht mehr „Basisgewerkschaft“ nennen darf, so weit, dass der FAU-Sekretär Röhm davon spricht, dass dieses Verbot „gegen das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit und internationale Konventionen“ verstoße (jW, 23.01.2010). Hoch sollen sie leben, die großzügigen Rechte, die uns der kapitalistische Staat zugesteht!

Bei all dem Gerede von „Skandal“, „Verbot“ des „Grundrechts der Koalitionsfreiheit“ und „Verstoß“ gegen „internationale Konventionen“ stellt sich die entscheidende Frage: Und wozu nutzt die FAU dieses vorzügliche Recht, diese heilige Freiheit, die wir für eine wirkliche Narrenfreiheit halten? Sie hat sie dazu genutzt, einen Haustarifvertrag von ver.di zu entwenden, ihn etwas aufzupolieren und ihn am Ende als ihren eigenen zu verkaufen!

Kritik an den Narrenfreiheiten des Kapitals (u.a. Koalitionsfreiheit)? Keine Spur! Kritik und Analyse der Realität und Grenzen dessen, was hier wortgewaltig als „Koalitionsfreiheit“ betitelt wird? Fehlanzeige! Statt konsequenter Ablehnung und materialistischer Kritik des Staates wird hier gefordert, dass der Staat eine „Eskalation“ im Tarifstreit verhindert und doch bitte der FAU Recht gibt! (...)

Die Auseinandersetzung im Kino Babylon ist zweierlei: Zum einen ist da der berechtigte Kampf der KollegInnen um bessere Arbeitsbedingungen und Löhne und zum anderen ist da die FAU, die sich anarchistisch wähnt, radikal (?) gibt, gerne tariffähig geworden wäre und das Babylon als Kampagne zum eigenen Organisationsaufbau genutzt hat. Dabei ist beides natürlich nicht fein säuberlich zu trennen: KollegInnen nutzen die Gewerkschaft und gewerkschaftliche Auseinandersetzungen, um ihre Interessen selbst vorwärtszubringen; natürlich wird die Gewerkschaft von KollegInnen getragen, die sich Erfolg von ihrem Engagement versprechen, die aber Illusionen in die Möglichkeiten gewerkschaftlichen Kampfes haben (...). Die FAU hat einen Haustarifvertrag vorgeschlagen, der den von ver.di als Vorbild hatte und vom Entgeltniveau etwas höher als das von ver.di lag. Sie forderte im Juni 2009 u.a. Löhne „auf einem würdigen Niveau“ und eine „ordentliche Entlohnung“ von Praktikanten (jW, 17.06.2009). Was aber unterscheidet die FAU von den DGB-Gewerkschaften? Die Forderung nach einer „ordentlichen Entlohnung“ oder etwa die Forderung nach Löhnen auf einem „würdigen Niveau“? Diese „Forderungen“ könn(t)en genauso gut vom DGB stammen und sind weichgespülter Reformismus! Der FAU fällt es natürlich leicht, in die Fußstapfen des langweiligeren großen Bruder DGB zu treten, aber wo ist der grundlegende Unterschied? Auch die FAU-Forderung „Keine Arbeit ohne Lohn“ (siehe die gleichnamige Kampagne der FAU) ist schon bezeichnend. Da wird - wie im Fall Babylon - wie selbstverständlich über die Lohnarbeit und den Lohn verhandelt. Die Lohnarbeit als solche steht nicht mehr zur Diskussion, wie auch, wenn es das Geschäft von Gewerkschaften ist, den Preis der Ware Arbeitskraft auszuhandeln. Dabei machen auch anarchosyndikalistische Gewerkschaften keinen Unterschied.

FAU wollte immer so „anders“ sein und was unterscheidet sie nun von den DGB-Gewerkschaften? Sie will über den Preis der Ware Arbeitskraft verhandeln, feilscht wie DGB-Gewerkschaften und fordert einen Haustarifvertrag ... ist dies die Gewerkschaft auf anarchosyndikalistische Art, der „revolutionäre“ Reformismus äh, pardon Syndikalismus? Die FAU will wie andere Vereine verhandlungsfähig sein ... und wären es im Babylon glatt gewesen und verkaufen die Belegschaft wie eine andere Gewerkschaft dies nicht besser könnte, nur ist der „Preis“ höher, das Anliegen „gerechter“, die Organisation „selbstbestimmter“ ...

Ist die FAU erst einmal im Tarif-„Geschäft“, schwinden die Unterschiede zu anderen „gewöhnlichen“ Gewerkschaften und es wird verhandelt und geschachert wie andernorts auch. Nur eben „revolutionärer“: 10 Euro statt 7,50, „würdig“, zumindest „würdiger“ als die DGB-Gewerkschaften ...

Vielleicht muss die FAU noch etwas mehr Kreide fressen, etwas an Verhandlungsgeschick dazulernen oder sich einfach von einigen ihrer anarchistischen und „unkontrollierbaren“ Elemente trennen, damit sie als Verhandlungspartner ernst(er) genommen und vor allem akzeptiert wird. Die nächste Chance kommt bestimmt, auf den DGB ist sicher Verlass!“ (Red Devil, *Einige Anmerkungen zu einigen neueren Episoden des deutschen Anarchosyndikalismus*, in: *Widerworte –Gegen die kapitalistische Verfasstheit der Gesellschaft, Historische Texte*, Lübeck 2010, S. 23-26.)

In den Ausführungen von Red Devil kam recht gut die Anpassung der „Anarcho“-SyndikalistInnen an den demokratischen Staat zum Ausdruck. Doch dieser übertreibt zuweilen seine Funktion als Machtinstrument der herrschenden Klasse und geht übertrieben

hart gegen anpassungswillige ReformistInnen vor. Wir nennen dieses Verhalten eine Übertreibung der kapitalistischen Diktatur, die auch die Funktionstüchtigkeit des Staates als ideellen Gesamtkapitalisten in Mitleidenschaft zieht. Doch es gibt natürlich hellstichtigere Kräfte innerhalb des Staatsapparates, welche solche Übertreibungen der kapitalistischen Diktatur wegreformieren wollen, um die letztere dadurch noch wirksamer und geschmeidiger zu machen.

Es ist klar, dass proletarische RevolutionärInnen solche Reformen der bürgerlichen Klassenjustiz grundsätzlich ablehnen. Anders sieht das natürlich bei den „Anarcho“-ReformistInnen der FAU aus. Damit sie ihren Verein erfolgreich in den Tarifschacher integrieren können, sind sie auf eine Reform des deutschen Tarif- und Streikrechtes grundsätzlich angewiesen. Sie streben also objektiv – ob sie sich dessen nun bewusst sind oder nicht – ebenfalls eine Reform der kapitalistischen Diktatur über das Proletariat an, um sich erfolgreich in diese integrieren zu können. Dabei gehen die „Anarcho“-ReformistInnen faktisch ein Bündnis mit den hellstichtigeren Kräften des Staatsapparates ein. Wir wollen diese sozialreaktionäre Symbiose zwischen der FAU und reformerischen Kräften des deutschen Staates zwischen Oktober 2009 und Oktober 2010 etwas genauer analysieren.

Zunächst wurde die FAU mit der Übertreibung der kapitalistischen Diktatur konfrontiert. Am 7. Oktober 2009 verbot das Landesarbeitsgericht Berlin per einstweiliger Verfügung den „Anarcho“-ReformistInnen zum Boykott des Kino Babylon aufzurufen. Und am 11. Dezember 2009 untersagte das Landgericht Berlin der FAU-Organisation der Hauptstadt sich Gewerkschaft zu nennen.

Die einstweilige Verfügung vom 7. Oktober 2009, mit welcher der FAU der Boykott des Kino Babylon untersagt wurde, wurde zwar vom Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg am Dienstag, den 16. Februar 2010 bestätigt, aber die „Anarcho“-ReformistInnen stießen teilweise bei der bürgerlichen Klassenjustiz doch auch auf recht viel Verständnis, wie im folgenden *junge-Welt*-Artikel ganz gut deutlich wird:

„Ein partieller Rückschlag für die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU): Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg hat am Dienstag eine einstweilige Verfügung gegen deren „Allgemeines Syndikat Berlin“ bestätigt. Das Arbeitsgericht Berlin hatte der FAU in erster Instanz am 7. Oktober 2009 untersagt, zum Boykott gegen die „Neue Babylon Berlin GmbH“ aufzurufen, die das traditionsreiche Babylon-Kino am Rosa-Luxemburg-Platz betreibt. Mit der Kampfmaßnahme hatten die Anarchosyndikalisten die Geschäftsleitung des Kinos zu Verhandlungen über einen Haustarifvertrag zwingen wollen.

Das Urteil kam weder für die zahlreich erschienenen Unterstützer der FAU noch für Beobachter der seit dem Sommer vergangenen Jahres andauernden Auseinandersetzungen zwischen der Organisation und dem Filmtheater überraschend. Der Vorsitzende Richter Friedbert Rancke machte in der mündlichen Verhandlung deutlich, dass ihm die Rechtslage kaum Spielraum ließ. Zwar sei der „Ansatz“ der Anarchosyndikalisten als „kleine schlagkräftige Truppe“ ihre Kräfte auf einzelne Betriebe zu konzentrieren, „nicht uninteressant“. Dennoch sei die FAU nach den Maßstäben der ständigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts – zumindest bislang – keine tariffähige Gewerkschaft, „weil sie nicht genügend organisationsmächtig ist“. Zwar erfülle die FAU offenbar andere wesentliche Voraussetzungen, um als Gewerkschaft gelten zu können: So sei sie augenscheinlich „überbetrieblich organisiert“ und verfüge auch über einen „funktionstüchtigen Apparat“ („auch wenn Sie dieses Wort vielleicht nicht mögen“). Auch dass sie intern demokratisch aufgebaut sei, sei „hier nicht streitig“, so Rancke. Schließlich habe die Organisation sogar bewiesen, dass sie „mächtig genug“ sei, „den Arbeitgeber unter Druck und etwas in Gang zu setzen“, betonte der Richter. „Vielleicht haben Sie sogar den Tarifvertrag von ver.di in Gang gesetzt“, gab Rancke zu bedenken, womit er für Heiterkeit im Saal sorgte. Die Vereinte

Dienstleistungsgewerkschaft hatte, nachdem sie sich lange Zeit nicht sonderlich um die Babylon-Beschäftigten gekümmert hatte, nach dem Boykottaufruf der FAU sehr zügig und mit Erfolg einen eigenen Haustarifvertrag auf die Beine gestellt. Um den Abschluss zu beschleunigen, hatte sich ver.di-Landesvize Andreas Köhn beim Berliner SPD-Linke-Senat persönlich für eine Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse eingesetzt.

Auch sei ein „Boycott in einem Arbeitskampf grundsätzlich zulässig“, stellte Rancke klar. Woran es hapere: Das FAU-Syndikat könne nicht glaubhaft machen, in dem von ihm beanspruchten Geltungsbereich – alle Branchen in Berlin und Brandenburg – tatsächlich fähig zu sein, Arbeitgeber unter Druck zu setzen. Ob ein Arbeitskampf in einem Kino mit um die zwanzig Beschäftigten und einer Organisation mit hundert und ein paar Mitgliedern dazu ausreiche, sei „sehr fraglich“, so Rancke, der im übrigen erstaunlich viel Verständnis und Empathie für die Anarchosyndikalisten durchblicken ließ.

„Aber wo soll ich mich denn organisieren, wenn ich mich als Beschäftigte von den DGB-Gewerkschaften nicht vertreten fühle?“, wollte eine Zwischenruferin wissen. „Lachen Sie nicht“, wies Rancke ein paar andere Zuhörer zurecht. „Dass ist doch eine sehr kluge Frage. Ich weiß es auch nicht. Sie könnten sich entweder einer Organisation wie der FAU anschließen und dafür sorgen, dass diese tarifmächtig wird. Oder Sie schließen sich einer Organisation an, die schon tariffähig ist, obwohl Sie ihren Vorstellungen nicht ganz entspricht.“

Der Rechtsanwalt der FAU, Klaus Stähle, gab zu bedenken, dass sich Tariflandschaft und Arbeitswelt in den vergangenen zwanzig Jahren tief greifend geändert hätten: Flächentarifverträge würden weite Bereiche nicht mehr erfassen, prekäre Jobs verdrängten nach und nach so genannte Normalarbeitsverhältnisse. All dies erfordere auch eine Anpassung des Arbeitskampfrechts. Hier gab ihm Rancke recht. Allerdings sei ein Eilverfahren nicht der geeignete Ort, solche Grundsatzfragen zu klären. Ein Antrag der FAU auf Feststellung ihrer Tariffähigkeit nach Paragraph 97 (I) des Arbeitsgerichtsgesetzes könne allerdings „ein Erfolg versprechender Weg“ sein.“ (Jörn Böwe, *Noch nicht tarifmächtig*, in der *jungen Welt* vom 17. Februar 2010, S. 5.)

Dass der Vorsitzende Richter Friedbert Rancke „erstaunlich viel Verständnis und Empathie für die Anarchosyndikalisten durchblicken ließ“, wie es in dem Artikel so schön hieß, liegt einfach darin begründet, dass dieser kein übertreibender Kettenhund der kapitalistischen Diktatur und die FAU keine militante oder gar eine sozialrevolutionäre Organisation ist, sondern nur eine „andere“ Gewerkschaft sein will. Eine Organisation also, welche objektiv nur im Rahmen der kapitalistischen Diktatur wirken kann, was sie auch ideologisch sich selbst und anderen vormachen mag. Hätte der Vorsitzende Richter Rancke auch so „erstaunlich viel Verständnis und Empathie“ für militante oder gar sozialrevolutionäre ArbeiterInnen gezeigt, die vor Gericht gestanden hätten, weil sie einen militanten und illegalen Klassenkampf gegen das Kapital bzw. den Staat geführt hätten? Die bewusst oder instinktiv-vorbewusst den Kapitalcharakter von Produktionsmitteln oder den Warencharakter der Produkte aufgehoben hätten?! Die Frage zu stellen, heißt, sie zu beantworten! Es kam also schon zu der sozialreaktionären Symbiose von ReformierInnen der kapitalistischen Diktatur innerhalb des Staatsapparates und den „Anarcho“-ReformierInnen selbst in diesem Gerichtsverfahren vom 16. Februar 2010, der mit einer Niederlage für die FAU endete, da das aktuelle deutsche Tarif- und Streikrecht dem Vorsitzenden Richter keine andere Wahl ließ. Aber dass dieses reformiert werden müsste, da waren sich Vorsitzender Richter und der Rechtsanwalt der FAU einig, eben die Symbiose zwischen ReformierInnen innerhalb des Staatsapparates und den „Anarcho“-ReformierInnen, während proletarische RevolutionärInnen Staat und demokratisches Recht nicht reformieren, sondern aufheben wollen.

Innerhalb dieser sozialreaktionären Symbiose zwischen ReformierInnen und der Mächtigen-Gewerkschaft FAU wurde die ganze sozialdemokratische Scheiße reproduziert: Legalismus und StellvertreterInnentum. Es wurde die für beide Seiten – sowohl für den Staatsapparat als auch die FAU – wichtige Frage strapaziert, was ArbeiterInnen machen sollen, die mit dem DGB unzufrieden sind. Für beide ist es auch wichtig, dass die Antwort auf diese Frage vom Proletariat innerhalb des Gewerkschaftsrahmens gegeben wird. Für die „Anarcho“-ReformistInnen, damit ihr eigener Laden größer und erfolgreicher wird, für den Staatsapparat, damit das Proletariat unter Kontrolle bleibt. Für SozialrevolutionärInnen gibt es auf diese Frage nur eine Antwort: Wir ProletarierInnen dürfen uns nicht länger von Gewerkschaften desorganisieren lassen. Wir müssen unsere eigenen Organe des radikalen und militanten Klassenkampfes schaffen! Zum Teufel mit dem Legalismus, das Recht kann nur das Recht der herrschenden Klasse sein! Legal, illegal, scheißegal! Tarife schreiben nur unsere Ausbeutung fest. Auf dem Müllhaufen mit dem Tarifsysteem! Das ist kein Elfenbeinturm-Sektierertum, wie uns die „Anarcho“-ReformistInnen einreden wollen. Wir warten nicht auf die Weltrevolution, wir nehmen schon heute aktiv am reproduktiven Klassenkampf teil. Wir eignen an und machen kaputt, was legal dem Kapital gehört – heute schon, und nicht erst morgen! Immer nach den konkreten Bedingungen, nie nach ideologischen Schemen. Das ist die aktive Teilnahme am reproduktiven Klassenkampf ohne Anpassung an Gewerkschaften, Kapital und Staat. Mit einem Wort: SozialrevolutionärInnen bekämpfen die kapitalistische Diktatur und nicht nur deren Übertreibungen, wie alle Sozial- und „Anarcho“-DemokratInnen dies zu tun pflegen.

Als die Berliner FAU mit den Übertreibungen der kapitalistischen Diktatur konfrontiert wurde und es ihr sogar von der deutschen Justiz untersagt wurde, sich Gewerkschaft zu nennen, warb diese Organisation mit dem Slogan „Verboten kämpferisch“ für sich selbst. Ein alter Trick aller ReformistInnen, die Konsequenz des Staates – die manchmal auch total überspannt ist – als Beweis für die eigene Konsequenz auszugeben. Doch wie ein weiteres Gerichtsverfahren und die Reaktion der FAU auf jenes bewies, ist auch diese „andere“ Gewerkschaft nur so kämpferisch, wie es der deutsche Staat erlaubt:

„Ein Unternehmer kann einer Interessenvertretung von Beschäftigten nicht untersagen, als „Gewerkschaft“ aufzutreten, auch wenn sie noch nicht tariffähig ist. Die Selbstbezeichnung ist durch das Recht auf freie Meinungsäußerung grundgesetzlich geschützt. Zu diesem Urteil kam das Kammergericht Berlin (so heißt in der Hauptstadt das Oberlandesgericht) in einer Berufungsverhandlung im Fall Freie Arbeiterunion (FAU) gegen Neue Babylon GmbH am gestrigen Donnerstag. (Anmerkung von Nelke: Das war der 11. Juni 2010.)

Der Vorsitzende Richter Stefan Neuhaus stellte gleich zu Verhandlungsbeginn klar, dass die Berufung der Anarchosyndikalisten „aus unserer Sicht Erfolg haben“ werde. Eine Koalition von Arbeitnehmern müsse für sich reklamieren können, dass sie eine Gewerkschaft sei und zwar unabhängig davon, ob sie es arbeitsrechtlich tatsächlich ist.“ Die Selbstbezeichnung sei „keine Tatsachenbehauptung“, sondern eine „Interpretation“, die durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung geschützt sei.

Der Geschäftsführer des Traditionskinos Babylon am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin-Mitte, Timothy Grossmann, hatte am 11. Dezember 2009 eine einstweilige Verfügung gegen die in dem von ihm geleitetem Kinobetrieb organisierte anarchosyndikalistische FAU erwirkt. Darin wurde der Vereinigung untersagt, sich selbst, z. B. auf Flugblättern und sogar in ihrer Satzung, als „Gewerkschaft“ oder „Basisgewerkschaft“ zu bezeichnen. Grossmann und seine Rechtsbeistände stützten sich in ihrer Argumentation auf ein Urteil des Landesarbeitsgerichtes vom 7. Oktober 2009, das der FAU aufgrund ihrer zu geringen Durchsetzungsmacht die Tariffähigkeit abgesprochen hatte.

Das von der FAU angerufene Landgericht bestätigte das Verbot am 6. Januar. Für den Fall der Zuwiderhandlung wurde ein Ordnungsgeld von bis zu 250 000 Euro oder ersatzweise Haft von bis zu sechs Monaten angedroht.

Grossmann, der mit der FAU im Clinch liegt, spätestens seit sie vor einem Jahr einen Tarifvertrag für die rund 30 Beschäftigten forderte, ließ sich nicht lange bitten. Zwei Wochen nach dem erstinstanzlichen Urteil stellte er den ersten von mehreren Anträgen auf „ein empfindliches Ordnungsgeld in angemessener Höhe“ oder „Ordnungshaft, zu vollstrecken an den ... Sekretären“ der FAU, weil diese das Wort „Gewerkschaft“ nicht schnell genug aus ihrer Satzung entfernt hatten. Im April wies das Landgericht die Anarchisten an, 200 Euro in die Justizkasse zu zahlen oder, falls nicht, für vier Tage ins Gefängnis zu gehen.

Nicht nur für Grossmann, den Betreiber des einzigen vom Land Berlin subventionierten Lichtspielhauses, sondern auch für den 10. Zivilsenat des Landgerichts ist das gestrige Berufungsurteil eine schallende Ohrfeige. Keiner der Richter ließ die geringsten Zweifel an der Rechtslage erkennen, und schon nach einer Viertelstunde schloss der Vorsitzende mit den Worten: „Ich denke, dass die Sache damit ausverhandelt ist.“ Grossmann selbst hatte sich nicht geäußert, seine beiden Rechtsanwältinnen versuchten vergeblich, das Gericht davon zu überzeugen, dass ihrem Mandanten ein „wirtschaftlicher Schaden“ entstehe, würde die FAU sich weiterhin Gewerkschaft nennen.

Tatsächlich hatte der 10. Senat des Landgerichts seine Verbotsentscheidung im Januar so begründet und der FAU einen „rechtswidrigen Eingriff in das Recht der Verfügungsklägerin (der Neuen Babylon GmbH –die Red.) am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb“ zur Last gelegt. Weil in Flugblättern der Anarhosyndikalisten „der Eindruck erweckt“ wurde, „die Verfügungsklägerin diskriminiere Gewerkschaftsmitglieder gerade wegen ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit, obwohl es sich bei der Verfügungsbeklagten tatsächlich nicht um eine Gewerkschaft handelt“, „erleide die Verfügungsklägerin einen Rufschaden und Umsatzeinbußen“. Eine Sichtweise, die Richter Neuhaus gestern anzweifelte: Ob dem Kino nachweislicher Schaden entstanden sei, weil die FAU im Betrieb als Gewerkschaft auftrat, sei „sehr fraglich“.

FAU-Sekretär Lars Röhm kommentierte die gestrige Entscheidung erfreut: „Wir sind glücklich, dass es nicht gelungen ist, die stärkste und aktivste Gewerkschaft aus dem Kino zu verbannen. Das Urteil ermöglicht es kämpferischen Gewerkschaften aktiv zu sein. Es hat außerdem gezeigt, dass das Mittel der einstweiligen Verfügung nicht ausreichen darf, um einen Arbeitskampf lahm zu legen.“ (Jörn Boewe, *Koalitionsrecht verteidigt*, in der *jungen Welt* vom 11. Juni 2010, S. 5.) Ein Gerichtsurteil als Grundlage für die Praxis von AnarchistInnen! Wie bereits festgestellt, ist die FAU nur so kämpferisch, wie es der deutsche Staat erlaubt.

Das gilt für die gesamte institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung. Sozialrevolutionäre ArbeiterInnen müssen sie deshalb als den heimtückischsten und verlogenen Feind des Proletariats bekämpfen. Der Begriff „sozialrevolutionäre ArbeiterInnen“ darf übrigens nicht zu eng ausgelegt werden, weil dies zu Sektierertum führen würde. Weiter oben haben wir dargelegt, dass „ArbeiterInnenparteien“ und Gewerkschaften nicht revolutionär sein können, ja objektiv strukturell konterrevolutionär sein müssen. Das heißt aber nicht, dass alle ihre Mitglieder konterrevolutionär sind. Sowohl in marxistischen Parteien als auch in „anrho“-syndikalistischen Gewerkschaften sind subjektiv sich als RevolutionärInnen fühlende ArbeiterInnen aktiv. Es wäre sektiererisch, diese ArbeiterInnen nicht zur Schicht proletarischer RevolutionärInnen zu zählen, aber es wäre opportunistisch, für die parteimarxistischen und anarchosyndikalistischen Organisationen und Ideologien ein anderes Wort als konterrevolutionär zu gebrauchen. Wenn wir den Radikalisierungsprozess von sich subjektiv revolutionär fühlenden ArbeiterInnen, die aber objektiv Teil von strukturell

konterrevolutionären Organisationen sind, unterstützen wollen, müssen wir sowohl sektiererische als auch opportunistische Fehler vermeiden. Auch der Autor dieser Zeilen musste sich durch den Parteimarxismus hindurch entwickeln.

Die weltweite eigenständige Organisation jener proletarischen RevolutionärInnen, die sich schon jenseits von Parteimarxismus und „Anarcho“-Syndikalismus befinden, ist eine absolute Notwendigkeit, auch wenn diese eigenständige Organisation am Anfang noch sehr, sehr schwach ist. Denjenigen SozialrevolutionärInnen, die sich schon einen eigenen kritischen Standpunkt zu der parteimarkistischen bzw. „anarcho“-syndikalistischen Organisation entwickelt haben, deren Teil sie sind, aber noch aus Angst vor angeblicher „Isolation“ noch den endgültigen Bruch scheuen, können wir nur sagen: Benutzt die Schwäche der Organisation der revolutionären Minderheit nicht als Vorwand, um weiterhin den „kritischen“ Schwanz der Konterrevolution zu bilden. Jammert nicht über die Schwäche revolutionärer Gruppen, sondern helft mit, sie stark zu machen. Schließt euch einer schon Bestehenden an, oder gründet neue Gruppen der revolutionären Minderheit.

Diese Gruppen der sozialrevolutionären Minderheit, die sich schon jenseits von Parteimarxismus und „Anarcho“-Syndikalismus befinden, müssen jeglichen Hochmut und Avantgarde-Größenwahn gegenüber der ArbeiterInnenklasse vermeiden. Sie müssen stattdessen ganz von notwendiger Selbstkritik durchdrungen sein, denn auch sozialrevolutionäre ArbeiterInnen sind als Teil der Gesellschaft auch kleinbürgerliche Marktsubjekte und variables produktives Kapital, was auch auf das Unterbewusstsein einwirkt. Was sie (noch?) vom Großteil ihrer KollegInnen unterscheidet, ist, dass ihre Klassenkampfsubjektivität stärker ausgeprägt ist. Aber auch die noch sozialreformistischen KollegInnen können sich in außergewöhnlichen individuellen oder kollektiven Situationen zu bewussten proletarischen RevolutionärInnen entwickeln. Jeder „revolutionäre“ Avantgarde-Hochmut gegenüber den noch sozialreformistischen KollegInnen ist in Wirklichkeit antirevolutionär!

Gleichzeitig darf von proletarischen RevolutionärInnen jedoch der Unterschied zwischen sozialreformistischem Klassenbewusstsein, welches die kleinbürgerliche Marktsubjektivität und die Ausbeutungsobjektivität der ArbeiterInnenklasse im Produktionsprozess nicht grundsätzlich aufzuheben strebt und deshalb nur auf höherer Stufenleiter zu reproduzieren vermag, und revolutionärem Klassenbewusstsein, welche durch eine extreme Steigerung der Klassenkampfsubjektivität die bewusste Selbstaufhebung des Proletariats anstrebt, nicht verwischt werden. Sozialrevolutionäre ArbeiterInnen streben bewusst danach im weltrevolutionären Prozess ihre eigene Kleinbürgerlichkeit aufzuheben.

Indem sie bewusst – je nach der konkreten Situation am Arbeitsplatz – an Aneignungs- und Sabotageaktionen teilnehmen und das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln und Produkten offensiv in Frage stellen, werden sie zum selbstbewussten Ausdruck der revolutionären Tendenzen des reproduktiven Klassenkampfes.

Sie verstehen, dass zwischen den Massengewerkschaften als bürokratischer Entfremdung und institutioneller Versteinigung des reproduktiven Klassenkampfes des Proletariats, zwischen ersteren und letzterem schon in nichtrevolutionären Zeiten ein Klassenwiderspruch die Gewerkschaften spaltet. Die Gewerkschaftsbürokratie ist eindeutig Teil der kapitalistischen ManagerInnenschicht, Co-ManagerInnen des variablen produktiven Kapitals. In konkreten Klassenkämpfen kommt es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen proletarischer Basis, die offensiv ihre sozialreformistischen Forderungen vertritt, und der sie bremsenden Gewerkschaftsbürokratie. Doch im reproduktiven Klassenkampf kommt dieser Widerspruch lediglich zum Ausdruck, ist jedoch nur revolutionär zu lösen durch die Zerschlagung beziehungsweise das Beiseiteschieben der Gewerkschaften durch die Organe der proletarisch-revolutionären Selbstorganisation (Unabhängige Streikausschüsse, Vollversammlungen,

ArbeiterInnenräte...). Die DGB-Gewerkschaften müssen auf jeden Fall revolutionär zerschlagen werden, während mensch eine Möchtegerngewerkschaft wie die FAU wahrscheinlich einfach zur Seite schieben kann.

Innerhalb des reproduktiven Klassenkampfes eine permanente Massenorganisation schaffen zu wollen, die praktisch den reproduktiven Klassenkampf führt, aber „langfristig“ auf die soziale Revolution orientiert, stellt eine Quadratur des Kreises dar. Reproduktiver Klassenkampf heißt auch immer Inkonsequenz und die Bereitschaft zu faulen Kompromissen. Eine Organisation die darin verstrickt ist, kann zwangsläufig keinen revolutionären Charakter haben. Deshalb muss eine Organisation, die schon revolutionär im reproduktiven Klassenkampf sein will, außerhalb des Tarifsystems und der Wirtschaftsdemokratie (Betriebsräte und Gewerkschaften) agieren. Es ist klar, dass sich mit dieser revolutionären Konsequenz im reproduktiven Klassenkampf keine Massenorganisation aufbauen lässt. Deshalb kann die mögliche revolutionäre Betriebsorganisation in nichtrevolutionären Zeiten nur aus kleinen Gruppen bestehen. Der Aufbau solcher Kleingruppen und deren globale Vernetzung ist aber eine absolute Notwendigkeit.

Diese Kleingruppen können auch im Sinne der damaligen rätekommunistischen Gruppe Allgemeine Arbeiterunion Deutschlands –Einheitsorganisation (AAUD(E)) einen kollektiven Streikfonds aufbauen, die während der sozialreformistischen Klassenauseinandersetzungen an ihre Mitglieder Streikgeld auszahlen, aber ansonsten diese Tarifauseinandersetzungen als marktförmigen Kuhhandel nicht mitorganisieren. Allein durch das Auszahlen von Streikgeld, ermöglicht die revolutionäre Betriebsorganisation ihren GenossInnen die aktive Teilnahme am Klassenkampf, ohne Mitglied einer Gewerkschaft sein zu müssen.

Doch der Aufbau revolutionärer Betriebsorganisationen muss erst noch in Angriff genommen werden. Heute sind die meisten proletarischen GewerkschaftsfeindInnen noch isoliert in den Betrieben. Entweder sie sparen sich einen individuellen Streikfonds an, oder sie werden/bleiben doch Mitglied einer Massengewerkschaft. Die Mitgliedschaft in einer Massengewerkschaft und das Bekommen von Streikgeld während eines Arbeitskampfes sind auf jeden Fall besser als sich während des Klassenkampfes finanziell zu ruinieren. Doch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft darf bei SozialrevolutionärInnen nicht zur Aufweichung des antigewerkschaftlichen Kampfes führen. Sie dürfen auf keinen Fall ehrenamtliche oder hauptamtliche Funktionen in ihnen übernehmen, aber wenn sie schon mal Mitglied in einem so traurigen Verein sind, können sie dies auch dazu nutzen, den Klassenwiderspruch zwischen proletarischer Basis und Gewerkschaftsbürokratie durch ihr bewusstes Agieren zu verschärfen. Möglichkeiten bieten zum Beispiel die jährlichen gewerkschaftlichen Bildungsurlaube, wo sozialrevolutionäre ArbeiterInnen nicht nur für eine gewisse Zeit der Lohnarbeit entkommen, sondern sich auch interessante Diskussionen ergeben können...

Sozialrevolutionäre ArbeiterInnen kämpfen also weder in den bestehenden Massengewerkschaften um die untersten Ränge der Bürokratie zu „erobern“, wie dies die verschiedenen marxistischen Parteien tun, noch versuchen sie „andere“ Gewerkschaften aufzubauen, was das opportunistische Geschäft des „Anarcho“-Syndikalismus ist. Sie verbinden eine grundsätzliche Gewerkschaftsfeindlichkeit, die sich in einem klaren Boykott an der Organisation des Tarifsystems wie der Wirtschaftsdemokratie äußert, mit einem revolutionärem Realismus, der von der jetzigen schwierigen Lage ausgeht, nämlich, dass die revolutionäre Betriebsorganisation sich erst in den kommenden Klassenkämpfen entwickeln muss. Zurzeit wären Aufrufe zum individuellen und kollektiven Austritt aus den Massengewerkschaften nicht nur ein vollkommen wirkungsloser Verbalradikalismus, sondern auch eine abenteuerliche Don Quichoterie. Die Zerschlagung der Gewerkschaften muss auf einer soliden materiellen Grundlage stehen.

Proletarische RevolutionärInnen treten vor allem dafür ein, dass das Gewerkschaftsmonopol über Streiks in der Praxis gebrochen wird, dass dieses wichtige Kampfmittel bewusst in die Hände der selbstorganisierten ArbeiterInnenklasse genommen wird. Die Angst, dass in einem wilden Streik kein Streikgeld von der Gewerkschaftsbürokratie gezahlt wird, lähmt zum Beispiel in Deutschland noch stark die Klassenkampfilitanz. Doch das Ausfallen des Streikgeldes kann durch die Schaffung von Solidaritätsfonds kompensiert werden. Und bei einer scharfen Zuspitzung der Gesamtsituation, bilden die radikalen Enteignungsaktionen bei Gewerkschaftshäusern in Bremen und Hamburg während der revolutionären Nachkriegskrise (1918-1923) ein nacheiferungswürdiges Beispiel proletarischer Militanz gegen die Gewerkschaftsbözen. Selbstverständlich müssen konkrete Enteignungsaktionen im Computerzeitalter ganz anders aussehen als 1919.

Die aktive Teilnahme an der proletarischen Selbstorganisation, egal ob es sich um Formen unmittelbarer sozialer Organisation, proletarischer Untergrundorganisation oder offiziellen Organen wie unabhängige Streikkomitees handelt, ist die Hauptaufgabe von proletarischen RevolutionärInnen. Im reproduktiven Klassenkampf ist das Bewusstsein der proletarischen Selbstorganisation noch vorwiegend sozialreformistisch geprägt. Aber der militante Klassenkampf gegen Kapital und Staatsgewalt wirken radikalierend auf das ArbeiterInnenbewusstsein. Sozialrevolutionäre ArbeiterInnen können durch solidarische Diskussionen das Bewusstsein radikalierter KollegInnen weiter vorantreiben. Es sind die eigenen Erfahrungen, die Bekanntschaft mit sozialrevolutionären KollegInnen und das eigenständige Lesen kommunistischer/anarchistischer Literatur welche sozialreformistische ArbeiterInnen helfen, sich zu proletarischen RevolutionärInnen zu entwickeln.

Im alltäglichen und außergewöhnlichen Klassenkampf müssen sozialrevolutionäre ArbeiterInnen mit den kämpferischen KollegInnen immer stärker verschmelzen, während sie die reaktionären Arschlöcher im Betrieb, jene die nach oben buckeln und nach unten treten, so gut wie möglich zurückdrängen und isolieren müssen. Reaktionäre ArbeiterInnen sind nichts anderes als Charaktermasken des variablen produktiven Kapitals, der proletarische Schwanz der kapitalistischen Reaktion, die notwendige sozialrevolutionäre Diktatur des Proletariats muss auch gegen sie mit aller Konsequenz ausgeübt werden. Ihr Streikbruch, sexistische und/oder nationalistische/rassistische Hetze darf im Betrieb von proletarischen RevolutionärInnen nicht stillschweigend hingenommen werden. Allerdings dürfen nicht alle ArbeiterInnen mit reaktionären Tendenzen als unverbesserliche SozialreaktionärInnen angesehen werden. Wie wir weiter oben ausgeführt haben, sind im alltäglichen individuellen und kollektiven Bewusstsein des Proletariats progressive und reaktionäre Tendenzen zu einer widersprüchlichen Einheit verschmolzen. Sozialrevolutionäre ArbeiterInnen müssen die progressiven Tendenzen stärken und die reaktionären zurückdrängen.

Bei größeren, offenen Klassenkämpfen in einzelnen Betrieben, müssen proletarische RevolutionärInnen im festen Bündnis mit kämpferischen KollegInnen zu möglichst radikalen Aktionen drängen, die das kapitalistische Eigentum und das staatliche Gewaltmonopol versteckt oder offen in Frage stellen. Wenn die Mehrheit der Belegschaft für radikale Aktionen gewonnen ist und die reaktionären Arschlöcher isoliert und kleingehalten werden können, dann darf auch keine kleinliche Angst vor der Isolation von anderen Betrieben mehr zurückhalten. Denn die Isolation kann nur im Kampf gebrochen werden. Und selbst, wenn die radikalen Aktionen isoliert bleiben und in einer Niederlage enden, ist eine solche Niederlage während des weltrevolutionären Prozesses eine für die möglichen kommenden Siege notwendige praktische Schulung.

.....

Kampf gegen die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung heißt auch geistiger Kampf gegen ihre drei Hauptideologien: den ArbeiterInnenbewegungskeynesianismus, den Parteimarxismus und den „Anarcho“-Syndikalismus. Alle drei Strömungen verteidig(t)en antifaschistisch die Demokratie gegen Nazis und soziale Revolution.

In Deutschland ist gegenwärtig der ArbeiterInnenbewegungskeynesianismus die vorherrschende Ideologie innerhalb der Linkspartei und den DGB-Gewerkschaften. Allein dieser Fakt zeigt schon wie geistig bankrott die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung ist. Keynes war ein typischer bürgerlicher Ökonom, der klar sagte, dass er im Klassenkampf zwischen Kapital und Lohnarbeit auf der Seite des ersteren stehen würde. So machte Keynes der Bourgeoisie den klugen Vorschlag die Löhne nur unterhalb der Inflationsrate ansteigen zu lassen, weil ein solcher Reallohnverlust weniger auf den proletarischen Widerstand stoßen würde als eine nominelle Kürzung der Löhne. Ansonsten trat Keynes innerhalb einer Krisensituation für eine Stützung der kapitalistischen Produktion durch eine Erhöhung der staatlichen Nachfrage, z.B. durch öffentlichen Bau von Straßen, ein. Für diese Erhöhung der staatlichen Nachfrage solle sich der Staat auch verschulden. Durch den Staatsinterventionismus erfolgenden Wiederbelebung der Konjunktur auch erhöhten Steuereinnahmen könnten die Schulden dann wieder beglichen werden.

Den ersten Grundsatz des Keynesianismus übernahmen die DGB-Gewerkschaften zwar praktisch – in den letzten 10 Jahren lagen die durchschnittlichen Lohnerhöhungen, welche von ihnen ausgehandelt wurden, unterhalb der Inflationsrate –, aber ideologisch behauptet der ArbeiterInnenbewegungskeynesianismus das Gegenteil. Nach dieser Ideologieproduktion sollen die Löhne kräftig steigen, damit die ArbeiterInnenklasse dem Kapital seine Waren abkaufen und dadurch seine Profite realisieren kann. Der ArbeiterInnenbewegungskeynesianismus versteht nicht und will auch gar nicht verstehen, dass für das Kapital die ArbeiterInnenklasse als kollektives Ausbeutungsobjekt wichtiger ist als die Marktnachfrage der proletarischen Individuen. Bevor der Profit auf den Märkten realisiert werden kann, muss er in den kapitalistischen Betrieben produziert werden. Einen möglichst großen Profit in den Betrieben von den ArbeiterInnen produzieren zu lassen, heißt die Ausbeutungsrate zu erhöhen. Zwar ist durch eine Intensivierung der kapitalistischen Ausbeutung auch eine Erhöhung der Reallöhne denkbar, die nicht die Profitabilität der Produktion belasten würde, aber diese Intensivierung ist mit einer Überhöhung des Arbeitsdruckes verbunden. Eine Kapitalvermehrung im Niedergang, wie die gegenwärtige in Nordamerika und in Westeuropa, geht deshalb immer stärker den Weg, auch durch Reallohnkürzungen die Ausbeutungsrate zu erhöhen.

Außerdem tritt das Proletariat auf vielen Märkten überhaupt nicht als Marktsubjekt auf. Proletarisierte Menschen kaufen weder große Produktionsmittel noch Rüstungsgüter. Zwar ist es richtig, dass ein Reallohnverlust die proletarische Nachfrage auf den Märkten der Lebensmittel- und Freizeitindustrie senkt, aber der Kapitalismus kann trotzdem nicht einfach diese Profitrealisierungsprobleme durch Realloohnerhöhungen lösen, weil dies Profitproduktionsprobleme mit sich bringen würde. Indem die Gewerkschaftsbükratien Löhne oftmals Lohnsteigerungen aushandeln, die unterhalb der Inflationsrate liegen, ignorieren sie praktisch den Schwachsinn ihrer eigenen Ideologieproduktion, dass höhere Löhne auch für das Kapital gut sind.

Den positiven Staatsbezug von Keynes hat die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung natürlich voll gefressen. Schon in ihrer marxistischen Zeit wollte die ArbeiterInnenbewegung die wichtigsten Produktionsmittel nicht vergesellschaften, sondern verstaatlichen. Nun, der Keynesianismus wollte und will in seiner Hauptströmung die Produktionsmittel nicht verstaatlichen, sondern möchte den Staat als Großkaufmann etablieren, der mit seiner Nachfrage nach Gütern (Rüstung, Gebäuden...) und Dienstleistungen (zum Beispiel der Bau

von Autobahnen) die kapitalistische Produktion in Schwung hält. Besonders in der Krise sei die Schaffung und Aufblähung der staatlichen Nachfrage sehr wichtig, auch wenn sich der Staat sich dabei verschulden müsste. Das Dumme ist nur, dass das Geld, mit dem der Staat auf den verschiedenen Märkten nach Waren und Dienstleistungen verlangt, bereits privatkapitalistisch produzierter Mehrwert ist, den er sich über Steuern angeeignet hat. Staatsaufträge an Privatunternehmen können gesamtgesellschaftlich gesehen den Mehrwert nur umverteilen aber keinen neuen schaffen.

Auch staatliche Schulden sind grundsätzlich etwas anderes als die Kreditaufnahmen von Privatkapitalien. Die Zinsen als Preis für die Ware Geldkapital werden vom kreditnehmenden Privatkapital aus den Mehrwert bezahlt, als Abzug vom Unternehmergewinn. Doch der bürgerliche Staat selbst produziert im Privatkapitalismus in der Regel keinen Mehrwert, sondern eignet sich über Steuern einen Teil von ihm an. Die Schulden, die der Staat aufnimmt, gehen also auf Kosten der privatkapitalistischen Produktion von Morgen.

Übrigens sind in der Realität des Staates Keynesianismus und der so genannte „Neoliberalismus“ gar nicht so verschieden. Indem der „neoliberale“ Staat ehemalige Bereiche des öffentlichen Dienstes privatisiert, zum Beispiel durch die Schaffung von Privatknästen, sorgt er klassisch keynesianisch beim Privatkapital für eine Erhöhung von Nachfrage, die jedoch voll auf Kosten der gesamtgesellschaftlichen Mehrwertproduktion geht.

Es ist klar, dass der Keynesianismus, der in der Praxis nur Profitrealisierungsprobleme sehen will, keine Antwort auf die Profitproduktionsprobleme des Kapitalismus sein kann, sondern aus kapitalistischer Sicht nur ein Teil des Problems darstellt. Aus sozialrevolutionärer Sicht sowieso, weil er die kapitalistische Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse politisch stabilisieren und zu reproduzieren versucht.

Nicht wenige heutige MarxistInnen erzählen häufig den gleichen Unsinn wie KeynesianerInnen, verpacken diesen aber in marxistischer Terminologie. Diese Ideologieproduktion stellt eine ideologische Resozialdemokratisierung des Partei-„Kommunismus“ dar: Vom Marxismus-Leninismus (ML) zum Rechtsmarxismus-Linkskeynesianismus (RL). Der RL ist eine billig zusammen gemixte Ideologiebrühe, passend zum geistigen Niveau des heutigen linken Durchschnittsintellektuellen. Eben die richtige „theoretische“ Nahrung für „kritische“ Geister, welche die Kritik allerdings auch nicht übertreiben und dabei immer schön konstruktiv bleiben wollen.

Natürlich stellt diese ideologische Bettelsuppe, einen gewaltigen Rückschritt zum marxistischen Kommunismus dar. Historisch gesehen war der Marxismus ein gewaltiger Fortschritt zum utopischen Sozialismus (Claude-Henri de Saint-Simon, Charles Fourier und Robert Owen) und gegenüber dem utopischen ArbeiterInnenkommunismus (Louis Blanqui, Theodore Dezamy und Wilhelm Weitling). Sein Hauptverdienst war die materialistisch-dialektische Analyse der menschlichen Geschichte und die auf dieser Denkmethode beruhende Kritik des Kapitalismus. Auch dieser Hauptverdienst muss natürlich von dogmatisch-technokratischen Tendenzen befreit, grundsätzlich aber in das Erbe eines nachmarxistischen Kommunismus aufgenommen werden.

Der marxistische Kommunismus hatte aber von Anfang an schon starke staatskapitalistisch-reaktionäre – also antikommunistische – Tendenzen. So wurde im „Kommunistischen Manifest“ die Verstaatlichung der Produktionsmittel gefordert. Mit diesem staatskapitalistischen Programm agierten Marx und Engels auch in der europäischen Revolution von 1848/49. Als Politiker und Ideologen der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung (Bund der Kommunisten, I. und II. Internationale) waren Marx und Engels praktische und geistige Wegbereiter von Sozialdemokratie und Bolschewismus.

Es besteht ein unlösbarer Widerspruch im Marxismus. Einerseits war er Ideologie einer staatskapitalistischen Industrialisierung, auf der anderen Seite aber eine radikale Analyse des

Kapitalismus. Entweder folgt mensch Marx und Engels als Ideologen und Politiker der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung und endet in der staatskapitalistischen Reaktion, oder mensch steht in der Tradition der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie und damit auch der staatskapitalistischen Wirtschaft und Politik. Denn mit Hilfe der Kapitalismus-Analyse von Marx und Engels konnten und können Revolutionäre den Herrschaftsbereich von MarxistInnen-LeninistInnen als staatskapitalistisch analysieren. Wir wollen dies an Hand von drei Zitaten belegen: „Das Kapital setzt also die Lohnarbeit, die Lohnarbeit das Kapital voraus. Sie bedingen sich wechselseitig, sie bringen sich wechselseitig hervor.“ (K. Marx, *Lohnarbeit und Kapital*, in MEAW, Bd. I, Dietz Verlag Berlin 1972, S. 578.) Und im zweiten Band des *Kapital* gab Marx folgende Erklärung für das „gesellschaftliche Kapital = Summe der individuellen Kapitale (inkl. der Aktienkapitale resp. des Staatskapitals, soweit Regierungen produktive Lohnarbeit in Bergwerken, Eisenbahnen etc. anwenden, als industrielle Kapitalisten fungieren)“ (Karl Marx, *Das Kapital. Zweiter Band*, Dietz Verlag Berlin 1975, S. 101) Friedrich Engels ergänzte im *Anti-Dühring*: „Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf.“ (Friedrich Engels, *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, in MEAW Bd. V., a.a.O., S. 305.)

Auch gibt es bei Marx gewisse antipolitische Tendenzen, die zum geistigen Erbe des nachmarxistischen Kommunismus gehören. So schrieb Marx am 7. August 1844 in *Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußen*: „Wo es politische Parteien gibt, findet jede den Grund eines jeden Übels darin, dass statt ihrer ihr Widerpart sich am Staatsruder befindet. Selbst die radikalen und revolutionären Politiker suchen den Grund des Übels nicht im Wesen des Staates, sondern in einer bestimmten Staatsform, an deren Stelle sie eine andere Staatsform setzen wollen.“

Eine radikale Analyse! Doch lieferte Marx hier „nur“ eine theoretische Reflektion dessen, was viele ArbeiterInnen und Arbeitslose fühlten und fühlen. Sozialrevolutionäre ArbeiterInnen sind nichts anderes als bewusste AntipolitikerInnen, indem sie den sozialen Instinkt mit der materialistischen Geschichtsbetrachtung verschmelzen. Genau auf diese Weise kritisieren wir die Methoden und Ideologien der linken und rechten PolitikerInnen.

Der marxistisch-leninistische Unsinn, dass das Proletariat einen nachkapitalistischen ArbeiterInnenstaat errichten müsse, der irgendwann einmal friedlich abstirbt und sich in Wohlgefallen beziehungsweise in die klassenlose Gesellschaft auflöst, ist eine Verhöhnung auf die materialistisch-dialektische Geschichtsbetrachtung, die aber in der Praxis für die verschiedenen partei-marxistischen Bürokratien eine wichtige Rechtfertigungsideologie ihrer Praxis darstellte. Dass auch einige linkskommunistische Organisationen diese parteimarxistische Ideologie reproduzieren, zeigt auch deren konterrevolutionären und dekadenten Tendenzen.

Es kann keinen „nachkapitalistischen ArbeiterInnenstaat“ geben, indem das „Proletariat die Staatsmacht besitzt“, da Kapital, Proletariat und Staat eine untrennbare Einheit sind. Die ArbeiterInnenklasse ist selbst variables produktives Kapital, also kann es schon mal keine nachkapitalistische Gesellschaft geben, in der noch eine ArbeiterInnenklasse existiert, denn die Überwindung des Kapitalismus kann nur durch die revolutionäre Selbstaufhebung der ArbeiterInnenklasse erfolgen. Das Staatseigentum an den Produktionsmitteln deren Kapitalcharakter nicht aufheben kann, haben auch schon Marx und Engels gewusst – ihrer staatskapitalistischen Tendenzen zum Trotz. Und „ein von der ArbeiterInnenklasse geregelter Staat“, der irgendwann einmal „friedlich abstirbt“ ist ja nun wirklich der Gipfel einer idealistischen Ideologieproduktion. Der Staat beruht auf der Trennung der unmittelbaren ProduzentInnen von den Produktionsmitteln, die dadurch nicht ihr eigenes soziales Zusammenleben selbst bestimmt koordinieren können. Der Staat wird von PolitikerInnen

regiert, aber nicht von der ArbeiterInnenklasse, die mit ihrer Mehrwertproduktion auch die sozialökonomische Grundlage für den Staat schafft. Ein „ArbeiterInnenstaat“ kann gar nichts anderes sein, als ein von „marxistischen“ Parteibonzen geleitetes riesiges Arbeitslager, indem das Proletariat von ihrer „marxistisch-leninistischen Avantgarde“ ausgebeutet und unterdrückt wird. Das Proletariat kann den Staat nicht politisch erobern, sondern nur antipolitisch zerschlagen und sich selbst revolutionär aufheben. Das Proletariat ist ein staatlich verwaltetes und auch von diesem ausgebeutetes Objekt. Die Selbstaufhebung des Proletariats ist die Zerschlagung des Staates und die Zerschlagung des Staates ist die revolutionäre Selbstaufhebung des Proletariats. Da gibt es keine Zwischenetappe wie einen „ArbeiterInnenstaat“, der real nichts anderes sein kann als die Verkörperung der staatskapitalistischen Konterrevolution.

Die marxistische Ideologie von der „Diktatur des Proletariats als Staatsform für den Übergang zum Kommunismus“ ist also konterrevolutionär und antikommunistisch. Allerdings verwerfen wir den Begriff „Diktatur des Proletariats“ nicht vollständig, geben ihm allerdings eine antipolitische und damit sozialrevolutionäre Bedeutung. Denn die revolutionäre Selbstaufhebung des Proletariats muss der herrschenden kapitalistischen Klasse, einem großen Teil des KleinbürgerInnentums und auch den reaktionärsten Schichten der lohnabhängigen KleinbürgerInnen (PolizistInnen, BerufssoldatInnen und die „Beschäftigten“ privater Söldnerfirmen) aufgezwungen werden. Dieser Zwang kann jedoch kein staatlicher sein, sondern muss vom Proletariat durch eigene Aktivität ausgeübt werden.

Mensch kann dann von einer Diktatur des Proletariats reden, wenn die proletarische Selbstorganisation so stark ist, dass sie vorübergehend der herrschenden kapitalistischen Klasse ihren Willen aufzwingen kann. Das Proletariat kann schon im reproduktiven Klassenkampf seine Diktatur errichten, indem es zum Beispiel während eines Streiks militanten Zwang gegen Chefs und StreikbrecherInnen ausübt. Auch wenn ArbeiterInnen zum Beispiel in der Lebensmittelproduktion und im -handel den überproduzierten „Müll“ der Kapitalverwertung nicht vernichten, sondern gegen die Anordnungen der Bosse kostenlos an andere verteilen, existiert praktisch eine Diktatur des Proletariats. Der vorübergehende Freiheitsentzug bei WirtschaftsmanagerInnen durch französische ArbeiterInnen während der Weltwirtschaftskrise 2009, um dadurch Stellenabbau zu verhindern und/oder höhere Abfindungen zu erzwingen war durchaus auch eine Form der Diktatur des Proletariats.

Doch im reproduktiven Klassenkampf kann die Diktatur des Proletariats nur vorübergehend sein. Im revolutionären Klassenkampf erlebt sie ihren Höhepunkt kurz vor dem Umschlag der proletarischen Selbstorganisation in die klassenlose Selbstorganisation. Die revolutionäre Diktatur des Proletariats als höchste Form des Klassenkampfes erzwingt die Aufhebung von Kapital, Staat und ArbeiterInnenklasse, strebt also der eigenen Aufhebung und Auflösung in der klassenlosen Gesellschaft entgegen. Sie ist notwendigerweise antipolitisch, richtet sich also auch gegen sozialdemokratische und partei-„kommunistische“ Politik. SozialrevolutionärInnen verzichten also nicht pazifistisch-demokratisch auf die Theorie und Praxis der Diktatur des Proletariats, sondern reinigen sie von marxistischer Staatsbefangenheit.

Was der heutige nachmarxistische Kommunismus an der Theorie von Marx und Engels scharf kritisieren muss, ist neben den staatskapitalistischen Tendenzen die mangelnde beziehungsweise inkonsequente Kritik an der Demokratie als Hauptstaatsform des Kapitals. Während der Revolution von 1848/49 traten Marx/Engels für eine großdeutsche demokratische Republik ein. Jeder bürgerliche Staat lebt vom proletarisch produzierten Mehrwert. Wie wir schon weiter oben dargestellt haben, sollte nach der Ideologie von Marx/Engels diese bürgerliche Republik die wichtigsten Wirtschaftsbereiche verstaatlichen. Die Forderung nach einer staatskapitalistischen Demokratie richtete sich also objektiv gegen

das Proletariat. Die Erfahrung, dass sich ökonomischer Staatskapitalismus mit politischer Demokratie nur schlecht verträgt, haben Marx und Engels noch nicht gemacht.

Allerdings konnten sie damals in Frankreich studieren, dass die privatkapitalistische Demokratie eine brutale Feindin des Proletariats war. Im Februar 1948 wurde durch eine Revolution der kleinbürgerlichen und proletarischen Massen eine konstitutionelle Monarchie gestürzt. Die Bourgeoisie begründete eine demokratische Republik als Schutzschild gegen das Proletariat. Doch da auch diese Republik die proletarisierten Menschen nicht sozial befrieden konnte, entwickelte sich der Klassenkampf zwischen Proletariat und Demokratie bis zu den bewaffneten Kämpfen im Juni 1948. Die demokratische Bourgeoisie Frankreichs organisierte ein gewaltiges Blutbad am revolutionären Proletariat. Marx stellte sich auf die Seite des französischen Proletariats, ließ aber die Forderung nach einer großdeutschen demokratischen Republik nicht fallen.

Diese Inkonsequenz von Marx kann nicht mit der materiellen Unreife des proletarischen Klassenkampfes verklärt werden. Denn in Frankreich war die demokratische Republik offen als Bluthündin des Kapitals in Erscheinung getreten. Dieses Schwanken des Marxismus zwischen bürgerlicher Politik und proletarischem Klassenkampf ist nur mit der bürgerlichen Herkunft von Marx und Engels zu erklären. Marx/Engels waren von ihrer sozialen Herkunft her Intellektuelle und Politiker (letzterer war sogar Kapitalist), aber keine proletarischen Revolutionäre. Sie waren sozial gesehen kleinbürgerliche Radikale, die zwischen der kapitalistischen Reaktion und der sozialen Revolution schwankten. Da die meisten marxistischen Theoretiker ebenfalls kleinbürgerliche Intellektuelle waren, bezeichnen wir den Marxismus als kleinbürgerlich-radikale Ideologieproduktion, welche in Form des Marxismus-Leninismus zur Herrschaftsideologie des „sozialistischen“ Staatskapitalismus wurde.

Der Parteimarxismus übernahm von Marx/Engels deren sozialreaktionären Tendenzen: die ideologische Verklärung des Staatskapitals und/oder der Demokratie als einer politischen Form der kapitalistischen Diktatur. Der linksmarxistische Rätekommunismus (Otto Rühle, Paul Mattick, Anton Pannekoek und Cajo Brendel) brachte demgegenüber die progressiven Tendenzen des Marxismus zum Ausdruck, ihm gelang aber keine konsequente Kritik der marxistischen Tradition. Aber der Rätekommunismus lieferte von allen linksmarxistischen Strömungen die radikalste Kritik der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung und des „realen Sozialismus“, den er klar als Staatskapitalismus erkannte und kritisierte.

Der geistige Begründer des Rätekommunismus war Otto Rühle, der sich Dank der Erfahrungen der Russischen Revolution und der revolutionären Nachkriegskrise in Deutschland geistig vom offensichtlich konterrevolutionär handelnden Parteimarxismus befreien konnte. Er bekämpfte auf einem hohen theoretischen Niveau „ArbeiterInnenparteien“ und Gewerkschaften als bürgerliche Organisationen. Auch wenn Rühle ab 1925 dem allgemeinen geistigen Niedergang nach dem Sieg der Konterrevolution zum Opfer fiel, erlebte der Rätekommunismus in Holland seine geistige Blüte.

In der holländischen rätekommunistischen Organisation „Gruppe Internationaler Kommunisten“ (GIK) wurden die progressiven Tendenzen Otto Rühles übernommen und weiterentwickelt. Die Schrift des GIK-Mitgliedes Henk Canne Meier *Das Werden einer neuen Arbeiterbewegung* erläuterte den totalen Gegensatz zwischen institutionalisierter ArbeiterInnenbewegung („alte ArbeiterInnenbewegung“) und proletarischer Selbstorganisation („neuer ArbeiterInnenbewegung“) –auch wenn die Begrifflichkeit noch etwas ungenau ist. Er weist den Gruppen der revolutionären Minderheit besonders die Aufgabe zu, radikalisiert auf das Bewusstsein einzuwirken. Wir teilen diese Auffassung und halten sie für weiterhin aktuell. Gleichzeitig lehnte er die Anwendung des Parteibegriffes auf die revolutionären Gruppen ab, da ihre Aufgabe nicht darin besteht nach politischer Macht zu streben. Auch zeigte er ganz richtig auf, dass diese Gruppen eher klein sein sollten, damit

sich jedes Individuum in ihnen voll entwickeln kann. Natürlich sollten die einzelnen Gruppen sich schon solidarisch koordinieren. Der Niedergangsrätekommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg entfernte sich von dieser Reife. Der holländische Rätekommunist Cajo Brendel neigte dazu, die Bedeutung der bewussten revolutionären Minderheit zu unterschätzen, während Paul Mattick sehr stark mit Parteimarxismus und Anarchosyndikalismus zu flirten begann. Er arbeitete in den 1930er Jahren mit der I.W.W. in den USA zusammen und stellte das Parteikonzept Rosa Luxemburgs als Alternative zu der Lenins dar. Diese Idealisierung Rosa Luxemburgs entspricht nicht der historischen Realität. Sie war während der revolutionären Nachkriegskrise nicht in der Lage mit dem Parlamentarismus als Erbe der Sozialdemokratie fertig zu werden, weshalb sie auf dem Gründungsparteitag der KPD im Dezember 1918 stark mit anderen SozialrevolutionärInnen – unter ihnen auch Otto Rühle – aneinander geriet. Die Parteikonzeption Rosa Luxemburgs war also keine Alternative zum Leninismus, wie Paul Mattick und auch der Rätekommunist Willy Huhn behaupteten.

Ein weiterer profilierter rätekommunistischer Theoretiker, dessen geistiger Niedergang ebenfalls nach dem Zweiten Weltkrieg begann, war der Holländer Anton Pannekoek. Er beherrschte die materialistisch-dialektische Methode zur Analyse von gesellschaftlichen Prozessen meisterhaft. Die Schwächen von Anton Pannekoek und seines geistigen Erben Cajo Brendel nach 1945 waren: Rätefetischismus, ungenügende Kritik der Demokratie als bürgerlicher Herrschaftsform und teilweise das Ableiten in eine „Selbstverwaltungs“-Ideologie, welche stark an den Anarchosyndikalismus erinnert.

In der anarchosyndikalistischen Ideologieproduktion soll die ArbeiterInnenklasse mit Hilfe von Gewerkschaften die Produktionsmittel kollektiv übernehmen und verwalten. Über die notwendige Aufhebung von Warenproduktion und Lohnarbeit ist in der anarchosyndikalistischen Theoriebildung schon weniger die Rede. Dass ist alles andere als ein Wunder, stellt doch die anarchosyndikalistische Theorie und Praxis der „ArbeiterInnenselbstverwaltung“ nichts als eine besondere Variante der kollektiv-kleinbürgerlichen Warenproduktion dar, in der die ArbeiterInnen kollektiv und scheinbar „selbstbestimmt“ Waren für den kapitalistischen Markt herstellen. Doch innerhalb der Warenproduktion kann es keine wirkliche „Selbstverwaltung“ der unmittelbaren ProduzentInnen geben, sie werden von den Gesetzen des Marktes bestimmt.

Die spezifisch anarchistische Selbstverwaltungsideologie innerhalb der Warenproduktion stellt auch eine ideologische Entfremdung des reproduktiven Klassenkampfes dar. Wie weiter oben schon angeführt, eignet das Proletariat im alltäglichen Klassenkampf instinktiv die Produktionsmittel an. Bei diesen illegalen Aktionen geht die proletarische Selbstorganisation bereits tendenziell in klassenlose Selbstorganisation über und die Produktionsmittel hören für eine kurze Zeit der Aktion faktisch auf, produktives Kapital zu sein. Auch die ArbeiterInnen produzieren für diese kurze Zeit keinen Mehrwert für das Kapital und sind für einen kurzen Augenblick freie Produzentinnen. Diese illegalen Aneignungsprozesse stellt eine oft instinktive und vorbewusste revolutionäre Tendenz des reproduktiven Klassenkampfes dar. Doch eine wirkliche Aufhebung des Kapitalcharakters der Produktion einschließlich der eigenen Arbeitskraft ist nur durch bewussten revolutionären Klassenkampf zu erreichen.

Die Ideologie der „selbstverwalteten“ Warenproduktion stellt eine konterrevolutionäre Verkürzung der Aufgaben der sozialen Revolution dar. Selbstverständlich müssen die heutigen LohnarbeiterInnen die Produktionsmittel kollektiv übernehmen, um freie ProduzentInnen zu werden. Das geht aber nicht isoliert in einigen Betrieben bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Warenproduktion. Die von ArbeiterInnen „selbstverwalteten“ Betriebe stellen nichts anderes als kleinbürgerlich-kollektive Formen der Warenproduktion dar, auch wenn die Arbeit in ihnen teilweise angenehmer sein mag als in der direkten kapitalistischen Profitproduktion. Diese marktformige „Selbstverwaltung“ ist

keine revolutionäre Tendenz des reproduktiven Klassenkampfes, sondern ein Mittel, um ArbeiterInnen in die kapitalistische Warenproduktion zu integrieren und sozial zu befrieden. Die marktförmige anarchosyndikalistische „Selbstverwaltungs“-Ideologie ist nicht weniger konterrevolutionär als die parteimarkistische Ideologie und Praxis der Verstaatlichungen des Kapitals. Wir wollen dies an zwei Beispielen demonstrieren.

Das erste historische Beispiel stellt der spanische BürgerInnenkrieg von 1936 bis 1939 dar. Nicht nur, dass die anarchosyndikalistische CNT MinisterInnen in der konterrevolutionären Volksfrontregierung stellte, und somit den libertären Schwanz der stalinistisch-linksdemokratischen Reaktion verkörperte, nein der Anarchosyndikalismus organisierte auch durch marktförmige „Selbstverwaltung“ die Ausbeutung im Hinterland mit und half dadurch die materielle Basis des BürgerInnenkrieges mit zu organisieren. Die spanischen „Anarcho“-ReaktionärInnen halfen mit einem Krieg zu organisieren, wo ArbeiterInnenblut nicht für die eigene soziale Befreiung vergossen wurde, sondern für das innerkapitalistische Gerangel zwischen Demokratie und Faschismus. Die Tatsache, dass die anarchosyndikalistische CNT als linker Flügel der Volksfront ähnlich wie die parteimarkistische POUM ebenfalls Opfer der stalinistischen Repression wurde, widerlegt nicht den absolut konterrevolutionären Charakter des Anarchosyndikalismus, sondern ist ein Beweis für die Konsequenz des linksdemokratischen Terrors.

Das zweite Beispiel ist ein aktuelleres. Am 10. Juli 2007 besetzten die 135 ArbeiterInnen das Fahrradwerk Bike-Systems in Nordhausen (Thüringen). Durch diese Aktion wollten die ArbeiterInnen die Schließung des Fahrradwerkes durch deren Eigentümer, dem US-Finanzinvestor Lone Star verhindern. Zuvor hatten die BesetzerInnen widerstandslos jede Verschärfung ihrer Ausbeutung hingenommen, um „ihre Arbeitsplätze zu retten“. Als sie merkten, dass das alles nichts geholfen hat und das Fahrradwerk vor dem Aus stand, traten sie endlich in den sozialen Widerstand. Dieser Fakt, dass Menschen, die sich davor fast alles gefallen ließen plötzlich kollektiv „Nein!“ sagten, gehört zu den eindrucksvollsten Ausdrücken der revolutionären Tendenzen des reproduktiven Klassenkampfes, indem nämlich nicht nur das Kapitalverhältnis reproduziert wird, sondern sich auch die ArbeiterInnen als Menschen reproduzieren, indem sie beweisen, dass sie nicht nur kleinbürgerliche Marktsubjekte und variables produktives Kapital sind, sondern auch Subjekte des sozialen Widerstandes, welche ihre Bedürfnisse gegen den kalten Technokratismus der Kapitalvermehrung verteidigen. Auch die kämpferische Solidarität der Belegschaft gehört zu den progressiven Tendenzen dieses Klassenkampfes, die schon die Möglichkeiten einer klassenlosen Assoziation freier ProduzentInnen erahnen lassen.

Doch diese revolutionäre Tendenz wurde sofort von den Gewerkschaften IG Metall und FAU in legalistische und sozialreformistische Bahnen gelenkt – begünstigt durch die wenigen Klassenkämpferfahrungen und sozialreformistischen Illusionen der Bike-Systems-Belegschaft. Die Schwächen des Klassenkampfes bei Bike-System war der Legalismus, dass sie sich bei allen Aktionen brav an das bürgerliche Gesetzbuch gehalten haben und dass auch während der Besetzung des Fahrradwerkes die alte Arbeitshierarchie eingehalten wurde. Diese Schwächen eines noch reproduktiven Klassenkampfes wurde von den Profis der IG Metall dazu genutzt, vordergründig um „den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen“, aber hinter den Kulissen deren Beseitigung „sozialverträglich“ mit zu organisieren.

Dieses bewährte Spiel der IG Metall wurde in konkurrenzmäßiger Arbeitsteilung von der anarchosyndikalistischen FAU erleichtert, die in Nordhausen ihre sozialreformistische „Selbstverwaltungs“-Ideologie verkaufte – und damit die Niederlage der 125 ArbeiterInnen bei Bike-Systems mitorganisierte. Während die IG Metall im Hintergrund die Abwicklung der Arbeitsplätze mit organisierte, wurde die Belegschaft Ende Oktober 2007 mit einer einwöchigen „symbolischen“ und „selbstverwalteten“ Produktion der Ware Strike Bike

beschäftigt. Diese anarchosyndikalistische „Selbstverwaltung“ war natürlich nichts anderes als „symbolische“ kleinbürgerlich-kollektive Warenproduktion vor der endgültigen Abwicklung der Belegschaft. Dass diese „Selbstverwaltung“ im Geiste des völligen Legalismus und bei Reproduktion der alten Arbeitshierarchie organisiert wurde, versteht sich von selbst.

Die FAU organisierte nicht unmittelbar diese kleinbürgerlich-kollektive Warenproduktion mit, sondern half durch ihre „Selbstverwaltungs“-Ideologie, deren Produkt, das „Strike-Bike“ an den Mann und an die Frau zu bringen. In den Werbe-Flyern der FAU wurde unter der verheißungsvollen Überschrift „Solidarität zeigen – Widerstand organisieren!“ das Produkt „Strike-Bike“ reißerisch als „Arbeiter-Solidaritäts-Fahrrad aus selbstverwalteter Produktion“ angeboten. Wir kennen das ja schon aus der Werbung für andere Produkte. Mit einem Produkt wird auch ein bestimmtes Gefühl verkauft. Durch den Kauf bestimmter Waren sollen wir alle besonders sexy, intelligent, schön usw. werden. Nun, die FAU warb mit dem „Strike-Bike“, dass wir durch den Kauf dieses Produktes alle total revolutionär werden: „Wir wünschen uns natürlich eine viel größere Resonanz – der Traum wäre die Übernahme der Fabrik durch die Beschäftigten selbst.“ Wie in Spanien die kleinbürgerlichen Tagträume der Anarcho-ReformistInnen zum Alptraum der antifaschistischen und kurz darauf der faschistischen Konterrevolution wurden, kam es für die ArbeiterInnen in Nordhausen, welche die Tagträume der FAU zu ihren eigenen machten, zum traurigen Erwachen in der Arbeitslosigkeit. Würden wir die FAU nicht für eine typische Gewerkschaft halten, sondern sie an ihrem eigenen Anspruch messen, angeblich eine revolutionäre Klassenkampforganisation zu sein, müssten wir den Anarchos und Anarchas folgende Frage stellen: Kann es ein schändlicheres Verhalten geben, als mit „libertären“ und „klassenkämpferischen“ Phrasen die Niederlagen der ArbeiterInnenklasse mitzuorganisieren?!

Dazu gehört die Entwertung des Begriffes „Solidarität“ durch die FAU. Solidarität ist die Zärtlichkeit zwischen den Ausgebeuteten und Unterdrückten. Sie drückt sich auch in Geldspenden aus, aber sie ist nicht käuflich! Das Strike Bike hatte den stolzen Preis von 275 Euro, was die „Solidarität“ in Form des Kaufes dieses Strike Bikes für finanzschwache Unterschichten schon mal ausschloss.

Die Subjektivität der FAU in Nordhausen war nichts anderes als Marktsubjektivität. Sie rührte die Werbetrommel für ein Produkt mit dem Namen „Strike-Bike“, und gab den Kauf dieser Ware für Solidarität aus. Einer warenförmigen Solidarität, von der gerade die ausgebeuteten, unterdrücktesten und ärmsten Schichten ausgeschlossen waren, die sich eine solche Solidarität nicht leisten konnten. Die Anarcho-Dame Mona Grosche beschrieb das Subjekt dieser warenförmigen Solidarität: „Gewerkschafter, Fahrradfans und Bikehändler“. Angefangen mit den Gewerkschaftern, welche mit den Interessen und Bedürfnissen der ArbeiterInnen ihren Handel treiben, alles Marktsubjekte. Damit wird deutlich, dass ausschließlich warenförmige „Solidarität“ eben nicht die Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten ist und auch nicht sein kann. Selbstverständlich sind auch ArbeiterInnen Marktsubjekte, die sich unter anderem auch ein Strike-Bike kaufen können, doch proletarische Solidarität knüpft vor allen Dingen an deren militanten Klassenkampf-Subjektivität an, also gerade an dem, was die ArbeiterInnen von den KleinbürgerInnen unterscheidet, während die Werbe-Kampagne der FAU am Marktsubjekt im Arbeiter und am rebellischen Gehabe linker KleinbürgerInnen anknüpfte. Und nicht zuletzt, um sich in ihrer eigenen Kleinbürgerlichkeit behaglich suhlen zu können und dieser den Anschein von Klassenkampf-Militanz zu geben, organisierte die „andere“ Gewerkschaft FAU in Nordhausen eine kleinbürgerlich-kollektive Warenproduktion mit.

Der letzt genannte Fakt ist das Hauptkriterium unserer Kritik an der FAU. Denn natürlich hätte auch die Existenz einer Schicht von revolutionären ArbeiterInnen bei *Bike-Systems* als

Teil der Belegschaft keinen revolutionären Klassenkampf aus dem Hut zaubern können, aber nie und nimmer hätte sie sie sich für die Idealisierung und Ideologisierung einer kleinbürgerlich-kollektiven Warenproduktion hergeben dürfen. Sie hätten auf jeden Fall versuchen müssen, Impulse für mögliche militante Störaktionen gegen die längst begonnene Abwicklung der Fahrradfabrik zu geben. Wie die Impulse und wie die möglichen Störaktionen konkret ausgesehen hätten, können wir nicht sagen, da wir eben nicht Teil der Belegschaft waren.

Gehen wir für unsere weitere Argumentation weiter von einer imaginären Existenz sozialrevolutionärer ArbeiterInnen bei Bike Systems aus und nehmen wir an, dass ihre Versuche ihre KollegInnen für militante Störaktionen der begonnenen Abwicklung der Fahrradfabrik zu überzeugen, gescheitert wären und die FAU hätte auch gegen die revolutionäre Kritik ihre „Selbstverwaltungs“-Ideologie durchgesetzt. Die sozialrevolutionären ArbeiterInnen hätten sich dann an der kleinbürgerlich-kollektiven Warenproduktion beteiligt – wer an der kapitalistischen Warenproduktion wegen dem stummen Zwang der Verhältnisse teilzunehmen gezwungen ist, kann schlecht Nein zu ihrer kleinbürgerlichen Entsprechung sagen, nachdem sich die KollegInnen mehrheitlich dafür ausgesprochen haben. Außerdem überlassen proletarische RevolutionärInnen die abstrakte „Agitation“ für noch abstraktere „Prinzipien“ linkssektiererischen KleinbürgerInnen. Aber trotz der Teilnahme hätten sie die ideologische Verklärung durch die FAU kritisiert: „Klar, KollegInnen, wir machen mit. Aber was die FAU über Selbstverwaltung labert, ist geistiger Dünnschiss. In einer Warenproduktion kann es keine wirkliche Selbstverwaltung geben!“ Und sie hätten dies an konkreten Beispielen am konkreten Fall der „Strike-Bike“-Produktion nachgewiesen.

Nach einer Woche „selbstverwalteter“ Warenproduktion, wurden die ehemaligen 125 KollegInnen von Bike Systems im November 207 arbeitslos. Im März 2008 gründete sich die Strike-Bike GmbH und ab dem 1. Mai 2008 produzieren 21 ArbeiterInnen wieder „selbstverwaltet“ die Ware Fahrrad in Nordhausen.

Diese Selbstverwaltungsideologie, die nicht wirklich kapitalistische Warenproduktion und bürgerlichen Staat kritisiert, sondern zu den geistigen Waffen des Kapitals und des Staates gegen das Proletariat zu zählen ist, war und ist sowohl im Anarchismus als auch im Marxismus weit verbreitet. In Form von GenossInnenschaften wurde und wird die Selbstverwaltungsideologie legale Praxis als kleinbürgerlich-kollektive Warenproduktion innerhalb des bürgerlichen Nationalstaates.

Indem der Niedergangsrätekommunismus (Pannekoek und Brendel) die soziale Revolution immer stärker auf die kollektive Eroberung der Produktionsmittel reduzierte, aber die ebenfalls notwendige Aufhebung der Warenproduktion immer mehr vernachlässigte, verlor er doch sehr an sozialrevolutionärer Subjektivität. An diesem Punkt werden die SituationistInnen nach dem Zweiten Weltkrieg interessant, welche eine sehr gute Kritik an der Warenproduktion und der Selbstverwaltungsideologie formulierten. Einen weiteren theoretischen Schlag versetzte der linksmarxistische Operaismus der Selbstverwaltungsideologie. Und das auf zwei Ebenen. Einmal indem er die technokratische Tendenz des offiziellen Marxismus-Leninismus scharf kritisierte, und nachwies, dass die Technik in ihrer materiellen Beschaffenheit nicht losgelöst von der kapitalistischen Produktionsweise existiert, sondern von dieser geformt und bestimmt wird. Zweitens indem er die Sabotage, die vorübergehende Zerstörung von Produktionsmittel durch ArbeiterInnen, um eine kurze Pause zu haben, als eine wichtige Waffe des proletarischen Klassenkampfes erkannte. Auch in der sozialen Revolution sind nicht nur eine Menge von Produktionsmittel von den unmittelbaren ProduzentInnen zu erobern, sondern auch aufzuheben, zum Beispiel Atomkraftwerke. Die Unfähigkeit von Cajo Brendel, diese bedeutungsvollen Ansätze der

SituationistInnen und des Operaismus kritisch-solidarisch zu verarbeiten und zu übernehmen, zeigt die theoretische Schwäche des Niedergangsrätekommunismus.

Doch seine größte Schwäche war die mangelnde Kritik der Demokratie. So übertrieb Pannekoek in den 1950er Jahren die Bedeutung der bürgerlichen Narrenfreiheiten für den proletarischen Klassenkampf. In dem Artikel *Volksdemokratie* aus dem Jahre 1950 verteidigte er sogar die bürgerlichen Narrenfreiheiten gegen die staatskapitalistischen Parteidiktaturen Osteuropas! Er schrieb: „Für die moderne Arbeiterklasse in einem hoch entwickeltem Land sind diese geistigen Freiheiten wie Redefreiheit, Diskussionsfreiheit und Organisationsfreiheit allerdings – wie die Luft zum Atmen – unabdingbare Voraussetzungen in ihrem Kampf um Freiheit. Für die Arbeiter unter dem westlichen Kapitalismus verkörpert der Begriff Demokratie diese Freiheiten; in den Ländern des Ostens haben sie nur etwas, das, wenngleich in doppelter Ausführung (Anmerkung von Nelke: Pannekoek meint den Begriff „Volksdemokratie“ – also Volksvolksherrschaft), für die Arbeiter bloß ein leerer Name ist.“ (Anton Pannekoek, *Volksdemokratie*, in: Derselbe, *Arbeiterräte. Texte zur sozialen Revolution*, Germinal Verlag, Fernwald 2008, S. 673.)

Der Klassencharakter bürgerlicher Rechte und Freiheiten in einer westlichen Demokratie wurde von Pannekoek überhaupt nicht mehr analysiert. Pressefreiheit ist zum Beispiel im demokratischen Kapitalismus im Wesentlichen die Freiheit der Bourgeoisie *ihre* Meinung zu *verkaufen*, also eine Unterabteilung der Handelsfreiheit, welche auf das Privat/Staatseigentum an Produktionsmitteln (Druckereien, Redaktionen, Theaterbühnen, Filmstudios...) beruht. Die ArbeiterInnen im Privatkapitalismus besaßen und besitzen die großen Produktionsmittel zur Meinungsproduktion genau so wenig wie im staatskapitalistischen Ostblock. Während die Bourgeoisie durch die bürgerliche Pressefreiheit *ihre* Meinung *verkauft*, *kaufen* die ProletarierInnen die Meinungen einer fremden Klasse. Dadurch wird die ökonomische Klassenherrschaft der Bourgeoisie auch eine geistige.

Selbstverständlich haben ArbeiterInnen in einem demokratischen Kapitalismus formal die gleiche Pressefreiheit wie Medienkonzerne (Springer, Bertelsmann). Auch die *Soziale Befreiung* nutzt die bürgerliche Pressefreiheit. Eine solche legale Existenz der *Sozialen Befreiung* wäre in der staatskapitalistischen DDR so nicht denkbar gewesen. Aber kann es für proletarische RevolutionärInnen hauptsächlich darum gehen, im Rahmen des Kapitalismus ihre Meinung zu vertreten und zu verkaufen?! Sollen sie der Bourgeoisie und ihrer Demokratie dafür noch dankbar sein und die bürgerliche Pressefreiheit rühmen?! Nein, die *Soziale Befreiung* nutzt die bürgerliche Pressefreiheit um ihren Klassencharakter zu demaskieren.

Übrigens sind die bürgerlichen Narrenfreiheiten für die ArbeiterInnen innerhalb der kapitalistischen Produktion noch wesentlich eingeschränkter als in der politischen Sphäre. So ist das demokratische Streikrecht ein repressives Streikverhinderungsrecht, welches zum Beispiel in der BRD „politische Streiks“ des Proletariats gegen die Angriffe des Staates verbietet. Außerdem darf nach deutschem Recht nur im Rahmen der Tarifautonomie gestreikt werden. Bürgerliches Streikrecht ist ein Streikmonopol für Gewerkschaften, in Deutschland quasi ein fast uneingeschränktes Monopol für die DGB-Gewerkschaften. Der DGB ist nicht weniger in den demokratischen Privatkapitalismus integriert, wie die FDGB-Gewerkschaften im Staatskapitalismus der DDR integriert gewesen sind. Streiks ohne den Segen der Gewerkschaften, also „wilde Streiks“ sind in der demokratischen BRD genau so verboten wie in der undemokratischen DDR. Der Unterschied war lediglich, dass der DGB im Rahmen der bürgerlichen Freiheiten seine Mitglieder verbalradikal gegen Unternehmer und Regierung streiken und demonstrieren lässt, was der FDGB natürlich nicht tat. Der DGB ist nun mal ein Ausdruck des demokratischen Organisationsrechtes für das Proletariat, während der FDGB ein Ausdruck der sozialistischen Verbundenheit zwischen DDR-Regierung und

ArbeiterInnenklasse war... Das Ergebnis kommt auf das Gleiche hinaus: Wesentlich in das Kapitalverhältnis und Staat integrierte Organisationen der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung.

Die demokratische Ideologie führte und führt zur Verweichlichung bei ArbeiterInnen und Intellektuellen – auch zur Verweichlichung von Pannekoek. Die revolutionäre Selbstaufhebung des Proletariats kann nicht im Rahmen bürgerlicher Narrenfreiheiten erfolgen. Die soziale Revolution bedeutet Aneignung von Produktionsmitteln und Produkten, die heute noch kapitalistisches Eigentum sind. Sie heißt Überwindung des bürgerlichen Handels und damit auch der bürgerlichen Pressefreiheit der Bourgeoisie ihre Meinung zu verkaufen. Druckereien und Medien werden nach der Revolution kollektiv und solidarisch von freien ProduzentInnen verwaltet – wirkliche Pressefreiheit durch kollektive und individuelle Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Die soziale Revolution muss den Staat zerschlagen, der Garant der demokratischen Freiheiten für Bourgeoisie und Proletariat. Schon im reproduktiven Klassenkampf um mehr Lohn, kürzere Arbeitszeiten und gegen die Schließung oder Verlegung von Produktionsstandorten ist das Proletariat gezwungen den Rahmen bürgerlicher Freiheiten zu verlassen, da er gar zu eng für die eigene Bewegung ist. Proletarische Gewalt gegen Charaktermasken von Kapital und Staat, illegale Nutzung kapitalistischer Produktionsmittel oder deren Zerstörung durch die ArbeiterInnen, illegale Aneignung von Produkten innerhalb der Produktions- und Konsumsphäre... All dies überschreitet eindeutig den Rahmen bürgerlicher Narrenfreiheiten. Pannekoek irrte sich gewaltig! Nicht die demokratischen Narrenfreiheiten sind für die proletarisierten Menschen so wichtig wie die Luft zum Atmen, sondern die Überwindung des demokratischen Untertanengeistes!

In diesem Zusammenhang ist auch eine harte Kritik an der demokratischen Versumpfung des Niedergangsrätekommunismus notwendig. Otto Rühle stellte in den frühen 1920er Jahren der bolschewistischen Parteidiktatur nicht „libertäre“ und demokratische Phrasen gegenüber, sondern die proletarische Klassendiktatur. Der Rätekommunismus übernahm also in seiner revolutionären Frische den marxistischen Begriff von der Diktatur des Proletariats. Während Pannekoek in den 1920/30er Jahren ebenfalls kein Problem mit dem Begriff „Diktatur des Proletariats“ hatte, begann er nach dem Zweiten Weltkrieg damit, die Begriffe „Demokratie“ und „politische Freiheit“ positiv zu besetzen und sich opportunistisch an die Demokratie als realem Herrschaftssystem der Bourgeoisie anzupassen, ja indirekt objektiv – was ihm sicherlich subjektiv nicht klar war – sogar teilweise die demokratische Bourgeoisie durch ungeschickte Wortwahl gegen die staatskapitalistische Nomenklatura im Kalten Krieg zu unterstützen. Auch Otto Rühle bediente nach seiner Trennung von der organisierten rätekommunistischen Bewegung in Deutschland durch das Gerede über „braunen und roten Faschismus“ zwar subjektiv ungewollt aber dennoch objektiv unbestreitbar den demokratischen Antikommunismus.

Cajo Brendel ließ den Begriff „Diktatur des Proletariats“ fallen wie eine heiße Kartoffel und benutzte stattdessen die Begriffe „Rätedemokratie“, „ArbeiterInnendemokratie“ und „proletarische Demokratie“ Vor lauter Angst einen Begriff zu nutzen, der vom Partei-„Kommunismus“ zur ideologischen Verschleierung des Staatskapitalismus genutzt worden ist, passte er sich opportunistisch der Demokratie als realem Herrschaftssystem an, auch wenn der rätekommunistische Theoretiker natürlich die bestehende „bürgerliche Demokratie“ weiter kritisierte. Aber die Anpassung besteht bereits in der positiven Verwendung des Demokratie-Begriffes im Gegensatz zur real existierenden Demokratie als Diktatur des Kapitals. Bereits dies schwächt die sozialrevolutionäre Bereitschaft zur Zerschlagung der Demokratie als einer politischen Herrschaftsform der sozialen Diktatur der Bourgeoisie.

Außerdem sind die Begriffe „proletarische Demokratie“ und „ArbeiterInnendemokratie“ auch begrifflicher Unsinn. Demokratie heißt „Volksherrschaft“ Die demokratischen IdeologInnen lassen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie“ in einer klassenneutralen „Volksherrschaft“ verschwinden. „ArbeiterInnendemokratie“ wäre die „ArbeiterInnen-Volksherrschaft“. Es wird also ein Klassenbegriff vor einen klassenneutralen Begriff gesetzt. Doch revolutionäre ArbeiterInnen verstecken sich nicht hinter klassenneutralen Begriffen, sondern üben konsequent die antipolitische und staatszerschlagende Diktatur des Proletariats als notwendiger Übergangsperiode zur klassenlosen Gesellschaft aus.

Unser antipolitischer Begriff von der Diktatur des Proletariats ist die klare Antwort auf den konterrevolutionären Unsinn des Parteimarxismus, welcher sich die Diktatur des Proletariats nur als „politische Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse“ und „ArbeiterInnenstaat“ vorstellen kann. Aber er ist auch eine Alternative zur demokratischen Versumpfung des Rätekommunismus, der sich während seines Niederganges opportunistisch an den demokratischen Antikommunismus anpasste, und sich deshalb auch einer gewissen Beliebtheit bei LinksozialdemokratInnen und „Anarcho“-SyndikalistInnen erfreute und erfreut.

Wer wegen seiner Diskreditierung durch den Partei-„Kommunismus“ vor dem Begriff „Diktatur des Proletariats“ zurückschreckt, soll wegen uns einen anderen Begriff suchen, obwohl er/sie es wahrscheinlich sehr schwer haben wird, einen zu finden, welcher die Tatsache, dass die revolutionäre Selbstaufhebung der ArbeiterInnenklasse durch Zwang gegen die bürgerliche Konterrevolution durchgesetzt werden muss, ebenfalls so klar auf den Punkt bringt. Wir jedenfalls lassen uns unsere Begriffe weder vom Partei-„Kommunismus“ noch vom demokratischen Antikommunismus vorschreiben. Mögen die groß- und kleinbürgerlichen DemokratInnen vor der möglichen Diktatur des Proletariats zittern, sozialrevolutionäre ArbeiterInnen begreifen sie als eine absolute objektive und subjektive Notwendigkeit einer siegreichen sozialen Revolution und bereiten sie konsequent und bewusst vor.

Mit unseren antipolitischen Vorstellungen, die in der Theorie von der staatszerschlagenden Diktatur des Proletariats ihren geistigen Höhepunkt erreichen, schaffen wir eine Synthese der progressiv-revolutionären Tendenzen von Marxismus und Anarchismus. Bei unserem Kampf gegen die Demokratie und den Antifaschismus stützen wir uns auch kritisch auf den italienischen Linkskommunismus/Bordgismus, einer radikalen parteimarxistischen Strömung. Was den Anarchismus positiv vom Marxismus unterscheidet, ist seine radikalere Staatskritik. Allerdings bietet der Marxismus immer noch das bessere theoretische Rüstzeug zu einer materialistisch-dialektischen Kritik des Kapitalismus.

Wir können im Anarchismus deutlich eine kleinbürgerlich-reaktionäre und eine proletarisch-revolutionäre Tendenz unterscheiden. Zur kleinbürgerlich-reaktionären Tendenz müssen wir eindeutig den Individualanarchismus und den Anarchokapitalismus zählen. Im kommunistischen Anarchismus und im Anarchosyndikalismus gab und gibt es proletarisch-klassenkämpferische Tendenzen, allerdings auch kleinbürgerlich-individualistische. So wird im kommunistischen Anarchismus nicht selten das am Privateigentum klebende KleinbäuerInnentum verklärt.

Und der Anarchosyndikalismus institutionalisierte sich und wurde dadurch sozialreaktionär. Keine Strömung des Anarchismus ist von seiner Basis und seiner Geschichte her proletarischer als er. Auch hatte er am Anfang auch durchaus progressiv-radikale Tendenzen, wie die theoretische Verarbeitung des alltäglichen illegalen proletarischen Klassenkampfes (langsam arbeiten, Aneignungs- und Sabotageaktionen). Auch seine antipolitischen Tendenzen waren progressiv. Doch je mehr sich der Anarchosyndikalismus dem Tarifsysteem und den Betriebsräten anpasste, umso reaktionärer wurde er.

Gewerkschaften sind Charaktermasken des kapitalistischen Co-Managements. Im Anarchosyndikalismus muss also, je mehr sich der Syndikalismus durchsetzt, der Anarchismus zur reinen Phrase werden, eben zum „Anarcho“-Syndikalismus. Des Weiteren haben wir weiter oben festgestellt, dass sich der „Anarcho“-Syndikalismus innerhalb der Warenproduktion fühlt wie der Fisch im Wasser. Es ist also mehr als eine polemische Überspitzung, wenn wir den „Anarcho“-Syndikalismus mit dem Individualanarchismus und Anarchokapitalismus zu den kleinbürgerlich-reaktionären Strömungen des Anarchismus zählen. Aber wir wissen, dass es in der FAU ehrliche proletarische AktivistInnen gibt, die sich unsere Solidarität im Klassenkampf sicher sein können.

Auch sind die progressiven Tendenzen des Anarchismus nicht frei von Avantgardismus. Auch anarchistische Bewegungen und Organisationen haben teilweise die Tendenz, sich als Führung der Klasse aufzuspielen. Sehr stark war diese Tendenz in der ukrainischen Machno-Bewegung (1918-1922) während der Russischen Revolution. Das merkt mensch schon an den Namen der Bewegung, welche von den Nachnamen des Individuums Nestor Machno abgeleitet ist. Machno war dann auch innerhalb dieser kleinbäuerlich-landproletarischen Bewegung ein Multifunktionär und eine uneingeschränkte Führungspersönlichkeit.

Die Machno-Bewegung kämpfte gegen den österreichisch-deutschen Imperialismus und gegen die einheimische monarchistische, demokratische und bolschewistisch-staatskapitalistische Reaktion. Gegen letztere unterlag sie. Der Bolschewismus ging teilweise mit der Machno-Bewegung Bündnisse gegen die monarchistisch-privatkapitalistische Konterrevolution ein, um dann danach repressiv gegen sie vorzugehen. Auch wenn sich heutige SozialrevolutionärInnen positiv auf den Kampf der Machno-Bewegung gegen *alle* seine Feinde beziehen können, so ist doch auch Kritik an ihren avantgardistischen und kleinbürgerlichen Tendenzen angebracht.

Als kleinbäuerlich-landproletarische Bewegung konnte sie aus sich heraus nicht sozialrevolutionär sein, wie überhaupt die objektiven und subjektiven Bedingungen für eine revolutionäre Selbstaufhebung des Proletariats in Russland noch nicht gegeben waren. Die russische ArbeiterInnenklasse war eine Minderheit in der Bevölkerung und hatte sich sozial noch nicht von den KleinbäuerInnen emanzipiert. Das galt selbst für die russischen IndustriearbeiterInnen, die oft lediglich Saisonarbeitskräfte waren. Noch viel stärker traf dies jedoch auf das ukrainische Landproletariat zu. So gab es KleinbäuerInnen, die nur so wenig Land hatten, dass sie nebenher noch Lohnarbeit bei GroßbäuerInnen leisten mussten, um überleben zu können.

Die Machno-Bewegung war Teil der urwüchsigen Agrarbewegung innerhalb der Russischen Revolution. GutsbesitzerInnen wurden verjagt oder getötet, ihr Land aufgeteilt. Diese Bewegung half also dabei ganz viel bäuerliches Kleineigentum zu schaffen. Bäuerliches Kleineigentum kann aber keine Basis für eine klassen- und staatenlose Gesellschaft sein, da die kleinbürgerliche Produktionsweise schon embryonal die Lohnarbeit und damit auf der einen Seite Kapital und auf der anderen Seite Proletariat erzeugt. Selbst wenn die Machno-Bewegung auch gegen den Bolschewismus militärisch gesiegt hätte, die soziale Differenzierung ihrer sozialen Basis hätte sie wahrscheinlich von innen zersetzt und zerstört.

Auch die Agrarkommunen, die am Rande der Machno-Bewegung von den ärmsten Schichten gegründet und später vom Bolschewismus zerschlagen wurden, hätten an dieser Entwicklung mit Sicherheit nichts ändern können, da Agrargenossenschaften ökonomisch nichts anderes darstellen als kleinbürgerlich-kollektive Formen der Warenproduktion.

Sowohl die progressiven als auch die kleinbürgerlichen Tendenzen der Machno-Bewegung kommen in dem Buch ihres aktiven Mitkämpfers und späteren Historikers Peter A. Arschinoff zum Ausdruck. Wobei die kleinbürgerlichen Tendenzen der Bewegung in *Geschichte der Machno-Bewegung* nur durch kritisches Lesen zum Ausdruck kommen. Obwohl Arschinoff

selbst von industrieproletarischer Herkunft und ein militanter Klassenkämpfer war, verschmolz er so stark mit der kleinbäuerlich-landproletarischen Machno-Bewegung, dass er deren kleinbürgerliche Tendenzen kaum noch wahrnahm. Die avantgardistischen Tendenzen reproduzierte Arschinoff geradezu unkritisch. Er betrieb in seinem Buch einen manchmal nur schwer ertragbaren Personenkult um Machno.

Nach der sozialreaktionären Zerschlagung der Machno-Bewegung durch den Bolschewismus musste auch Arschinoff in das westeuropäische Exil gehen. Dort zersetzte sich seine sozialrevolutionäre Einstellung. Er wurde von Depressionen und Heimweh geplagt. In den 1930er Jahren schrieb er antianarchistische Schriften und ging in die staatskapitalistische Sowjetunion zurück. Dort wurde er während der Säuberungen 1937 hingerichtet.

Bei aller Kritik an den kleinbürgerlichen Tendenzen der Machno-Bewegung und seines Geschichtsschreibers, die antipolitischen und antidemokratischen Tendenzen des Anarchismus brachte Arschinoff sehr gut auf den Punkt: „Der Anarchismus seinerseits lehnte die Demokratie als eine der Formen der Staatlichkeit ab; er lehnte auch die politische Revolution als Mittel zu deren Begründung ab.“ (Peter A. Arschinoff, *Geschichte der Machno-Bewegung*, Unrast Verlag, Münster 1098, S. 40.)

Welch eine Klarheit und revolutionäre Konsequenz im Verhältnis zur Demokratie! Eine Konsequenz, die Marx leider nie aufbrachte. Doch der heutige Anarchismus ist in seiner Hauptströmung selbst zu demokratisch verblödet und verweichlicht, um die revolutionäre Tendenz von Arschinoff aufzunehmen und zu verstärken. Heutige AnarchistInnen gefallen sich darin, die Anarchie als „Direktdemokratie“ darzustellen. Rutscht nur nicht auf eurer eigenen Schleimspur aus, ihr erbärmlichen „anarcho“-demokratischen KleinbürgerInnen!

Nein, auch der „Anarcho“-Syndikalismus kann mit den revolutionären Traditionen des Anarchismus, die Arschinoff so schön auf den Punkt brachte, nichts anfangen. Das haben wir am Beispiel der CNT als Teil der antifaschistisch-konterrevolutionären Volksfront zur Verteidigung der Demokratie deutlich gesehen. Und auch die FAU in Deutschland vergräbt sich immer tiefer in den demokratischen Sumpf. Wir nachanarchistischen KommunistInnen nehmen allerdings diese revolutionäre Tradition in uns auf und verbinden sie mit den besten antidemokratischen Tendenzen des Linksmarxismus.

In diesem Fall verbinden wir die scharfe rätekommunistische Kritik an der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung mit der scharfen Kritik des italienischen Linkskommunismus an Demokratie und Antifaschismus. Wie wir weiter oben schon ausführlich darlegten, waren Anton Pannekoek und Cajo Brendel total unfähig, die Demokratie konsequent zu kritisieren. Auch Otto Rühle und Paul Mattick zeigten während des Zweiten Weltkrieges große Schwächen bei der Kritik von Demokratie und Antifaschismus. Die Theorie Rühles vom „Weltfaschismus“, zu dem sich der globale Kapitalismus angeblich entwickeln würde, übersah doch etwas zu unscharf die Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus/Faschismus, dem sowjetischen Staatskapitalismus und den privatkapitalistischen Demokratien. Auch wenn diese Theorie dazu dienen sollte um die revolutionäre Gegnerschaft zu allen kapitalistischen Seiten des imperialistischen Krieges zu betonen, war sie doch dazu wegen ihrer theoretischen Unschärfe nur ungenügend in der Lage. Indem Rühle die faschistischen Tendenzen in den privatkapitalistischen Demokratien übertrieb, schenkte er sich weitgehend eine Kritik an Demokratie und Antifaschismus. Schlimmer noch, indem er von „braunen und roten Faschismus“ zu reden und schreiben begann, begab er sich in eine gefährliche Nähe zum demokratischen Antikommunismus und dessen Totalitarismus-Ideologie.

Wenn der globale Kapitalismus angeblich auf den „Weltfaschismus“ zu tendiert, selbst der Bolschewismus nichts anderes als „roter Faschismus“ darstellt, wozu dann noch den Antifaschismus als konterrevolutionäre Ideologie kritisieren? Paul Mattick besetzte diesen

Begriff 1945 dann auch positiv und erklärte den Rätekommunismus zur Avantgarde des Antitotalitarismus: „Rühle zweifelte nicht daran, dass Totalitarismus für die Arbeiter schlimmer war als die bürgerliche Demokratie. Er hatte von Anfang an den bolschewistischen Totalitarismus bekämpft; er bekämpfte auch den deutschen Faschismus, aber nicht im Namen der bürgerlichen Demokratie, denn er wusste, dass über kurz oder lang die bürgerliche Demokratie in Faschismus oder Staatskapitalismus umschlüge.“ (Paul Mattick, *Otto Rühle und die deutsche Arbeiterbewegung*, S. 36/37.)

Als erstes fällt hier die völlig schematische Gegenübersetzung von Demokratie und Totalitarismus auf. Für SozialrevolutionärInnen gibt es keinen Gegensatz zwischen Demokratie und Totalitarismus, weil auch in der Demokratie die Herrschaft der Ware-Geld-Beziehung über die menschlichen Bedürfnisse unumschränkt und totalitär ist, genau so wie die soziale Herrschaft des Kapitals über das Proletariat oder die Herrschaft der Politik über das soziale Zusammenleben. Der demokratische Totalitarismus ist lediglich geschickter und verschleierter als der „kommunistisch“-staatskapitalistische oder der faschistisch/nationalsozialistische.

Des Weiteren wird an dem Zitat deutlich, dass nicht genau zwischen staatsinterventionistischen Tendenzen innerhalb des Privatkapitalismus und dem sowjetischen Staatskapitalismus unterschieden wurde. Der Faschismus/Nationalsozialismus war eine staatsinterventionistische Tendenz innerhalb des Privatkapitalismus. Diese Tendenzen gab es auch abgeschwächt in den privatkapitalistischen Demokratien, zum Beispiel als New Deal in den USA. Sie führte dort aber nicht zum Nationalsozialismus/Faschismus und schon gar nicht zum Bolschewismus. Letzterer stellte eine sozialreaktionäre Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln dar, welches Faschismus/Nationalsozialismus als dessen Bluthunde bewachten. Rühle schenkte sich weitgehend eine Kritik von Demokratie und Antifaschismus, weil angeblich zwangsläufig die Demokratien von heute die Faschismen von morgen seien. Die „Weltfaschismus“-Theorie war eine totale geistige Verwirrung des alten Rühle.

Wir sehen hier also deutlich, wie sich durch grobe Analysefehler die revolutionäre Kritik am Parteimarxismus bedenklich den demokratisch-antifaschistischen Antikommunismus annäherte. Dass es in der „anarcho“-demokratischen FAU Leute gibt, welche sich bereitwillig dieser bedenklichen Tendenzen des Rätekommunismus bedienen, ist alles andere als ein Wunder. Zu einer revolutionären Kritik von Demokratie und Antifaschismus total strukturell unfähig, betreibt die FAU bereitwillig eine demokratisch-antikommunistische Ideologie-Produktion. Aber während Rühle mit seiner falschen „Weltfaschismus“-Theorie seinen richtigen Kampf gegen Demokratie und Faschismus begründete, stellt die „anarcho“-demokratische Reproduktion dieser falschen Theorie Rühles lediglich eine von vielen Anpassungsleistungen an den Kapitalismus dar.

Der nachmarxistische und nachanarchistische Kommunismus ist nur denkbar als scharfer Kritiker des Antifaschismus und der Demokratie. Er steht in dieser Frage klar in der Tradition der progressiven Tendenzen des italienischen Linkskommunismus, auch wenn er deren reaktionäre Tendenzen – seine Parteiförmigkeit und seine Idealisierung der frühbolschewistischen Diktatur unter Lenin und Trotzki – klar zurückweist.

Durch folgendes Zitat wird die progressive Tendenz des italienischen Linkskommunismus voll sichtbar: „Vor dem Gräuel des kapitalistischen Todes soll das Proletariat die Gräuel des kapitalistischen Lebens vergessen, und dass beide unzertrennlich miteinander verbunden sind. Vor den Experimenten der SS-Ärzte soll vergessen werden, dass der Kapitalismus mit Alkohol, mit krebserregenden Produkten, mit den Strahlungen der „demokratischen“ Atombomben usw. experimentiert. Man zeigt die Lampenschirme aus Menschenhaut, damit vergessen wird, dass der Kapitalismus aus dem lebendigen Menschen, seiner Arbeitskraft, einen Lampenschirm macht. Vor den Bergen von Haaren, Goldzähnen, vor dem zur Ware

gewordenen Körper des toten Menschen soll man vergessen, dass der Kapitalismus das Leben der Menschen selbst, die Arbeit, zur Ware gemacht hat. Hier ist die Quelle allen Unglücks. Dies hinter den Leichen der Opfer des Kapitals verstecken zu wollen, diese Leichen zum Schutz des Kapitals zu verwenden, das ist wirklich die abscheulichste Art, sie bis zu Ende auszunutzen.“ (Amadeo Bordiga, *Auschwitz oder das große Alibi* im Anhang von: Red Devil, *Auschwitz als Alibi...*, a.a.O., S. 92/93.)

.....

Politische „ArbeiterInnenparteien“ und Gewerkschaften – einschließlich der „anarcho“-syndikalistischen –, also die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung, war und ist die Hauptkraft des Antifaschismus. Indem die Bürokratien der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung die Demokratie gegen Nazis und soziale Revolution verteidigten und verteidigen, schützten und schützen sie ihre privilegierte Existenz. Eine sozialreaktionäre Bourgeoisie, welche keine Lust mehr auf parlamentarische Demokratie und Gewerkschaften hat, stellte und stellt eine tödliche Gefahr für die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung dar. Allerdings auch ein sozialrevolutionäres Proletariat, welches aus ganz anderen Gründen ebenfalls keine Lust mehr auf parlamentarische und gewerkschaftliche Interessenvertretung verspürt. Die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung wird also in der Periode verschärften Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat tendenziell zerrieben und zerschlagen. Auch wir streben in der sozialen Revolution die Zerschlagung der reaktionären Apparate der DGB-Gewerkschaften durch das Proletariat an.

Verschärft sich der Klassenkampf werden die Gewerkschaften zu immer größeren Hindernissen für das Proletariat. Ihre Bürokratie versucht die proletarischen Massen mit kleinen Zugeständnissen und großen Versprechungen zurückzuhalten, während sie repressiv gegen radikalisierte ArbeiterInnen vorgeht. Radikalisiert sich der Klassenkampf weiter, besteht die Möglichkeit, dass in ihm Organe der proletarischen Selbstorganisation (Unabhängige Streikkomitees, ArbeiterInnenräte, Vollversammlungen...) entstehen, die unabhängig von den Gewerkschaften agieren. Wenn sich diese Organe des selbstorganisierten Klassenkampfes zu bewussten Subjekten der sozialen Revolution entwickeln, hängt die Gewerkschaftsbürokratie in der Luft...

Die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung braucht also die Demokratie wie die Luft zum Atmen, während jede Staatsform eine Klassenfeindin des Proletariats ist. In der Demokratie wird die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung zur heimtückischsten und verlogenen Feindin des Proletariats, welche hart und brutal gegen radikalisierte Lohnabhängige vorgeht, aber nicht selten auf ihrer eigenen Schleimspur, die sie auf dem Weg in die Ärsche von KapitalvertreterInnen und PolitikerInnen hinterlässt, ausrutscht...

Wir wollen die Rollen der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung und des selbstorganisierten proletarischen Klassenkampfes in Deutschland zwischen 1914 und 1939 kurz darstellen, um mehrere Dinge aufzuzeigen:

1. Beim verschärften Klassenkampf zwischen Kapital und Lohnarbeit wird die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung potenziell zerrieben und zerschlagen.
2. Die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung kann nur in der Demokratie wirklich existieren und gedeihen. Aber dass Proletariat kämpft mehr oder weniger konsequent in allen Staatsformen, also auch wenn keine legale institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung existiert.
3. Das Proletariat kann keine Staatsform als „kleineres Übel“ gegen andere Staatsformen verteidigen, es muss sich gegen *alle* PolitikerInnen wehren.

Die deutsche institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung half 1914 der Bourgeoisie dabei, den Ersten Weltkrieg zu organisieren. Die SPD stimmte im Reichstag für die Kriegskredite und die Gewerkschaften verzichteten für die Zeit des Krieges auf die Organisation von Streiks. Der radikale Flügel der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung formierte sich zur Spartakusgruppe (Liebknecht und Luxemburg), den Internationalen Kommunisten Deutschlands (Knief) und der Antinationalen Sozialistischen Partei (Pfeinfert). All diese Kräfte verkörperten eine kleine sozialrevolutionäre Minderheit.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges entfaltete sich auch der proletarische Klassenkampf. Januar/Februar 1918 entwickelte sich in Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei und Ungarn eine revolutionäre Massenstreikbewegung. In diesen vier Ländern bildeten sich aus dem Massenstreik heraus ArbeiterInnenräte, die neben ökonomischen Forderungen ein Ende des Weltkrieges und ein Friedensvertrag mit der UdSSR verlangten. Der österreichische Autor Frank Borkenau schrieb in seinem Buch *Weltkommunismus*: „Dieser Streik war mehr als nur die größte von dem Proletariat in Bewegung gesetzte Bewegung, die die moderne Welt je in ihrer Geschichte gesehen hatte. Während die Komintern regelmäßig versuchte, eine internationale Koordination zu schaffen, entstand sie hier beinahe selbständig innerhalb der Grenzen der Mittelmächte. Sie ging von den gemeinsamen Interessen aller aus: Brot und Verhandlungen von Brest mit den bolschewistischen Delegierten. Überall erschienen Parolen wie Frieden mit Russland, weder Annexionen noch Kompensationen, größere Rationen und eine volle politische Demokratie. Die Bewegung erschütterte die Mittelmächte bis auf die Grundmauern. Es ist wahr, sie hatten den Krieg schon verloren, die Bewegung beschleunigte aber ihre Niederlage und begann die Linien der sich nähernden Revolution zu formen. Die russische Revolution erzielte die größte und unmittelbarste direkte Wirkung auf Europa, noch bevor die Kommunistische Internationale gegründet wurde.“ (Zitiert aus dem Artikel: *Einzig das Proletariat kann die Kriegsbarbarei beenden* in *Weltrevolution Nr. 104*, S. 4.) Auch entstand die Kommunistische Internationale nicht direkt aus den Klassenkämpfen heraus, und war von Anfang an ein Instrument der Moskauer Außenpolitik und objektiv kein internationaler Zusammenschluss von proletarischen RevolutionärInnen. Nach und nach trennten sich deshalb die realen proletarischen und intellektuellen RevolutionärInnen von der Kommunistischen Internationale

Ende Oktober 1918 weigerten sich die Kieler Matrosen, zu einer Seeschlacht mit der britischen Flotte auszulaufen. Die Reaktion schritt zu Verhaftungen. Diese wiederum heizten der Stimmung noch mehr ein und führte zum bewaffneten Matrosenaufstand. Am 3. November demonstrierten Tausende von ArbeiterInnen für die Freilassung der verhafteten Matrosen. Eine reaktionäre Militäreinheit unter einem kaisertreuen Offizier schoss in die Menge der DemonstrantInnen. Doch die Matrosen erwiderten das Feuer. Es bildete sich spontan ein Soldatenrat, der am 4. November bereits 40.000 Bewaffnete hinter sich hatte. Es kam zu Verbrüderungen zwischen Soldaten und ArbeiterInnen. Die Reaktion forderte fremde Truppen zur Niederschlagung der Revolution an. Doch diese ließen sich meist freiwillig von den Aufständischen schon am Bahnhof entwaffnen. Am Abend des 4. November 1918 wurde der Generalstreik beschlossen. Dieser Beschluss wurde am 5. November umgesetzt und es kam zu Werftbesetzungen. Die revolutionäre Welle breitete sich von diesem Tag an über ganz Norddeutschland aus. In Hamburg, Lübeck, Neumünster und Bremen übernahmen am 5. und 6. November revolutionäre Arbeiter- und Soldatenräte die Macht. Am 7. November folgten Wilhelmshaven, Bremerhaven, Rendsburg, Schleswig, Cuxhaven, Brunsbüttel, Schwerin, Rostock, Oldenburg, Lüneburg und Hannover dem Kieler Beispiel. Einen Tag später breitete sich die Revolution auch in Süddeutschland aus: Köln, Düsseldorf, Dresden, Leipzig, Frankfurt, München...

Diese Ereignisse trafen die Berliner Militär- und Staatsführung hart. Die Oberste Heeresleitung (OHL) war schon am 3. Oktober 1918 zurückgetreten und es wurde eine neue Reichsregierung unter dem Prinzen Max von Baden gebildet, der auch SPD-Bonzen angehörten. Wie wir bereits am Beispiel der Russischen Revolution sahen, war der Parteimarxismus der verschlagenste und gefährlichste Feind des revolutionären Räteystems geworden. Die deutsche Sozialdemokratie war seit 1914 offen in das Lager der Bourgeoisie übergewechselt. Seit Ausbruch der Novemberrevolution gab sie sich nach außen hin wieder proletarischer um die soziale Revolution abzuwürgen. Dabei erkannten die SPD-Bonzen, dass die Monarchie nicht mehr zu halten war. Der Obersozialdemokrat Friedrich Ebert drückte das am 7. November in den bekannten Worten aus: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja ich hasse sie wie die Sünde.“ Die Berliner ArbeiterInnen zwangen schließlich Kaiser Wilhelm zum Abtritt. Am 8. November riefen die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte und die Spartakusgruppe zum Generalstreik auf. Der 9. November war der Tag X für die Monarchie in Deutschland. Es kam zu einer riesigen Demonstration der ArbeiterInnen und Soldaten im Berliner Stadtzentrum. Weil die meisten Soldaten auf der Seite der Revolution standen, gab es nur wenige bewaffnete Auseinandersetzungen. Ab Mittag war Berlin in der Hand der RevolutionärInnen. Karl Liebknecht rief gegen 16. Uhr die „freie sozialistische Republik Deutschland“ aus. Doch auch die Sozialdemokratie blieb nicht untätig.

Am 9. November 1918 traten der Kaiser und der liberale Prinz von Baden ab. Der SPD-Vorsitzende Ebert wurde von diesen beiden Monarchisten beauftragt, eine Regierung zu bilden. Das tat er auch. Er nannte seine bürgerliche Regierung schön revolutionär klingend „Rat der Volksbeauftragten“. Diese Regierung bestand aus drei SPD- und drei USPD-Beauftragten. (Die USPD spaltete sich 1917 von der SPD ab, die RevolutionärInnen um Luxemburg und Liebknecht bildete deren linken Flügel und spalteten sich 1918 auf Grund der bürgerlichen Politik der USPD-Führung wieder ab. 1920 vereinigte sich der linke USPD-Flügel mit der KPD.) Viele ArbeiterInnen hatten damals noch Illusionen in die Sozialdemokratie, und glaubten jetzt sei die Zeit des „Sozialismus“ angebrochen. Doch die SPD wurde zum Bluthund des Kapitals. In den Novembertagen kam es zur Doppelherrschaft von ArbeiterInnenräten und dem bürgerlichen Staatsapparat. Die SPD-Bürokratie versuchte als bürgerliche Kraft, das Räteystem von innen her auszuhöhlen um es schließlich zu entmachten. Dabei half ihr sehr der alte Mythos von der „ArbeiterInnenpartei“. Ebert ließ seinen bürgerlichen Regierungsapparat von den ArbeiterInnenräten absegnen. Den Räten wurde nach und nach sämtlichen sozialen Einfluss genommen. Auf dem 1. Reichsrätekongress vom 16-24 Dezember 1918 in Berlin vollendete die Sozialdemokratie ihr Werk der Erdrosselung der Räte. Auf diesem Kongress überwogen Gewerkschafts- und ParteifunktionärInnen (195 Delegierte) sowie Intellektuelle und Freiberuflerinnen (71 Delegierte) gegenüber den ArbeiterInnen und Angestellte (179 Delegierte). Der gesamte Verlauf des Kongresses war in der Hand der SPD-Bürokratie. Vor dem Kongress demonstrierten 250.000 Menschen für den Sturz der Ebert-Regierung und die Errichtung eines Räteystems. Doch der Kongress selbst stimmte mit 344:99 Stimmen gegen einen USPD-Antrag zugunsten des Räteystems und für den demokratischen Parlamentarismus. Der „Reichsrätekongress“ hatte sich damit selbst entmachtet. Die bürgerlichen Parteibonzen konnten erleichtert aufatmen, das Gespenst des Kommunismus war für eine Zeitlang besiegt. Die KPD bildete sich als Ergebnis der Novemberrevolution. Die Spartakusgruppe war vorher Teil der sich 1917 gebildeten USPD, die sich in Opposition zur Kriegspartei SPD gebildet hatte. Doch das Verhalten der USPD-Führung war genauso opportunistisch – in Worten trat sie für das Räteystem ein aber in der Tat war sie nicht gewillt mit der SPD-Bürokratie zu brechen. Deshalb brachen die SpartakistInnen mit der USPD, „um eine neue, unabhängige

Partei aufzubauen, mit einem klaren Programm, einem festen Ziel, einer einheitlichen Taktik, höchster Entschluss- und Schlagkraft und größter revolutionärer Energie“ (Karl Liebknecht). Wir wissen bereits, dass die KPD diesen hohen Anspruch nicht erfüllte und auch nicht erfüllen konnte – denn eine „revolutionäre Partei“ ist ein Widerspruch in sich, wie Otto Rühle materialistisch nachwies. Wir wollen das an der organisationsegoistischen Politik der Münchner KPD während der Räterepublik nachweisen.

Wie wir bereits geschrieben haben, vollzog sich in München die Novemberrevolution am 7. November 1918. Die Rätebewegung stand in dieser Stadt unter starkem Einfluss des Unabhängigen Sozialdemokraten Kurt Eisner, sehr zum Leidwesen der sozialen Revolution. Denn dieser gehörte zum rechten Flügel der USPD und wollte die Räte mit der Demokratie aussöhnen – ein utopisches Unterfangen, der für die ArbeiterInnenklasse nur ein blutiger Alptraum werden konnte. Eisner zog also am 7. November mit einigen hundert DemonstrantInnen nach einer Kundgebung von der Theresienwiese zu den Kasernen. Es bedurfte keiner Gewalt, um die Soldaten für die Revolution zu gewinnen. Der sich noch in der Nacht bildende ArbeiterInnen- und Soldatenrat ernannte Eisner zum provisorischen Ministerpräsidenten von Bayern. Der SPD-Reformist Erhard Auer wurde Innenminister der „Revolutionsregierung“. Auer sah seine Aufgabe darin „das Schlimmste“ – d. h. die soziale Revolution und eine Diktatur des Proletariats – zu verhindern. Die bayrische SPD setzte wie überall auf den Parlamentarismus. Doch es entwickelte sich dagegen auch eine revolutionäre Opposition – der „Revolutionäre Arbeiterrat“ (RAR), in denen die kommunistischen Anarchisten Landauer und Mühsam starke Positionen innehatten.

Die Wahlen vom 13. 1. 1919 brachten den Sieg für die ultrareaktionäre „Bayrischen Volkspartei“ (BVP) und der sozialdemokratische Militärminister begann eine konterrevolutionäre „Volkswehr“ zu errichten. Doch Massenproteste der ArbeiterInnenklasse machten diese Pläne zunichte. Am 21. Februar 1919 wurde Kurt Eisner von Graf Arco Valley – der der deutsch-völkischen Thule-Gesellschaft nahe stand – ermordet. Nachdem der Anschlag bekannt wurde, stürmte Lindner, ein Mitglied des RAR in den Landtag und schoss auf den SPD-Boss Auer, den er für den Urheber des Attentates auf Eisner hielt. Auer wurde schwer verletzt, zwei Abgeordnete getötet. Als die Schüsse fielen, verließen die Abgeordneten fluchtartig das Parlament.

Durch den Mord an Eisner kam es zu einer großen revolutionären Welle in Bayern. Die Verfechter des Räteystems gerieten durch die Ereignisse wieder in die Offensive. Neue Bevölkerungsschichten wurden in der Rätebewegung aktiv. Der konterrevolutionären Sozialdemokratie war das natürlich ein Dorn im Auge. Der Sozialdemokrat Scheppenhorst begann in Nürnberg gegenrevolutionäre Truppen gegen die Rätebewegung zu formieren. Der Augsburger Arbeiter- und Soldatenrat forderte am 4. April 1919 in München die Ausrufung der Räterepublik. Die Sozialdemokratie versuchte wieder die alte Hinhaltetaktik –diesmal aber vergeblich. Am 5. April sprachen sich fast alle VertreterInnen revolutionärer Gruppen für die Ausrufung der Räterepublik aus –außer dem Münchner KPD-Vorsitzenden Eugen Levin, der sie als eine „Scheinräterepublik und eine Provokation der SPD“ bezeichnete. Er vertrat die Linie der Berliner Leitung der KPD, nach der „revolutionäre Abenteuer“ nur schaden würden. Aber die Rätebewegung ließ sich auch von der KPD-Bürokratie nicht hinhalten. Am 6. April besprachen USPD-VertreterInnen und AnarchistInnen die letzten Einzelheiten und am 7. wurde sie feierlich proklamiert. Der USPDler Ernst Toller wurde zum Vorsitzenden des Zentralrates gewählt, aber auch die Anarchisten Mühsam und Landauer nahmen wichtige Funktionen ein. Am 9. April 1919 verfasste Erich Mühsam folgenden Aufruf: „Bayern ist Räterepublik! Ohne Rücksicht auf die Streitigkeiten ihrer Führer hat sich die werktätige Bevölkerung im Willen zusammengeschlossen, den Sozialismus, den Kommunismus zu verwirklichen (...) Die Diktatur des Proletariats ist Tatsache! Eine Rote

Armee wird sofort gebildet! Die Verbindung mit Russland und Ungarn wird sofort aufgenommen! Die neue Gewalt wird so schnell wie möglich Neuwahlen der Betriebsräte auf revolutionärer Grundlage anordnen, auf denen von unten herauf sich das Rätensystem aufbauen soll.“ (Erich Mühsam, *Von Eisner bis Levine*, S. 63.) Doch auch die Gegenrevolution blieb nicht untätig. Scheppenhorst verhängte den Ausnahmezustand über Nordbayern.

Der kommunistische Anarchist Erich Mühsam beschrieb die Auswirkungen des parteikommunistischen Boykottes der Räterepublik: „Die Wirkungen des Fernbleibens der KPD wurden überall sichtbar. Der RAR, der bisher stets geschlossen gehandelt hatte, zersplitterte, da die KPD, die ihr angehörenden Mitglieder aufforderte, auszutreten. Ein Teil fügte sich nicht, so dass unter der Anhängerschaft der KPD selbst schwere Konflikte entstanden. Das war auch unter den Massen der Fall. Sehr viele Kommunisten bekannten, dass sie die Haltung der Partei missbilligten und traten aus oder handelten gegen die Weisung der Zentrale.“ (Erich Mühsam, a.a.O., S. 58.) Mühsam selbst versuchte die KPD dazu zu bewegen, ihre Haltung zu überdenken. Er hoffte auf die Betriebsrätewahlen. Doch diese Hoffnungen sollten sich als Illusionen erweisen. Die Versammlung der Betriebsräte sprach zwar am 11. 4. 1919 der Räterepublik das Vertrauen aus, aber die KPD blieb bei ihrer Boykothaltung. „Eine Minderheit seiner (gemeint ist Levine, Anmerkung des Autors) Parteigänger stimmte ihn zu, während die große Mehrheit ihren Willen zur Einigung nachdrücklich zu erkennen gab. Levine fand einen Helfer in der Person eines Berliner Kommunisten, der unter großer Unruhe die Einigung des Proletariats im Prinzip verwarf, solange sie nicht auf dem Boden der KPD stattfindet.“ (Erich Mühsam, a.a.O., S. 66.) Da haben wir also schon 1919 jenes bürokratische Sektierertum, den alle trotzkistischen und linkskommunistischen Weißwäscher des Leninismus „Stalinismus“ nennen. Doch damals kannte kaum ein deutscher Kommunist Stalins Namen...

Doch die KPD änderte doch noch ihre Haltung zur Münchener Räterepublik. Wolfgang Haug schrieb: „Am 12./13. 4. putschte eine Freiwilligen-Armee, die von der nach Bamberg ausgewichenen Regierung Hoffmann geschickt worden war. Ihr gelang es Mühsam und weitere 11 Mitglieder des Zentralrats zu verhaften, ehe sie von der KPD zurückgeschlagen werden konnten. Die KPD sah nun ihre Chance gekommen, die Macht an sich zu reißen und setzte die verbliebene alte Räteregierung ab. Lediglich Ernst Toller konnte sich in etwa halten und wechselte vom Vorsitzenden des Zentralrats zum Abschnittskommandeur der Roten Armee nach Dachau. Der Vorsatz der KPD, jetzt doch die Verantwortung zu übernehmen, verwundert angesichts ihrer eigenen Argumentation. Am 12. 4. war Augsburg abgefallen, über die Münchner Zustände wurden die abenteuerlichsten Gerüchte verbreitet und militärisch war München keineswegs zu halten. Die Bedingungen, die die KPD seit dem 7. 4. (1919) für ihr Fernbleiben angegeben hatte, hatten sich nicht verbessert. Im Gegenteil, die Berliner Regierung war jederzeit in der Lage München zu isolieren. Man konnte vielleicht über eine heroische Tat eine Tradition kommunistischer Revolutionsbetätigung in Deutschland begründen, deren Wirkung entscheidender sein konnte, als ihr aktueller Einfluss. Nur so lässt sich der aussichtslose Kampf erklären, zu dem sich die KPD entschloss. Diese 2. Phase der Räterepublik, die sich durch Geiselnahme, Sozialisierungsmaßnahmen und militärischen Kämpfen in Dachau deutlich von der 1. Phase unterschied, blieb jedoch ebenfalls nur episodenhaft.“ (Wolfgang Haug, *Erich Mühsam*, Trotsdem-Verlag, 1984, S. 54/55.) Dieses Verhalten der KPD-Zentrale war typisch für eine kleinbürgerlich-bürokratische Parteiführung und stand im Gegensatz zum selbstorganisierten proletarischen Klassenkampf. Nach der russischen Erfahrung belegt auch die Münchener Räterepublik eindeutig, dass das Rätensystem als potenzielle Diktatur des Proletariats weder mit der Demokratie noch mit „kommunistischer“ Parteiherrschaft zu versöhnen war.

Über die Niederschlagung der Münchener Räterepublik können wir in der Broschüre *Vom Freistaat zur Räterepublik* lesen: „Am 1. Mai 1919 drangen die ersten „Weißen Garden“ in München ein. Der Widerstand war gering. Nur ein Teil der „Roten Armee“ versuchte München noch zu verteidigen. Bis zum nächsten Tag war die Stadt weitgehend besetzt. Was nun folgte, waren Tage des „Weißen Terrors“. Er dürfte ungefähr 1000 Menschen den Tod gebracht haben. Zu den ersten Opfern der Terrorwelle gehörten Eglhofer und Landauer, die von Freikorpsangehörigen noch am 2. Mai ermordet wurden. Unzählige andere sollten folgen. Erst nach der Ermordung von 21 katholischen Gesellen, die nun auch die BVP auf den Plan riefen, endeten die schlimmsten Exzesstaten (bis heute gibt es trotzdem die Tendenz, diese Gräueltaten mit Hinweis auf den angeblichen „Roten Terror“ – gemeint ist der „Geiselmord“ im Luitpold-Gymnasium – zu entschuldigen. So wenig erträglich diese Geislerschießungen sind und waren, stehen sie doch in keinem Verhältnis zu der Mordlust der gegenrevolutionären Truppen). (Anmerkung von Nelke: Angesichts des „weißen Terrors“ kann die Erschießung von konterrevolutionären Geiseln eine notwendige Gegenmaßnahme sein. Und die Erschossenen waren eindeutig Konterrevolutionäre. Jeder Moralismus ist im Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution fehl am Platz. Allerdings bringt die Erschießung unbewaffneter Konterrevolutionäre auch die Gefahr eines bürokratischen Terrors mit sich. Dass die KPD in der zweiten Phase der Münchener Räterepublik ihre kurzzeitige Parteiherrschaft anstrebte, ist ebenfalls unbestreitbar. Parteidiktatur ist aber das Gegenteil von proletarischer Diktatur, der notwendigen Zwischenphase zur klassen- und staatenlosen Gesellschaft. Der bürokratische Terror der Parteidiktatur richtete sich in der UdSSR auch schon zu dieser Zeit gegen klassenkämpferische ProletarierInnen. Die Geislerschießungen durch die KPD während der Münchener Räterepublik sind also nicht so einfach zu bewerten.) Die im Juni 1919 folgende juristische Aufarbeitung der Räterepublik zeigte sich kaum weniger skandalös. Eugen Levin wurde mit Hilfe einer fragwürdigen Rechtskonstruktion zu Tode verurteilt und am 6. Juni hingerichtet. Erich Mühsam, ein Beispiel für viele, wurde zu 15 Jahren Festungshaft verurteilt. Für die Räterepublikaner wurde eine Gesamtstrafe von 135 Jahren und 2 Monaten ausgesprochen. (Zum Vergleich: die Verantwortlichen des Kapp-Putsches im März 1920 erhielten eine Gesamtstrafe von 5 Jahren!).

Das unter der Münchener Arbeiterbevölkerung angerichtete Blutbad, hatte auch den bislang der MSPD (das M steht für „Mehrheit“, der Rest ist der alte bürgerliche Parteiladen, Anmerkung von Nelke) verpflichteten ArbeiterInnen die letzten Illusionen geraubt. Die Gemeindewahlen im Juni 1919, und ebenso die Landtagswahlen ein Jahr später, brachten der MSPD eine vernichtende Niederlage, während die USPD ihre Stimmzahl vervierfachen konnte. Für eine Veränderung der Verhältnisse kam dieser Links-Ruck freilich zu spät. In Bayern hatten sich die antirepublikanischen und –demokratischen Kräfte mit Hilfe der Freikorps (und später der „Einwohnerwehren“) fest etabliert. Die MSPD war nach beiden Seiten isoliert: für die Linke war sie durch ihr Verhalten während der Räterepublik untragbar geworden, dem reaktionären Bürgertum galt sie weiterhin als Partei der „Novemberverbrecher“. Die USPD war trotz ihrer Erfolge im Agrarland Bayern nicht stark genug (und zu opportunistisch und reformistisch, Anmerkung von Nelke), um eine entscheidende politische Kraft sein zu können. (Anmerkung von Nelke: Keine Politik und keine Partei kann dem Proletariat nutzen.) Mit Hilfe der BVP wurde Bayern jene „Ordnungszelle“, die in den folgenden Jahren gegen das „rote Preußen“ und die Weimarer Republik Front machte.“ (*Vom Freistaat zur Räterepublik. Die Revolution von 1918/19 in München und Nürnberg*, herausgegeben von IDEAL –Initiative für Demokratische Alternativen e.V., S. 14/15.)

Die bewussten SozialrevolutionärInnen waren auch zwischen 1918 und 1923 eine Minderheit im Proletariat. Die real existierenden ArbeiterInnen und Soldatenräte, die sich bewusst und

spontan zugleich in der Novemberrevolution gebildet hatten, lösten sich selbst auf und überließen der konterrevolutionären institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung (SPD und Gewerkschaften) kampflos das Feld. Ihre proletarische Massenbasis gab sich mit der Transformation des Kaiserreiches in eine parlamentarische Demokratie zufrieden. Die deutschen ArbeiterInnen und Soldatenräte waren nur potenziell und tendenziell Organe einer proletarisch-revolutionären Selbstorganisation, aber materiell-praktisch blieben sie im Morast des reproduktiven Klassenkampfes stecken und verendeten dort. Die Mehrheit des Proletariats stellte sich nicht die bewusste Aufgabe der revolutionären Überwindung des Kapitalismus.

Beschäftigen wir uns noch ein wenig mit der proletarisch-revolutionären Minderheit und ihren Organisationen. Die KPD verließ ihren Gründungsparteitag als antiparlamentarische Kraft. Die jungen sozialrevolutionären ArbeiterInnen setzten ihre radikalen Positionen gegen alte linkssozialdemokratische BerufspolitikerInnen durch (unter ihnen Rosa Luxemburg), welche dem revolutionärem Proletariat eine weitere Reproduktion der alten Parlamentstaktik und die aktive Teilnahme an Wahlen zumuten wollten. Mit den revolutionären ArbeiterInnen stimmte auch der langjährige Sozialdemokrat Otto Rühle. Doch noch war in der KPD das revolutionäre Proletariat stärker als die objektiv kleinbürgerlich-bürokratische Parteiführung. Luxemburg und Liebknecht waren subjektiv ehrliche und kämpferische kleinbürgerliche Radikale, die während der bewaffneten Januarkämpfe 1919 in Berlin lieber an der Seite des revolutionären Proletariats starben, als sich selbst in Sicherheit zu bringen.

Ihre NachfolgerInnen waren wesentlich weniger revolutionär gesinnt, dafür aber bürokratisch-zentralistischer, wie die Internationale Kommunistische Strömung in einer Broschüre beschrieb: „Mittels eines Manövers gelang es der Führung der KPD, die Mehrheit der Linken im September 1919 auszuschließen. Diese Mehrheit hatte seit dem Gründungskongress der KPD (31. Dez. 1918, 1.1. 1919) die Linie vertreten: „Heraus aus den Gewerkschaften“. Militante Kommunisten vor allem in Bremen und Hamburg griffen die Büros der sozialdemokratischen Gewerkschaften um Legien an, nahmen deren Gelder mit und verteilten sie an arbeitslose Arbeiter. Als die ersten Unions (siehe über diese revolutionären Betriebsgruppen weiter unten, Anmerkung von Nelke) gebildet wurden, erhielten sie anfänglich Unterstützung von der Zentrale um Levi und Brandler. Auch sie unterstützten die Bildung von Unions bei den Eisenbahnern und den Landarbeitern. Die Betriebsorganisationen, die aus Arbeitern und revolutionären Delegierten zusammengesetzt waren, schlossen sich zusammen, um Unions zu bilden. Aber mit dem Niedergang der Revolution erschienen die Unions als Organe des politischen Kampfes, die die Erbschaft der Fabrikräte übernommen hatten. Im Laufe des Jahres 1919 waren sie in den Hauptbereichen der Arbeiterklasse weit verbreitet: bei den Bergleuten, auf den Werften, bei den Matrosen und im Metallbereich.

Vom Sommer 1919 an änderte die Zentrale um Levi und Brandler ihre Position von Grund auf, wobei politische Hintergedanken eine Rolle spielten. Sie wollten sich den Unabhängigen der USPD nähern, die die Opposition in den Gewerkschaften kontrollierten. (...) Während der nationalen Konferenz von Frankfurt im August 1919 sprach sich Levi sowohl für eine Arbeit in den Gewerkschaften als auch für eine Beteiligung am Parlament aus. Auf dem Oktoberkongress (dem sog. Heidelberger Kongress) trug Levi eine Resolution vor, obgleich diese vorher nicht in den Sektionen der Partei vor dem Kongress diskutiert worden war, in der der Ausschluss der Elemente vorgeschlagen wurde, die sich nicht an der Arbeit in den Gewerkschaften und am Parlament beteiligen wollten. Alle Prinzipien der Arbeiterdemokratie in der Partei verwerfend (jeder Bereich verfügte über eine Stimme unabhängig von ihrer Größe) und die Entscheidung der Konferenz von Frankfurt über Bord werfend, wurde der Zentrale das Recht zugestanden, die Linke auszuschließen. Und diese wurde dann, obwohl sie

in der KPD die Mehrheit darstellte, ausgeschlossen.“ (*Die deutsch-holländische Linke 1919-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Bewegung*, IKS-Broschüre, S. 3 / 4.)

Es ist eine Inkonsequenz der *Internationalen Kommunistischen Strömung*, dass sie den Begriff „ArbeiterInnen-demokratie“ positiv benutzt. Doch eine innerparteiliche Demokratie kann nur die Diktatur des bürgerlich-bürokratischen Apparates gegenüber der proletarischen Basis zum Ausdruck bringen. So war es auch in der KPD, welche auf Befehl Moskaus die proletarischen RevolutionärInnen herauszusüßern begann. Denn eine Partei kann niemals die Selbstorganisation von proletarischen RevolutionärInnen sein

Zuvor war in der holländischen KP (KPN) eine radikale gewerkschaftsfeindliche und antiparlamentarische Minderheit um Gorter und Pannekoek ausgeschlossen worden. Diese beiden wurden zu führenden Theoretikern des holländisch-deutschen Linkskommunismus (Pannekoek entwickelte sich schließlich zum Rätekommunisten weiter).

Die Ereignisse um den Kapp-Putsch vom 13. bis 17. März 1920 führten zur Gründung einer neuen Partei, welche radikaler als die KPD und ganz klar antiparlamentarisch und gewerkschaftsfeindlich eingestellt war. Die regierende Sozialdemokratie war wegen dem Versailler Friedensvertrag gezwungen gewesen, am 1. März 1920 zwei der berühmtesten Freikorps-Brigaden, die die proletarische Revolution im Januar 1919 im Auftrag von SPD-Noske niederschlugen, aufzulösen. Einer dieser besoldeten konterrevolutionären Mörder schrieb an Kapitän Erhardt: „Dieser Noske – wir haben für ihn alles getan. Bei der Parade in Wunsdorf hat er uns in die Augen geblickt und erklärt: „Ihr seid meine verlässlichsten Leute, ihr seid gekommen, um mir in meiner schwierigsten Stunde zu helfen, ihr habt in unserem geliebtem Vaterland die Ordnung wieder hergestellt. Ich werde Euch das nicht vergessen und auch immer für Euch da sein.“ Und dann wollte er unser Korps auflösen und uns auf die Straße werfen!“ (Zitiert nach *Generalstreik und Aufstand gegen den Kapp-Putsch in Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, eine SAV-Broschüre, Köln 1994, S. 19.) Doch die konterrevolutionären Kräfte ließen sich nicht einfach von der Sozialdemokratie benutzen und dann in die Wüste schicken. Am 10. März drohte der General von Lüttwitz von der Obersten Heeresleitung, dass er sich der Auflösung der Brigade Erhardt widersetzen werde. Noske erließ Haftbefehle gegen Kapp und seine Freunde. Doch sie wurden vorher von einem Polizisten gewarnt. Abends am 12. März ließ General von Lüttwitz die Marinebrigade Erhardt auf Berlin zu marschieren. In den frühen Morgenstunden des 13. März 1920 rückten sie in der Hauptstadt ein. Kapp ernannte sich zum Herrscher von Deutschland, ernannte General von Lüttwitz zum Oberbefehlshaber und verhängte ein Streikverbot.

Doch die ArbeiterInnenklasse wehrte sich in Form eines gewaltigen Massenstreiks von 12 Millionen Menschen. Selbst die sozialdemokratischen Partei- und GewerkschaftsbürokratInnen unterstützten die Generalstreiksforderungen – jetzt wo es ihnen selbst an den Kragen ging. Überall bildeten sich bewaffnete Einheiten, um den Putsch niederzuschlagen. Im Ruhrgebiet bildete sich eine Rote Ruhrarmee, die nicht nur gegen Kapp, sondern auch gegen die Weimarer Republik kämpfte. Als die Sozialdemokratie dank der ArbeiterInnenklasse ab dem 17. März 1920 wieder fest im Sattel saß, richtete sie ihr Terror wieder gegen die revolutionären ArbeiterInnen. Doch die KPD-Führung wertete die Sozialdemokratie auf, indem sie mit dieser eine Einheitsfront bildete. Das wäre nicht nötig gewesen um den Kapp-Putsch niederzuschlagen. Die kommunistischen ArbeiterInnen hätten sich auch an den Abwehraktionen beteiligen können, ohne der SPD das Vertrauen auszusprechen. Ja, es war die Pflicht von RevolutionärInnen vor der konterrevolutionären Sozialdemokratie zu warnen. Doch die Moskauhörige KPD-Führung um Brandler und Levi erklärten sich sogar gegenüber der SPD-Regierung loyal: „Die KPD sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluss von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen

für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.“ (Zentrale der KPD, *Rote Fahne*, 26. 3. 1920.)

Als ob die SPD keine bürgerlich-konterrevolutionäre Kraft gewesen wäre! Doch der Partei-„Kommunismus“ setzte schon unter Lenin und Trotzki auf Einheitsfronten mit der Sozialdemokratie, weil er selbst bürgerlich und sozialreaktionär war.

Die LinkskommunistInnen von der IKS schrieben: „Die Sozialdemokratie setzte unter Führung des Reichskommissar Severin, Mitglied der SPD, alle Mittel, die zu ihrer Verfügung standen, ein, darunter auch die Reichswehr. Ihr Ziel bestand darin, den Arbeiteraufstand an der Ruhr niederzuschlagen. Dieser „loyalen“ Opposition gegenüber dem Henker des deutschen Proletariats fügte die KPD einige Zeit später ein nationalistisches Element hinzu: Die Politik der Ebert-Regierung wurde als ein „Verbrechen gegen die ganze Nation“ bezeichnet. Das waren die ersten Anzeichen der Taktik „der Arbeiterregierung“ und „Einheitsfront“ mit der Sozialdemokratie die 1923 praktiziert wurde, des „Nationalbolschewismus“, der sie im gleichen Jahr dazu führte, mehr oder weniger mit Nazi-Elementen zusammenzuarbeiten. Um dieser opportunistischen Politik entgegenzutreten und als eine Partei der revolutionären Aktion zu wirken, wurde die KAPD (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Anmerkung von Nelke) gegründet. Diese begriff sich nicht als Opposition gegenüber der 3. Internationale. Im Gegenteil, sie betonte, dass der Spartakusbund (KPD) im Widerspruch zu der Linie der 3. Internationale stand. Die erste Handlung der KAPD, die einstimmig von dem Gründungskongress verabschiedet worden war, bestand darin, sofort die unmittelbare Zugehörigkeit zur 3. Internationale zu verkünden –und dies nicht erst zu fordern.“ (*Die deutsch-holländische Linke 1919-1933*, a.a.O., S. 7.)

Hier haben wir wieder die Inkonsequenz der IKS, welche die damaligen Inkonsequenzen der KAPD einfach reproduziert. Ja, die KAPD glaubte damals, dass die KPD im Widerspruch zur Kommunistischen Internationale handeln würde. Aber die Einheitsfrontpolitik mit der Sozialdemokratie wurde im Kreml, von Lenin und Trotzki, ausgetüftelt. Nicht die KPD, sondern die KAPD stand im Widerspruch zur Kommunistischen Internationale. Das wurde ihr auch im Laufe der Zeit selbst deutlich.

Die KAPD bestand aus drei Tendenzen. Die fortschrittlichste war die parteifeindliche Strömung um Otto Rühle und Franz Pfemfert. Pfemferts politisch-literarische Zeitschrift „Die Aktion“ nahm zuerst gegen den bürokratischen Zentralismus der KPD und später der KAPD Stellung. Die Basis der parteifeindlichen Strömung waren die Unionen. Über diese steht in der IKS-Broschüre über die deutsch-holländische Linke geschrieben: „Die Unionen, die 1920 über 80.000 Mitglieder verfügten, – diese Zahl stieg 1920 auf über 200.000 an – waren in die KAPD nicht aufgenommen worden, denn diese wollte eine strenge Trennung zwischen Partei und Fabrikorganisationen aufrechterhalten. Eine bestimmte „ouveristische“ Minderheit, die unter den Arbeitern in Sachsen sehr stark verbreitet war, aber auch unter den Intellektuellen wie Rühle, meinte, dass die Revolution keine Parteifrage sei. Sie verwarf die Notwendigkeit der politischen Partei des Proletariats und stellte sich gegen jede Zentralisierung einer Organisation. Stattdessen sprach sie sich für den Föderalismus oder gar für den Lokalismus aus.“ (*Die deutsch-holländische Linke 1919-1933*, a.a.O., S. 7.) Die parteifeindliche Strömung verließ die KAPD 1920/21.

Eine weitere Strömung in der KAPD war die nationalbolschewistische, deren soziale Hauptbasis sich in Hamburg befand. Ihre hauptsächlichen Vertreter waren Wolffheim und Laufenberg, die schon 1919 nationalbolschewistische Positionen bezogen. So behauptete diese nationalistische Tendenz: „Die nationale Idee hat aufgehört, ein Machtinstrument in den

Händen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse zu sein und wendet sich nun gegen sie. Die große Dialektik der Geschichte hat dazu geführt, dass die nationale Idee ein Machtinstrument des Proletariats gegen die Bourgeoisie ist.“ (Zitiert nach *Die deutsch-holländische Linke 1919-1933*, a.a.O., S. 7.)

Die soziale Organisation, die sich die Klasse in ihrem Kampf gegen die Klassengesellschaft gab, verklärte der Nationalbolschewismus so: „Die Betriebsräte werden zum Element der nationalen Sammlung, der nationalen Organisationen, des nationalen Zusammenschlusses, weil sie das Grundelement, die Urzelle des Sozialismus sind.“ (E. Schüdenkopf, *Nationalbolschewismus in Deutschland*, Frankfurt, 1972, S. 73.) Diese nationalistische Strömung war eine große Gefahr für die ArbeiterInnenklasse. Der Nationalbolschewismus nahm gegen den jüdischen KPD-Vorsitzenden Levi eine offen judenfeindliche Haltung ein: „Weil Levi ein Jude ist, spielt er die Karte des jüdischen Finanzkapitals.“ Die übrige KAPD kritisierte diese Tendenz des Nationalbolschewismus stark. Pannekoek forderte den Ausschluss der NationalistInnen aus der Partei. Die KAPD schloss auf ihrem Berliner Kongress vom 1-4. 1920 alle NationalbolschewistInnen aus.

Die KAPD wurde von der Berliner Tendenz dominiert. „Diese Tendenz war innerhalb der Opposition die größte (gemeint ist die linke Opposition gegen die KPD-Führung, Anmerkung des Autors) und auch später in der KAPD. Sie war nicht auf Berlin beschränkt. Von Intellektuellen wie Schröder, Schwab und Reichenbach angeführt, die alle aus dem Milieu sozialistischer Studenten kamen – und Arbeitern, die ausgezeichnete Organisatoren waren wie Emil Sachs, Adam Scharrer und Jan Appell, war sie streng zentralisiert. Aus ihrer Sicht waren die Unionen nur ein Ableger der Partei, und deswegen verwarfen sie jede Form des revolutionären Syndikalismus und mehr noch den anarchisierenden Föderalismus.“ (*Die deutsch-holländische Linke 1919-1933*, a.a.O., S. 8.)

An den Formulierungen ist sichtbar auf welcher Seite die LinkskommunistInnen von der IKS stehen. Wir geben allerdings zu Bedenken, dass der Föderalismus nicht auf den Anarchismus beschränkt werden darf. Auch wir nachanarchistischen und nachmarxistischen KommunistInnen bekennen uns zum Föderalismus als Organisationsprinzip.

Die KAPD entwickelte sich zu einer antiparlamentarischen und gewerkschaftsfeindlichen Partei. Aber die Führung der Kommunistischen Arbeiterpartei durch Intellektuelle zeigt deutlich, dass sie doch stark von den Merkmalen der alten Arbeiterbewegung geprägt war. Nach ihrer Trennung von der Kommunistischen Internationale versuchte Gorter künstlich eine Kommunistische Arbeiterinternationale aufzubauen. Diese Versuche schlugen fehl. Die KAPD spaltete sich und wurde zur Sekte.

Für den revolutionären Kampf in den Betrieben entwickelten sich die Industrieunionen, die zuerst mit den militanten KommunistInnen innerhalb der KPD und dann mit der KAPD verbunden waren. Einige RätekommunistInnen in den Unionen (unter ihnen Otto Rühle) brachen mit der Partei als Organisationsform und der KAPD. Diese Revolutionäre spalteten sich von der mit der KAPD verbundenen Unionen, der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands (AAUD), ab und gründeten die AAUD-E (Einheitsorganisation). Nach dem Abebben der revolutionären Nachkriegswelle verloren aber die Unionen ihren Masseneinfluss.

Die *Allgemeine Arbeiter-Union, Einheitsorganisation* wurde von Rühle 1924 als Klassenkampforganisation, die in sich die Trennung von politischen Organisationen (Parteien) und wirtschaftlichen (Gewerkschaften) schon aufhob, angesehen. Die damalige sozialrevolutionäre Minderheit verstand sich damals noch nicht bewusst als antipolitisch, aber mit seinem Antiparlamentarismus und seiner Parteienfeindlichkeit hatte auch der damalige Rätekommunismus schon stark ausgeprägte antipolitische Tendenzen. Auch war er bereits gewerkschaftsfeindlich. Rühle stellte der AAUE die Aufgabe, die Gewerkschaften

revolutionär zu zerschlagen. Diese Aufgabe konnte die AAUE natürlich objektiv nicht erfüllen. Als eine kleine Gruppe der auf Grund der Niederlagen der revolutionären Nachkriegskrise dahin schmelzenden revolutionären Minderheit, war ihr dies unmöglich. Außerdem können von den Gruppen der revolutionären Minderheit „nur“ die Notwendigkeit der Zerschlagung der Gewerkschaften als Teil des kapitalistischen Systems betont werden, aber deren materiell-praktische Durchführung ist die Aufgabe der Organe der proletarisch-revolutionären Selbstorganisation, die im revolutionären Klassenkampf spontan und bewusst zugleich entstehen. 1924, als Rühle die Aufgabe der revolutionären Zerschlagung der Gewerkschaften formulierte, gab es in Deutschland keine Organe der proletarisch-revolutionären Selbstorganisation mehr. Aber die grundsätzliche Orientierung Rühles auf die revolutionäre Zerschlagung der Gewerkschaften war und ist natürlich richtig. Diese Orientierung ist mit der sozialreaktionären Entwicklung auch des deutschen „Anarcho“-Syndikalismus noch notwendiger geworden.

Schauen wir uns die opportunistische Anpassung des deutschen Anarchosyndikalismus an Tarifsystem und Betriebsräte der Weimarer Republik etwas genauer an. Die im Jahre 1919 gegründete *Freie Arbeiter Union Deutschlands* (FAUD) war anfangs ein Kind der revolutionären Nachkriegskrise. Sie war eindeutig gegen das Tarifsystem und die Betriebsdemokratie (Betriebsräte) eingestellt. Aber eine „revolutionäre Gewerkschaft“ war sie natürlich deshalb auch nicht. Sie war objektiv eine radikalreformistische Organisation, welche zwar subjektiv eine soziale Revolution anstrebte, aber eben nicht in der Lage war den theoretischen und organisatorischen Anforderungen der sozialen Revolution zu entsprechen. Das hätte ein Bruch mit der Gewerkschaftsorganisation und auch mit einigen anarcho-idealistischen Prinzipien (z.B. Pazifismus) und die notwendige Anerkennung der revolutionären Diktatur des Proletariats erfordert. Weil die FAUD als anarchosyndikalistische Gewerkschaft dazu strukturell nicht in der Lage war, bildete sie mit den marxistischen Parteien (einschließlich der ebenfalls subjektiv-ehrlichen KAPD) ein ernsthaftes Hindernis bei der weiteren Radikalisierung sozialrevolutionärer ArbeiterInnen. Da wo anarchosyndikalistische ArbeiterInnen eine große Rolle in den Klassenkämpfen spielten, zum Beispiel im Ruhrgebiet während der Roten Ruhrarmee, gerieten sie bald mit der pazifistischen Ideologie-Produktion der Berliner FAUD aneinander.

Für jede wirkliche sozialrevolutionäre Gruppe ist das Abflauen von revolutionären Situationen und die vorübergehende Stabilisierung des Kapitalismus eine schwere Prüfung. Jetzt muss es sich erweisen, ob der subjektiv behauptete revolutionäre Charakter auch objektiv existiert. Die FAUD bestand diese Probe nicht. Mit Ende der revolutionären Nachkriegskrise wendete sie sich nach und nach dem traditionellen Gewerkschaftsreformismus zu, was ein positives Bekenntnis zum Tarifsystem und Betriebsratswahlen beinhaltet. Durch diese opportunistische Anpassung an die nichtrevolutionären Verhältnisse entlarvte die FAUD ihre vorherigen radikalen Parolen als ebenso opportunistische Anpassung an die revolutionäre Situation. Dieser Opportunismus mag subjektiv ehrlich gemeint gewesen sein, objektiv sind solche „revolutionären Gewerkschaften“ das gefährlichste Gift für die soziale Revolution.

Dieser offene Gewerkschaftsreformismus der FAUD zeigte schon bald in einigen Regionen deutlich seine reaktionären Tendenzen, wie auch heutige anarchosyndikalistische IdeologInnen zugeben müssen: „Im thüringischen Sömmerda mussten die syndikalistischen Betriebsräte bei Rheinmetall, welche schon Anfang der 20-er Jahre tätig waren, dagegen viele Zugeständnisse machen. Ende des Jahres 1924 wurden in den elfköpfigen Betriebsrat 8 Syndikalisten gewählt. Sie durften jedoch nur die zu entlassenden KollegInnen bestimmen und verhielten sich bei Protesten gegen Abzüge aufgrund von Akkordberechnungsfehlern passiv und traten Streikabsichten entgegen. Ähnlich ernüchternde Erfahrungen wurden aus

Oberschlesien vermeldet. Hier seien syndikalistische Betriebsräte gar die Ursache für den örtlichen Mitgliederrückgang gewesen. Sie wurden zu Gegnern der direkten Aktion und erklärten der FAUD auf Nachfragen hin, dass sie ja schließlich nicht nur von syndikalistischen Betriebsangehörigen gewählt worden wären und daher der Gewerkschaft keine Rechenschaft darüber schuldig seien, ob ihre Handlungen nun syndikalistisch waren oder nicht.“ (H. Döhring, *Syndikalismus nach 1945*, in: FAU Bremen (Hg.), *Syndikalismus. Geschichte und Perspektiven*, S. 20.)

Diese Beispiele zeigen deutlich wie Recht wir damit haben, die anarchosyndikalistischen Gewerkschaften als Teil der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung anzusehen. KPD, SPD und FAUD entwaffneten durch ihren Reformismus und sektiererischen Organisations-Egoismus die ArbeiterInnen gegen die demokratische und nationalsozialistische Konterrevolution. Die Stärke der Nazis, welche hauptsächlich aus ruinierten bzw. sozial gefährdeten KleinbürgerInnen, staatlich dienenden Lohnabhängigen und asozialen Elementen bestanden, war die Schwäche der proletarischen Selbstorganisation, die wiederum durch die bürokratische und reformistische Verknöcherung der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung – einschließlich der FAUD – gefestigt wurde. Diese reformistische Politik ihrer Organisationen mussten nicht wenige SozialdemokratInnen, ParteikommunistInnen und AnarchosyndikalistInnen während der Nazi-Zeit mit ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit und ihrem Leben bezahlen.

Hitler wurde der Weg zur politischen Macht durch die bürgerliche Konterrevolution gegen das revolutionäre Proletariat bereits in den Jahren zwischen 1918 und 1923 gelegt. Die revolutionären ArbeiterInnen waren in dieser Zeit zu schwach um den Kapitalismus aufzuheben. Wie wir dargelegt haben, wurde die deutsche Bourgeoisie nicht nur direkt von der Sozialdemokratie unterstützt, sondern sie bekam auch indirekte Hilfe aus Moskau und von der KPD. Doch der bürgerlichen Konterrevolution gegen das Proletariat folgte einer innerbürgerlichen Reaktion gegen die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung. Nach dem Willen großer Teile der Bourgeoisie sollte die KPD als legale kleinbürgerlich-radikale Kraft ausgeschaltet und die Sozialdemokratie ihren Status als großbürgerliche politische Strömung verlieren. SPD und KPD, die gegen das revolutionäre Proletariat Parlamentarismus und wirtschaftliches Tarifsysteem verteidigten, sollten nun mit Parlamentarismus und Gewerkschaften zur Hölle fahren. Nachdem sich die deutsche herrschende kapitalistische Klasse bisher auch hinter Parlamentarismus und Gewerkschaften gegen das Proletariat verschanzte, war es nun bereit die Waffen zu tauschen. Die Nazis sollten nicht nur Bluthunde gegen das Proletariat sein, sondern auch die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung tot beißen.

Die Sozialdemokratie und der Partei-„Kommunismus“ waren unfähig sich gegen diese innerbürgerliche Reaktion zu verteidigen. SPD und KPD organisierten die kampflose Niederlage des deutschen Proletariats von 1933. Sie spalteten es im Interesse ihrer Parteipolitik. Allerdings muss auch gesagt werden: Das Proletariat ließ sich spalten.

Die Sozialdemokratie verließ sich ganz auf ihren parlamentarischen Legalismus, doch dieser wurde von der Bourgeoisie in die faschistische Legalität transformiert, was künftige Illegalität für die SPD hieß. Doch große Teile des Proletariats vertrauten dem parlamentarischen Legalismus, mit dem sich jedoch nicht die Nazis bekämpfen ließen. Die SPD tolerierte am Ende der Weimarer Republik die Brüning-Regierung, welche einen harten Sparkurs gegen Proletariat und KleinbürgerInnentum durchsetzte und hinter den Kulissen versuchte mit Hitler handelseinig zu werden. Bei den Reichspräsidentenwahlen 1932 unterstützte die Sozialdemokratie Hindenburg als angeblicher Alternative zu Hitler. Doch Reichspräsident Hindenburg ernannte Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler. Auch war die SPD wesentlich antikommunistischer als antifaschistisch.

Die KPD gefiel sich im Verbalradikalismus, der jedoch nur ihren sozialreaktionären Charakter verbarg. Sie trat offensiv für ein staatskapitalistisches „Sowjetdeutschland“ ein. Doch dieses „Sowjetdeutschland“ konnte die KPD allein auf sich gestellt objektiv nicht erkämpfen. Nur durch den sowjetischen Imperialismus konnte ihr reaktionärer Traum in Ostdeutschland für 40 Jahre Wirklichkeit werden. Wenn die KPD damals kein „Sowjetdeutschland“ erkämpfen konnte, was hätte sie dann tun sollen? Zum revolutionären Kampf für eine klassenlose Gesellschaft war sie strukturell als kleinbürgerlich-bürokratische Partei am Rockzipfel der staatskapitalistischen UdSSR nicht fähig. Die Antwort des Antifaschismus ist klar: Die KPD hätte mit der SPD zusammen die Weimarer Republik gegen die Nazis verteidigen müssen. Doch die KPD lehnte diese Einheitsfrontpolitik mit der Sozialdemokratie ab und bezeichnete diese als „sozialfaschistisch“. Alles nur Verbalradikalismus, hinter dem sie ihre strukturelle Unfähigkeit verbarg, die Demokratie revolutionär zu kritisieren. Selbstverständlich beruhte auch die KPD-Politik auf Parlamentarismus und Gewerkschaftsreformismus. Letztere schwankte zwischen Opposition innerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und den Aufbau parteieigener Gewerkschaftsverbänden, der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO). Der heutige linke Mainstream-Antifaschismus sieht die politische Spaltung des Proletariats im damaligen Deutschland nicht als dessen soziale Entmündigung gegenüber bürgerlich-bürokratischen Parteiapparaten an. Für ihn ist es stattdessen ein Problem, dass diese Entmündigung nicht effektiver durch eine antifaschistische Einheitsfront ausgeübt wurde. Die meisten AntifaschistInnen sehen die Volksfront-Politik der 1930er Jahre durch Moskau und ihre hörigen „kommunistischen“ Werkzeuge als richtig an. Die Demokratie gegen den Faschismus verteidigen! Doch die Demokratie transformierte sich 1933 ganz legal in den Faschismus. Um den Faschismus zu verhindern, hätte das Proletariat in Deutschland gegen den Kapitalismus kämpfen müssen. Doch Kampf gegen den Kapitalismus hieß und heißt auch Kampf gegen Demokratie und institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung. Dazu war das Proletariat 1933 in Deutschland nicht fähig, weil dessen revolutionärer Anlauf von Demokratie und institutionalisierter ArbeiterInnenbewegung in Blut und Demagogie erstickt wurde. Ein Proletariat, welches einer siegreichen bürgerlichen Konterrevolution erliegt, ist dazu unfähig eine dieser folgenden innerbürgerlichen Reaktion zu verhindern. Alle historischen Erfahrungen belegen dies leider. Die Behauptung des Antifaschismus, dass eine Einheitsfront zwischen SPD und KPD die Machtübertragung der Bourgeoisie möglicherweise an Hitler verhindert hätte, ist ein Tagtraum. Nur der selbstorganisierte proletarische Klassenkampf gegen den Kapitalismus – ohne und gegen die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung – hätte den Faschismus möglicherweise verhindern können. Doch zu diesem Kampf war das Proletariat in Deutschland nach seinen vorherigen Niederlagen objektiv und subjektiv nicht fähig. Die Nazis konnten die Weimarer Republik 1933 durch eine innerbürgerliche Reaktion zerstören, weil dem Proletariat zwischen 1918 und 1923 nicht deren revolutionäre Zerschlagung gelang. Auch eine antifaschistische Einheitsfront zwischen SPD und KPD hätte höchstwahrscheinlich Hitler nicht aufhalten können. Die weiter oben beschriebene Erfahrung der Volksfront-Politik in Spanien belegt dies eindeutig. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Haltung des Trotzismus, welcher die Volksfront-Politik inkonsequent kritisierte, aber davor in Deutschland eine antifaschistische Einheitsfront zwischen KPD und SPD gefordert hatte. Nach der trotzkistischen Orthodoxie ist eine Einheitsfront ein Bündnis zwischen „ArbeiterInnenparteien“, also zwischen SPD und KPD, aber eine böse „stalinistische“ Volksfront schließt auch „bürgerliche“ Parteien ein! Nach der materialistischen Analyse sind natürlich alle politischen Parteien bürgerlich und es kann nur zwischen groß- und kleinbürgerlichen politischen Strömungen unterschieden werden. Eine reale Einheitsfront der realen Parteien SPD und KPD wäre nur Teil der

sozialreaktionären Kräfte gegen das Proletariat gewesen. Wie wir weiter oben darlegten, war die SPD im Rahmen des demokratischen Parlamentarismus zu einer großbürgerlichen Kraft geworden. Mit der KPD hätte sie sich nur auf der Basis der Demokratieverteidigung verbündet. Von ihrem sozialen Charakter her wäre diese Einheitsfront also nichts anderes als eine Volksfront gewesen...

Der ADGB hat bei der kampflosen Kapitulation des Proletariats gegenüber den Nazis die ekelhafteste Rolle gespielt. Er verzichtete während der Weltwirtschaftskrise ab 1929 größtenteils auf Streiks. Auch der rot gefärbte und sich radikal gebärdende Gewerkschaftsreformismus der KPD konnte nicht die große Masse des Proletariats aktivieren. Die vorhergehenden tiefen Niederlagen, das Krisenelend und die eigenen parlamentarischen und gewerkschaftsreformistischen Illusionen lähmten das Proletariat gegen die kapitalistische Krisenlösung, den Faschismus.

Als die deutsche Bourgeoisie 1933 mehrheitlich auf Hitler setzte und ihn zu ihrem obersten Mordbuben und Folterknecht ernannten, verzichtete sie während des Nationalsozialismus im Interesse einer profitablen imperialistischen Expansion halbfreiwillig auf ökonomische und politische Freiheiten. Auf ihre Tarifautonomie, mit den Einzelgewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) die Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen auszuhandeln, verzichtete die Bourgeoisie allerdings sehr gerne.

Dem ADGB fiel der Verzicht auf die Tarifautonomie schon etwas schwerer, bedeutete er doch seine organisatorische Zerschlagung. Die Art und Weise, wie sich der ADGB gegen seine eigene Vernichtung zu „wehren“ versuchte, war allerdings sehr charakteristisch. Stützte er sich in dieser existenziellen Gefahr wenigstens teilweise auf den Klassenkampf der ArbeiterInnen? Pustekuchen! Gemeinsam mit der SPD hielt er die ArbeiterInnen von Aktionen zurück und biederte sich nach der Machtübergabe an die Nazis zuerst beim Reichspräsidenten Hindenburg an und forderte Polizeischutz gegen die Nazi-Terrorbanden SS und SA. Den Polizeischutz bekamen natürlich nicht die ArbeiterInnen und Gewerkschaftsbonzen, sondern die Nazis. Bullen und deklassierte Nazi-Schlägerbanden griffen zum Beispiel Ende Februar gemeinsam das „Heim der freien Gewerkschaften“ in Bitterfeld an.

Die Anbiederung an Hindenburg half also nichts. Also krochen die ADGB-Bonzen vor Hitler. In einem Brief an Hitler vom 21. März 1933 erläuterte der Vorstand des ADGB Leipart noch mal die Verdienste der Gewerkschaften für Nation und Kapital sowie die Bereitschaft sich auch in das Nazi-Regime integrieren zu lassen: „Durch die Anerkennung und Inanspruchnahme des staatlichen Schlichtungswesens haben die Gewerkschaften gezeigt, dass sie das Recht des Staates anerkennen, in die Auseinandersetzungen zwischen organisierter Arbeiterschaft und Unternehmertum einzugreifen, wenn das Allgemeininteresse es erforderlich macht.

Die Gewerkschaften haben der freiwilligen Vereinbarung mit den Unternehmern stets den Vorzug vor Zwangstarifen gegeben und halten auch weiterhin an dieser Auffassung fest. Sie sind durchaus bereit, auf diesem Wege im Sinne einer Selbstverwaltung der Wirtschaft auch im Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus dauernd mit den Unternehmerorganisationen zusammenzuwirken. Eine staatliche Aufsicht über solche Gemeinschaftsarbeit der freien Organisationen der Wirtschaft könnte ihr unter Umständen durchaus förderlich sein, ihren Wert erhöhen und ihre Durchführung erleichtern.

Die Gewerkschaften beanspruchen nicht, auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken.“ (Zitiert nach *ADGB: Kompromissbereit bis zur Selbstaufgabe*, in der SAV-Broschüre *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Köln 1994, S. 36.)

Die Gewerkschaftsbonzen versuchten auch den Nazis zu beweisen, dass sie glühende NationalistInnen waren, was ja durchaus der Wirklichkeit entsprach. So hieß es auf einer

Sitzung des Bundesausschusses des ADGB am 5. April: „Die Gewerkschaften sind des Glaubens, dass jede deutsche Regierung die nationale Wirksamkeit der Gewerkschaften anerkennen müsste, auf die wir unser Stolz setzen. Ihre Geschichte ist die Mobilmachung bisher unentschlossener deutscher Volkskräfte für den Aufbau einer sozialen Lebensordnung, der die geistigen und rechtlichen Grundlagen schuf für die innere Geschlossenheit der Nation. Der Wert dieser nationalen Erziehungsarbeit trat besonders in Erscheinung in den schicksalsschweren Zeiten des Weltkrieges. (...) Die Gewerkschaften glauben daher, ein Anrecht darauf zu haben, dass ihre geschichtliche Leistung gerade von der Regierung anerkannt wird, die sich das große und auch von den Gewerkschaften anerkannte Ziel setzt, die innere und äußere Freiheit der Nation auf die schöpferischen Kräfte des ganzen Volkes zu gründen.“ (Ebenda.)

Die FunktionärInnen des ADGB erkannten richtig, dass die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“, nicht im totalen Gegensatz zur bisherigen demokratischen „Sozialpartnerschaft“ der Weimarer Republik stand, sondern erste eine reaktionäre Weiterentwicklung der letzteren darstellte. Auch den Verweis auf die konstruktive Rolle, welche die Gewerkschaften (gemeinsam mit der SPD) im Ersten Weltkrieg durch ihre Burgfriedenspolitik mit den KriegstreiberInnen in Wirtschaft und Politik spielten, war aus der Logik des Gewerkschaftsreformismus heraus durchaus taktisch nicht unklug. Die ADGB-BürokratInnen gaben den Nazis zu verstehen: Mit uns ist auch ein weiteres Kriegsabenteuer möglich. Einen Vorgeschmack darauf, was mit ihnen alles möglich gewesen wäre, gaben sie am Ersten Mai, den von den Nazis umfunktionierten „gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit“. Sie marschierten unter Hakenkreuzfahnen auf und gaben zum letzten Mal vor 1945 der Welt ein Beispiel für deutsche gewerkschaftliche Konstruktivität. Doch die Nazis zeigten sich am 2. Mai 1933 recht destruktiv und zerschlugen den ADGB. Wir sind uns ziemlich sicher, dass wenn die Nazis anders gehandelt hätten, der ADGB ein konstruktiver Teil der „Volksgemeinschaft“ geworden wäre...

Doch die Nazis waren nun mal die konsequenteste Kraft der deutschen Reaktion und wollten auch die selbst gewählte „Unfreiheit“ von einst „freien“ Gewerkschaften nicht akzeptieren. Die ehemaligen TrägerInnen der demokratischen „Sozialpartnerschaft“ durften nicht zu den zukünftigen Subjekten der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ –trotz aller offensichtlichen Parallelen – werden. Diese Funktion wurde am 10. Mai 1933 der Deutschen Arbeitsfront (DAF) übertragen.

Schon in den Jahren zwischen 1934 und 1936 zeigte es sich, dass durch den Nazi-Terror die institutionalisierte deutsche ArbeiterInnenbewegung zwar weitgehend zerschlagen wurde, aber die proletarische Selbstorganisation im Klassenkampf auch durch die größte Terroroffensive nicht auszuschalten war. So kam es immer wieder zu kurzen Streiks gegen Lohnabbau, Neueinführung von Akkordarbeit in bestimmte Bereiche der Wirtschaft, die mörderische Steigerung der Arbeitsintensität und die krankmachenden Arbeitsbedingungen. Aus Lageberichten der Gestapo kann herausgelesen werden, dass sich das Proletariat in Form von Arbeitsniederlegungen, Arbeitsverweigerung und passiven Widerstand zu Wehr setzte. So streikten in den Chemnitzer Wanderwerken 6000 Arbeiter für höheren Lohn. Auch die 3000 Arbeiter der NSU-Werke in Neckarsulm legten für vier Tage gegen die beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung die Arbeit nieder. Auf den U-Bootwerften von Vegesack ging ein Streik in bewaffnete Kämpfe mit den faschistischen Bullen über. Auch das offizielle staatliche Beschäftigungsprogramm mittels des Arbeitsdienstes wurde durch proletarische Aufsässigkeit blockiert. So mussten die Nazis zahlreiche Arbeitsdienstlager schließen, weil es zu Arbeitsniederlegungen, Aufkündigungen des Gehorsams und „offener Meuterei“ kam. Doch der proletarische Klassenkampf konnte im Nazi-Terror erstickt werden. Neben solchen offensichtlichen Klassenkämpfen, gab es auch den versteckten alltäglichen Widerstand in der

Produktionssphäre. 1936 nahmen die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und ArbeiterInnen noch zu. So vermerkte ein Lagebericht der Gestapo vom September 1936, dass „im Jahre 1936 ein noch größeres Ausmaß von Streiks und streikähnlichen Aussetzungen stattgefunden habe als in den Jahren 1933/34.“ (E. Paterna, W. Fischer, K. Gossweiler, G. Markus, K. Pätzold, *Deutschland 1933-1939. Lehrbuch der Deutschen Geschichte*, Band II, Berlin 1969, S. 35ff.)

Die Zunahme des Klassenkampfes hing auch damit zusammen, dass im Jahre 1936 die Arbeitslosenquote wieder auf den Vorkrisenstand sank. In den wichtigsten Rüstungsbetrieben entwickelte sich ein Arbeitskräftemangel, besonders an qualifizierten Facharbeitern. Durch die Einführung eines zweijährigen Militärdienstes verschärfte sich noch die Situation. Allein in der Flugzeugindustrie war ein Mangel an 50 000 Metallarbeitern entstanden. Der Arbeitskräftemangel zwang der herrschenden kapitalistischen Klasse Deutschlands Konzessionen gegenüber dem Proletariat ab. Die staatsbürokratische Kontrolle der Preise und Löhne wurde erschüttert, was wiederum die ArbeiterInnen für sich nutzten. Die Rüstungsindustrie zahlte, um den Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken, höhere Löhne und schlug die Lohnerhöhung auf die Preise. Das konnte sich die Rüstungsindustrie leisten, weil sie gegenüber dem Nazi-Staat eine Monopolposition innehatte. Durch die relativ hohen Löhne strebten die ArbeiterInnen anderer Wirtschaftsbereiche in die Rüstungsindustrie, was zu einer gewissen Desintegration der nationalen Wirtschaft führte. Das im August 1936 vom Reichsarbeitsministerium herausgegebene Memorandum wurde die Lohnerhöhung in der Rüstungsindustrie so beschrieben: „Die entscheidende Methode Arbeiter wegzulocken, ist das Angebot übermäßig hoher Löhne (...). Das Ausmaß der Lohnsteigerungen ist beachtlich, es werden sogar Sätze vom Dreifachen des Tarifminimums bezahlt, wozu noch Überstundenverdienste für einen Arbeitstag von bis zu vierzehn Stunden kommen. Diese übermäßigen Löhne sind besonders verbreitet in Industrien, die öffentliche Aufträge ausführen (...). Die oben aufgezeigten Umstände haben eine äußerst schädliche Wirkung auf das Zugehörigkeitsgefühl des Arbeiters zu seiner Firma und auf die Arbeitsmoral. Die hohe und unkontrollierte Umschichtung der Arbeitskräfte ruft Unruhe in den Werkstätten hervor. In vielen Fällen verlassen Arbeiter ihre Beschäftigungen, ohne darüber Bescheid zu geben, und brechen damit ihre Arbeitsverträge oder sie zwingen ihre Arbeitgeber durch disziplineloses Verhalten oder durch geringen Arbeitseinsatz, sie zu entlassen. Streikversuche derjenigen Arbeiter, die die günstigste Position auf dem Arbeitsmarkt hatten, mit dem Ziel, weitere Lohnsteigerungen zu bekommen, sind jetzt bedauernswerter Weise kein außergewöhnliches Vorkommnis mehr. Die Landflucht – die Strömung der Landarbeiter in besser bezahlte Beschäftigungen, besonders in der Bauindustrie – wird durch diese Entwicklungen ebenfalls gefördert.“ (Zitiert nach T. W. Mason, *Labour in the Third Reich 1933-1939*, in : Past and Present. A Journal of Historical Studies, Jg. 1966, Nr. 33, hier zitiert nach einer hektographiert vorliegenden deutschen Übersetzung von J. Kuhfuss, S. 21 f.)

1937/1938 kam es immer wieder zu Arbeitsniederlegungen für höhere Löhne. So streikten zum Beispiel die ArbeiterInnen in einem Berliner Metall-Großunternehmen einen Tag – und das mit Erfolg: die Kürzung der Prämienzuschläge musste zurück genommen werden. Langsam arbeiten war die Form des Klassenkampfes auf den norddeutschen Werften. Die Parole war: „Arbeitet ruhig und gediegen, was nicht fertig wird, bleibt liegen!“ Durch diese Form des proletarischen Widerstandes wurden die von Reichsrüstungsrat geforderten Ablieferungstermine herausgezögert. Auf den Werften in Bremen, versuchte die Gestapo durch Terrormaßnahmen wie Massenverhaftungen die Disziplin am Arbeitsplatz wieder herzustellen. Ein regierungsamtlicher Bericht kündete vom wachsenden Widerstand der niedersächsischen Bauarbeiter: „In zunehmenden Maße und mit wachsender Geschlossenheit stellen die Mitglieder der Gefolgschaft Forderungen nach höheren Löhnen, von deren

Erfüllung sie den Beginn der Arbeit abhängig machen. Diese Erscheinung hat sich schon von den Ingenieuren und Facharbeitern auf andere Teile der Arbeiterschaft ausgebreitet. Daher erklärten die Arbeiter, die aus Schlesien hierher gebracht worden waren, um einen Kanal für die Hermann Göring Werke zu bauen, dass sie nicht für einen Stundenlohn von 52 Pfennige arbeiten würden. Ein Viertel der Arbeiter verließ den Bauplatz und fuhr nach Hause. In Gandersheim verlangte die (...) Gefolgschaft einer Baufirma (140 Leute) eine vorläufige Lohnerhöhung von 10 Pfennige pro Stunde und drohte zu streiken (...). In Zukunft kann man nicht ohne Zwangsmaßnahmen auskommen (...). Eine Braunschweigische Firma, die schon 68 Pfennige pro Stunde bezahlt, wo das gesetzliche Minimum 59 Pfennige ist, berichtet, dass sie jeden Tag bis 7 Arbeiter an die Baustellen des Volkswagenwerkes verlieren. Je länger das Bestehen der gegenwärtigen Zustände geduldet wird, desto geringer wird die Widerstandskraft der Betriebsführer und je skrupelloser wird der selbstsüchtige Druck der Gefolgschaften auf die Unternehmer.“ nach T. W. Mason, *Labour in the Third Reich 1933-1939*, a.a.O., S. 29.)

Am schwersten hatten es die ArbeiterInnen in der Nahrungsmittelindustrie. Aber auch sie leisteten sozialen Widerstand. In einem illegalen KPD-Bericht hieß es darüber: „Wie der Lohn, so die Leistung“ und „Langsamer arbeiten“, diese illegalen Parolen sind heute zur weithin feststellbaren und äußerst wirksamen Kampfparole geworden. Diese Waffe und ein immer solidarischer werdendes wirkliches volksgemeinschaftliches Zusammengehen errangen zum Beispiel die Autobuschauffeure von Völklingen/Saar nach einem einstündigen Streik eine bedeutende Lohnaufbesserung. Auch im Singener Maggi-Betrieb war eine Lohnbewegung entstanden, die solche Unruhe brachte, dass sich die Nazis gezwungen sahen, im Werk eine zwölköpfige Gestapogruppe zu „installieren“. Besonders interessant ist die Nachricht aus einem Münchner Lebensmittelgroßbetrieb, wo sich sogar die Frauen erfolgreich wehrten, gegen einen viel geringeren Lohn die gleiche Arbeit wie die Männer zu leisten. Ganz symptomatisch ist die passive Resistenz der Arbeiter einer (...) Tabakfirma, welche sich nach einer Erhöhung der DAF-Beiträge so lange untätig auf den Werkhof zurückzogen, bis die Direktion eine Regelung zusicherte.“ (*Süddeutsche Volksstimme*, Juli 1939, zitiert nach W. A. Schmidt, *Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstand*, Berlin 1958, S. 100.)

Das Kapital und das Nazi-Regime gerieten durch den proletarischen Widerstand in eine kurzzeitige Defensive und die Löhne erhöhten sich. Die Nazis sahen sich im Frühjahr 1938 dazu gezwungen, die Löhne und Gehälter der öffentlichen ArbeiterInnen und Angestellten zu erhöhen. Die Stundenlöhne stiegen zwischen Dezember 1936 und Juni 1938 um durchschnittlich 5,5 Prozent. Elisabeth Behrens fasste den Kampfzyklus der deutschen ArbeiterInnen gegen Kapital und Staat zwischen 1937 bis 1939 so zusammen: „Resümieren wir: Weder die fröhlichen DAF-Lösungen noch die einstigen Versprechungen an die „Schaffenden der Faust“ hatten die Arbeiter, da der rüstungsbedingte wirtschaftliche Aufschwung mit auf Kosten der Stagnation der Reallöhne erkaufte wurde, an das neue System binden können. Im Gegenteil, je mehr die Arbeitslosigkeit abnahm, desto offener artikulierten die Arbeiter sich gegen das NS-Regime. Die fortschreitende Mechanisierung der Produktion, die Umschichtung der Arbeiterklasse zu in ihrer Mehrheit nur angelernten Arbeitern, die sozialen Auswirkungen der regionalen Umschichtung der Arbeiter durch die neu entstandenen Rüstungsindustrien, Vierjahresplanprojekte und staatlichen Großbaustellen und nicht zuletzt die brutale gesellschaftliche und betriebliche Unterdrückungsmaschinerie haben zu gänzlich neuen Formen des Arbeitskamps geführt. Die Arbeiter verweigerten die geforderten Leistungen, sie feierten krank und machten blau, sie arbeiteten langsam und sie produzierten Ausschuss. Während die Produktion pro Arbeiter und Stunde in der Produktionsmittelindustrie bis 1937 bedingt durch die technologischen Neuerungen anstieg,

stagnierte sie ab 1937 auch in diesem Bereich. (...) Wichtig (...) scheint uns, dass die Arbeiter unter den Bedingungen einer zunehmend veränderten Arbeitsorganisation, die mit einer gewaltsam erzwungenen Stagnation der Löhne gekoppelt war, neue Kampfformen entwickelten und in der Phase intensivster Kriegsvorbereitung einen spezifischen Kampfzyklus hervorgebracht haben.

Das NS-Regime war durch diese Arbeitskämpfe in eine reale Krise gebracht und es beantwortete sie mit einer Radikalisierung der Blitzkriegsvorbereitung. Die Blitzkriegskonzeption war der entscheidende Hebel, die inneren sozialen Widersprüche nach außen zu transformieren. Im Sommer 1939 wurden Millionen von Arbeitern in die Wehrmacht eingezogen. Der in den vergangenen beiden Jahren begonnenen politischen Homogenisierung der Klasse war damit einmal der Boden entzogen. Der „äußere, gemeinsame Feind“, auch wenn er selbst produziert war, erfüllte seine Funktion darin, von den eigenen, sozialen Konfliktpunkten abzulenken. Für die in den Betrieben verbleibenden Arbeiter hieß jetzt die Devise, ihren Beitrag „an der inneren Front“ durch vermehrten Arbeitseinsatz, Arbeitsfreude und Leistungsbereitschaft zu zeigen. Und eine „Unabkömmlichkeitsbescheinigung“ war bei geringstem Widerstand auf Seiten der Arbeiter schnell in einen Einzugsbefehl verwandelt.

Mit Beginn des Blitzkriegs, dem Einmarsch in Polen, war dem Kampfzyklus der Arbeiter gewaltsam und abrupt ein Ende gesetzt. Die mit dem Krieg beginnenden Zwangsdeportationen ausländischer Arbeitskräfte hatten nicht nur die Zusammensetzung der Arbeiterklasse in Deutschland völlig verändert, sondern mit der Schaffung einer neuen Pariaschicht wurden die deutschen Arbeiter politisch korrumpiert. Der Blitzkrieg war nur Instrument, dass Wirklichkeit wurde, was der Titel einer Didierschen Propagandaschrift besagte: „Europa arbeitet in Deutschland“! (Elisabeth Behrens, *Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff unter dem Nationalsozialismus*, in: Karl-Heinz Roth, *Die „andere“ Arbeiterbewegung*, Trikont Verlag, München 1977, S. 129/130.)

.....

Weiter oben haben wir gezeigt, dass die faschistische Zerschlagung der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung in Deutschland 1933 nicht gleichbedeutend mit dem Ende des proletarischen Klassenkampfes war. Erst durch den Zweiten Weltkrieg konnte die deutsche Bourgeoisie den neuen Klassenkampfzyklus der späten 1930er Jahre brutal beenden.

In den demokratischen USA wurde die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung nicht zerschlagen. Dort spielten die Gewerkschaften und die moskauhörige Kommunistische Partei während des Zweiten Weltkrieges eine wichtige Rolle, um die ArbeiterInnen ruhig zu halten. Sie übernahmen dadurch eine sehr wichtige Funktion in der Organisation des imperialistischen Gemetzels. Die Neugründung des Gewerkschaftsdachverbandes CIO im Konkurrenz zum Altverband AFL in den 1930er Jahren stehen im engen Zusammenhang mit der Organisation einer effektiveren Kontrolle von Kapital und Staat über die amerikanischen ArbeiterInnen vor und während des imperialistischen Gemetzels.

Betrachten wir die Neugründung der CIO daher etwas genauer. Während des Ersten Weltkrieges wuchs die amerikanische Industrie gewaltig, was vorwiegend eine Folge der Rüstung und des Krieges war. In der Nachkriegszeit profitierte die US-Bourgeoisie von der Schwächung ihrer europäischen Konkurrenz durch Krieg und revolutionäre Nachkriegskrise. Auch die technische Entwicklung war zwischen den beiden Weltkriegen gewaltig. Die Kosten für Produktionsmittel stiegen absolut und relativ zu den Lohnkosten an, was einen nicht unerheblichen Druck auf die Profitrate ausübte. Dies musste und konnte nur durch eine wachsende Ausbeutungsrate der Lohnarbeit ausgeglichen werden. Besonders der

sozialökonomische Widerstand in Form von Streiks musste auf ein Minimum gesenkt werden, gerade auch deshalb, weil jeder funktionslose Stillstand der Maschinen zu einem gewaltigen Kostendruck für die KapitalistInnen und ihre ManagerInnen führte.

Neben der gestiegenen Arbeitsproduktivität und der absolut und relativ zu den Lohnkosten wachsenden Kosten der Produktionsmittel spielte auch die neue Arbeitsorganisation eine wichtige Rolle bei der Neuorganisation des kapitalistischen Produktionsprozesses. Fließbandarbeit wurde zur massenhaften Erscheinung, besonders in der Automobilproduktion. Die FließbandarbeiterInnen waren zum größten Teil unqualifizierte MassenarbeiterInnen. Sie waren also billiger als qualifizierte FacharbeiterInnen. Allerdings war die Fließbandproduktion ein sehr empfindliches System der Arbeitsteilung. Jeder Stillstand eines Bandabschnittes konnte eine ganze Fabrik lahm legen. Das gab den unqualifizierten ArbeiterInnen eine günstige Ausgangsposition im Klassenkampf.

Die MassenfließbandarbeiterInnen wurden vom Gewerkschaftsdachverband AFL weitgehend ignoriert, dieser organisierte in erster Linie qualifizierte FacharbeiterInnen. Das bedeutete, dass die meisten FließbandarbeiterInnen, denen es durch die auf extreme Arbeitsteilung beruhende Organisation der Produktion, relativ leicht war, eine ganze Fabrik lahm zu legen, nicht durch eine Gewerkschaft im Interesse des Kapitals desorganisiert und diszipliniert wurden. Dies hatte Folgen: Die Zahl der von den Gewerkschaften organisierten Streiks fiel immer stärker gegenüber der Zahl von Streiks, die von den ArbeiterInnen selbst und ohne die Gewerkschaften – also wild – organisiert wurden, bis im Jahre 1933 die Gewerkschaften nur noch die Hälfte aller Streiks kontrollierten. Die unqualifizierten FließbandarbeiterInnen mussten also an die Gewerkschaftskette gelegt werden!

Doch die AFL war ein zu verknöchertes Gewerkschaftsverband und mit seiner starren Fixierung auf FacharbeiterInnen für die Organisation unqualifizierter FließbandarbeiterInnen ungeeignet. Nötig war also ein neuer Gewerkschaftsdachverband. Die US-Regierung unter Roosevelt und einige weitsichtige KapitalistInnen und ManagerInnen spürten dank scharfen bürgerlichen Klasseninstinkts diese Notwendigkeit. So hatte schon im Jahre 1926 der Präsident von General Electric, Gerard Swope, versucht den AFL-Boss William Green davon zu überzeugen, eine nationale Industriearbeitergewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter zu gründen. Er stieß jedoch auf taube Ohren, da in der AFL mehr Fachverbände als Industriegewerkschaften organisiert waren – wieder ein Anzeichen für den verknöcherten Konservatismus der AFL. Mensch lasse sich die Geschichte auf der Zunge zergehen. Ein Kapitalstrategie schlägt einen „ArbeiterInnenvertreter“ die Gründung einer Gewerkschaft in seinem Operationsbereich vor, und der Gewerkschaftler lehnt ab! Für den materialistischen Gewerkschaftskritiker eine feine Ironie der Geschichte, für marxistische GewerkschaftsideologInnen allerdings nur schwer erklärbar.

Eben jener General-Electric-Boss Swope erkannte auch, dass in der Ära der Fließbandproduktion es die Produktivität „unannehmbar beeinträchtigt, falls der Großteil unserer Beschäftigten in verschiedenen und miteinander konkurrierenden Gewerkschaften organisiert wären“. (Zitiert nach *Die Gründung der CIO: Ein Triumph der Bourgeoisie*, in: Internationale Kommunistische Strömung, *Die Gewerkschaften gegen die Arbeiterklasse*, S. 26.) Aber nicht nur die klarsichtigen ManagerInnen des Kapitals erkannten, dass die Zeit der halbzünftlerischen Fachverbände vorbei war und dass die Neuorganisation des kapitalistischen Produktionsprozesses auch eine neue Gewerkschaftsorganisation erforderte, nämlich die Industriegewerkschaft, die auch un- und wenigqualifizierte ArbeiterInnen im Interesse des Kapitals desorganisieren konnte. Diese Erkenntnis hatte sich zum Beispiel auch bei Sidney Hillmann, dem Vorsitzenden der Vereinigten Textilarbeiter, eine der wenigen Industriegewerkschaften in der AFL, durchgesetzt. Hillmann war gegen berufsmäßig organisierte Fachverbände, da diese „keine Möglichkeit des verantwortlichen Handelns im

Verhältnis zwischen Arbeitnehmerseite und dem Management“ bieten würden. (Zitiert nach *Die Gründung der CIO: Ein Triumph der Bourgeoisie*, a.a.O.) Hillmann wurde dann auch einer der Gründer der CIO. Er trommelte unermüdlich für Industriegewerkschaften, da diese sicherstellen könnten, dass nach einem abgeschlossenen Tarifvertrag „jeder Beschäftigte sich für eine umfassende Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber im Interesse der wirkungsvollen Leitung der Industrie einsetzen würde“.

Die weitsichtigsten KapitalmanagerInnen und Gewerkschaftsbonzen setzten sich also für Industriegewerkschaften als wirksamer Kontrolle der ArbeiterInnen ein. Der US-Staat unter Roosevelt, also der ideelle amerikanische Gesamtkapitalist, verwandelte diese klarsichtige Strategie in Gesetze. Es war die Zeit des New Deal, eines bis dahin in den USA unbekanntem starken Staatsdirigismus und staatlicher Einmischung in die kapitalistische Warenproduktion, der nichts anderes als ein besonderer nationaler Ausdruck der damaligen internationalen Tendenz zum Staatsinterventionismus war. Im Gegensatz zum totalitären sowjetischen Staatskapitalismus, ruhte der New Deal doch auf der Anerkennung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Er war eine staatsdirigistische Tendenz innerhalb des Privatkapitalismus, ähnlich dem Nationalsozialismus in Deutschland, allerdings bei Aufrechterhaltung der politischen Demokratie. Dieser New Deal war eine Antwort auf die soziale Krise (starke Arbeitslosigkeit) im Anschluss an die Weltwirtschaftskrise von 1929, der durch staatliche Beschäftigungsprogramme die Gefahr einer sozialen Revolution bekämpfen sollte. Außerdem war der US-amerikanische Staatsinterventionismus eine Vorbereitung auf den Zweiten Weltkrieg, der zu einer noch stärkeren Verschmelzung zwischen Privatkapital und Staat führte.

Auch der staatliche Einsatz für Industriegewerkschaften in Konkurrenz zu den halbzünftlerischen Berufsverbänden wurde zu einer Erscheinung des New Deal. So hieß es in Roosevelts Gesetz zum Nationalen Wiederaufbau der Industrie (NIRA): „Arbeitnehmer sollen das Recht haben, sich zu organisieren und gemeinsam mittels der durch sie selbst gewählten Vertreter zu verhandeln, und sie sollen nicht durch Einwirkungen, Beschränkungen, Zwangsausübung durch ihre Arbeitgeber oder deren Kräfte bei der Bestimmung dieser Vertreter eingeschränkt werden.“ (Ebenda)

Die Industriegewerkschaften wurden in die staatsinterventionistische Wiederaufbauverwaltung (NRA) integriert. Diese NRA war nichts anderes als eine Verwirklichung einer Idee des uns bereits bekannten Manager Swope. Sie war die unter staatlicher Aufsicht durchgeführte Kartelleisierung der nationalen Industrie und fand ihre Krönung im „Nationalen Wirtschaftsrat“, der „die Produktion und den Verbrauch koordinieren“ sollte. Mit Hilfe dieser staatlichen Zentralisierung konnte Roosevelt stärker gegen sich widersetzende Einzelkapitale vorgehen, welche den Ansprüchen des US-Imperialismus am Vorabend des Zweiten Weltkrieges nicht freiwillig entsprechen wollten. Die Industriegewerkschaften wurden zu einem Werkzeug des US-Imperialismus. Die Werber von John L. Lewis' United Mine Workers (UMW, Bergarbeitergewerkschaft) traten folgendermaßen gegenüber den ArbeiterInnen auf: „Der Präsident Roosevelt will, dass ihr euch organisiert, es ist unpatriotisch sich zu weigern, sich zu organisieren.“ In Atlanta sangen die UMW-Werber das sehr patriotische Lied: „In nineteen hundred an' thirty-three, When Mr. Roosevelt took his seat, He said to President John L. Lewis, “In union we must be.”“ (Ebenda.)

Zur Beilegung von Arbeitskonflikten wurde der National Labour Board geschaffen, welcher der Wiederaufbauverwaltung (NRA) unterstellt wurde. Jene Industriegewerkschaft, in welcher die Mehrheit der ArbeiterInnen einer Fabrik organisiert waren, sollte die alleinige und ausschließliche „Interessenvertreterin“ aller ArbeiterInnen dieser Fabrik werden. Im National Labour Board saßen der unverzichtbare Swope und C. Teagle, Präsident der

Standard Oil von New Jersey. Die Gründung von neuen Industriegewerkschaften war also das Gemeinschaftswerk von den klarsichtigsten Vertretern des Privatkapitals, des Staates und jener Gewerkschaftsböden, welche gegenüber der konservativen AFL eine zeitgemäße aber genauso staatstragende und kapitalismusfreundliche Alternative schaffen wollten.

Der Ausbruch einer vorwiegend spontanen Streikwelle des Jahres 1934 gab den Befürwortern der neuen Industriegewerkschaft bei Kapital und „ArbeiterInnenvertreterInnen“ noch ein zusätzliches Argument in die Hand. John L. Lewis der Vorsitzende der United Mine Workers (UMW): „Man kann sich vorstellen, dass, wenn die gefährliche Lage anhält, sich nicht nur das „Klassenbewusstsein“ entwickelt, sondern auch die Möglichkeit einer Revolution. Aber das kann vermieden werden. Die Arbeitgeber unternehmen nicht viel, um das zu verhindern. Aber die United Mine Workers tun alles in ihrer Macht stehende, um das System funktions- und lebensfähig zu halten, und um dies somit zu vermeiden.“ (Ebenda, S. 27.) Die Industriegewerkschaft als konterrevolutionäres Bollwerk.

Nur konservative Teile der herrschenden Klassen konnten diese wichtige Funktion der Gewerkschaften nicht verstehen. Gegen diese rückwärtsgewandte Fraktion der Bourgeoisie setzte der Staat als ideeller Gesamtkapitalist die Industriegewerkschaften durch. Die staatlichen Instrumente dazu wurde der National Labour Relations Board (NLRB), der Nachfolger des NLB, und das Wagner-Gesetz, welcher der Behörde mehr bürokratische Macht gegenüber widerständigen Teilen der herrschenden kapitalistischen Klasse gab. Der NLRB-Boss begründete die Gründung und Durchsetzung von Industriegewerkschaften als eine „Sicherheitsmaßnahme, weil ich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft in diesem Lande als unser Hauptbollwerk gegen den Kommunismus und andere revolutionäre Bewegungen betrachte.“ (Ebenda.) Der Staat sorgte also für die Durchsetzung der Industriegewerkschaften im Kampf gegen konservative Kräfte innerhalb der KapitalistInnen und ManagerInnen.

Den gleichen Kampf mussten „moderne“ Gewerkschaftsböden gegen die Dinosaurier der Gewerkschaftsbewegung führen. Nach dreijährigem bürokratischem Konkurrenzkampf ab 1936 wurde im Oktober 1938 der CIO als Dachverband der neuen Industriegewerkschaften geschaffen. Damalige LinkskommunistInnen analysierten, dass die Spaltung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung entstanden ist „aus einem Konflikt zwischen zwei Bürokratien über die Wahl der Anpassung der Methode an das neue kapitalistische Programm; ein Konflikt, in dem die AFL sicherlich den „Ballast“ darstellte... Lewis, der eine opportunistischere und weniger konservative Haltung als die alten Knacker der AFL hatte, begriff, dass neue Methoden der Klassenzusammenarbeit in dem Zeitraum des dekadenten Kapitalismus erforderlich waren.“ (Communisme, Nr. 3, 15. 6. 1937.) Wenn mensch mal vom Durchschimmern der dogmatischen „Dekadenz“-Ideologie mal absieht, die fälschlicherweise davon ausgeht, dass der globale Kapitalismus ab 1914 dekadent sei, können wir dieser Analyse zustimmen.

Als die USA dann in den Zweiten Weltkrieg eintrat, befanden sich dann nicht nur die FacharbeiterInnen, sondern auch unqualifizierte ProletarierInnen unter Gewerkschaftskontrolle. Doch nicht nur die beiden Gewerkschaftsdachverbände AFL und CIO leisteten den US-Imperialismus wichtige Dienste, auch die stalinistische KP der USA tat alles, um die ArbeiterInnen vom Klassenkampf abzuhalten. Red Devil schrieb über die reaktionäre Rolle der institutionalisierten amerikanischen ArbeiterInnenbewegung während des Zweiten Weltkrieges: „Als die USA in den Krieg eintraten, plädierten die Führer der amerikanischen Gewerkschaften AFL und CIO dafür, dass während des Krieges keine Streiks und Arbeitsniederlegungen stattfinden sollten. Sie übernahmen damals die Funktion, die sie auch heute noch innehaben: Sie disziplinierten die Arbeiterklasse und erhielten die Produktion aufrecht. „Die Produktion zu unterbrechen bedeutet der Nation ins Herz zu stoßen“,

verkündete die AFL; die CIO erklärte, sie werde „ihre Anstrengungen verdoppeln, um eine ständig steigende Produktionssteigerung zu garantieren.“ Im Radio rief die CIO die Arbeiterklasse gemäß den Erfordernissen des amerikanischen Kapitals dazu auf: „Arbeiten! Arbeiten! Produzieren! Produzieren! Produzieren!“ Gerade die Gewerkschaften unter kommunistischer Führung trieben diese Politik am weitesten. „Gewerkschaften, die einst eine kompromisslose Haltung gegenüber den Unternehmern eingenommen haben, zeigen sich jetzt versöhnlicher ... sie sind die eifrigsten Verfechter der Kooperation zwischen Kapital und Arbeiterklasse.“ (Business Week, 18. März 1944; siehe hierzu Jeremy Brecher, *Streiks und Arbeiterrevolten. Amerikanische Arbeiterbewegung 1877 – 1970*, S.193 ff.)

Der Verzicht auf den Klassenkampf und der Schwenk auf einen klassenversöhnlichen Kurs (im Sinne der "Volksfront-Politik) geschah mit Verweis auf den Krieg gegen den „gemeinsamen Gegner“ (Bereits Mitte der 30er hatte die KP verschiedene Organisationen wie die „American Youth for democracy“, etc. initiiert und 1936 war aus dem Kopf der Zeitung der KP, dem „Daily Worker“, Hammer und Sichel entfernt worden.). Eine „National War Labor Board“, bestehend aus Vertretern des Kapitals, der Regierung und der Gewerkschaften, wurde gegründet und regelte die Auseinandersetzungen in der Arbeitswelt. Die Löhne wurden im Interesse „ökonomischer Stabilität“ auf dem Niveau vom 15. September 1942 eingefroren. Die Kritik der Arbeiterklasse an der zunehmenden Ausbeutung und Disziplinierung führte zu wilden Streiks, welche mit Gewerkschaftsführungen konfrontiert waren, welche alles ihnen Mögliche unternahmen, um diese zu beenden und den „sozialen Frieden“ wieder herzustellen.“ (Red Devil, *Auschwitz als Alibi. Kritik des bürgerlichen Antifaschismus*, Bibliothek des Widerstandes, Lübeck 2001, S. 61.)

Fazit: ProletarierInnen müssen sich gegen Nazis und DemokratInnen verteidigen. Doch die institutionalisierte ArbeiterInnenbewegung verteidigt die Demokratie – konsequent gegen das Proletariat und inkonsequent gegen die Nazis. Damit hilft sie das Proletariat gegenüber Demokratie und Nazis zu entwaffnen. Dass sich die politische Linke mit ihrer prodemokratischen Haltung selbst entwaffnet, ist für proletarische und intellektuelle RevolutionärInnen eher zweitrangig. Dieser Fakt, dass die politische Linke mit ihrem demokratischen Untertanenbewusstsein nicht nur die Niederlagen des Proletariats organisiert, sondern sich selbst schutzlos der Repression von Kapital und Staat ausliefert, kann aber helfen, dass im und durch den Klassenkampf radikalisierte ProletarierInnen wach werden und mit der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung brechen.

6. Der Kampf gegen den Kapitalismus

Für proletarische RevolutionärInnen muss der Kampf ganz klar gegen den Kapitalismus als soziales Verhältnis geführt werden. Es ist kein wirklicher Kampf gegen den Kapitalismus, wenn „radikalere“ Antifagruppen auf unzähligen Demos sich „auch“ gegen den Kapitalismus aussprechen, aber im Hier und Heute brav die Rolle von Hausantifas des demokratischen Staates spielen.

Kapitalismus kann nicht weg demonstriert werden. Der Hauptkampfplatz gegen den Kapitalismus ist nicht die Straße, sondern da wo die Macht des Kapitals und des Staates produziert wird: in den Betrieben, Büros, Laboren, Schulen und Universitäten. Nur dort kann der Kapitalismus auch zu Fall gebracht werden. Durch Klassenkampf. Dieser Klassenkampf stellt sich meist reproduktive Ziele: Mehr Lohn, kürzere Arbeitszeiten und Erhalt der Produktionsstandorte. Doch die ArbeiterInnen können sich in diesen reproduktiven Klassenkämpfen radikalisieren – zu einem revolutionärem Sein und Bewusstsein. So wie in der deutschen Nachkriegskrise (1918-1923), wo es eine revolutionäre Schicht von

ArbeiterInnen gab, die sowohl von dem linken Flügel der bürgerlichen Politik (Sozialdemokratie, Partei-, „Kommunismus“ und „Anarcho“-Syndikalismus) als auch von deren rechten Flügel (Konservative und Nazis) vernichtet oder integriert wurden.

Schon heute hat der reproduktive Klassenkampf seine revolutionären Tendenzen: Es wird langsam gearbeitet, Produkte und Produktionsmittel angeeignet. Und es entstehen unsichtbare Strukturen zur Vernetzung von KollegInnen im Kampf gegen Kapital und Staat. An diese – oft instinktiv/vorbewussten – revolutionären Tendenzen des reproduktiven Klassenkampfes müssen SozialrevolutionärInnen bewusst anknüpfen. Wir spielen nicht den Schwanz der angepassten Gewerkschaftsbürokratie, wie das zum Beispiel ein nicht unwesentlicher Teil der politischen Linken zu tun pflegt.

Der Hauptort des Klassenkampfes kann nur der kapitalistische Produktionsprozess sein, was die Straße zu einem zwar immer noch wichtigen, aber eben nachgeordneten Kampfplatz macht. Doch auch die „radikalste“ Antifagruppe hat ihren Hauptkampfplatz auf der Straße, was sie schon aus diesem Grunde für den wirklichen antikapitalistischen Kampf untauglich macht.

Kampf gegen den Kapitalismus heißt Zerschlagung *aller* Staatsformen des Kapitals. Also auch Zerschlagung der Demokratie und des „Sozialismus“. Zwei Staatsformen, welcher der brave linke Antifaschist nicht bekämpfen, sondern gegen „rechts“ beschützen will.

Kämpfen wir gegen den Kapitalismus! Das schließt nicht aus, sondern ein, dass wir auch den Nazis dort ein paar Schläge verpassen, wo es notwendig, sinnvoll und möglich ist – aber ohne Antifaideologie. Wir verteidigen nicht die Demokratie gegen die Nazis, sondern bekämpfen Demokratie und Nazis. Und wir vergessen dabei nicht: Der Antifaschismus gehört auch zur bürgerlichen Politik, die grundsätzlich bekämpft gehört.

Revolutionäre Organe, welche große Teile des Proletariats umfassen, und Instrumente ihres selbstorganisierten Klassenkampfes sind, können nur in der sozialen Revolution entstehen. Doch heutige SozialrevolutionärInnen können und müssen sich schon jetzt organisieren – unabhängig von der politischen Linken, welche sich praktisch und geistig nicht von Kapital und Staat zu befreien vermag.

Sozialrevolutionäre Gruppen dürfen weder Parteien noch Gewerkschaften gleichen. Sie dürfen in sich kein Co-Management der Lohnarbeit und der Politik dulden. In ihnen muss ein permanenter Kampf gegen innere Bürokratisierungsprozesse geführt werden. Dass es in sozialrevolutionären Gruppen keine hauptamtlichen FunktionärInnen geben darf, versteht sich von selbst. Doch damit ist der Kampf gegen bürgerliche Organisationsstrukturen in den Reihen der RevolutionärInnen noch lange nicht erschöpft. Auch die Fähigkeiten von RevolutionärInnen sind unterschiedlich entwickelt. Wie kann also am besten verhindert werden, dass besonders fähige GenossInnen eine neue Hierarchie bilden? Wodurch kann erreicht werden, dass sich alle GenossInnen, auch denen es schwerer fällt, sich aktiv in die revolutionäre Tätigkeit einbringen? Solche Fragen werden innerhalb des Kapitalismus nie vollständig gelöst werden können. Der Kampf gegen die Reproduktion der Klassengesellschaft in den eigenen Reihen ist ein ständiger Prozess. Und er muss konsequent und bewusst geführt werden.

Dies gilt auch für den Kampf gegen alle Tendenzen der Selbstüberschätzung und des Avantgardismus innerhalb sozialrevolutionärer Gruppen. Denn sie sind nicht Führung des Weltproletariats und können es auch gar nicht sein. Sie können bei der Radikalisierung des proletarischen Klassenseins und -bewusstseins wichtige Impulse geben und Prozesse beschleunigen – nicht mehr aber auch nicht weniger. Sozialrevolutionäre Kleingruppen dürfen sich nicht so wie marxistischen Parteien und anarchosyndikalistischen Gewerkschaften für die zukünftigen Massenorgane der sozialen Revolution halten. Denn die zukünftigen revolutionären Massenorganisationen können nur von der Mehrheit des Proletariats in der

sozialen Revolution geschaffen werden, aber nicht von revolutionären Minderheiten schon vor der Revolution.

In gesellschaftlichen Krisensituationen kann sich der reproduktive Klassenkampf des Proletariats zur sozialen Revolution radikalieren. Das Proletariat wird in der revolutionären Situation seine Kampforgane bilden müssen. Wie die konkret aussehen werden, kann heute noch nicht gesagt werden. In der Vergangenheit nahmen die potenziell und tendenziell revolutionären Massenorganisationen die Formen von ArbeiterInnenräten, Unabhängigen Streikkomitees und Vollversammlungen an. Leider waren diese historischen Massenorganisationen des selbstorganisierten proletarischen Klassenkampfes eben nur tendenziell und potenziell sozialrevolutionär. Sie hatten leider objektiv und subjektiv nicht die Kraft die soziale Revolution bewusst zum Siege zu führen! Das Proletariat, Träger des revolutionären Prozesses, war sozial noch zu schwach und geistig noch zu wenig bewusst, um die kapitalistische Warenproduktion und den Staat aufzuheben.

Unter anderem lag dies auch daran, dass die ProletarierInnen noch nicht bewusst antipolitisch waren – trotz des Vorhandenseins von antipolitischen Instinkten. So konnten immer wieder groß- und kleinbürgerliche PolitikerInnen in die Organe des proletarischen Klassenkampfes eindringen und ihnen eine reaktionäre Note verpassen. So war es 1917, als zwischen Februar und Oktober (nach dem alten russischen Kalender) kleinbürgerlich-privatkapitalistische Kräfte die Sowjets (Räte) beherrschten. Und so war es auch nach dem Oktober 1917, als die kleinbürgerlich-politische Kraft des Bolschewismus die Regierungsmacht mit Hilfe der Sowjets eroberte und sich in eine großbürokratisch-staatskapitalistische Kraft umwandelte. 1979 im Iran gelang es islamistischen Mullahs während der Anti-Schah-Bewegung in den Räten streikender ÖlarbeiterInnen Fuß zu fassen und auch dadurch die politische Macht im Lande zu erobern.

Proletarische RevolutionärInnen müssen, wenn sich in der sozialen Revolution Massenorgane des selbstorganisierten Klassenkampfes herausentwickelt haben, ihre eigenen bisherigen Kleingruppen tendenziell in ihnen auflösen. Die bisherige Stärke der revolutionären Kleingruppen, ihre bewusste Klarheit, muss sich mit der Stärke von tendenziell und potenziell revolutionären Massenorganen des selbstorganisierten Klassenkampfes, nämlich die materielle Kraft und Stärke des Proletariats organisiert zum Ausdruck zu bringen, verschmelzen um zu *einer* bewussten Kraft der sozialen Revolution zu werden!

Die soziale Weltrevolution kann nichts anderes sein als eine permanente Kette der Zerschlagung aller Nationalstaaten. Gleichzeitig muss die Warenproduktion weltweit aufgehoben werden. Dadurch hebt sich das Weltproletariat selbst revolutionär auf und kann sich in eine globale Förderation freier ProduzentInnen verwandeln, welche solidarisch und kollektiv über die Produktionsmittel und Produkte verfügt. Die globale klassen- und staatenlose Gesellschaft ist eine Notwendigkeit für das Weltproletariat, um das eigene Elend aufzuheben. Und solange die kapitalistische Sozialreaktion noch nicht jegliches menschliche Leben ausgerottet hat – leider hat sie die Potenz dazu – auch eine materiell verwurzelte Möglichkeit. Die revolutionären Potenzen des Weltproletariats werden schon heute in den revolutionären Tendenzen des reproduktiven Klassenkampfes deutlich. Und der bewusste Ausdruck der revolutionären Möglichkeiten des Weltproletariats sind heute schon die sozialrevolutionären Kleingruppen.

Sozialrevolutionäre Gruppen aufbauen um gegen das reaktionäre Dreieck, welches der demokratischen Staat, die Nazis und der Antifaschismus bilden, zu kämpfen! Dieses Dreieck ist eine politische Erscheinung, welche sozialökonomisch von der kapitalistischen Produktionsweise genährt wird und auf dieser beruht. Das macht die Stärke dieses Dreieckes aus. Regierende DemokratInnen, Nazis und AntifaschistInnen reproduzieren die bürgerliche Politik als gesellschaftliche Rahmenbedingung der kapitalistischen Ausbeutung, von der auch

die Politik lebt. Nur der proletarische Klassenkampf gegen Kapital und Staat vermag das reaktionäre Treiben des demokratischen Staates und seiner Hausnazis/Hausantifas zu beenden!

Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist ist samt seiner Nazis und Antifas noch wesentlich stärker als proletarische RevolutionärInnen. Letztere sind heute noch sehr schwach, weil das praktische und geistige Niveau des Klassenkampfes noch relativ gering ist. Doch wenn sich der Klassenkampf radikalisiert, wird auch die soziale Schicht bewusster proletarischer RevolutionärInnen zunehmen. In der möglichen sozialen Revolution wird das Proletariat den Staat und seine Nazis zerschlagen müssen!

Die mögliche soziale Revolution wird von der politischen Linken nichts übrig lassen. Ihre bewussten bürgerlich-reaktionären Teile werden sich auf die Seite der Konterrevolution stellen, während nicht wenige hilflose linke KleinbürgerInnen zwischen Revolution und Konterrevolution schwanken werden. Nur der ehrlichste und proletarischste Teil der heutigen kleinbürgerlich-politischen Linken wird sich zu einer sozialrevolutionären Kraft transformieren können. Dieser sich radikalisierender Teil ehemaliger politischer Linker wird auf die tatkräftige Solidarität jener proletarischen RevolutionärInnen treffen, die sich schon lange vor ihnen eigenständig in sozialrevolutionären Gruppen organisierten. Die bewussten und vorwärts treibenden Subjekte der sozialen Revolution werden also die Mitglieder der heutigen sozialrevolutionären Gruppen, der ehrlichste und proletarischste Teil der ehemaligen politischen Linken und vorher relativ passive ProletarierInnen sein. Mit einem Satz: Die kleinbürgerlich-politische Linke samt ihrem Antifaschismus wird zwischen der großbürgerlichen Reaktion und der proletarischen Revolution gespalten und zerrieben.

Soziale Befreiung

Für die revolutionäre Selbstaufhebung des Proletariats!

Nelke, *Drei Kräfte gegen das Proletariat: Der Staat, die Nazis und der Antifaschismus.* 109 S. Preis: 5 Euro

Nelke, *Der sowjetische Staatskapitalismus und Imperialismus (1917-1991).* 109 S. Preis: 5 Euro

Die Broschüre enthält die Schriften *Der sowjetische Staatskapitalismus als Übergangsgesellschaft, Proletarischer Klassenkampf in der Sowjetunion, Frauenunterdrückung in der UdSSR und Sowjetischer Imperialismus.*

Nelke, *Schriften zur russischen Revolution (1917-1921).* 111 S. Preis: 5 Euro

Diese Broschüre enthält die Texte *Klassenkämpfe in Sowjetrußland (1917-1921), Der BürgerInnen- und imperialistische Interventionskrieg (1918-1921) und Die „Kommunistische“ Internationale gegen das Weltproletariat.*

Nelke, *Der Marxismus und die Sowjetunion.* 115 S. Preis: 5 Euro

Die Broschüre enthält die Schriften *Revolutionäre und reaktionäre Tendenzen im Marxismus, Globale Marxismen und die UdSSR und Die linksmarxistische Opposition in der Sowjetunion.*

Nelke, *Schriften zum Klassenkampf I.* 100 S. Preis: 5 Euro

Diese Broschüre enthält die Texte *Proletarische Selbstorganisation als dialektischer Widerspruch, Hungerrevolten (Food Riots) und die revolutionäre Aufhebung der Warenproduktion, Klassenkämpfe gegen Betriebsschließungen und Gelungene Demokratisierung in Südafrika – Das ANC-Regime gegen das Proletariat.*

Nelke, *Der Kampf des jüdischen Proletariats (1900-1945).* 108 S. Preis: 5 Euro

Nelke, *Schriften zum Klassenkampf II.* 107 S. Preis: 5 Euro

Die Broschüre enthält die Texte *Klassenkämpfe in Ungarn (1918-1989), Klassenkämpfe im staatskapitalistischen Polen und Klassenkämpfe in der Thüringer Kaliindustrie.*

Nelke, *Klassenkämpfe in Griechenland (2008-2013).* 110 S. Preis: 5 Euro

Nelke, *Globale Klassenkämpfe (2008-2013).* 119 S. Preis: 5 Euro

Nelke, *Antinationale Schriften I.* 121 S. Preis: 5 Euro

Diese Broschüre enthält die Texte: *Zur Ökonomie und Psychologie des Nationalismus, Die Herausbildung des vietnamesischen Nationalstaates, Die bundesdeutsche Annexion der DDR und Der westliche Menschenrechts-Imperialismus in Aktion.*

Nelke, *Das proletarische 1968.* 120 S. Preis: 5 Euro

Unsere Schrift enthält die Texte: *„1968“ in Westeuropa, Der proletarische Klassenkampf in der BRD (September 1969 bis 1973) und Die bundesdeutsche Lehrlingsbewegung.*

Nelke, *Schriften zum Klassenkampf III.* 120 S. Preis: 5 Euro

Unsere Textsammlung enthält die Schriften: *Arbeitsorganisation als Klassenkampf, Technologie als Waffe sowie Imperialistischer Krieg und proletarischer Klassenkampf.*

Nelke, *Der spanische BürgerInnenkrieg (1936-1939).* 121 S. Preis: 5 Euro

Die Broschüre enthält die Texte *Der spanische BürgerInnenkrieg als innerkapitalistischer Konflikt, Die antifaschistische Volksfront gegen das Proletariat und Frauen im Klassenkampf und BürgerInnenkrieg.*

Nelke, *Die revolutionäre Nachkriegskrise in Deutschland (1918-1923).* 122 S. Preis: 5 Euro

Nelke, *Antinationale Schriften II.* 121 S. Preis: 5 Euro

Diese Broschüre enthält die Texte: *Der kurdische Nationalismus als ein Feind des Weltproletariats und Nationalistische und rassistische Repression der „internationalen Gemeinschaft“.*

Nelke, *Zionismus und arabischer Nationalismus.* 121 S. Preis: 5 Euro

Nelke, *Schriften zum Klassenkampf IV.* 121 S. Preis: 5 Euro

Die Textsammlung enthält die Schriften *Gewerkschaftsbürokratie und proletarische Selbstorganisation im reproduktiven Klassenkampf, Die proletarische Diktatur, Proletarische RevolutionärInnen als selbstbewusste Subjekte des Klassenkampfes und Cajo Brendel (1915-2007), ein sozialrevolutionärer Intellektueller.*

Nelke, *Globale Klassenkämpfe (2013-2015).* 124 S. Preis: 5 Euro

Nelke, *Der chinesische Kapitalismus. 1. Teil: Von den Anfängen bis 1978.* 124 S. Preis: 5 Euro

Nelke, *Der chinesische Kapitalismus. 2. Teil: Von 1979 bis heute.* 124 S. Preis: 5 Euro

Nelke, *Schriften zum Klassenkampf V.* 124 S. Preis: 5 Euro

Unsere Broschüre enthält die Schriften *Die nichtlohnarbeitenden Schichten des Proletariats, Negativ freie ProletarierInnen und KleinbürgerInnentum und kleinbürgerliche Tendenzen im Proletariat.*

Nelke, *Frauen im Kapitalismus.* 124 S. Preis: 5 Euro

Die Broschüre enthält die Texte *Gesellschaftliche Klassen und soziale Geschlechterrollen, Biosoziale Reproduktion, Familie, PartnerInnenschaft und Sexualität und Der Klassenkampf der ProletarierInnen.*

Nelke, *Kommunismus und Feminismus.* 124 S. Preis: 5 Euro

Unsere Broschüre besteht aus den Texten *Kommunismus, Kommunistische Kritik der (klein)bürgerlichen Frauenbewegungen, Marxismus, Anarchismus, Feminismus und das Patriarchat und Kommunismus und Feminismus – ein Fazit.*

Nelke, *Schriften zum Klassenkampf VI.* 124 S. Preis: 5 Euro

Unsere Textsammlung besteht aus den Schriften *Klassenkampf und Straßenbewegungen, Die Instrumentalisierung des Proletariats in Machtkämpfen der Herrschenden, Konkurrenz, Straßenrassismus, Antifa und Klassenkampf und Die Bewegung gegen Bullenterror in den USA.*

Nelke, *Klassenkämpfe in der DDR (1945-1990).* 124 S. Preis: 5 Euro

Nelke, *Klassenkämpfe in der BRD 1. Teil: 1945-1989.* 124 S. Preis: 5

Alle Broschüren können über Onlinemarktplatz für Bücher booklooker.de bestellt werden

„All die oben genannten Fakten zeigen klar, dass der demokratische Staat nicht auf dem rechten Auge blind ist. Er sieht genau hin, wenn er faschistische Strukturen mitfinanziert und mitorganisiert. Der Staat hält sich ein paar Hausnazis“ aus *„Kapitel 1 Der demokratische Staat hält sich ein paar Hausnazis“*

„Der demokratische Staat ist zurzeit ein weit gefährlicherer – weil wirksamerer – Feind des klassenkämpferischen Proletariats als die Nazis. SozialrevolutionärInnen orientieren auf seine Zerschlagung bei der Überwindung des Kapitalismus. Die soziale Revolution ist eine Möglichkeit, die sich aus der Zuspitzung des Klassenkampfes ergeben kann. Eine Möglichkeit, die schon jetzt gut vorbereitet sein will, wenn sie irgendwann mal Realität werden soll. Trotz des revoluzzerhaften Gehabes von Teilen der Antifa ist diese als politische Straßenbewegung, welche in den Betrieben so gut wie nicht verankert ist, objektiv nicht dazu in der Lage, die soziale Revolution vorzubereiten. Selbstverständlich wird die Antifa auch nicht den subjektiven Anforderungen an eine revolutionäre Kraft gerecht. Behauptungen aus den Tiefen der Antifa, dass der Verfassungsschutz „undemokratisch“ sei und deshalb von den demokratischen Politbonzen aufgelöst werden müsse, belegen dies deutlich. Denn der Verfassungsschutz ist Teil des Schildes und Schwertes des bürgerlichen Staates gegen das Proletariat. Nur die soziale Revolution kann die deutschen Geheimdienste und die Naziorganisationen zerschlagen. Demokratieverherrlichendes Gelaber und reformistische Forderungen an den Staat – also das Alltagsgeschäft der Antifa – hemmen die Radikalisierung des Klassenkampfes und wirken deshalb grundsätzlich antirevolutionär. Während sich der Kapitalismus mittels Staatsapparaten und Nazihorden immer besser gegen das Proletariat bewaffnet, nimmt die Antifa an der ideologischen Einlullung und Entwaffnung des Proletariats teil. Drei Kräfte gegen das Proletariat: Der Staat, die Nazis und der Antifaschismus.“ *ebenda*

„Fazit: Auch wenn die Bourgeoisie die Nazis nicht mehr an der Macht haben will, gebraucht sie diese trotzdem noch als SchlägerInnen- und MörderInnenbanden, die aus der „nationalen Opposition“ agieren können. Wer ernsthaft und konsequent gegen Nazis kämpfen will, muss gegen Kapital und Staat kämpfen. Der Kampf gegen Nazis wird dadurch zu einem Teil des antikapitalistischen Kampfes. Wer diesen Schritt geht, bewegt sich vom Antifaschismus weg zu sozialrevolutionären Positionen. Der Bruch mit dem Antifaschismus als Politik und Ideologie ist eine absolute Notwendigkeit, weil dieser nur der linke Flügel der bürgerlichen Politik darstellt.

Wo es darum geht, den Nazis unabhängig vom und gegen den Staat handfeste Niederlagen zu bereiten, sind wir dabei. Doch gegen jene breiten antifaschistischen Bündnisse, die in erster Linie Propagandaveranstaltungen für die Demokratie organisieren, führen wir einen konsequenten Klassenkampf. Gegen Nazis und DemokratInnen ist militanter proletarischer Widerstand notwendig! Zentrum des proletarischen Widerstandes ist der kapitalistische Produktionsprozess, welcher durch direkte Aktionen empfindlich gestört werden kann und muss. Aber der Sozialreaktion muss auch auf der Straße entgegen getreten werden.“ aus *„Kapitel 2 Die Nazis als rechter Flügel der bürgerlichen Politik“*

„Nur der entschiedene Klassenkampf des Proletariats hätte 1933 die Nazidiktatur verhindern können – durch den vorherigen revolutionären Sturz der Bourgeoisie. Die antifaschistische Geschichtsschreibung sieht das Proletariat nur als leider gescheiterte Kraft zur Verteidigung der Weimarer Republik. Doch warum hätte das Proletariat eine Regierungsform der Bourgeoisie gegen eine Bourgeoisie verteidigen sollen, welche diese demokratische Staatsform selbst nicht mehr wollte und sie in eine faschistische Herrschaft transformierte?! Worum hätten klassenkämpferische ArbeiterInnen die Weimarer Republik verteidigen sollen, die doch bis 1933 eine Waffe der Bourgeoisie gegen sie war?! Die ihr Krisenelend organisierte und den Terror der faschistischen SA gegen sie mehr oder weniger wohlwollend tolerierte. Das Proletariat in Deutschland hatte allerdings verdammt gute Gründe für einen offensiven Klassenkampf gegen Bourgeoisie, Weimarer Republik und Nazis. Das zu diesem Kampf nur verschwindend geringe Minderheiten bereit waren, stellte eine historische Tragödie dar, die bis heute nachwirkt“ *ebenda*

Soziale Befreiung - 5 €

<http://sbefreiung.blogspot.de/>